



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Sozialversicherungen BSV

Wegleitung über die Renten (RWL) in der Eidgenössischen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung

Gültig ab 1. Januar 2003

Stand 1. Januar 2009

318.104.01 d RWL

12.08

Vorwort

Die seit 1. Januar 1997 gültige Wegleitung über die Renten (RWL), Band 1, wurde bereits durch fünf Nachträge ergänzt. Am 1. Juni 2002 traten die Bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU in Kraft und am 1. Januar 2003 tritt auch das Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) in Kraft, welches u.a. die Verzugszinspflicht auf Leistungen einführt (vgl. Ziffer 10.6.3 RWL). Aus diesen und auch aus technischen Gründen wird per 1. Januar 2003 eine neue Ausgabe des 1. Bandes aufgelegt, welche die bisherige Fassung ersetzt. Die Wegleitung wurde redaktionell überarbeitet und die Randziffern neu nummeriert.

Gelangten AHV-Renten bei rechtzeitiger Anmeldung erst nach Ablauf von fünf Jahren seit der Entstehung des Rentenanspruchs zur Auszahlung, so waren die Akten bisher dem BSV zu unterbreiten (Rz 10116 der RWL, gültig bis 2002). Diese Bestimmung wird ab 2003 aufgehoben.

Das Kreisschreiben über das Verfahren zur Rentenfestsetzung in der AHV/IV (KSBIL), gültig ab 1. Juni 2002, wurde noch nicht in diese Neuauflage integriert, weil weitere Erfahrungen abzuwarten sind. Das KSBIL wird weiterhin separat in der elektronischen Fassung im AHV-Intranet und im Internet unter www.sozialversicherungen.admin.ch geführt (AHV – Grundlagen AHV – Weisungen Renten).

Die neue RWL Band 1 ist in den bestehenden grünen Ordner einzufügen und der vollständig auszuwechselnde bisherige Band 1 ist in den dafür mitgelieferten schwarzen Ordner abzulegen.

Künftige Änderungen und Ergänzungen können wie üblich durch die Lieferung von Ersatzseiten eingefügt werden.

Vorwort

Der vorliegende Nachtrag 1 enthält die Ersatzseiten mit den auf den 1. Januar 2004 in Kraft tretenden Änderungen. Die Ersatzseiten sind jeweils unten rechts mit dem Datum der Auswechslung gekennzeichnet. Ausserdem wird auf die einzelnen Änderungen mit einem Vermerk 1/04 unter jeder betreffenden Randziffer hingewiesen. Die ausgewechselten Loseblätter sind in dem dafür vorgesehenen schwarzen Ordner systematisch abzulegen.

Die wesentlichsten Änderungen sind auf das Inkrafttreten der 4. IV-Revision am 1. Januar 2004 zurückzuführen. Erwähnenswert ist die Einführung der Dreiviertels-Invalidenrente bei einem Invaliditätsgrad von 60–69 Prozent, die Überführung der Härtefallrenten in die Ergänzungsleistungen, die Aufhebung der IV-Zusatzrenten und die Einführung der Hilflosenentschädigung der IV für Versicherte, die wegen der Beeinträchtigung der Gesundheit zu Hause leben und dauernd auf lebenspraktische Begleitung angewiesen sind.

Im Übrigen enthält der vorliegende Nachtrag Ergänzungen, inhaltliche Präzisierungen oder redaktionelle Verbesserungen, die aufgrund der Rechtsprechung des EVG oder der in der Praxis gesammelten Erfahrungen notwendig wurden.

Vorwort

Der vorliegende Nachtrag 2 enthält die Ersatzseiten mit den auf den 1. Januar 2005 in Kraft tretenden Änderungen. Die Ersatzseiten sind jeweils unten rechts mit dem Datum der Auswechslung gekennzeichnet. Ausserdem wird auf die einzelnen Änderungen mit einem Vermerk 1/05 unter jeder betreffenden Randziffer hingewiesen. Die ausgewechselten Loseblätter sind in dem dafür vorgesehenen schwarzen Ordner systematisch abzulegen.

Der vorliegende Nachtrag enthält Ergänzungen, inhaltliche Präzisierungen oder redaktionelle Verbesserungen, die aufgrund der Rechtsprechung des EVG oder der in der Praxis gesammelten Erfahrungen notwendig wurden.

Vorwort

Der vorliegende Nachtrag 3 enthält die Ersatzseiten mit den auf den 1. Januar 2006 in Kraft tretenden Änderungen. Die Ersatzseiten sind jeweils unten rechts mit dem Datum der Auswechslung gekennzeichnet. Ausserdem wird auf die einzelnen Änderungen mit einem Vermerk 1/06 unter jeder betreffenden Randziffer hingewiesen. Die ausgewechselten Loseblätter sind in dem dafür vorgesehenen schwarzen Ordner systematisch abzulegen.

Der vorliegende Nachtrag enthält Ergänzungen, inhaltliche Präzisierungen oder redaktionelle Verbesserungen, die aufgrund der Rechtsprechung des EVG oder der in der Praxis gesammelten Erfahrungen notwendig wurden.

Vorwort zum Nachtrag 4, gültig ab 1. Januar 2007

Die wesentlichsten Änderungen sind auf das Inkrafttreten des neuen Bundesgesetzes über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare (Partnerschaftsgesetz; PartG) am 1. Januar 2007 zurückzuführen. Die Änderungen werden in einem separaten Kapitel (vgl. Ziffer 3.13) behandelt. Zu beachten ist auch die diesbezügliche Einführung von vier neuen Zivilstands-Codes (vgl. Anhang IV, Feld 11).

Im Übrigen enthält der vorliegende Nachtrag Ergänzungen, inhaltliche Präzisierungen oder redaktionelle Verbesserungen, die aufgrund der Rechtsprechung des EVG oder der in der Praxis gesammelten Erfahrungen notwendig wurden.

Inhaltsverzeichnis

	Abkürzungen	24
1.	Das Anmeldeverfahren.....	26
1.1	Mitwirkung der Zivilstandsämter	26
1.2	Mitwirkung der Arbeitgeber.....	26
1.3	Geltendmachung von AHV-Leistungen	26
1.4	Legitimation zur Anmeldung.....	26
1.4.1	Im allgemeinen	26
1.4.2	Beim Vorbezug der Altersrente	27
1.4.3	Anmeldeformulare	27
1.5	Zeitpunkt der Einreichung der Anmeldung beim Vorbezug	28
1.6	Beilagen zur Anmeldung	28
1.6.1	Im allgemeinen	28
1.6.2	Im einzelnen	28
1.6.3	Ergänzungsblätter	29
1.6.4	Vollmacht bei Geltendmachung einer Hilflosen- entschädigung	29
1.7	Registrierung der Anmeldung.....	29
1.8	Prüfung unter Inanspruchnahme der zentralen Register	30
1.9	Für die Geltendmachung von IV-Leistungen	30
1.10	Rückzug der Anmeldung	30
1.11	Verzicht auf Leistungen	31
2.	Die Kassenzuständigkeit	32
2.1	Ordentliche Renten	32
2.1.1	Im allgemeinen	32
2.1.2	Regel bei Ehepaaren.....	34
2.1.3	Einheit des Rentenfalles.....	34
2.1.4	Regel bei Wohnsitz oder Aufenthalt im Ausland .	35
2.2	Ausserordentliche Renten	36
2.3	Hilflosenentschädigungen	36
2.4	Der Kassenwechsel.....	37
2.4.1	Im allgemeinen	37
2.4.2	Vorkehrungen der bisher zuständigen Ausgleichskasse.....	38

2.4.3	Vorkehrungen der neu zuständigen Ausgleichs-	38
	kasse	
2.5	Entscheid über Streitigkeiten	39
3.	Die ordentlichen Renten	40
3.1	Die Rentenarten	40
3.2	Die Mindestbeitragsdauer	40
3.2.1	In der AHV	40
3.2.2	In der IV	40
3.3	Altersrenten	42
3.3.1	Im allgemeinen	42
3.3.2	Entstehung des Rentenanspruchs	42
3.3.3	Erlöschen des Rentenanspruchs	42
3.4	Invalidenrenten	43
3.4.1	Invalidität und Rentenanspruch	43
3.4.2	Ganze, Dreiviertels-, halbe und Viertelsrenten ...	43
3.4.2.1	Regel	43
3.4.2.2	Ganze Rente bei einem Invaliditätsgrad von	
	weniger als 70 Prozent	43
3.4.2.3	Halbe Rente bei einem Invaliditätsgrad von	
	weniger als 50 Prozent (Besitzstandsgarantie) ...	44
3.4.3	Eintritt des Versicherungsfalls und Entstehung	
	des Auszahlungsanspruchs (Art. 28 und 29 IVG)	45
3.4.4	Erlöschen des Rentenanspruchs	46
3.5	Zusatzrenten in der AHV	47
3.5.1	Entstehung des Anspruchs	47
3.5.2	Erlöschen des Anspruchs	48
3.6	Waisen- und Kinderrenten	49
3.6.1	Waisenrenten	49
3.6.1.1	Im allgemeinen	49
3.6.1.2	Pflegekinder	50
3.6.1.3	Findelkinder	52
3.6.1.4	Entstehung des Anspruchs	52
3.6.1.5	Erlöschen des Anspruchs	53
3.6.2	Kinderrenten der IV und der AHV	54
3.6.2.1	Rentenanspruch	54
3.6.2.2	Entstehung des Anspruchs	55
3.6.2.3	Erlöschen des Anspruchs	57
3.6.3	Waisen und Kinder in Ausbildung	58
3.6.3.1	Grundsatz	58

3.6.3.2	Begriff der Ausbildung	58
3.6.3.3	Unterbrechung der Ausbildung.....	61
3.6.3.4	Erwerbstätigkeit während der Ferien.....	63
3.7	Witwen- und Witwerrenten	63
3.7.1	Anspruchsvoraussetzungen	63
3.7.1.1	Besondere Voraussetzungen für Witwen	63
3.7.1.2	Besondere Voraussetzungen für Witwer	65
3.7.1.3	Gemeinsame Voraussetzungen für Witwen und Witwer	65
3.7.2	Geschiedene Personen	66
3.7.2.1	Voraussetzungen für geschiedene Frauen.....	66
3.7.2.2	Voraussetzungen für geschiedene Männer.....	67
3.7.3	Tod und Verschollenheit.....	67
3.7.3.1	Zeitpunkt des Todes	67
3.7.3.2	Verschollenheit	68
3.7.4	Entstehung des Rentenanspruchs	68
3.7.5	Erlöschen des Rentenanspruchs.....	69
3.8	Zusammentreffen von Witwen- oder Witwer- renten mit Alters- oder Invalidenrenten	70
3.9	Zusammentreffen von Waisenrenten mit andern Renten	71
3.10	Zusammentreffen von Hinterlassenenrenten mit Eingliederungsmassnahmen der IV.....	71
3.11	Verweigerung, Kürzung oder Entzug einer Rente	71
3.11.1	In der AHV	71
3.11.2	In der IV	72
3.12	Sistierung der IV-Rente während des Vollzuges einer Freiheitsstrafe oder Massnahme	72
3.13	Die eingetragene Partnerschaft gleichge- schlechtlicher Paare (Partnerschaftsgesetz, PartG)	73
3.13.1	Im allgemeinen	73
3.13.2	Neue Zivilstände und Verfahren	73
3.13.3	Geltendmachung des Rentenanspruchs	74
3.13.4	Kinder- und Waisenrenten.....	75
3.13.5	Witwerrente	75
3.13.6	Rentenberechnung	75
3.13.7	Auflösung der eingetragenen Partnerschaft	76

3.13.8	Auszahlung, Nachzahlung, Rückerstattung und Verrechnung	76
4.	Die Prüfung der versicherungsmässigen und persönlichen Voraussetzungen	77
4.1	Im allgemeinen	77
4.1.1	Zuständigkeit für die Prüfung.....	77
4.1.1.1	AHV-Renten	77
4.1.1.2	IV-Renten und Hilflosenentschädigungen für volljährige Personen	77
4.2	Prüfung der Personalien.....	77
4.2.1	Prüfung durch die Ausgleichskassen	77
4.2.2	Mitwirkung der Zivilstandsämter	78
4.3	Prüfung des schweizerischen Wohnsitzes	79
4.3.1	Zivilrechtlicher Wohnsitz in der Schweiz	79
4.3.2	Begriff des Wohnsitzes.....	80
4.4	Prüfung der Versicherteneigenschaft	83
4.4.1	Im allgemeinen	83
4.4.2	Bestehen der Versicherteneigenschaft.....	83
4.5	Erfüllung der Mindestbeitragsdauer.....	84
4.6	Prüfung der Flüchtlingseigenschaft und Staatenlosigkeit	85
4.6.1	Flüchtlingseigenschaft.....	85
4.6.1.1	Nachweis.....	85
4.6.1.2	Entzug	85
4.6.2	Staatenlosigkeit	86
4.7	Besondere Erfordernisse für einzelne Renten.....	86
4.7.1	Im allgemeinen	86
4.7.2	Erziehungsgutschriften für Eltern, die nicht miteinander verheiratet sind	86
4.7.2.1	Gemeinsame elterliche Sorge nach Ehescheidung.....	86
4.7.2.2	Gemeinsame elterliche Sorge gemäss Beschluss der Vormundschaftsbehörde	87
4.7.3	Kinder- und Waisenrenten bei über 18jährigen Kindern in Ausbildung.....	87
4.7.3.1	Ausbildungsbestätigung	87
4.7.3.2	Militär-, Zivil- oder Schutzdienst	88
4.7.3.3	Krankheit oder Unfall.....	89
4.7.4	Abklärungen bei Pflegekinder.....	89

4.7.5	Hinterlassenenrente	90
4.7.5.1	Im allgemeinen	90
4.7.5.2	Witwen- und Witwerrente bei Adoption von Pflegekindern	90
4.7.5.3	Witwenrente der geschiedenen Frau.....	90
4.7.5.4	Wiederaufleben der Witwen- oder Witwerrente...	91
4.7.5.5	Verschollenheit des Ehegatten oder eines Elternteils.....	91
4.7.5.6	Rente des Findelkindes	91
4.8	Vorgehen bei schuldhafter Herbeiführung des Todes oder der Invalidität	91
4.9	Zusammenruf der individuellen Konten	92
4.9.1	Im allgemeinen	92
4.9.2	Prüfung der zusammengerufenen Konten.....	93
4.10	Ausserordentliche Renten	93
4.10.1	Im allgemeinen	93
4.10.2	Zusatz- und Kinderrenten	94
5.	Die Berechnung der Renten	95
5.1	Berechnungselemente.....	95
5.2	Beitragsdauer	95
5.2.1	Begriff der Beitragsdauer.....	95
5.2.2	Bestimmung der Beitragsdauer	95
5.2.2.1	Versicherteneigenschaft und Beitragspflicht	96
5.2.2.2	Erfüllung der Beitragspflicht.....	96
5.2.3	Ermittlung der Beitragszeiten anhand von entrichteten Beiträgen	97
5.2.3.1	Bei Vorliegen des zivilrechtlichen Wohnsitzes in der Schweiz.....	97
5.2.3.2	Ohne Vorliegen des zivilrechtlichen Wohnsitzes in der Schweiz	98
5.2.4	Anrechenbare Beitragszeiten	99
5.2.4.1	Grundsatz	99
5.2.4.2	Anrechenbare beitragslose Ehe- und Witwen- jahre bis zum 31. Dezember 1996.....	100
5.2.4.3	Zeiten, in welchen der erwerbstätige Ehegatte den doppelten Mindestbeitrag entrichtet hat	101
5.2.4.4	Anrechenbare Erziehungs- und Betreuungsjahre	102
5.2.4.5	Anrechenbare Beitragszeiten aus Jugendjahren.	102

5.2.4.6	Anrechenbare beitragslose Zeitabschnitte bei freiwillig Versicherten.....	104
5.2.4.7	Anrechenbare ausländische Versicherungszeiten.....	104
5.2.4.8	Anrechenbare Zusatzjahre	104
5.2.5	Titel aufgehoben.....	105
5.2.6	Vollständige und unvollständige Beitragsdauer...	105
5.2.7	Ermittlung der Rentenskala	106
5.2.8	Sonderfall	106
5.3	Massgebendes durchschnittliches Jahreseinkommen.....	106
5.4	Die Einkommensteilung.....	107
5.4.1	Voraussetzungen der Einkommensteilung	107
5.4.2	Jahre, welche der Einkommensteilung unterliegen.....	108
5.4.3	Vornahme der Einkommensteilung	109
5.5	Summe der Erwerbseinkommen	110
5.5.1	Ermittlung im allgemeinen	110
5.5.1.1	Renten von ledigen, verheirateten Personen im 1. Versicherungsfall sowie Hinterlassenenrenten	110
5.5.1.2	Verheiratete Personen im 2. Versicherungsfall ...	110
5.5.1.3	Geschiedene und verwitwete Personen	113
5.5.2	Berücksichtigung von Einkommen, für welche keine Beiträge bezahlt wurden	114
5.5.3	Berücksichtigung von Einkommen, für welche zu Unrecht Beiträge bezahlt wurden	114
5.5.4	Nicht anrechenbare Einkommen	115
5.5.4.1	Allgemeine Regel	115
5.5.4.2	Ausnahme	116
5.6	Aufwertungsfaktor	116
5.7	Beitragsjahre für den Durchschnitt aus Erwerbseinkommen.....	118
5.8	Ermittlung des Durchschnitts aus Erwerbseinkommen.....	119
5.8.1	Im allgemeinen	119
5.8.2	Bei früherem Bezug einer Invalidenrente	119
5.8.3	Bei Berücksichtigung der Einkommen im Jahr des Eintritts des Versicherungsfalls.....	120

5.9	Karrierezuschlag bei Hinterlassenenrenten.....	120
5.9.1	Allgemeine Bestimmungen.....	120
5.9.2	Titel aufgehoben.....	121
5.9.3	Ermittlung des Karrierezuschlages.....	121
5.10	Erziehungsgutschriften	121
5.10.1	Allgemeine Voraussetzungen.....	121
5.10.2	Elterliche Sorge und Obhut	123
5.10.3	Anrechenbare Erziehungsjahre	124
5.10.3.1	Im allgemeinen	124
5.10.3.2	Nicht verheiratete Eltern.....	125
5.10.3.3	Verheiratete Eltern	126
5.10.4	Die Höhe der Erziehungsgutschriften.....	128
5.10.5	Ermittlung des Durchschnitts aus Erziehungs- gutschriften.....	128
5.10.5.1	Im allgemeinen	128
5.10.5.2	Bei früherem Bezug einer Invalidenrente	129
5.10.5.3	Bei Berücksichtigung der Erziehungsgutschrif- ten im Jahr des Eintritts des Versicherungsfalls..	129
5.10.6	Ermittlung in Sonderfällen	129
5.11	Betreuungsgutschriften.....	130
5.11.1	Im allgemeinen	130
5.11.2	Ermittlung des Durchschnitts aus Betreuungs- gutschriften.....	131
5.11.2.1	Im allgemeinen	131
5.11.2.2	Bei früherem Bezug einer Invalidenrente	131
5.12	Ermittlung des massgebenden durchschnitt- lichen Jahreseinkommens.....	131
5.13	Plafonierung der Alters- und Invalidenrenten	132
5.13.1	Grundsatz.....	132
5.13.2	Massgebender Zeitpunkt	133
5.13.3	Plafonierung beim flexiblen Rentenalter.....	133
5.13.4	Bei vollständiger Beitragsdauer.....	134
5.13.5	Bei unvollständiger Beitragsdauer.....	134
5.13.6	Plafonierung bei Invalidenrenten.....	135
5.13.7	Plafonierung der Kinder- und Waisenrenten	136
5.14	Die Berechnungsgrundlagen und die Berech- nung der Renten im einzelnen.....	137
5.14.1	Alters- und Invalidenrenten.....	137
5.14.1.1	Allgemeine Regel	137
5.14.1.2	Regel bei verheirateten Personen.....	137

5.14.1.3	Regel bei verwitweten Personen	138
5.14.1.4	Regel bei geschiedenen Personen.....	141
5.14.1.5	Ausnahme bei Invalidenrenten	142
5.14.2	Zusatzrente der AHV und Kinderrenten der AHV/IV	143
5.14.3	Hinterlassenenrente	143
5.14.3.1	Allgemeine Regel	143
5.14.3.2	Wiederaufleben der Witwen- und Witwerrente	144
5.14.3.3	Zusammentreffen von Waisen- und Kinder- renten	145
5.14.3.4	Waisenrenten, beim Tode beider Eltern	145
5.14.3.5	Findelkinder	146
5.14.4	Ablösung von IV- durch AHV-Renten	146
5.14.4.1	Im allgemeinen	146
5.14.4.2	Ablösungsfälle	146
5.14.4.3	Massgebende Berechnungsgrundlage.....	147
5.14.4.3.1	Regel	147
5.14.4.3.2	Vergleichsrechnung.....	148
5.14.5	Ermittlung des Rentenbetrages in Sonderfällen ..	148
5.14.5.1	Kürzung der Kinder- und Waisenrenten wegen Übersicherung	148
5.14.5.1.1	Im allgemeinen	148
5.14.5.1.2	Ermittlung des gekürzten Rentenbetrages	151
5.14.5.2	Erhöhter Mindestbetrag der ordentlichen Renten von Frühinvaliden	151
5.14.5.3	Kürzung der Invalidenrente oder der Hilflosenentschädigung der IV.....	152
5.15	Die Berechnung von mutierten Renten	152
5.15.1	Grundsatz.....	152
5.15.2	Verheiratete Personen bei Eintritt des 2. Ver- sicherungsfalls.....	153
5.15.2.1	Der erstrentenberechtigte Ehegatte war vor dem Anspruch auf die Altersrente invalid	154
5.15.3	Infolge Wiederverheiratung	155
5.15.4	Infolge Scheidung.....	155
5.15.5	Infolge Tod des einen Ehegatten.....	156
5.15.6	Infolge Wegfalls der rentenbegründenden Invalidität beim einen Ehegatten	158

5.15.7	Besitzstandregelung bei laufenden altrechtlichen Invalidenrenten mit einjähriger Mindestbeitragsdauer	158
5.15.7.1	Bei Mutationen	158
5.15.7.2	Beim Wiederaufleben der Invalidität.....	158
5.15.7.3	Bei der Änderung des Invaliditätsgrades.....	159
6.	Das flexible Rentenalter	160
6.1	Der Vorbezug der Altersrente.....	160
6.1.1	Begriff und Wirkung des Rentenvorbezuges	160
6.1.2	Geltendmachung des Rentenvorbezuges	160
6.1.2.1	Anmeldung und Zuständigkeit.....	160
6.1.2.2	Frist	161
6.1.3	Entstehung des Rentenanspruchs	161
6.1.4	Berechnung der vorbezogenen Rente.....	161
6.1.4.1	Grundsatz.....	161
6.1.4.2	Ermittlung des Kürzungsbetrages vor Erreichen des Rentenalters	162
6.1.4.3	Ermittlung des Kürzungsbetrages nach Vollendung des Rentenalters	162
6.1.4.4	Weitere Bestimmungen	163
6.1.5	Anpassung der Renten an die Lohn- und Preisentwicklung	164
6.2	Der Aufschub der Altersrente	165
6.2.1	Begriff und Wirkung des Rentenaufschubs	165
6.2.2	Geltendmachung des Rentenaufschubes	166
6.2.2.1	Form	166
6.2.2.2	Frist	166
6.2.3	Voraussetzungen des Rentenaufschubes.....	167
6.2.3.1	Grundsatz.....	167
6.2.3.2	Massnahmen bei Erfüllung der Voraussetzungen	167
6.2.3.3	Vorgehen bei Nichterfüllung der Voraussetzungen	168
6.2.4	Beginn und Beendigung des Rentenaufschubes	168
6.2.4.1	Beginn des Aufschubes.....	168
6.2.4.2	Beendigung des Aufschubes.....	168
6.2.4.2.1	Abruf.....	168
6.2.4.2.2	Gesetzliche Beendigungsgründe.....	169
6.2.4.2.3	Vorzeitige Beendigung	169

6.2.4.3	Aufschubsdauer	170
6.2.5	Berechnung der aufgeschobenen Renten.....	170
6.2.5.1	Grundsatz	170
6.2.5.2	Rentengrundbetrag	170
6.2.5.3	Zuschlag	170
6.2.5.3.1	Regel	170
6.2.5.3.2	Mutationen nach Beendigung der Aufschubsdauer	172
6.2.5.4	Anpassung der Renten an die Lohn- und Preisentwicklung	172
6.2.6	Nachzahlung	173
7.	Die ausserordentlichen Renten	174
7.1	Voraussetzungen für den Anspruch auf ausserordentliche Renten.....	174
7.1.1	Im allgemeinen	174
7.2	Anspruchsberechtigte Personen	174
7.2.1	Ausserordentliche Hinterlassenenrenten.....	174
7.2.2	Ausserordentliche Invalidenrenten	175
7.2.3	Ausserordentliche Kinderrenten	175
7.3	Besondere Voraussetzungen	176
7.3.1	Staatsangehörigkeit.....	176
7.3.1.1	Allgemeine Bedeutung für die Rentenberechtigung.....	176
7.3.1.2	Sonderstellung der invaliden Ausländer mit Anspruch auf Eingliederungsmassnahmen vor Vollendung des 18. Altersjahres.....	176
7.3.1.3	Massgebende Staatsangehörigkeit	177
7.3.2	Wohnsitz und Aufenthalt.....	177
7.3.2.1	Wohnsitz.....	177
7.3.2.2	Aufenthalt	178
7.3.2.3	Mindestaufenthaltsdauer	179
7.3.2.4	Sonderregelung für gewisse Schweizer Bürger im Ausland.....	180
7.4	Rentenhöhe	180
7.4.1	Höhe der ausserordentlichen Hinterlassenenrenten	180
7.4.2	Höhe der ausserordentlichen Invalidenrenten.....	180
7.5	Kürzung der ausserordentlichen Renten	181

8.	Die Hilflosenentschädigung für Volljährige	182
8.1	Hilflosenentschädigung der AHV	182
8.1.1	Im allgemeinen	182
8.1.2	Anspruchsvoraussetzungen	183
8.1.2.1	Wohnsitz und Aufenthalt.....	183
8.1.2.2	Hilflosigkeit	183
8.1.2.2.1	Beginn des Anspruchs während des Bezuges einer Altersrente oder Ergänzungsleistungen	183
8.1.2.2.2	Ablösung der Hilflosenentschädigung der IV durch eine solche der AHV.....	184
8.1.2.3	Bezug einer Altersrente oder Ergänzungs- leistungen	184
8.1.3	Entstehung und Erlöschen des Anspruchs auf die Hilflosenentschädigung der AHV	184
8.1.3.1	Entstehung des Anspruchs.....	184
8.1.3.1.1	Während des Bezugs einer Altersrente oder von Ergänzungsleistungen.....	184
8.1.3.1.2	Ablösung einer Hilflosenentschädigung der IV durch eine solche der AHV.....	185
8.1.3.1.3	Bei Wohnsitznahme in der Schweiz	185
8.1.3.1.4	Bei verspäteter Anmeldung	186
8.1.3.2	Erlöschen des Anspruchs.....	186
8.1.3.2.1	Zeitpunkt.....	186
8.1.3.2.2	Zuständigkeit der IV-Stelle	187
8.1.4	Die Bemessung der Hilflosenentschädigung.....	187
8.2	Die Hilflosenentschädigung der IV	187
8.2.1	Zuständigkeit der IV-Stellen	187
8.2.2	Anspruch	187
8.2.3	Anspruchsvoraussetzungen	188
8.2.3.1	Grundsatz.....	188
8.2.3.2	Ausnahme	188
8.2.3.3	Wohnsitz und Aufenthalt.....	189
8.2.4	Mindest- und Höchstalter.....	189
8.2.5	Hilflosigkeit und Hilflosigkeitsgrad	190
8.2.5.1	Hilflosigkeit	190
8.2.5.2	Hilflosigkeitsgrad	190
8.2.6	Entstehung und Erlöschen des Anspruchs auf Hilflosenentschädigung der IV.....	190
8.2.6.1	Entstehung des Anspruchs.....	190
8.2.6.2	Bei verspäteter Anmeldung	190

8.2.6.3	Erlöschen des Anspruchs.....	190
8.2.7	Bemessung der Hilflosenentschädigung	191
9.	Die Verfügung und die Festsetzungsfrist.....	192
9.1	Im allgemeinen	192
9.2	Inhalt der Verfügung.....	192
9.3	Form der Verfügung	195
9.3.1	Im allgemeinen	195
9.3.2	Einzelverfügung und gemeinsame Verfügung....	196
9.3.3	Verfügung in Sonderfällen.....	196
9.3.3.1	Bei Nachzahlung	196
9.3.3.2	Bei der Sistierung von Invalidenrenten während des Vollzugs einer Freiheitsstrafe oder Mass- nahme	197
9.4	Verfügung nach der Revision der IV-Rente bzw. der Hilflosenentschädigung der AHV oder IV	197
9.4.1	Bei unverändertem Anspruch.....	197
9.4.2	Beim Erlöschen des Anspruchs.....	198
9.4.3	Bei Änderung des Anspruchs.....	198
9.5	Korrektur der Leistungsverfügung	199
9.5.1	Bei Änderung im Rentenbetrag	199
9.5.2	Beim Wechsel in der Auszahladresse	200
9.5.3	Übrige Korrekturen	200
9.6	Entzug der aufschiebenden Wirkung.....	200
9.7	Abweisungsverfügung	201
9.8	Zustellung der Verfügung	201
9.8.1	Im allgemeinen	201
9.8.2	Empfänger der Verfügung	202
9.9	Rücksendung der persönlichen Akten.....	204
9.10	Festsetzungsfrist	204
9.11	Provisorische Zahlungen (Vorschusszahlungen gemäss Art. 19 Abs. 4 ATSG)	205
9.11.1	Geltungsbereich	205
9.11.2	Höhe der provisorischen Zahlungen.....	206
9.11.2.1	Im allgemeinen	206
9.11.2.2	Bei Mutationen	206
9.11.3	Vorgehen.....	206
10.	Die Auszahlung, Nachzahlung, Rückerstattung und Verrechnung	208
10.1	Auszahlungsbestimmungen	208

10.1.1	Auszahlungsberechtigte Stelle	208
10.1.1.1	Grundsatz.....	208
10.1.1.2	Ausnahme	208
10.1.2	Auszahlung der Renten und Hilflosenentschädigung an die leistungsberechtigte Person.....	208
10.1.2.1	Ausrichtung der Waisen- oder Kinderrenten	209
10.1.2.2	Ausrichtung der Zusatzrente in der AHV	210
10.1.3	Auszahlung der Rente und Hilflosenentschädigung an Dritte	211
10.1.3.1	Auf Antrag der leistungsberechtigten Person.....	211
10.1.3.2	Auf Antrag eines Dritten zur zweckgemässen Rentenverwendung	212
10.1.4	Auszahlung auf vormundschaftliche Anordnung .	214
10.1.4.1	Auszahlung an den Vormund, Beistand oder Beirat	214
10.1.4.2	Taschengeld.....	215
10.1.5	Auszahlung auf richterliche Anordnungen.....	216
10.1.6	Ausrichtung der Nachzahlungen an Dritte	216
10.1.6.1	An Durchführungsstellen anderer Sozialversicherungsträger.....	216
10.1.6.2	An bevorschussende Dritte	218
10.1.7	Zeitpunkt der Auszahlung.....	221
10.1.8	Gleichzeitige Ausrichtung anderer Sozialleistungen	221
10.2	Zahlungsverkehr.....	222
10.2.1	Im allgemeinen	222
10.2.2	Zahlungsverkehr mit der Post.....	222
10.2.2.1	Benützung des Elektronischen Zahlungsauftrags (EZAG)	222
10.2.2.2	Nachweis der Zahlung.....	222
10.2.3	Zahlungsverkehr mit der Bank.....	223
10.2.4	Andere automatisierte Verfahren.....	223
10.2.5	Barauszahlung	223
10.3	Nachzahlung von AHV-Renten.....	224
10.3.1	Grundsatz.....	224
10.3.2	Verjährungsfrist	224
10.3.3	Nachzahlungsbetrag	225
10.4	Nachzahlung von rückwirkend erhöhten IV-Renten	226
10.4.1	Grundsatz.....	226

10.4.2	Nachzahlungsbetrag	226
10.5	Nachzahlung von Hilflosenentschädigungen.....	227
10.5.1	In der AHV	227
10.5.2	In der IV	227
10.6	Verfahren.....	227
10.6.1	Zuständigkeit	227
10.6.2	Nachzahlungsverfügung.....	228
10.6.3	Verzugszins auf Leistungen	228
10.7	Rückerstattung zu Unrecht bezogener Renten und Hilflosenentschädigungen	230
10.7.1	Grundsatz.....	230
10.7.1.1	Kreis der Rückerstattungspflichtigen	230
10.7.1.2	Rückerstattungspflichtige Erben.....	231
10.7.2	Rückerstattungsbetrag	231
10.7.2.1	Im allgemeinen	231
10.7.2.2	Verrechnung mit Nachzahlungen	232
10.7.3	Verfahren.....	233
10.7.3.1	Kassenzuständigkeit.....	233
10.7.3.2	Rückforderungsverfügung	233
10.7.4	Verjährung der Rückforderung	234
10.8	Erlass der Rückerstattung	235
10.8.1	Im allgemeinen	235
10.8.2	Guter Glaube	236
10.8.3	Grosse Härte	238
10.8.3.1	Im allgemeinen	238
10.8.3.2	Anerkannte Ausgaben und anrechenbare Einkommen	238
10.8.3.3	Massgebender Berechnungszeitpunkt	238
10.8.4	Erlass auf Gesuch hin	239
10.8.5	Teilerlass	239
10.9	Abschreibung der Rückforderung.....	240
10.9.1	Im allgemeinen	240
10.9.2	Uneinbringlichkeit	240
10.9.3	Wirkung der Abschreibung	241
10.9.4	Verfahren.....	241
10.10	Verrechnung von Forderungen der Ausgleichs- kassen mit Renten und Hilflosenentschädi- gungen	241
10.10.1	Im allgemeinen	241
10.10.1.1	Grundsatz.....	241

10.10.1.2	Verrechenbare Forderungen	242
10.10.1.3	Verrechnung verschiedenartiger Forderungen....	244
10.10.1.4	Umfang der Verrechnung	244
10.10.1.5	Dauer der Verrechnung	245
10.10.2	Verfahren.....	245
10.10.2.1	Verrechnungsverfügung	245
10.10.2.2	Verrechnungsauftrag	245
11.	Verschiedene organisatorische Massnahmen und Rentenrekapitulation.....	246
11.1	Meldepflicht	246
11.1.1	Meldepflicht der leistungsberechtigten Person bzw. des Drittempfängers.....	246
11.1.2	Meldepflicht des Arbeitgebers bei delegierter Auszahlung.....	246
11.2	Informationsfluss zwischen Ausgleichskasse und IV- oder EL-Stelle	246
11.3	Lebenskontrolle	248
11.3.1	Im allgemeinen	248
11.3.2	Lebensbescheinigung.....	248
11.3.2.1	Bei Wohnsitz oder Aufenthalt im Ausland	248
11.3.2.2	Verfahrensbestimmungen	249
11.3.2.3	Sonderfall	249
11.4	Todesfallmeldungen	249
11.4.1	Meldungen der Zivilstandsämter an die ZAS.....	249
11.4.2	Meldungen der ZAS an die Ausgleichskassen	250
11.4.2.1	Inhalt der Meldungen.....	250
11.4.2.2	Verfahren.....	251
11.4.3	Verarbeitung der Meldungen durch die Aus- gleichskassen.....	251
11.5	Kontrollen der Ausgleichskassen	252
11.5.1	Im allgemeinen	252
11.5.2	Adresskontrolle.....	252
11.5.3	Bei Renten für Pflegekinder.....	252
11.5.4	Bei der AHV-Zusatzrente für den geschiedenen Ehegatten	253
11.5.5	Vermeidung von Doppelauszahlungen.....	253
11.6	Rentenrekapitulation	253
11.6.1	Im allgemeinen	253
11.6.2	Form und Inhalt	254

11.6.3	Erstellung der Rentenrekapitulation	254
11.6.3.1	Verpflichtung am Ende des Vormonats	254
11.6.3.2	Zuwachs	254
11.6.3.3	Abgang	255
11.6.3.4	Nachzahlungen	255
11.6.3.5	Rückbuchung nicht zustellbarer Auszahlungen...	257
11.6.3.6	Zeitpunkt der Meldung an die ZAS	257
11.6.4	Übereinstimmungskontrollen	257
11.7	Rentenregister und Vormerknahmen bei Mutationen.....	258
11.7.1	Rentenregister.....	258
11.7.2	Vormerknahmen bei Mutationen	258
11.8	Meldungen an die ZAS	259
11.8.1	Im allgemeinen	259
11.8.2	Meldungen über Zuwachs und Abgang.....	259
11.8.3	Ausschliessliche Nachzahlungen	260
11.8.4	Änderungsmeldungen	260
11.8.4.1	Im allgemeinen	260
11.8.4.2	Gezieltes Verfahren.....	261
11.8.4.3	Änderung durch Abgang und Zuwachs	262
11.8.4.4	Bestandesänderungen	262
11.9	Rückmeldungen an die Ausgleichskasse.....	263
11.9.1	Rückmeldungen der ZAS	263
11.9.2	Überprüfung und Verarbeitung der Rückmel- dungen der ZAS durch die Ausgleichskasse.....	263
11.9.2.1	Vollständigkeitsprüfung	263
11.9.2.2	Verarbeitung von Mängelanzeigen.....	264
11.9.3	Verarbeitung der Nachmeldungen und Korrekturen durch die ZAS	264
11.9.4	Schlusskontrolle	265
11.10	Schlussbestimmungen	265
11.10.1	Inkrafttreten	265
11.10.2	Aufhebung früherer Weisungen.....	265
Anhang I	Erfüllung der Mindestbeitragspflicht	266
Anhang II	Abtretung von Rentenfällen von EL-Bezügern an die kantonale Ausgleichskasse des Wohn- sitzkantons	272

Anhang III	Ansätze zur Bestimmung des Unterhaltsbedarfes für Kinder	273
Anhang IV	Der Inhalt der einzelnen Meldungen.....	275
Anhang V	Liste der Schlüsselzahlen für Sonderfälle	288
Anhang VI	Übersicht über die bundesrechtlichen Ansätze für die Härtefallberechnung der laufenden Renten und die Berechnung der grossen Härte .	291
Anhang VII	Muster einer Verfügung.....	293
Anhang VIII	Aufwertungstabelle des umgewandelten durchschnittlichen Jahresbeitrages in das massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen für die Jahre 1960 bis 1973	295
Anhang IX	Tabellen zur Ermittlung der mutmasslichen Beitragsdauer in den Jahren 1956–1968	297

Abkürzungen

AHI	AHI-Praxis, Zeitschrift für die Ausgleichskassen, herausgegeben vom BSV
AHV	Alters- und Hinterlassenenversicherung
AHVG	Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung
AHVV	Verordnung über die Alters- und Hinterlassenenversicherung
ALV	Arbeitslosenversicherung
ATSG	Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts
ATSV	Verordnung über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts
BSV	Bundesamt für Sozialversicherungen
BVG	Bundesgesetz über die berufliche Vorsorge
ELG	Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur AHV und IV
ELV	Verordnung über die Ergänzungsleistungen zur AHV und IV
EOG	Bundesgesetz über die Erwerbsersatzordnung für Dienstleistende in Armee, Zivildienst und Zivilschutz
FL	Familienzulagen in der Landwirtschaft
FlüB	Bundesbeschluss über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und Staatenlosen in der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung
IK	Individuelles Konto

IV	Invalidenversicherung
IVG	Bundesgesetz über die Invalidenversicherung
IVV	Verordnung über die Invalidenversicherung
KSBIL	Kreisschreiben über das Verfahren zur Rentenfestsetzung in der AHV/IV
KSIH	Kreisschreiben über Invalidität und Hilflosigkeit
KSVI	Kreisschreiben über das Verfahren in der Invalidenversicherung
MV	Militärversicherung
OR	Obligationenrecht
RWL	Wegleitung über die Renten
Rz	Randziffer
SF	Sonderfall/Sonderfälle
UB	Umrechnungsblatt
UV	Unfallversicherung
VA	Versicherungsausweis
VFV	Verordnung über die freiwillige Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung für Auslandschweizer
ZAK	Monatsschrift über die AHV, IV und EO, herausgegeben vom Bundesamt für Sozialversicherungen
ZAS	Zentrale Ausgleichsstelle
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch
ZIK	Zusammenruf der individuellen Konten

1. Das Anmeldeverfahren

1.1 Mitwirkung der Zivilstandsämter

- 1001 Die kantonalen Ausgleichskassen geben den Zivilstandsämtern das Merkblatt 3.03 der AHV-Informationsstelle in genügender Anzahl ab, welches die Hinterbliebenen über mögliche Rentenansprüche und deren Geltendmachung informiert.

1.2 Mitwirkung der Arbeitgeber

- 1002 Die Ausgleichskassen fordern die angeschlossenen Arbeitgeber auf, ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bzw. deren Hinterlassene
- bei Invalidität
 - beim Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze
 - beim Vorbezug der Altersrente
 - beim Tod
- auf die Leistungen der AHV und IV und die Form der Geltendmachung aufmerksam zu machen.

1.3 Geltendmachung von AHV-Leistungen

- 1003 Wer eine Rente oder Hilflosenentschädigung der AHV beansprucht, meldet sich bei der zuständigen Ausgleichskasse an (ZAK 1975 S. 377).

1.4 Legitimation zur Anmeldung

1.4.1 Im allgemeinen

- 1101 Zur Geltendmachung des Anspruchs auf eine Rente oder Hilflosenentschädigung der AHV ist grundsätzlich die leistungsberechtigte Person befugt. Ist diese unmündig ([Art. 14 ZGB](#)) oder entmündigt ([Art. 369–372 ZGB](#)), so muss der Anspruch durch die gesetzliche Vertretung ([Art. 407 ZGB](#)) angemeldet werden.

- 1102 Für die versicherte Person können ferner ihr Ehegatte, ihre Verwandten in auf- oder absteigender Linie (Eltern, Grosseltern, Kinder und Grosskinder) und die Geschwister handeln, ungeachtet dessen, ob sie die versicherte Person unterstützen oder nicht.
- 1103 Schliesslich sind auch andere Personen und Behörden zur Anmeldung befugt, welche die leistungsberechtigte Person regelmässig unterstützen oder dauernd fürsorglich betreuen.
- 1104 Dritte oder Behörden, welche diese Person nur gelegentlich unterstützen oder ihr nur in bestimmten Belangen beistehen, können dagegen die Ansprüche für sie nicht geltend machen. Auch Private, Institutionen oder Behörden, die Leistungen erbringen, auf welche die leistungsberechtigte Person einen Rechtsanspruch hat, sind zur Anmeldung nicht legitimiert (z.B. Pensionskassen und Krankenkassen).

1.4.2 Beim Vorbezug der Altersrente

- 1105 Zur Geltendmachung des vorbezogenen Anspruchs auf eine Altersrente ist grundsätzlich nur die leistungsberechtigte Person befugt.
- 1106 Ist diese Person entmündigt ([Art. 369–372 ZGB](#)), so muss der Vorbezug durch die gesetzliche Vertretung ([Art. 407 ZGB](#)) angemeldet werden.

1.4.3 Anmeldeformulare

- 1107 Für die Anmeldung zum Bezuge von AHV-Leistungen stehen folgende Formulare zur Verfügung
- für Altersrenten Formular (318.370)
 - für Hinterlassenenrenten Formular (318.371)
 - für Hilflosenentschädigungen der AHV Formular (318.267).

1.5 Zeitpunkt der Einreichung der Anmeldung beim Vorbezug

- 1108 Der Rentenvorbezug kann nicht rückwirkend geltend gemacht werden ([Art. 67 Abs. 1^{bis} AHVV](#)).
- 1109 Die Anmeldung muss deshalb bei der zuständigen Ausgleichskasse spätestens im Monat der Vollendung des für den Vorbezug massgebenden Altersjahres geltend gemacht werden.

1.6 Beilagen zur Anmeldung

1.6.1 Im allgemeinen

- 1201 Die leistungsberechtigte Person hat ihre Angaben zu belegen.
- 1202 Handelt es sich um Tatsachen, die in öffentlichen Registern verurkundet oder festgehalten sind, so kann die Ausgleichskasse beim Fehlen von Ausweisschriften eine solche Unterlage einsehen oder sich daraus Auszüge beschaffen.

1.6.2 Im einzelnen

- 1203 Die leistungsberechtigten Personen haben der Anmeldung jeweils amtliche Ausweisschriften beizulegen, aus denen die Personalien ersichtlich sein müssen. Im weitern sind der Anmeldung beizulegen
- 1204 – sämtliche Versicherungsausweise;
- 1205 – Markenhefte der leistungsberechtigten Person;
- 1206 – Ausbildungsbescheinigungen und Belege von Lehranstalten oder Arbeitgebern.

1.6.3 Ergänzungsblätter

- 1207 Werden für Pflege- und Stiefkinder Waisenrenten oder Kinderrenten zu Altersrenten beansprucht, so ist zusätzlich zum Anmeldeformular das Ergänzungsblatt 2 (Formular 318.275) einzureichen.
- 1208 Das Ergänzungsblatt R (Formular 318.273.01) gelangt zur Anwendung, wenn Hinweise dafür bestehen, dass der Todesfall auf ein Unfallereignis zurückzuführen ist.

1.6.4 Vollmacht bei Geltendmachung einer Hilflosenentschädigung

- 1209 In der Anmeldung für eine Hilflosenentschädigung der AHV (Formular 318.267) ist eine Vollmacht enthalten, mit welcher die versicherte Person alle in Betracht fallenden Personen und Stellen ermächtigt, den zuständigen Ausgleichskassen und IV-Stellen die für die Abklärung des Anspruchs und für die Durchführung des Rückgriffs auf haftpflichtige Dritte erforderlichen Auskünfte zu geben ([Art. 28 Abs. 3 ATSG](#)).
- 1210 Ist die versicherte Person urteilsunfähig, so kann ihre gesetzliche Vertretung andere Personen gegenüber den Ausgleichskassen und IV-Stellen von der Schweigepflicht befreien, soweit dies zur Abklärung des Anspruchs oder für den Rückgriff auf haftpflichtige Dritte erforderlich ist. Ist für eine urteilsunfähige versicherte Person keine gesetzliche Vertretung bestimmt, so steht diese Befugnis auch der betreuenden Person zu, nicht jedoch Behörden, selbst wenn diese zur Anmeldung berechtigt sind.

1.7 Registrierung der Anmeldung

- 1211 Die Ausgleichskasse hat auf dem Anmeldeformular das Datum der Einreichung anzubringen.

1.8 Prüfung unter Inanspruchnahme der zentralen Register

- 1301 Die Anmeldung ist anhand des zentralen Renten- oder Versichertenregisters zu prüfen, welches Auskunft gibt, ob für eine bestimmte Person
- laufende Renten und Hilflosenentschädigungen
 - nach der letzten allgemeinen Rentenerhöhung erloschene Renten und Hilflosenentschädigungen
 - vom 1. Januar 1982 bis 31. Dezember 1996 zugesprochene einmalige Witwenabfindungen
- erbracht werden oder wurden.
- 1302 Im weiteren geben die Register Auskunft über
- das Splitting bei Scheidung
 - einen früher durchgeführten Zusammenruf der IK
 - Doppelauszahlungen.

1.9 Für die Geltendmachung von IV-Leistungen

- 1303 Für die Geltendmachung von Leistungen der IV sind die Bestimmungen des Kreisschreibens über das Verfahren in der Invalidenversicherung (KSVI) massgebend.
- 1304 Von den amtlichen Ausweisschriften, die der Prüfung der Personalien dienen (Niederlassungsbewilligung, Familienbüchlein, Ausländerausweis etc.) ist bei ausländischen Staatsangehörigen vom Ausländerausweis stets eine Kopie im Rentendossier aufzubewahren (Rz 46 des Kreisschreibens über die Quellensteuer). Die IV-Stelle hat bei der Überprüfung der Personalien bei ausländischen Staatsangehörigen in jedem Fall eine Kopie des Ausländerausweises zu erstellen und der Ausgleichskasse mit der Anmeldung zuzustellen.

1.10 Rückzug der Anmeldung

- 1305 Die versicherte Person oder ihre Vertretung kann die Anmeldung zurückziehen, sofern nicht schutzwürdige Interessen der versicherten Person selbst oder anderer beteiligter

Personen dem entgegenstehen. Die Rückzugserklärung muss schriftlich und vorbehaltlos erfolgen.

1.11 Verzicht auf Leistungen

- 1306 Auf Leistungen der AHV und der IV kann grundsätzlich verzichtet werden. Ein Verzicht ist nichtig, sofern schutzwürdige Interessen von anderen Personen, von Versicherungen (inklusive der AHV und IV) oder Fürsorgestellen beeinträchtigt werden oder wenn damit die Umgehung gesetzlicher Vorschriften bezweckt wird ([vgl. Art. 23 Abs. 2 ATSG](#)).
- 1307 Ein Verzicht auf Leistungen kann durch die leistungsberechtigte Person nicht rückwirkend, sondern nur für künftige Leistungen geltend gemacht werden.
- 1308 Gesuche um Verzicht auf Leistungen sind grundsätzlich mit den Akten dem BSV zu unterbreiten, ausser wenn eine Ehefrau (auch während der Dauer des Rentenvorbezugs) auf ihre eigene Altersrente zu Gunsten der höheren Zusatzrente des Ehemannes verzichtet. Die Ausgleichskassen können in diesen Fällen selbst über den Verzicht entscheiden.
- 1309 Der Entscheid ist verfügungsweise festzuhalten. Die verzichtende Person ist auf die Folgen des Rentenverzichts hinzuweisen.
- 1310 Der Verzicht kann jederzeit widerrufen werden. Bei Widerruf des Verzichtes können die Leistungen aber nur für die Zukunft ausgerichtet werden. Nachzahlungen für die Zeit vor dem Widerruf sind ausgeschlossen.

2. Die Kassenzuständigkeit

2.1 Ordentliche Renten

2.1.1 Im allgemeinen

- 2001 Die AHV-Rente ist durch diejenige Ausgleichskasse festzusetzen und auszurichten, welche bei Eintritt des Versicherungsfalles für den Bezug der Beiträge der betreffenden Person bzw. bei Hinterlassenen der verstorbenen Person zuständig war ([Art. 122 Abs. 1 AHVV](#)).
- 2002 Die IV-Rente ist grundsätzlich durch diejenige Ausgleichskasse festzusetzen und auszurichten, welche im Zeitpunkt der Anmeldung für den Bezug der Beiträge der invaliden Person zuständig war ([Art. 44 IVV](#)).
- 2003 Bei Personen, welche bis zum Eintritt des Versicherungsfalles (Alter, Tod oder Invalidität) nie Beiträge entrichtet haben, ist die kantonale Ausgleichskasse des Wohnsitzkantons für die Festsetzung und Ausrichtung der AHV/IV-Rente zuständig.
- 2004 Für Personen, welche nicht unmittelbar vor Eintritt des Versicherungsfalles Beiträge entrichtet haben oder entrichten mussten, ist diejenige Ausgleichskasse für die Festsetzung und Ausrichtung der AHV/IV-Renten zuständig, bei welcher der letzte IK-Eintrag vorgenommen wurde.
- 2005 Bezog die leistungsberechtigte Person jedoch unmittelbar vor dem Rentenanspruch ein Taggeld der Invalidenversicherung oder eine Hilflosenentschädigung der IV, so ist diejenige Ausgleichskasse für die Festsetzung der Rente zuständig, welcher die Ausrichtung des IV-Taggeldes oder der Hilflosenentschädigung oblag.
- 2006 Bezieht bei verheirateten Personen im Zeitpunkt der Anmeldung der andere Ehegatte ein Taggeld der IV oder eine Hilflosenentschädigung, so ist bei Fortdauer der Zahlung die Ausgleichskasse für die Festsetzung der Rente zu-

ständig, welche bisher das IV-Taggeld oder die Hilflosenentschädigung ausrichtete.

- 2007 Waren gleichzeitig mehrere Ausgleichskassen für den Beitragsbezug zuständig, so kann die berechnete Person wählen, durch welche Ausgleichskasse sie die Rente festsetzen und ausrichten lassen will ([Art. 122 Abs. 1 AHVV](#)). Das Wahlrecht wird ausgeübt, indem die Anmeldung bei einer dieser Ausgleichskassen eingereicht wird. Die Ausgleichskasse kann indessen nicht ausgewählt werden, wenn im Falle von verheirateten Personen der andere Ehegatte schon rentenberechtigt ist (Rz 2012 ff.).
- 2008 Bei arbeitslosen Personen ist die Ausgleichskasse zuständig, welcher vor der Arbeitslosigkeit der AHV-Beitragsbezug oblag. Dies gilt auch, wenn eine Person während der Arbeitslosigkeit Beiträge auf einem Zwischenverdienst entrichtet.
- 2009 Ist die rentenberechtigte Person noch selbständig erwerbstätig und daher beitragspflichtig, so hat die zum Bezug der Beiträge zuständige Ausgleichskasse die Rente festzusetzen und auszuzahlen (bei verheirateten Personen siehe jedoch Rz 2012 ff.).
- 2010 Erlischt der Anspruch auf eine Hinterlassenen- oder eine Invalidenrente und entsteht später wieder ein Rentenanspruch, so richtet sich die Kassenzuständigkeit für die Festsetzung und Ausrichtung der neuen Rente nach den allgemeinen Zuständigkeitsregeln.
- 2011 Lebt dagegen ein früherer Rentenanspruch wieder auf, so wird die Rente wieder von der früher zuständigen Ausgleichskasse zugesprochen und ausbezahlt. Dies ist der Fall wenn
- eine wegen Wiederverheiratung einer Witwe oder eines Witwers erloschene Witwen- oder Witwerrente nach der Scheidung oder Ungültigerklärung der Ehe wieder auflebt, oder eine wegen Verminderung des Invaliditätsgrades aufgehobene Rente innert drei Jahren erneut zugesprochen wird, weil die auf das selbe Leiden zu-

rückzuführende Arbeitsunfähigkeit erneut ein rentenbegründendes Ausmass angenommen hat.

2.1.2 Regel bei Ehepaaren

- 2012 Die beiden Renten eines Ehepaares sind durch diejenige Ausgleichskasse festzusetzen und auszurichten, welche bereits für die Festsetzung und Ausrichtung der Rente des erstrentenberechtigten Ehegatten zuständig war. Diese Regel findet auch Anwendung, wenn einem Ehegatten rückwirkend eine IV-Rente zugesprochen wird und der Eintritt des Versicherungsfalls vor jenen des bereits rentenberechtigten Ehegatten zu liegen kommt.
- 2013 Wird die Rentenmeldung eines Ehegatten bei einer nicht für den Rentenfall zuständigen Ausgleichskasse eingereicht, so bestätigt diese den Erhalt der Anmeldung und teilt dem Ehegatten mit, welche Ausgleichskasse für die Rentenfestsetzung zuständig ist. Gleichzeitig übermittelt sie die Anmeldung mit sämtlichen Beilagen an die zuständige Ausgleichskasse.
- 2014 Werden beide Ehegatten im gleichen Monat rentenberechtig, so ist die Rente durch diejenige Ausgleichskasse festzusetzen und auszurichten, die für den Bezug der Beiträge des älteren Ehegatten zuständig war.

2.1.3 Einheit des Rentenfalles

- 2015 Alle durch einen Versicherungsfall ausgelösten Renten sind durch ein und dieselbe Ausgleichskasse festzusetzen und auszuzahlen.
- 2016 Verheiraten sich zwei rentenberechtigte Personen, so gelten die Bestimmungen von Rz 2012 sinngemäss.
- 2017 Gelangen Waisen- oder Kinderrenten von getrenntlebenden, geschiedenen oder nicht miteinander verheirateten Eltern zur Auszahlung, sind alle durch die beiden Versicherungsfälle ausgelösten Renten durch diejenige Aus-

gleichskasse festzusetzen und auszuzahlen, welche für die Hauptrente des erstrentenberechtigten Elternteils zuständig war.

- 2018 Werden im Fall von geschiedenen Ehegatten keine Waisen- oder Kinderrenten ausgerichtet, so richtet sich die Kassenzuständigkeit nach den allgemeinen Regeln (Rz 2001 ff.). Hinsichtlich des Verfahrens für die Einkommensteilung gilt das Kreisschreiben über das Splitting bei Scheidung.

2.1.4 Regel bei Wohnsitz oder Aufenthalt im Ausland

- 2019
1/08 Renten für im Ausland wohnende oder sich dort aufhaltende Rentenberechtigte (inkl. Kinder- und Waisenrenten) werden von der *Schweizerischen Ausgleichskasse* festgesetzt, verfügt und ausbezahlt, auch wenn sämtliche Renten in der Schweiz ausbezahlt werden.
- 2020 Wohnt die berechtigte Person für die Hauptrente im Inland und haben nur Kinder, für die eine Kinderrente bezogen wird, Wohnort oder Aufenthalt im Ausland, so richtet sich die Kassenzuständigkeit nach den allgemeinen Regeln, sofern sämtliche Renten in der Schweiz ausbezahlt werden. Erfolgen dagegen auch Rentenzahlungen nach dem Ausland, ist für den Rentenfall stets die Schweizerische Ausgleichskasse zuständig.
- 2021 Ausnahmsweise sind die Renten für sich im Ausland aufhaltende Personen weiterhin durch die bisherige Ausgleichskasse auszuzahlen, wenn Rentenberechtigte mit Wohnsitz in der Schweiz sich nur vorübergehend und kurzfristig im Ausland aufhalten (z.B. zu Kur-, Besuchs-, Ferien- oder Geschäftszwecken) und nicht ausdrücklich die Auszahlung der Rente ins Ausland verlangen. Vorbehalten bleiben im übrigen besondere Bestimmungen für im Ausland wohnende Angehörige religiöser Gemeinschaften.

2.2 Ausserordentliche Renten

- 2022 Für die Festsetzung und Ausrichtung der ausserordentlichen AHV- und IV-Renten ist die kantonale Ausgleichskasse des Wohnsitzes der rentenberechtigten Person zuständig. Die Regeln gemäss Rz 2015 ff. über die Einheit des Rentenfalls gelten sinngemäss.
- 2023 Die Kassenzuständigkeit wechselt, wenn die rentenberechtigte Person ihren Wohnsitz in einen anderen Kanton verlegt.
- 2024 Die mündige Person hat Wohnsitz am Orte, wo sie sich mit der Absicht dauernden Verbleibens aufhält. Der einmal begründete Wohnsitz bleibt bis zum Erwerb eines neuen Wohnsitzes bestehen ([Art. 23](#) und [24 Abs. 1 ZGB](#)).
- 2025 Die entmündigte Person hat Wohnsitz am Sitz der Vormundschaftsbehörde ([Art. 25 Abs. 2 ZGB](#)). Der Wohnsitz eines minderjährigen Kindes befindet sich am Wohnsitz der Eltern oder, wenn die Eltern keinen gemeinsamen Wohnsitz haben, am Wohnsitz des Elternteils, unter dessen Obhut das Kind steht ([Art. 25 Abs. 1 ZGB](#)). Ist das Kind bevormundet, so befindet sich sein Wohnsitz am Sitz der Vormundschaftsbehörde ([Art. 25 Abs. 2 ZGB](#)), in den übrigen Fällen (z.B. bei einem Pflegekind) gilt sein Aufenthaltsort als Wohnsitz ([Art. 25 Abs. 1 ZGB](#)).
- 2026 Für Personen, die von kantonalen oder kommunalen Fürsorgeorganen in einer Anstalt oder Familie untergebracht sind, ist die Ausgleichskasse des Kantons zuständig, in welchem das Fürsorgeorgan seinen Sitz hat.

2.3 Hilflosenentschädigungen

- 2027 Die Hilflosenentschädigung ist stets durch diejenige Ausgleichskasse festzusetzen und auszuzahlen, welche auch die Rente bzw. Ergänzungsleistung ausrichtet.
- 2028 Hat eine invalide Person zwar Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung der IV, ist sie aber nicht gleichzeitig in ren-

tenbegründendem Masse invalid, so dass sie keine Invalidenrente beanspruchen kann, so finden die Vorschriften über die Kassenzuständigkeit im Rentenfall Anwendung.

2.4 Der Kassenwechsel

2.4.1 Im allgemeinen

- 2029 Ein Kassenwechsel tritt ein,
- bei der Heirat zweier rentenberechtigter Personen (Rz 2016);
 - wenn erstmals eine Kinder- oder Waisenrente für ein Kind von geschiedenen oder nicht miteinander verheirateten Eltern zur Auszahlung gelangt (Rz 2017 f.);
 - wenn eine rentenberechtigte Person oder eine Person, für die eine Zusatz- oder Kinderrente bezogen wird, sich ins Ausland begibt. In diesem Fall werden sämtliche Renten von der *Schweizerischen Ausgleichskasse* festgesetzt und ausbezahlt.
- 2030 Kehrt eine rentenberechtigte Person in die Schweiz zurück, geht die Zuständigkeit über an die Ausgleichskasse
- 2031 – die die Rente vor dem Verlassen der Schweiz ausgerichtet hatte;
- 2032 – die zuletzt für den Beitragsbezug in der Schweiz zuständig war, wenn der Anspruch auf eine ordentliche Rente im Ausland entstanden ist;
- 2033 – des Kantons, in dem die rentenberechtigte Person
1/09 Wohnsitz nimmt, wenn nur Beiträge an die freiwillige Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (VFV) geleistet worden sind.
- 2034 Die Renten von EL-Bezügern können an die kantonale Ausgleichskasse des Wohnsitzkantons abgetreten werden, sofern die bisher zuständige Ausgleichskasse ihr grundsätzliches Einverständnis erklärt hat (siehe Anhang II).

- 2035 Mit der Aktenübernahme wird die neue Ausgleichskasse für sämtliche Vorkehren im betreffenden Rentenfall (insbesondere Rentenänderungen, Nachzahlungen, Rückforderungen) zuständig.
- 2036 Bei quellensteuerpflichtigen IV-Leistungen teilt die Ausgleichskasse den Kantonswechsel der zuständigen Steuerverwaltung mit (Rz 33 des Kreisschreibens über die Quellensteuer).
1/09

2.4.2 Vorkehrungen der bisher zuständigen Ausgleichskasse

- 2037 Die bisher zuständige Ausgleichskasse bringt die bisherige Rente in Abgang und übermittelt der neu zuständigen Ausgleichskasse sämtliche Rentenakten. Wurde auf der IV-Rente die Quellensteuer abgezogen, so teilt dies die bisher zuständige Ausgleichskasse mit.
- 2038 Die Ausgleichskasse meldet der ZAS die Übertragung der Zusammenrufe der IK. Sind für eine Person IK unter verschiedenen Versichertennummern zusammengerufen worden, so sind diese einzeln anzugeben. Eine Kopie dieser Meldung ist zu den zu übermittelten Akten zu legen.
- 2039 Bei IV-Renten hat die Ausgleichskasse die zuständige IV-Stelle über den Kassenwechsel in Kenntnis zu setzen. Eine Kopie der Meldung ist den Akten beizulegen.

2.4.3 Vorkehrungen der neu zuständigen Ausgleichskasse

- 2040 Sofern im Rentenanspruch keine Änderung eintritt, nimmt die Ausgleichskasse die Rente in Zuwachs und teilt der rentenberechtigten Person in Briefform mit, dass sie nunmehr die Rentenauszahlung übernehmen wird.
- 2041 Ändert sich der Rentenbetrag (z.B. weil sich zwei rentenberechtigten Personen verheiraten), so wird die Neuberechnete Rente in Zuwachs genommen und verfügt. Dabei hat

die Ausgleichskasse dafür zu sorgen, dass in der Rentenauszahlung weder ein Unterbruch noch eine Verzögerung eintritt. Allenfalls hat die Ausgleichskasse provisorische Zahlungen zu leisten.

- 2042
1/09
- Wurde auf der IV-Rente die Quellensteuer erhoben, so teilt die Ausgleichskasse der zuständigen kantonalen Steuerverwaltung den Kassenwechsel mit (Rz 33 des Kreis-schreibens über die Quellensteuer).

2.5 Entscheid über Streitigkeiten

- 2043
- Differenzen über die Kassenzuständigkeit sind dem Bundesamt für Sozialversicherung von den beteiligten Ausgleichskassen zum Entscheid vorzulegen.

3. Die ordentlichen Renten

3.1 Die Rentenarten

- 3001 Die AHV gewährt
- Altersrenten
 - Zusatzrenten
 - Kinderrenten sowie
 - Hinterlassenenrenten an Witwen, Witwer und Waisen.
- 3002 Die IV gewährt
- 1/08
- Invalidenrenten
 - Kinderrenten.

3.2 Die Mindestbeitragsdauer

1/08 3.2.1 In der AHV

- 3003 Anspruch auf eine ordentliche Rente haben rentenberechtigte Personen oder ihre Hinterlassenen, denen für mindestens ein volles Jahr Einkommen oder Erziehungs- bzw. Betreuungsgutschriften angerechnet werden können ([Art. 29 AHVG](#)).

- 3004 Ein volles Beitragsjahr liegt vor, wenn eine Person während insgesamt länger als 11 Monaten obligatorisch oder freiwillig versichert war und während dieser Zeit
- 1/08
- den Mindestbeitrag bezahlt hat oder;
 - als nichterwerbstätige Person mit einem Ehegatten verheiratet war, der mindestens den doppelten Mindestbeitrag bezahlt hat oder;
 - Anspruch auf die Anrechnung von Erziehungs- oder Betreuungsgutschriften hat ([Art. 50 AHVV](#)).
- (vgl. Ziffer 5.2)

1/08 3.2.2 In der IV

3004. Ab dem Inkrafttreten der 5. IV-Revision haben nur Versicherte, die bei Eintritt der Invalidität während mindestens
- 1

- 1/08 drei Jahren Beiträge geleistet haben, Anspruch auf eine ordentliche Invalidenrente ([Art. 36 Abs. 1 IVG](#)). Somit gilt für sämtliche Invalidenrenten, bei denen der Versicherungsfall (Eintritt der Invalidität) ab dem Inkrafttreten der 5. IV-Revision eingetreten ist, die dreijährige Mindestbeitragsdauer.
3004. Massgebend für die Prüfung, ob die ein- oder dreijährige
2 Mindestbeitragsdauer zur Anwendung kommt, ist das
1/08 Datum des Eintritts des Versicherungsfalles (Eintritt der Invalidität) und nicht etwa dasjenige des Beschlusses der IV-Stelle oder der Verfügung.
3004. Für die Prüfung der Mindestbeitragsdauer in der IV ist im
3 Einzelnen wie folgt vorzugehen:
- 1/08 1. Es ist zu prüfen, ob die dreijährige Mindestbeitragsdauer mittels schweizerischen Versicherungszeiten erfüllt ist. Drei volle Beitragsjahre liegen vor, wenn eine Person während insgesamt länger als 2 Jahren und 11 Monaten obligatorisch oder freiwillig versichert war (vgl. Rz 3004).
2. Falls die dreijährige Mindestbeitragsdauer mittels schweizerischen Versicherungszeiten nicht erfüllt ist, müssen für Schweizer Bürger und für Staatsangehörige von EU- und EFTA- Staaten für die Erfüllung der dreijährigen Mindestbeitragsdauer Beitragszeiten mitberücksichtigt werden, die in einem EU/EFTA-Staat zurückgelegt worden sind ([Art. 40 VO 1408/71](#), in Verbindung mit [Art. 45 VO 1408/71](#)).
3. Ist die dreijährige Mindestbeitragsdauer zwar mit Anrechnung von ausländischen Versicherungszeiten erfüllt, beträgt aber die Beitragszeit in der Schweiz weniger als ein Jahr, kann keine ordentliche schweizerische IV-Rente ausgerichtet werden.

3.3 Altersrenten

3.3.1 Im allgemeinen

- 3005 Anspruch auf eine Altersrente haben
1/05 – über 65jährige Männer und
– über 64jährige Frauen.
- 3006 Vorbehalten bleiben die Bestimmungen über den Renten-
vorbezug.

3.3.2 Entstehung des Rentenanspruchs

- 3007 Der Anspruch auf eine Altersrente entsteht am ersten Tag
des der Vollendung des Rentenalters folgenden Monats.
- 3008 Ist bei einer Person lediglich das Geburtsjahr, nicht aber
das genaue Geburtsdatum bekannt, so entsteht der Ren-
tenanspruch am 1. Juli des Jahres, in dem das Rentenalter
vollendet wird.
- 3009 Verlegt eine Person mit ausländischer Staatsangehörigkeit,
deren Rente nur bei Wohnsitz und gewöhnlichem Aufent-
halt in der Schweiz ausgerichtet werden kann, ihren Wohn-
sitz vom Ausland in die Schweiz, so kann die Altersrente
vom nächstfolgenden Monat an beansprucht werden.

3.3.3 Erlöschen des Rentenanspruchs

- 3010 Der Anspruch auf die Altersrente erlischt mit Ablauf des
Monats, in welchem die rentenberechtigte Person stirbt.
- 3011 Verlegt eine Person mit ausländischer Staatsangehörigkeit,
deren Rente nur bei Wohnsitz und gewöhnlichem Aufent-
halt in der Schweiz ausgerichtet werden kann, ihren Wohn-
sitz ins Ausland, so erlischt die Rente mit Ablauf des Mo-
nats der Ausreise.

3.4 Invalidenrenten

3.4.1 Invalidität und Rentenanspruch

3101 Der Anspruch auf eine IV-Rente setzt voraus, dass eine Person in rentenbegründendem Ausmass invalid ist. Die IV-Stelle bestimmt, ob eine solche Invalidität vorliegt und welchen Grad sie aufweist.

1/04 3.4.2 Ganze, Dreiviertels-, halbe und Viertelsrenten

3.4.2.1 Regel

3102 Die IV-Renten werden je nach dem Invaliditätsgrad wie folgt als ganze, Dreiviertels-, halbe oder Viertelsrenten gewährt ([Art. 28 Abs. 2 IVG](#)):

- ganze Renten bei einem Invaliditätsgrad von mindestens 70 Prozent,
- Dreiviertelsrenten bei einem Invaliditätsgrad von mindestens 60 Prozent
- halbe Renten bei einem Invaliditätsgrad von mindestens 50 Prozent und
- Viertelsrenten bei einem Invaliditätsgrad von mindestens 40 Prozent.

1/04 3.4.2.2 Ganze Rente bei einem Invaliditätsgrad von weniger als 70 Prozent

3103 Invalide Personen, welche die Voraussetzungen für eine Invalidenrente und eine Hinterlassenenrente (Witwen-, Witwer- oder Waisenrente) gleichzeitig erfüllen, können ungeachtet der Höhe des Invaliditätsgrades eine ganze Invalidenrente beanspruchen ([Art. 43 Abs. 1 IVG](#)).

1/04 **3.4.2.3 Halbe Rente bei einem Invaliditätsgrad von weniger als 50 Prozent (Besitzstandsgarantie)**

- 3104
1/04 Bezieht die rentenberechtigte Person vor dem 1. Januar 2004 eine Härtefallrente und hat ab dem 1. Januar 2004 keinen Anspruch auf eine jährliche EL, so besteht als Besitzstandsgarantie weiterhin Anspruch auf eine halbe Invalidenrente, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:
- Die versicherte Person hat ihren Wohnsitz und gewöhnlichen Aufenthalt in der Schweiz ([Art. 13 ATSG](#)). Diese Voraussetzung ist auch von Familienangehörigen zu erfüllen, für die eine Leistung beantragt wird;
 - Der IV-Grad beträgt weiterhin mindestens 40, aber weniger als 50 Prozent;
 - Die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine Härtefallrente nach den bisherigen Bestimmungen sind erfüllt;
 - Die Viertelsrente ist zusammen mit der jährlichen EL niedriger als die halbe Invalidenrente.
3104.
1
1/04 Personen, die gemäss Besitzstandsgarantie ab 1. Januar 1988 eine Härtefallrente mit einem IV-Grad von weniger als 40 Prozent beanspruchen können (Sonderfall-Code 34: seit 1. Januar 1988 umgerechnete, aber nicht erhöhte, sogenannte „eingefrorene“ Renten), wird die halbe Rente ab 1. Januar 2004 weitergewährt, solange die Voraussetzungen des Härtefalls erfüllt sind.
- 3105 Ein Härtefall liegt vor, wenn die vom ELG anerkannten Ausgaben einer invaliden Person die nach ELG anrechenbaren Einnahmen übersteigen ([Art. 2 Abs. 1 ELG](#)). Es gelten jeweils die bundesrechtlichen Höchstansätze (vgl. Anhang VI).
- 3106 Die anerkannten Ausgaben und anrechenbaren Einnahmen sind nach den EL-Regeln (siehe Wegleitung über die Ergänzungsleistungen zur AHV und IV) zu ermitteln.
- 3107 In Abweichung dazu findet die Anrechnung eines Mindesteinkommens bei Teilinvaliden unter 60 Jahren ([Art. 14a Abs. 2 ELV](#)) keine Anwendung.

- 3108 1/08 Dagegen sind die Renten, welche ausgerichtet werden müssen, wenn keine Härtefallrente zugesprochen werden kann (Viertelsrenten mit Kinderrenten), in jedem Fall anzurechnen.
- 3109 Das zumutbare Erwerbseinkommen wird von der IV-Stelle bei der Invaliditätsbemessung festgelegt.
- 1/08 **3.4.3 Eintritt des Versicherungsfalls und Entstehung des Auszahlungsanspruchs ([Art. 28](#) und [29 IVG](#))**
- 3110 1/08 Der Anspruch auf eine Invalidenrente entsteht am ersten Tag des Monats, während dem eine Person während eines Jahres ohne wesentlichen Unterbruch durchschnittlich mindestens 40 Prozent arbeitsunfähig ([Art. 6 ATSG](#)) war und nach Ablauf dieses Jahres zu mindestens 40 Prozent invalid ist ([Art. 8 ATSG](#)) und wenn die Erwerbsfähigkeit nicht durch zumutbare Eingliederungsmassnahmen wieder hergestellt, verbessert oder erhalten werden kann ([Art. 28 IVG](#)).
- 3111 1/08 Der Zeitpunkt des Eintritts der Invalidität wird durch die IV-Stelle bestimmt.
- 3112 1/08 Der Anspruch auf eine Invalidenrente kann frühestens vom ersten Tag des der Vollendung des 18. Altersjahres folgenden Monats an entstehen ([Art. 29 Abs. 1 IVG](#)).
Der Rentenanspruch entsteht nicht, solange die versicherte Person ein Taggeld nach [Artikel 22 IVG](#) beanspruchen kann (vgl. [Art. 29 Abs. 2 IVG](#) und KSTI Ziffer 7.1: Taggeld und Renten der IV).
- 3113 1/08 Verlegt eine Person, deren Rente nur bei Wohnsitz und gewöhnlichem Aufenthalt in der Schweiz ausgerichtet werden kann, ihren Wohnsitz vom Ausland in die Schweiz, so kann die Invalidenrente vom Monat der Einreise an (erneut) beansprucht werden.

- 3114 1/08 Die Rente wird vom Beginn des Monats an ausbezahlt, in dem der Rentenanspruch entsteht, jedoch frühestens nach Ablauf von sechs Monaten nach Geltendmachung des Leistungsanspruchs nach [Art. 29 Abs. 1 ATSG](#) ([Art. 29, Abs. 1 IVG](#)).
- 3115 1/08 Beträgt der Invaliditätsgrad weniger als 50 Prozent, so werden die Renten nur an Versicherte ausbezahlt, die ihren Wohnsitz und ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Schweiz haben. Diese Voraussetzung ist auch von Angehörigen zu erfüllen, für die eine Leistung beansprucht wird. Vorbehalten ist der Export von Viertelsrenten der IV gemäss Zf. 7.5 KSBIL.

3.4.4 Erlöschen des Rentenanspruchs

- 3116 Der Anspruch auf eine Invalidenrente erlischt mit Ablauf des Monats,
- 3117 – in welchem die versicherte Person gemäss Feststellung der IV-Stelle nicht mehr in rentenbegründendem Ausmass invalid ist (betreffend den Zeitpunkt der Einstellung der Zahlungen siehe jedoch [Art. 88^{bis} Abs. 2 Bst. a IVV](#));
- 3118 – welcher der Entstehung des Anspruchs auf eine Altersrente vorangeht;
- 3119 – in welchem die rentenberechtigte Person stirbt.
- 3120 Verlegt eine Person, deren Rente nur bei Wohnsitz und gewöhnlichem Aufenthalt in der Schweiz ausgerichtet werden kann, ihren Wohnsitz ins Ausland, so fällt die Rente mit dem Monat der Ausreise dahin.

1/04 3.5 Zusatzrenten in der AHV¹

3201–

3209 aufgehoben

1/04

3210 Eine Person, welche unmittelbar vor der Entstehung des Anspruchs auf die Altersrente eine Zusatzrente der IV bezogen hat, hat für den Ehegatten bzw. geschiedenen Ehegatten unter den gleichen Voraussetzungen Anspruch auf eine Zusatzrente der AHV ([Art. 22^{bis} Abs. 1 AHVG](#)).

3211 Ohne vorgängigen Bezug einer Zusatzrente der IV haben während einer Übergangsfrist rentenberechtigte Altersrentner Anspruch auf eine Zusatzrente nach altem Recht für die noch nicht rentenberechtigte Ehefrau, sofern diese vor dem 1. Januar 1942 geboren ist.

3212 Der Anspruch auf die Zusatzrente setzt das Bestehen
1/04 eines Anspruchs auf eine Altersrente voraus. Der Ehegatte, für welchen die Zusatzrente bestimmt ist, besitzt keinen eigenen Anspruch auf diese Leistung, kann jedoch unter bestimmten Voraussetzungen die Auszahlung an sich verlangen.

3.5.1 Entstehung des Anspruchs

3213 Der Anspruch auf eine Zusatzrente entsteht allgemein mit
1/04 der Entstehung des Anspruchs auf eine Altersrente.

3214 Verheiratet sich ein rentenberechtigter Mann, so entsteht
1/04 der Anspruch auf die Zusatzrente für die Ehefrau am ersten Tag des auf die Eheschliessung folgenden Monats.

3215 aufgehoben

1/04

¹ Ab 1. Januar 2004 können keine neuen Zusatzrenten der IV entstehen. Für Zusatzrenten in der IV mit Eintritt des Versicherungsfalles vor dem 1. Januar 2004 gelten die bis 31. Dezember 2003 gültigen Weisungen.

3216 aufgehoben
1/04

3.5.2 Erlöschen des Anspruchs

- 3217 Der Anspruch auf eine Zusatzrente erlischt
- 3218 – mit dem Wegfall des Anspruchs der hauptrentenberechtigten Person auf eine Altersrente,
1/08
- 3219 – wenn die Person, für die eine Zusatzrente ausgerichtet wird, einen eigenen Anspruch auf eine Invaliden- oder Altersrente erwirbt,
- 3220 – mit Ablauf des Monats, in welchem die Ehe rechtskräftig geschieden wird und sofern die für geschiedene Personen geltenden besonderen Voraussetzungen nicht erfüllt sind,
1/04
- 3221 – mit Ablauf des Monats, in welchem der geschiedene Elternteil, dem die Zusatzrente ausbezahlt wird, die besonderen Voraussetzungen nicht mehr erfüllt, sei es, dass er wieder heiratet oder dass ihm die elterliche Sorge über die ihm zugesprochenen Kinder entzogen wird oder dass er nicht mehr überwiegend für die Kinder aufkommt oder dass die Kinder das 18. bzw. – für Kinder in Ausbildung – das 25. Altersjahr zurückgelegt haben,
1/04
- 3222 – mit Ablauf des Monats, welcher demjenigen der Entstehung eines eigenen Rentenanspruchs des geschiedenen Ehegatten vorangeht,
- 3223 – mit Ablauf des Monats, in welchem ein Ehegatte, für den die Zusatzrente nur bei Wohnsitz und gewöhnlichem Aufenthalt in der Schweiz ausgerichtet werden kann, aus der Schweiz ausreist,
1/05
- 3224 – mit Ablauf des Monats, in welchem der (geschiedene) Ehegatte stirbt.

3.6 Waisen- und Kinderrenten

3.6.1 Waisenrenten

3.6.1.1 Im allgemeinen

- 3301 Kinder haben beim Tode des Vaters oder der Mutter Anspruch auf eine Waisenrente.
- 3302 Sind beide Eltern gestorben, so haben die Kinder Anspruch auf zwei Waisenrenten. Ist ein Ehegatte gestorben und der andere betagt oder invalid, wird eine Waisenrente und eine Kinderrente ausgerichtet.
- 3303 Waisen, die nur zum verstorbenen Elternteil in einem Kind-schaftsverhältnis gestanden sind, erhalten eine Waisen-
rente in Höhe von 60 Prozent der dem massgebenden
durchschnittlichen Jahreseinkommen entsprechenden
Altersrente.
- 3304 Als Vater gilt:
– der Vater im Sinne des Zivilrechts ([Art. 252 Abs. 2 ZGB](#)),
sowie
– der aussereheliche Vater (im Sinne des ZGB in der vor
dem 1. Januar 1978 geltenden Fassung), sofern er durch
Gerichtsurteil oder aussergerichtlichen Vergleich zur
Zahlung von Unterhaltsbeiträgen an sein Kind verpflich-
tet worden ist.
- 3305 Der Tod des Vaters oder der Mutter begründet keinen An-
spruch, wenn das Kind in Pflege genommen wurde und es
wegen des Todes eines Pflegeelternteils bereits eine Wai-
senrente bezieht oder die Pflegeeltern für das Kind schon
eine Kinderrente der AHV oder IV beziehen.
- 3306 Auch das nach dem Tode des Vaters geborene Kind hat
Anspruch auf eine Waisenrente ([Art. 47 AHVV](#)). Für die
Feststellung der Vaterschaft sind die zivilrechtlichen Be-
stimmungen massgebend ([Art. 255–263 ZGB](#)).

3.6.1.2 Pflegekinder

- 3307 Pflegekinder, die unentgeltlich und dauernd aufgenommen worden sind und deren Pflegevater oder deren Pflegemutter gestorben ist, haben Anspruch auf eine Waisenrente ([Art. 49 Abs. 1 AHVV](#)). Im einzelnen müssen folgende Voraussetzungen erfüllt sein:
- 3308 – Zwischen Pflegekind und Pflegeeltern oder dem Pflegeelternteil muss ein eigentliches Pflegeverhältnis bestanden haben. Das Kind muss zur Pflege und Erziehung und nicht zur Arbeitsleistung oder beruflichen Ausbildung in die Hausgemeinschaft der Pflegeeltern aufgenommen worden sein und dort faktisch die Stellung eines eigenen Kindes innegehabt haben. Ohne Belang ist ferner, ob die Pflegeeltern mit dem Pflegekind verwandt sind oder nicht. Auch Stiefeltern, die ein Stiefkind in die Hausgemeinschaft aufgenommen haben, gelten zusammen mit dem Elternteil als Pflegeeltern.
- 3309 – Das Pflegeverhältnis muss vor dem Rentenfall unentgeltlich gewesen sein. Ergibt sich die Unentgeltlichkeit des Pflegeverhältnisses nach dem Eintritt des Rentenfalles, kann für das Pflegekind kein Anspruch auf Waisenrente mehr entstehen (ZAK 1967 S. 615).
- 3310 Unentgeltlich ist das Pflegeverhältnis, wenn die an die Pflegeeltern für das Kind von dritter Seite erbrachten Leistungen (z.B. Unterhaltsbeiträge der Eltern oder von Verwandten, Alimenterbevorschussung, Kostgelder, Sozialversicherungsrenten, private Versicherungsleistungen) weniger als einen Viertel der tatsächlichen Unterhaltskosten decken (ZAK 1958 S. 335; ZAK 1973 S. 573).
- 3311 Wird den Pflegeeltern für das Kind ein Vermögen zum Verbrauch oder zur Nutzung überlassen (z.B. eine einmalige Abfindung des Vaters), so gilt das Pflegeverhältnis als unentgeltlich, wenn das Vermögen im Durchschnitt der ganzen Unterhaltsdauer einer monatlichen Leibrente entspricht, die weniger als einen Viertel der tatsächlichen Unterhaltskosten deckt (ZAK 1968 S. 636).

- 3312 Nicht als Entgelt sind zu betrachten:
- das eigene Erwerbseinkommen des Kindes,
 - die den Pflegeeltern oder Eltern ausgerichteten Familien- und Kinderzulagen,
 - Gelegenheitsgeschenke,
 - Stipendien.
- 3313 Bei der Prüfung der Frage, ob die periodischen Leistungen oder Zuwendungen Dritter einen Viertel der Unterhaltskosten erreichen, ist in der Regel auf die durchschnittliche Leistung und den durchschnittlichen Unterhaltsbedarf für die ganze Unterhaltsdauer abzustellen. Massgebend sind aber grundsätzlich nur die effektiv geleisteten Unterhaltsbeiträge. Rechtlich geschuldete, aber nicht geleistete Beiträge sind nur insoweit zu berücksichtigen, als die begründete Annahme besteht, dass sie in Zukunft tatsächlich bezahlt bzw. nachbezahlt werden (ZAK 1979 S. 349; ZAK 1985 S. 583).
- 3314 Die für die Berechnung der Unentgeltlichkeit massgebenden Unterhalts- und Erziehungskosten entsprechen den im Anhang III aufgeführten Werten (ZAK 1978 S. 311).
- 3315 Das Pflegeverhältnis muss auf Dauer begründet worden sein. Das Kind darf von den Pflegeeltern nicht bloss für bestimmte Zeit aufgenommen worden sein; ferner muss nach dem Tode eines Pflegeelternteils der überlebende Teil das Pflegeverhältnis unbefristet fortsetzen.
- 3316 Als Indiz für eine dauernde Bindung des Pflegekindes zur Pflegefamilie kann der Umstand gelten, dass das Pflegeverhältnis seit der Begründung nie unterbrochen worden ist, dass die Eltern ihre Elternrechte nicht mehr ausüben, oder dass das Kind den Namen der Pflegeeltern angenommen hat. Nicht nötig ist dagegen, dass das Pflegeverhältnis vor dem Rentenfall schon bestimmte Zeit gedauert habe.
- 3317 Das Pflegekind darf nicht schon wegen des Todes der Eltern eine Waisenrente und kein Elternteil darf schon eine Kinderrente der AHV oder IV für das Kind beziehen.

3.6.1.3 Findelkinder

- 3318 Findelkinder, das heisst Kinder, deren Abstammung nach der väterlichen und der mütterlichen Seite unbekannt ist, haben Anspruch auf eine Waisenrente ([Art. 25 Abs. 2 AHVG](#)).

3.6.1.4 Entstehung des Anspruchs

- 3319 Der Anspruch auf eine Waisenrente entsteht am ersten Tag des dem Tode des Vaters oder der Mutter folgenden Monats. Bei nachgeborenen Kindern entsteht der Anspruch am ersten Tag des der Geburt folgenden Monats ([Art. 47 AHVV](#)).
- 3320 Dies gilt auch, wenn das Kindesverhältnis erst nachträglich durch Anerkennung oder durch den Richter festgestellt wird ([Art. 252 Abs. 2 ZGB](#)). Eine Nachzahlung von Renten ist jedoch immer nur im Rahmen der 5jährigen Verwirklichungsfrist möglich.
- 3321 Bei Wegfall des eigenen Anspruchs der Waise auf eine Invalidenrente oder auf eine Witwen- bzw. Witwerrente, entsteht der Anspruch auf eine Waisenrente am ersten Tag des folgenden Monats.
- 3322 Bei 18–25jährigen Waisen, die die Ausbildung erst nach zurückgelegtem 18. Altersjahr bzw. nach dem Tode des Vaters oder der Mutter aufnehmen, beginnt die Rente mit dem Monat nach Beginn der Ausbildung zu laufen.
- 3323
1/05 Verlegt eine Waise mit ausländischer Staatsangehörigkeit, deren Rente nur bei Wohnsitz und gewöhnlichem Aufenthalt in der Schweiz ausgerichtet werden kann, ihren Wohnsitz vom Ausland in die Schweiz, so kann die Waisenrente vom nächstfolgenden Monat an beansprucht werden.
3323.
1
1/05 Für eine Waise mit der Staatsangehörigkeit eines Nichtvertragsstaates besteht auch bei Ausreise aus der Schweiz Anspruch auf die Waisenrente, sofern der verstorbene Elternteil die Schweizer Staatsbürgerschaft hatte oder

einem Staat angehörte, mit dem die Schweiz ein Sozialversicherungsabkommen abgeschlossen hat.

- 3324 Auch bei Verschollenheit entsteht der Anspruch auf Waisenrente am ersten Tag des dem Tode des Elternteils folgenden Monats. Als Zeitpunkt des Todes gilt der im Todesregister eingetragene Zeitpunkt, auf den die richterliche Verschollenerklärung zurückbezogen wird.
- 3325 Die Auszahlung der Waisenrente darf grundsätzlich nicht vor der richterlichen Verschollenerklärung erfolgen. Zu beachten ist, dass eine Nachzahlung von Renten nur im Rahmen der fünfjährigen Verwirkungsfrist möglich ist. Hat jedoch die Waise bei langer nachrichtenloser Abwesenheit den Rentenanspruch innert nützlicher Frist (AHI 1995 S. 81) nach dem Verschwinden des Elternteils geltend gemacht und die Ausgleichskasse den Entscheid bis zur richterlichen Verschollenerklärung ausgesetzt, so kann die Rente vom ersten Tag des auf den Zeitpunkt des Todes folgenden Monats an nachbezahlt werden.
- 3326 Beim Vorliegen besonderer Umstände und wenn damit zu rechnen ist, dass der verschwundene Elternteil für verschollen erklärt werden wird, kann die Rente in Fällen des Verschwindens in hoher Todesgefahr ausnahmsweise vor der Verschollenerklärung, frühestens jedoch nach Einleitung des Verschollenheitsverfahrens, gewährt werden. Diese Fälle sind dem Bundesamt für Sozialversicherung zu unterbreiten, nachdem das Gesuch um Verschollenerklärung eingereicht worden ist.

3.6.1.5 Erlöschen des Anspruchs

- 3327 Der Anspruch auf eine Waisenrente erlischt:
- 3328 – mit Ablauf des Monats, in welchem die Waise stirbt oder rechtskräftig adoptiert wird,
Ein Pflegekind, das vom überlebenden Pflegeelternteil adoptiert wird, verliert indessen den Anspruch auf die ihm durch den Tod des anderen Pflegeelternteils er-

wachsene Waisenrente nicht. Stirbt der eine Pflegeelternteil im gleichen Monat, in welchem das Pflegekind durch den überlebenden Pflegeelternteil adoptiert wird, so schliesst dies die Entstehung des Waisenrentenanspruchs nicht aus (ZAK 1976 S. 395).

- 3329 – mit Ablauf des Monats, in welchem ein rentenberechtigtes Pflegekind zu seinen Eltern zurückkehrt oder von diesen Unterhaltsleistungen erhält,
- 3330 – mit Ablauf des Monats, welcher demjenigen der Entstehung eines eigenen Anspruchs der Waise auf eine Witwen- oder Witwerrente vorangeht.
- 3331 – mit Ablauf des Monats, in welchem die Waise das 18. Altersjahr vollendet,
- 3332 – für Waisen, die zwischen dem 18. und dem 25. Altersjahr noch in Ausbildung begriffen sind, mit Ablauf des Monats, in welchem die Ausbildung beendet wird oder die Waise das 25. Altersjahr vollendet,
- 3333 – mit Ablauf des Monats, in welchem eine Waise mit ausländischer Staatsangehörigkeit, deren Rente nur bei Wohnsitz und gewöhnlichem Aufenthalt in der Schweiz ausgerichtet werden kann, ihren Wohnsitz ins Ausland verlegt. Diese Bestimmung gilt indessen nicht für ausländische Waisen von schweizerischen Staatsangehörigen.

3.6.2 Kinderrenten der IV und der AHV

3.6.2.1 Rentenanspruch

- 3334 Bezüger von Invaliden- oder Altersrenten haben grundsätzlich für jedes Kind oder Pflegekind, das im Falle ihres Todes eine Waisenrente beziehen könnte, Anspruch auf eine Kinderrente.
- 3335 Der Anspruch auf Kinderrente besteht jedoch nicht, wenn das Kind einen eigenen Anspruch auf eine Invalidenrente

hat. Dagegen kann die Kinderrente beansprucht werden, so lange der Anspruch des invaliden Kindes auf eine Invalidenrente ruht, weil Eingliederungsmassnahmen der IV mit Unterkunft und Verpflegung gewährt werden.

- 3336 Der Anspruch auf Kinderrente besteht ebenfalls nicht, wenn das Kind einen eigenen Anspruch auf Witwen- oder Witwerrente hat oder wenn für das verheiratete Kind Anspruch auf eine Zusatzrente besteht.
- 3337 Für den Rentenanspruch ist es ohne Bedeutung, ob die Eltern des Kindes miteinander verheiratet sind oder nicht.
- 3338 Bei Pflegeeltern, die Anspruch auf eine Invaliden- oder eine Altersrente haben, können der Pflegevater oder die Pflegemutter nur für diejenigen Pflegekinder Kinderrenten beanspruchen, bei denen die Voraussetzungen von Rz 3307 ff. erfüllt sind und die nicht schon wegen des Todes der Eltern Anspruch auf eine Waisenrente haben.
- 3339 Kein Anspruch auf Kinderrente entsteht für Kinder, die erst nach der Entstehung des Anspruchs auf eine Alters- oder Invalidenrente in Pflege genommen werden, es sei denn, es handle sich um Kinder des andern Ehegatten ([Art. 22^{ter} Abs. 1 AHVG](#), [Art. 35 Abs. 3 IVG](#)).
- 3340 Eltern, die Kinder in Pflege gegeben haben, können für diese Kinder nur dann Kinderrenten beanspruchen, wenn die Kinder keine Waisenrente wegen des Todes der Pflegeeltern und die Pflegeeltern für sie keine Kinderrente beanspruchen können.

3.6.2.2 Entstehung des Anspruchs

- 3341 Der Anspruch auf eine Kinderrente entsteht allgemein mit der Entstehung des Anspruchs des Vaters oder der Mutter auf eine Invaliden- oder Altersrente.
- 3342 Für Kinder, die nach der Entstehung des Anspruchs der Eltern auf eine Invaliden- oder Altersrente geboren werden, beginnt der Anspruch auf Kinderrente

- in der IV am ersten Tag des Geburtsmonats und
 - in der AHV am ersten Tag des der Geburt folgenden Monats.
3342. Verlegt ein Kind mit ausländischer Staatsangehörigkeit, dessen rentenberechtigter Vater oder Mutter die schweizerische Staatsangehörigkeit oder eine Staatsangehörigkeit besitzt, mit deren Heimatstaat eine zwischenstaatliche Vereinbarung besteht, seinen Wohnsitz von der Schweiz ins Ausland, so kann die Kinderrente im Ausland weiterhin beansprucht werden.
- 1
1/05
- 3343 Der Zeitpunkt des Anspruchsbeginns gemäss Rz 3341 und 3342 gilt auch, wenn das Kindesverhältnis erst nachträglich durch Anerkennung oder durch den Richter festgestellt wird ([Art. 252 Abs. 2 ZGB](#)). Eine Nachzahlung von Renten ist jedoch immer nur im Rahmen der 5jährigen Verwirklichungsfrist möglich.
- 3344 Für Kinder, die nach der Entstehung des Anspruchs des Vaters oder der Mutter auf eine Invaliden- oder Altersrente adoptiert werden, entsteht der Anspruch auf Kinderrente
- in der IV am ersten Tag des Monats, in dem der Adoptionsentscheid rechtskräftig wird und
 - in der AHV am ersten Tag des auf den Eintritt der Rechtskraft des Adoptionsentscheids folgenden Monats.
- 3345 Ist ein bisher entgeltliches Pflegeverhältnis unentgeltlich geworden, so entsteht der Anspruch auf Kinderrente
- in der IV am ersten Tag des Monats, in dem diese Änderung eingetreten ist und
 - in der AHV am ersten Tag des Monats, der demjenigen folgt, in welchem diese Änderung eingetreten ist.
- So kann z.B. eine Kinderrente vom Zeitpunkt an beansprucht werden, in welchem die bisher vom leiblichen Vater bezahlten Unterhaltsbeiträge ausbleiben und trotz aller Sorgfalt der Pflegeeltern und der Behörden aller Wahrscheinlichkeit nach endgültig uneinbringlich geworden sind. Unentgeltlich wird das Pflegeverhältnis unter Umständen auch dann, wenn die gemäss Vereinbarung oder Urteil von

Dritten geschuldeten Beiträge wegen zeitlicher Begrenzung dahinfallen.

- 3346 Für 18–25jährige Kinder, die die Ausbildung erst nach zurückgelegtem 18. Altersjahr und nach Entstehung des Anspruchs der Eltern auf eine Invaliden- oder Altersrente aufnehmen, beginnt die Kinderrente
- in der IV mit dem Monat des Beginns der Ausbildung
 - in der AHV mit dem Monat nach Beginn der Ausbildung zu laufen.

3.6.2.3 Erlöschen des Anspruchs

- 3347 Der Anspruch auf eine Kinderrente erlischt:
- 3348 – mit Ablauf des Monats, in welchem der Anspruch des Vaters oder der Mutter auf eine Invaliden- oder Altersrente untergeht,
- 3349 – mit Ablauf des Monats, in welchem das Kind das 18. Altersjahr vollendet,
- 3350 – für Kinder, die zwischen dem 18. und dem 25. Altersjahr noch in Ausbildung begriffen sind, mit Ablauf des Monats, in welchem die Ausbildung beendet wird oder das Kind das 25. Altersjahr vollendet,
- 3351 – mit Ablauf des Monats, welcher demjenigen der Entstehung
1/04
- eines selbständigen Anspruchs des Kindes auf eine eigene Invalidenrente, oder
 - eines eigenen Anspruchs des Kindes auf eine Witwen- oder Witwerrente vorangeht,
- 3352 – mit Ablauf des Monats, in welchem ein Kind, für welches die Kinderrente nur bei Wohnsitz und gewöhnlichem Aufenthalt in der Schweiz ausgerichtet werden kann ([Art. 28 Abs. 1^{ter} IVG](#)), aus der Schweiz ausreist,

- 3353 – mit Ablauf des Monats, in welchem das Kind stirbt oder von Dritten rechtskräftig adoptiert wird,
- 3354 – mit Ablauf des Monats, in welchem ein Pflegekind, für das eine Kinderrente zur Rente der Pflegeeltern bezogen wird, aus dem Pflegeverhältnis ausscheidet oder ein bisher unentgeltliches Pflegeverhältnis zu einem entgeltlichen wird ([Art. 49 Abs. 2 AHVV](#)).
- 3355 Der Anspruch auf eine Kinderrente der IV erlischt ausserdem mit Ablauf des Monats, welcher demjenigen der Entstehung des Anspruchs auf eine Kinderrente der AHV vorgeht.

3.6.3 Waisen und Kinder in Ausbildung

3.6.3.1 Grundsatz

- 3356 Für Waisen und Kinder, die zwischen dem 18. und 25. Altersjahr noch in Ausbildung begriffen sind, besteht der Rentenanspruch auch für die Zeit der Ausbildung, längstens aber bis zum vollendeten 25. Altersjahr. Dabei ist ohne Belang, ob die Ausbildung bei Vollendung des 18. Altersjahres schon begonnen war oder erst nachher aufgenommen worden ist.
- 3357 Die Waisen- bzw. Kinderrente für in Ausbildung begriffene 18–25jährige Waisen oder Kinder erlischt mit Ablauf des Monats, in dem die Ausbildung abgeschlossen wird. Findet die Ausbildung erst nach vollendetem 25. Altersjahr ihren Abschluss, so erlischt der Rentenanspruch mit dem Monat, in welchem das 25. Altersjahr vollendet wird.

3.6.3.2 Begriff der Ausbildung

- 3358 Als in Ausbildung begriffen gelten Personen, die während einer bestimmten Zeit, mindestens während eines Monats, Schulen oder Kurse besuchen oder der beruflichen Ausbildung obliegen.

- 3359 Bei Schulen und Kursen sind Art der Lehranstalt und Ausbildungsziel unerheblich; der Mittelschüler und der Student an der Hochschule oder an der höheren Lehranstalt sind ebenso in Ausbildung begriffen wie das Mädchen, das einen zweimonatigen hauswirtschaftlichen Kurs besucht. Insbesondere genügt es auch, wenn mit dem Besuch einer Schule oder eines Kurses entweder zum vornherein kein spezieller Berufsabschluss beabsichtigt und nur die Ausübung des betreffenden Berufes angestrebt wird, oder wenn es sich um eine Ausbildung handelt, die vorerst nicht einem speziellen Beruf dient. Erforderlich sind dabei aber immer eine systematische Vorbereitung auf eines dieser Ziele, und zwar aufgrund eines ordnungsgemässen, rechtlich oder faktisch anerkannten Lehrganges, sowie eine Auswirkung auf allfällige Erwerbseinkünfte im durch Rz 3364 ff. gezogenen Rahmen (ZAK 1983 S. 206).
- 3360 Nicht als in Ausbildung begriffen gelten dagegen z.B. Personen, die zur Hauptsache dem Erwerb nachgehen und nur nebenbei Schulen oder Kurse besuchen, wie auch Studierende, die neben dem Studium durch eine Erwerbstätigkeit überwiegend beansprucht sind. Ist zu überprüfen, ob eine neben der Ausbildung ausgeübte Erwerbstätigkeit überwiegt, so bildet in quantitativer Hinsicht nicht der Zeit-, sondern der Einkommensvergleich das massgebende Kriterium. Eine überwiegende berufliche Ausbildung liegt somit dann vor, wenn ein wesentlich geringeres Einkommen erzielt wird, als ein Erwerbstätiger mit abgeschlossener Berufsbildung orts- und branchenüblich erhalten würde (ZAK 1984 S. 400).
- 3361 Eine berufliche Ausbildung liegt nicht nur vor, wenn eine Person in einem eigentlichen Lehrverhältnis gemäss dem Bundesgesetz über die Berufsbildung steht. Als berufliche Ausbildung gilt jede Tätigkeit, die die systematische Vorbereitung auf eine zukünftige Erwerbstätigkeit zum Ziele hat und während welcher mit Rücksicht auf den vorherrschenden Ausbildungscharakter ein wesentlich geringeres Einkommen erzielt wird, als ein Erwerbstätiger mit abgeschlossener Berufsbildung orts- und branchenüblich erhalten würde (z.B. Lehrlingslohn, Entschädigung für Vo-

lontariate). Unerheblich ist, ob eine solche Tätigkeit zum Erwerb bestimmter Vorkenntnisse (z.B. zur Erlernung von Sprachen), für eine spätere Berufslehre, zur eigentlichen Erlernung eines Berufes oder zur Erlangung besonderer beruflicher Fähigkeiten (z.B. zur Spezialisierung im erlernten Beruf) ausgeübt wird.

- 3362 Ein Sprachaufenthalt im Ausland gilt indessen nur soweit als Bestandteil der Ausbildung, als zwischen diesem und dem Berufsziel ein Zusammenhang besteht (ZAK 1977 S. 265).
- 3363 Für eine systematische Berufsvorbereitung genügt es nicht, wenn eine Person rein formell die dafür vorgeschriebenen Schulen und Praktika absolviert. Sie hat vielmehr die Ausbildung mit dem ihr objektiv zumutbaren Einsatz zu betreiben, um sie innert nützlicher Frist erfolgreich hinter sich zu bringen (ZAK 1978 S. 548).
- 3364 Das Arbeitsentgelt der in Ausbildung begriffenen Person gilt dann als wesentlich geringer als dasjenige eines Vollausgebildeten, wenn es abzüglich der besonderen Ausbildungskosten um mehr als ein Viertel unter den im Zeitpunkt der Rentenzusprechung (ZAK 1981 S. 170) orts- und branchenüblichen Anfangslöhnen für voll ausgebildete Erwerbstätige liegt (ZAK 1960 S. 318).
- 3365 Als Arbeitsentgelt und massgebendes Vergleichseinkommen gilt jenes Einkommen, welches eine Person für die Tätigkeit erzielt, der vorwiegend Ausbildungscharakter zukommt (Lehrlingslohn, Entschädigung für Volontariat).
- 3366 Geht eine Person überwiegend einer Erwerbstätigkeit nach, so dürfen allfällige Kosten für berufsbegleitende Kurse nicht vom erzielten Erwerbseinkommen abgezogen und der verbleibende Betrag als massgebendes Vergleichseinkommen herangezogen werden (ZAK 1977 S. 185).
- 3367 Der Umstand, dass eine Person während der Ausbildung ein Erwerbseinkommen erzielt, mit welchem sie ihren

Lebensunterhalt selbst bestreiten kann, steht dem Rentenanspruch nicht entgegen (ZAK 1981 S. 170).

- 3368 Als Ausbildung im Sinne der gesetzlichen Regelung gelten grundsätzlich auch von der IV gewährte Eingliederungsmassnahmen beruflicher Art, sofern sie, wie beispielsweise die erstmalige berufliche Ausbildung, systematisch das für eine spätere Erwerbstätigkeit nötige Wissen und Können vermitteln.

3.6.3.3 Unterbrechung der Ausbildung

Ferien

- 3369 Die üblichen Ferien werden zur Ausbildungszeit gerechnet, nicht aber die Zeit zwischen zwei Kursen (z.B. Winterkurse für Landwirte), während der eine Person einem Erwerb nachgeht. Die Zeit zwischen Maturität und Studienbeginn gilt als Ausbildung, auch wenn während dieser Zeit eine Erwerbstätigkeit ausgeübt wird. Voraussetzung ist allerdings, dass die Ausbildung bei der nächstmöglichen Gelegenheit fortgesetzt wird.

Militär- und Zivildienst

- 3370
1/08 Personen, die während der Ausbildung Militär- oder Zivildienst leisten, gelten weiterhin als in Ausbildung begriffen (ZAK 1967 S. 174). Voraussetzung ist indessen, dass sie sich bis zum Eintritt in den Militär- oder Zivildienst in Ausbildung befanden und diese nach dem geleisteten Dienst bei nächstmöglicher Gelegenheit fortsetzen.
- 3371
1/09 Übt beispielsweise eine Person zwischen Semesterschluss und Einrücken bzw. zwischen Beendigung des Dienstes und Semesterbeginn oder zwischen zwei Dienstleistungen eine lückenfüllende Erwerbstätigkeit aus, so liegt grundsätzlich keine Unterbrechung der Ausbildung vor. Ebenso wenig gilt diese als unterbrochen, wenn z.B. nach der Matura (da die Ausbildung grundsätzlich noch nicht abgeschlossen ist) lediglich deshalb eine Erwerbstätigkeit auf-

genommen wird, um die Zeitspanne bis zum Einrücken zu überbrücken. Voraussetzung bleibt allerdings auch in solchen Fällen, dass die Ausbildung nach Beendigung des Dienstes fortgesetzt wird (ZAK 1975 S. 427). Anders verhält es sich hingegen bei der Berufsmatura (analog Berufslehre). Hier gilt die Ausbildung grundsätzlich als abgeschlossen.

3371. 1
1/08 Seit dem Inkrafttreten der Armee XXI (1.1.2004) hat eine Person die Möglichkeit, freiwillig ihre gesamte obligatorische Dienstzeit an einem Stück zu leisten (sog. Durchdiener). Zur Leistung als Durchdiener besteht allerdings keine Pflicht. Die Dienst leistende Person entschliesst sich hierfür freiwillig zu diesem Dienstleistungsmodell und ist demnach während langer Zeit grundsätzlich nicht mehr in Ausbildung begriffen. In Anbetracht, dass eine in Ausbildung stehende Person sämtliche ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten auszuschöpfen hat, um die Ausbildung ohne Verzug voranzutreiben und abzuschliessen, besteht bei Durchdienern während der gesamten Dienstdauer kein Anspruch auf Kinder- oder Waisenrenten.
3371. 2
1/09 Absolviert allerdings eine Person die Rekrutenschule oder den Kaderanwärterdienst, so kann sie nur dann weiterhin als in Ausbildung betrachtet werden, wenn sie die ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ausgeschöpft hat, den Dienst zu unterbrechen. In begründeten Fällen (z.B. Studium) kann nämlich eine Person die Rekrutenschule einmal unterbrechen. Ein angehender Unteroffizier hat diese Möglichkeit der Aufteilung der Rekrutenschule bzw. des Kaderanwärterdienstes einmal und ein zukünftiger Zugführer maximal zweimal.

Schwangerschaft

- 3372 Frauen, die ihre Ausbildung aufgrund einer Schwangerschaft unterbrechen, gelten weiterhin als in Ausbildung. Voraussetzung dazu ist allerdings, dass die Ausbildung nach dem Schwangerschaftsurlaub bei der nächstmöglichen Gelegenheit wieder fortgesetzt wird.

Krankheit

- 3373 Muss die Ausbildung wegen Krankheit oder Unfall unterbrochen werden, so dauert der Rentenanspruch bis zur Entstehung des Anspruchs auf eine Invalidenrente oder bis die Ausbildung abgeschlossen wäre, jedoch in keinem Fall länger als 12 Monate an. Dieselbe Regelung gilt, wenn sich der Beginn der Ausbildung wegen Krankheit oder Unfall verzögert (ZAK 1982 S. 415).
- 3374 Für ein 18jähriges Kind, dessen Ausbildung im Zeitpunkt der möglichen Entstehung der Waisen- oder Kinderrente infolge Krankheit oder Unfall bereits 12 Monate unterbrochen war, kann jedoch keine Rente ausgerichtet werden (ZAK 1987 S. 158).

Auflösung eines bestehenden und Begründung eines neuen Lehrverhältnisses

- 3375 Muss ein bestehendes Lehrverhältnis vorzeitig aufgelöst werden, so gilt die Ausbildung nicht als unterbrochen, sofern unverzüglich eine neue Lehrstelle gesucht und die Ausbildung fortgesetzt wird (ZAK 1975 S. 375).

3.6.3.4 Erwerbstätigkeit während der Ferien

- 3376 Wird eine Erwerbstätigkeit ausschliesslich während den offiziellen Ferien ausgeübt, so ist keine Unterbrechung der Rentenberechtigung anzunehmen.

3.7 Witwen- und Witwerrenten

3.7.1 Anspruchsvoraussetzungen

3.7.1.1 Besondere Voraussetzungen für Witwen

- 3401 Eine Witwe, die im Zeitpunkt der Verwitwung eines oder mehrere Kinder hat, hat Anspruch auf eine Witwenrente ([Art. 23 Abs. 1 AHVG](#)).

- 3402 Mindestens ein Kind muss – unter Vorbehalt von Rz 3403 – im Zeitpunkt der Verwitwung leben; dagegen berührt der nachträgliche Tod der Kinder den Rentenanspruch nicht. Ferner ist unerheblich, wie alt die Kinder sind und ob sie selbst Anspruch auf Waisenrente haben oder nicht. Schliesslich ist es nicht erforderlich, dass zwischen dem verstorbenen Ehegatten und den Kindern ein Kindesverhältnis im Sinne von [Art. 252 ZGB](#) bestand.
- 3403 Als Witwe mit Kind gilt auch die beim Tode des Ehemannes schwangere Ehefrau, sofern das Kind lebend geboren wird ([Art. 46 Abs. 1 AHVV](#)). Es wird in Anlehnung an die zivilrechtlichen Bestimmungen eine Schwangerschaft der Ehefrau im Zeitpunkt des Todes des Ehemannes vermutet, sofern das Kind innert 300 Tagen seit dem Tode des Ehemannes geboren wird. Wird das Kind nach Ablauf von 300 Tagen seit der Verwitwung der Mutter geboren, so besteht kein Anspruch auf eine Witwenrente, es sei denn, die Witwe erbringe den Beweis, dass die Schwangerschaft im Zeitpunkt der Verwitwung schon bestand. Einen Rentenanspruch besitzt die im Zeitpunkt der Verwitwung schwangere Ehefrau ferner nur, wenn das Kind lebend geboren wird. Für den Rentenanspruch ist dagegen nicht erforderlich, dass das Kind während einer bestimmten Zeit am Leben bleibt.
- 3404 Eine Witwe, die im Zeitpunkt der Verwitwung keine Kinder im Sinne von [Art. 23 AHVG](#) hat, hat Anspruch auf eine Witwenrente, wenn sie
- das 45. Altersjahr zurückgelegt hat und
 - mindestens 5 Jahre verheiratet gewesen ist ([Art. 24 Abs. 1 AHVG](#)).
- 3405 Verwitwet somit die kinderlose Ehefrau vor dem 45. Altersjahr, hat sie keinen Anspruch auf Witwenrente. Ein Rentenanspruch entsteht in einem solchen Fall auch nicht nachträglich, wenn die Witwe das 45. Altersjahr erreicht.
- 3406 Bei der Feststellung der Ehedauer von mindestens 5 Jahren wird bei einer Witwe, die mehrmals verheiratet war, auf die Gesamtdauer der Ehen abgestellt.

3.7.1.2 Besondere Voraussetzungen für Witwer

- 3407 Ein verwitweter Mann hat nur solange Anspruch auf eine Witwerrente, als er Kinder unter 18 Jahren hat. Die Witwerrente erlischt mit Ablauf des Monats, in welchem das jüngste Kind das 18. Altersjahr vollendet ([Art. 23](#) und [24 Abs. 2 AHVG](#)).

3.7.1.3 Gemeinsame Voraussetzungen für Witwen und Witwer

- 3408 Eine verwitwete Person,
– die im Zeitpunkt der Verwitwung für Kinder des verstorbenen Ehegatten sorgt ([Art. 23 Abs. 2 Bst. a AHVG](#)),
oder
– die im Zeitpunkt der Verwitwung mit Pflegekindern im gemeinsamen Haushalt lebt und diese später adoptiert ([Art. 23 Abs. 2 Bst. b AHVG](#)),
hat Anspruch auf eine Witwen- oder Witwerrente, wenn folgende Voraussetzungen gleichzeitig erfüllt werden:
- 3409 – das Kind steht im Zeitpunkt des Todes des Ehegatten in einem unentgeltlichen Pflegeverhältnis zum überlebenden Ehegatten;
- 3410 – mindestens ein solches Pflegekind lebt im gemeinsamen Haushalt mit dem überlebenden Ehegatten.
Der gemeinsame Haushalt muss im Zeitpunkt der Verwitwung bestehen. Kinder, die sich zum Schulbesuch oder zu Studienzwecken auswärts aufhalten, aber den Kontakt mit der Familie im normalen Rahmen beibehalten, gehören zum gemeinsamen Haushalt.
- 3411 – das Pflegekind erwirbt infolge des Todes des Ehegatten Anspruch auf eine Waisenrente.
- 3412 Im Falle von [Art. 23 Abs. 2 Bst. b AHVG](#) entsteht der Anspruch auf eine Witwen- oder Witwerrente erst ab dem Zeitpunkt der Adoption (vgl. Rz 3427).

- 3413 Bei einer verheirateten Person, die vor der Heirat einen Anspruch auf eine Witwen- oder Witwerrente hatte, lebt der Anspruch wieder auf, sofern
- die neue Ehe geschieden oder ungültig erklärt wird ([Art. 23 Abs. 5 AHVG](#)) und
 - diese Ehe weniger als 10 Jahre gedauert hat ([Art. 46 Abs. 3 AHVV](#)). Massgebend ist das Datum der Rechtskraft der Scheidung bzw. der Ungültigerklärung.
- 3414 Ist der Ehegatte zusammen mit dem einzigen Kind oder sämtlichen Kindern ums Leben gekommen, und steht nicht eindeutig fest, dass eines der Kinder den verstorbenen Ehegatten überlebt hat, so gilt der überlebende Ehegatte als kinderlos (ZAK 1976 S. 180).

3.7.2 Geschiedene Personen

3.7.2.1 Voraussetzungen für geschiedene Frauen

- 3415 Eine geschiedene Frau hat beim Tode des geschiedenen Ehemannes Anspruch auf eine unbefristete Witwenrente, wenn eine der nachfolgenden Voraussetzungen erfüllt ist:
- 3416 – Sie hat Kinder ([Art. 23 Abs. 1 und 2 AHVG](#)) und die geschiedene Ehe hat mindestens 10 Jahre gedauert ([Art. 24a Abs. 1 Bst. a AHVG](#));
- 3417 – Sie war bei der Scheidung älter als 45 Jahre und die geschiedene Ehe hat mindestens 10 Jahre gedauert ([Art. 24a Abs. 1 Bst. b AHVG](#));
- 3418 – Das jüngste Kind vollendet das 18. Altersjahr, nachdem die Frau ihr 45. Altersjahr zurückgelegt hat oder haben wird ([Art. 24a Abs. 1 Bst. c AHVG](#)).
- 3419 Eine geschiedene Frau, die nicht mindestens eine der drei vorangehenden Voraussetzungen erfüllt, hat nur solange Anspruch auf eine Witwenrente, als sie Kinder unter 18 Jahren hat ([Art. 24a Abs. 2 AHVG](#)). Dabei ist nicht Bedingung, dass es sich um Kinder des Verstorbenen han-

delt. Die Witwenrente erlischt, mit Ablauf des Monats, in welchem das jüngste Kind das 18. Altersjahr vollendet.

- 3420 Der Anspruch auf Witwenrenten für geschiedene Frauen, welche am 1. Januar 1997 das 45. Altersjahr zurückgelegt haben, richtet sich nach dem bis zum 31. Dezember 1996 gültigen Art. 23 Abs. 2 AHVG, sofern kein Anspruch nach dem neuen [Art. 24a besteht](#) ([Bst. f Abs. 1 der Übergangsbestimmungen der zehnten AHV-Revision](#)). In einem solchen Fall ist eine geschiedene Frau nach dem Tode des früheren Ehemannes einer Witwe gleichgestellt, sofern der Mann der Frau gegenüber zu Unterhaltsbeiträgen verpflichtet war und die Ehe mindestens 10 Jahre gedauert hatte.

In den Genuss dieser Regelung kann namentlich dann eine Frau gelangen, wenn

- sie bei der Scheidung jünger als 45 Jahre war oder
- das jüngste Kind das 18. Altersjahr vollendet hat, bevor sie ihr 45. Altersjahr zurückgelegt hat.

3.7.2.2 Voraussetzungen für geschiedene Männer

- 3421 Ein geschiedener Mann hat nur solange Anspruch auf eine Witwerrente, als er Kinder unter 18 Jahren hat. Dabei ist nicht Bedingung, dass es sich um Kinder der Verstorbenen handelt.
- 3422 Die Witwerrente erlischt, mit Ablauf des Monats, in welchem das jüngste Kind das 18. Altersjahr vollendet ([Art. 24a](#) in Verbindung mit [Art. 24 AHVG](#)). Es besteht somit kein Unterschied zu nicht geschiedenen Witwern.

3.7.3 Tod und Verschollenheit

3.7.3.1 Zeitpunkt des Todes

- 3423 Massgebend ist grundsätzlich der im Todesregister eingetragene Zeitpunkt des Todes. Wurde die Leiche nicht aufgefunden, so ist jener Zeitpunkt des Todes massgebend, welcher im Familienregister eingetragen wurde.

- 3424 Ist der Zeitpunkt des Todes im Todesregister nicht eingetragen, so ist nach dem Grundsatz der überwiegenden Wahrscheinlichkeit zu beurteilen, wann der Tod eingetreten ist (ZAK 1992 S. 40). In diesen Fällen sind die Akten dem BSV zu unterbreiten.

3.7.3.2 Verschollenheit

- 3425 Die richterliche Verschollenerklärung gemäss [Artikel 35–38 ZGB](#) ist dem Tod gleichgestellt. Als Zeitpunkt des Todes gilt in diesen Fällen der im Familienregister eingetragene Zeitpunkt, auf den die richterliche Verschollenerklärung zurückbezogen wird.

3.7.4 Entstehung des Rentenanspruchs

- 3426 Der Rentenanspruch entsteht grundsätzlich am ersten Tag des dem Tode des (geschiedenen) Ehegatten folgenden Monats ([Art. 23 Abs. 3 AHVG](#)).
- 3427 Bei Adoption eines Pflegekindes entsteht der Rentenanspruch am ersten Tag des Monats, der demjenigen folgt, in welchem die Adoption rechtskräftig geworden ist ([Art. 23 Abs. 3 AHVG](#)).
- 3428 Bei Wiederaufleben des Rentenanspruchs nach Scheidung oder Ungültigerklärung der neuen Ehe entsteht der Anspruch am ersten Tag des Monats, der demjenigen folgt, in welchem das Scheidungsurteil oder die richterliche Ungültigerklärung rechtskräftig geworden ist ([Art. 46 Abs. 3 AHVV](#)).
- 3429 Verlegt eine verwitwete Person mit ausländischer Staatsangehörigkeit, deren Rente nur bei Wohnsitz und gewöhnlichem Aufenthalt in der Schweiz ausgerichtet werden kann, ihren Wohnsitz vom Ausland in die Schweiz, so entsteht der Rentenanspruch vom nächstfolgenden Monat an.
- 3429.1 Verlegt eine verwitwete Person mit der Staatsangehörigkeit eines Nichtvertragsstaates ihren Wohnsitz von der

- 1/05 Schweiz ins Ausland und hatte der verstorbene Ehegatte die schweizerische Staatsangehörigkeit oder eine Staatsangehörigkeit besessen, mit deren Heimatstaat eine zwischenstaatliche Vereinbarung besteht, so kann die Witwen- oder Witwerrente im Ausland weiterhin beansprucht werden.
- 3430 Auch bei Verschollenheit entsteht der Rentenanspruch am ersten Tag des dem Tode des Ehegatten folgenden Monats. Als Zeitpunkt des Todes gilt der im Familienregister eingetragene Zeitpunkt, auf den die richterliche Verschollenerklärung zurückbezogen wird.
- 3431 Die Auszahlung der Witwen- bzw. Witwerrente darf grundsätzlich nicht vor der richterlichen Verschollenerklärung erfolgen. Zu beachten ist, dass eine Nachzahlung von Renten nur im Rahmen der fünfjährigen Verwirkungsfrist möglich ist. Wurde jedoch bei langer nachrichtenloser Abwesenheit der Rentenanspruch innert nützlicher Frist (AHl 1995 S. 81) nach dem Verschwinden des Ehegatten geltend gemacht und hat die Ausgleichskasse den Entscheid bis zur richterlichen Verschollenerklärung ausgesetzt, so kann die Rente vom ersten Tag des auf den Zeitpunkt des Todes folgenden Monats an nachbezahlt werden.
- 3432 Beim Vorliegen besonderer Umstände und wenn damit zu rechnen ist, dass der verschwundene Ehegatte für verschollen erklärt werden wird, kann die Rente in Fällen des Verschwindens in hoher Todesgefahr ausnahmsweise vor der Verschollenerklärung, frühestens jedoch nach Einleitung des Verschollensverfahrens, gewährt werden. Diese Fälle sind dem Bundesamt für Sozialversicherung zu unterbreiten, nachdem das Gesuch um Verschollenerklärung eingereicht worden ist.

3.7.5 Erlöschen des Rentenanspruchs

- 3433 Der Rentenanspruch erlischt mit Ablauf des Monats, in welchem

- 3434 – eine verwitwete Person stirbt,
- 3435 – eine verwitwete Person wieder heiratet,
- 3436 – eine verwitwete Person mit ausländischer Staatsangehörigkeit, deren Rente nur bei Wohnsitz und gewöhnlichem Aufenthalt in der Schweiz ausgerichtet werden kann, ihren Wohnsitz ins Ausland verlegt (Ausnahme bei ausländischen Hinterlassenen von schweizerischen Staatsangehörigen),
- 3437 – das jüngste Kind das 18. Altersjahr vollendet hat und die Witwen- oder Witwerrente auf diesen Zeitpunkt befristet war ([Art. 24 Abs. 2](#) und [Art. 24a Abs. 2 AHVG](#)).

3.8 Zusammentreffen von Witwen- oder Witwerrenten mit Alters- oder Invalidenrenten

- 3501 Erfüllt eine Person gleichzeitig die Voraussetzungen für eine Witwen- oder Witwerrente und für eine Alters- oder IV-Rente (ganze IV-Rente gemäss [Art. 43 Abs. 1 IVG](#)), so wird nur die höhere Rente ausgerichtet ([Art. 24b AHVG](#)). Dies gilt namentlich in Fällen, in welchen eine verwitwete oder eine geschiedene Person
- 3502 – infolge Beitragslücken lediglich Anspruch auf eine niedrige Teilrente hat,
- 3503 – mit vollständiger Beitragsdauer Anspruch auf eine Alters- oder IV-Rente hat, die niedriger ist, als der Maximalbetrag der Witwen- bzw. Witwerrente.
- 3504 Bezieht eine Person im Zeitpunkt der Verwitwung bereits eine Rente der AHV oder der IV, so ist der Vergleich lediglich dann vorzunehmen, wenn die Alters- oder die IV-Rente (inkl. Verwitwetenzuschlag gemäss [Art. 35^{bis} AHVG](#)) niedriger ist als der Maximalbetrag der Witwen- bzw. Witwerrente.

3.9 Zusammentreffen von Waisenrenten mit andern Renten

- 3505 Beim Zusammentreffen einer Waisenrente mit einer Witwen- bzw. Witwerrente oder einer IV-Rente (ganze IV-Rente gemäss [Art. 43 Abs. 1 IVG](#)), wird nur die höhere Rente ausgerichtet. Sind beide Elternteile gestorben, so ist für den Vergleich die Summe der beiden Waisenrenten massgebend ([Art. 28^{bis} AHVG](#)).

3.10 Zusammentreffen von Hinterlassenenrenten mit Eingliederungsmassnahmen der IV

- 3506 Solange der Anspruch einer invaliden verwitweten oder verwaisten Person auf eine Invalidenrente ruht, weil Eingliederungsmassnahmen der IV gewährt werden, kann die Hinterlassenenrente (Witwen-, Witwer- oder Waisenrente) ausgerichtet werden.

3.11 Verweigerung, Kürzung oder Entzug einer Rente

3.11.1 In der AHV

- 3507 Hat die versicherte Person den Versicherungsfall vorsätzlich oder bei vorsätzlicher Ausübung eines Verbrechens oder Vergehens herbeigeführt oder verschlimmert, so können ihr die Geldleistungen vorübergehend oder dauernd gekürzt oder in schweren Fällen verweigert werden ([Art. 21 Abs. 1 ATSG](#)).
- 3508 Wurde der Tod nur in fahrlässiger Weise (leicht oder grob) verursacht, so tritt keine solche Sanktion ein. Die Art der Sanktion und deren Umfang (zeitliche und betragsmässige Begrenzung) bemisst sich jeweils nach der Schwere des Verschuldens.
- 3509 Geldleistungen für Angehörige oder Hinterlassene werden nur gekürzt oder verweigert, wenn diese den Versicherungsfall vorsätzlich oder bei vorsätzlicher Ausübung eines Verbrechens oder Vergehens herbeigeführt haben ([Art. 21](#)

[Abs. 2 ATSG](#)). Angehörige oder Hinterlassene, die kein rechtserhebliches Verschulden trifft, steht der Rentenanspruch uneingeschränkt und ohne Rücksicht auf die allenfalls gegenüber ihren schuldhaften Angehörigen verfügbaren Massnahmen zu.

- 3510 Für die Festlegung der Sanktion sind die Fälle dem BSV zu unterbreiten.

3.11.2 In der IV

- 3511 Betreffend Verweigerung, Kürzung oder Entzug von Geldleistungen finden die Rz 3507 und 3509 Anwendung.
- 3512 Hat sich eine Person einer zumutbaren Eingliederungsmassnahme, die eine wesentliche Verbesserung der Erwerbsfähigkeit erwarten lässt, widersetzt oder entzogen, so kann ihr die Rente vorübergehend oder dauernd verweigert werden ([Art. 21 Abs. 4 ATSG](#)).
- 3513 Die Abklärung solcher Fälle und die Festlegung einer Sanktion obliegen den IV-Stellen.

3.12 Sistierung der IV-Rente während des Vollzuges einer Freiheitsstrafe oder Massnahme

- 3514
1/09 Während der Dauer einer Strafverbüsung oder jedes anderen durch den Strafrichter angeordneten Freiheitsentzuges ist die Invalidenrente der davon betroffenen Person zu sistieren. Kein Sistierungsgrund liegt hingegen vor, wenn eine invalide Person von einer fürsorglichen Freiheitsentziehung im Sinne von [Artikel 397a ff. ZGB](#) betroffen ist ([Art. 21 Abs. 5 ATSG](#)).
- 3515 Zusatz- und Kinderrenten sind auch während der Sistierung der Hauptrente weiter auszurichten.
- 3516 Die Abklärung der Dauer der Sistierung einer IV-Rente und die Überwachung obliegen den IV-Stellen.

1/07 **3.13 Die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare (Partnerschaftsgesetz, PartG)**

1/07 **3.13.1 Im allgemeinen**

3517 Die Grundlage für die Regelung der rechtlichen Situation
1/07 gleichgeschlechtlicher Paare ist neu im Partnerschaftsgesetz zu finden. Zwei Personen gleichen Geschlechts können ihre Partnerschaft eintragen lassen.

3518 Das Partnerschaftsgesetz wirkt sich auch in den Sozial-
1/07 versicherungen aus: Nach dem neuen [Artikel 13a ATSG](#) ist eine eingetragene Partnerschaft, solange sie dauert, im Sozialversicherungsrecht einer Ehe gleichgestellt. Stirbt eine Partnerin oder ein Partner, so hat die überlebende Person die gleichen Rechtsansprüche gegenüber der AHV wie ein Witwer, selbst wenn es sich um eine Frau handelt. Schliesslich ist die gerichtliche Auflösung einer eingetragenen Partnerschaft der Ehescheidung gleichgestellt.

3519 Die wichtigsten Regeln in Bezug auf den Rentenanspruch
1/07 und die Rentenfestsetzung werden im Folgenden aufgeführt. Soweit nichts ausdrücklich vermerkt wird, gelten im Übrigen die allgemeinen Anspruchs- und Berechnungsregeln für Ehepaare.

1/07 **3.13.2 Neue Zivilstände und Verfahren**

3520 Die Einführung der eingetragenen Partnerschaft löst neue
1/07 Zivilstände aus. Dies sind die

- eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare
- gerichtlich aufgelöste Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare
- durch Tod aufgelöste Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare
- richterlich getrennte Partnerschaft (nur bei Wegfall der Plafonierung).

Für diese neuen Zivilstände sind besondere Zivilstandscodes erforderlich (vgl. Anhang IV, Feld 11).

- 3521
1/07 Die Eintragung der Partnerschaft erfolgt beim zuständigen Zivilstandsamt. Der Zivilstandsbeamte registriert die Partnerschaft und erlässt eine entsprechende Partnerschafts-urkunde, welche als Beweisakt dient.
- 3522
1/07 Zuständig für die Auflösung der eingetragenen Partner-schaften sind die Zivilgerichte. Das Auflösungsurteil ist als Beweisakt einem Scheidungsurteil gleichgestellt.
- 3523
1/07 Auch die Ungültigkeit einer eingetragenen Partnerschaft muss gerichtlich festgestellt und mit einem Ungültigkeits-urteil nachgewiesen werden.
- 3524
1/07 Eingetragene Partner oder Partnerinnen können den ge-meinsamen Haushalt mit oder ohne richterliche Genehmi-gung aufheben und getrennt leben. In der AHV/IV knüpfen sich daran dieselben Wirkungen wie bei der Trennung ver-heirateter Personen (Rz 5508 ff.).
- 3525
1/07 Im Ausland anerkannte Partnerschaften gleichgeschlechtli-cher Paare sind unter gewissen Voraussetzungen den in der Schweiz eingetragenen Partnerschaften gleichgestellt. Werden von Personen Rechte aus einer im Ausland ge-schlossenen Partnerschaft geltend gemacht, ist das BSV zu konsultieren.
- 1/07 **3.13.3 Geltendmachung des Rentenanspruchs**
- 3526
1/07 Für die Dauer der Partnerschaft sind Partner gegenseitig zur Geltendmachung des Rentenanspruchs ermächtigt (vgl. Rz 1102).
- 3527
1/07 Die beiden Renten der Partner sind durch diejenige Aus-gleichskasse auszurichten, welche bereits für die Festset-zung und Auszahlung der Rente des zuerst berechtigten Partners zuständig war. Die Rz 2012 bis 2018 gelten sinn-gemäss.

1/07 **3.13.4 Kinder- und Waisenrenten**

3528 Das Partnerschaftsgesetz verbietet die Adoption von Kin-
1/07 dern. Auch die Adoption von Kindern der Partnerin oder
des Partners ist nicht möglich.

3529 Nicht ausgeschlossen ist hingegen, dass eine Partnerin
1/07 oder ein Partner eigene oder adoptierte Kinder aus einer
früheren Beziehung oder infolge einer früheren Einzel-
adoption in die Partnerschaft mitbringt. Das Kindsverhältnis
besteht auch in der Partnerschaft nur zu diesem Elternteil.
Zur Partnerin oder zum Partner kann ein Pflegeverhältnis
entstehen (vgl. Rz 3307 ff.).

1/07 **3.13.5 Witwerrente**

3530 Beim Tode einer Partnerin oder eines Partners hat der
1/07 oder die Hinterbliebene die Rechte eines Witwers. Dies gilt
auch dann, wenn die überlebende Partnerin eine Frau ist
(Rz 3401 ff.). [Artikel 24a Absatz 2 AHVG](#) findet sinnge-
mäss Anwendung auf Personen, deren eingetragene Part-
nerschaft gerichtlich aufgelöst worden ist.

3531 Der Anspruch auf eine frühere Witwerrente, der mit der
1/07 Eintragung der Partnerschaft erloschen ist, lebt am ersten
Tag des der Auflösung der Partnerschaft folgenden Monats
wieder auf, wenn die Partnerschaft nach weniger als zehn-
jähriger Dauer aufgelöst oder ungültig erklärt wird.

1/07 **3.13.6 Rentenberechnung**

3532 Zeitabschnitte, für welche erwerbstätige Partner den dop-
1/07 pelten Mindestbeitrag bezahlt haben, werden den nicht-
erwerbstätigen Partnern während der Partnerschaft als
Beitragsdauer angerechnet. Die Rz 5027 ff. gelten sinn-
gemäss.

3533 Die erzielten Erwerbseinkommen der Partner werden
1/07 während der Kalenderjahre der Partnerschaft gesplittet
(Rz 5105 ff.) Desgleichen gilt für die Erziehungs- und die

Betreuungsgutschriften. Die Rz 5407 ff. und Rz 5501 ff. sind anwendbar.

3534 Sind beide Partner rentenberechtigt, so gelten die allge-
1/07 meinen Plafonierungsregeln (Rz 5508 ff.)

3535 Verwitwete rentenberechtigte Partner erhalten zur ihrer
1/07 Alters- oder Invalidenrente einen Verwitwetenzuschlag
(Rz 5616 und 5617).

1/07 **3.13.7 Auflösung der eingetragenen Partnerschaft**

3536 Die gerichtliche Auflösung der eingetragenen Partner-
1/07 schaft löst das Splittingverfahren aus (vgl. KS Splitting).

1/07 **3.13.8 Auszahlung, Nachzahlung, Rückerstattung und Verrechnung**

3537 In Bezug auf die Rentenauszahlung, Nachzahlung, Rück-
1/07 erstattung sowie die Verrechnung sind alle bestehenden
Regeln für Ehepaare (Rz 10001 ff.) sinngemäss anwend-
bar.

4. Die Prüfung der versicherungsmässigen und persönlichen Voraussetzungen

4.1 Im allgemeinen

4.1.1 Zuständigkeit für die Prüfung

4.1.1.1 AHV-Renten

4001 Bei Alters- und Hinterlassenenrenten sind die versicherungsmässigen und persönlichen Voraussetzungen durch die zuständige Ausgleichskasse zu prüfen.

1/04 4.1.1.2 IV-Renten und Hilflosenentschädigungen für volljährige Personen

4002 Bei den Anmeldungen für IV-Renten und Hilflosenentschädigungen der AHV und IV für volljährige Personen sind die versicherungsmässigen und persönlichen Voraussetzungen von der IV-Stelle zu prüfen. Bezüglich der Mitwirkung der Ausgleichskassen gilt das KSIH.

4003 Nach Abschluss der Abklärungen sind die Akten mit dem Beschluss und vervollständigt mit den erforderlichen Dokumenten (AHV-Ausweis, Familienbüchlein, Ausländerausweis, Ausbildungsbestätigung, Ergänzungsblatt 3 zur Anmeldung im Härtefall) der zuständigen Ausgleichskasse zur Berechnung und Auszahlung der Leistung weiterzuleiten. Für das Festsetzungsverfahren der Renten und den Verfügungserlass gilt das KSIH.

4.2 Prüfung der Personalien

4.2.1 Prüfung durch die Ausgleichskassen

4004 Die Personalien sind anhand amtlicher Ausweisschriften zu überprüfen. Als amtliche Dokumente gelten das Familienbüchlein, der Heimatschein, die Niederlassungsbewilligung (Schriftenempfangsschein), der Pass und die Identitätskarte. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Änderungen in

diesen Dokumenten nicht durchwegs nachgetragen sind. In Zweifelsfällen ist ein Personalausweis einzuholen.

- 4005 Keinen genügenden Nachweis über den Personenstand bieten dagegen das Dienstbüchlein, der Taufschein, Legitimationskarten oder andere persönliche Ausweise, Bestätigungen der Arbeitgeber sowie die Anmeldung für einen Versicherungsausweis.
- 4006 Die Prüfung erstreckt sich auf alle Personen, die einen Anspruch auf Leistungen geltend machen, sowie auf alle Angehörigen der leistungsberechtigten Person, die für eine Zusatz- oder Kinderrente in Frage kommen.
- 4007 Die Personalien von ausländischen Personen sind anhand entsprechender amtlicher Ausweisschriften wie Reisepass, Bescheinigungen der zuständigen heimatlichen Behörden (z.B. Auszüge aus Zivilstandsregistern) und Ausländerausweis zu prüfen; vorbehalten bleiben die besonderen Weisungen zu den einzelnen Staatsverträgen und zum FlüB (s. Wegleitung über die Stellung der Ausländer und Staatenlosen).
- 4008 Ausgleichskassen, welche die Möglichkeit haben, die Angaben der leistungsberechtigten Personen anhand der in den Gemeinden bestehenden Register oder hinterlegten Ausweisschriften durch ihre Organe überprüfen zu lassen, können auf die Einholung amtlicher Ausweisschriften ganz oder teilweise verzichten.
- 4009 Auf der Anmeldung ist zu vermerken, aufgrund welcher Dokumente die Personalien überprüft wurden.

4.2.2 Mitwirkung der Zivilstandsämter

- 4010
1/08 Das Zivilstandsamt des Heimatortes der leistungsberechtigten Person erteilt gemäss [Art. 32 ATSG](#) Auskunft über deren Personalien, sofern es von der Ausgleichskasse mit „Bestätigung der persönlichen Angaben“ (Formular 318.271) angefragt wird. Eine Bestätigung der Personalien

ist indessen nur dann mit dem Personalausweis vom Zivilstandsamt einzuholen, wenn die Angaben in den amtlichen Ausweisschriften unvollständig, unklar oder widersprüchlich sind.

- 4011 Die „Bestätigung der persönlichen Angaben“ kann nur für
1/08 Auskünfte über Schweizer Bürger verwendet werden. Anfragen über in der Schweiz niedergelassene ausländische Staatsangehörige sind unter Hinweis auf [Art. 32 ATSG](#) an die Einwohnerkontrolle des Wohn- oder Aufenthaltsortes zu richten.
- 4012 Die „Bestätigung der persönlichen Angaben“ ist dem Zivil-
1/08 standsamt im Doppel einzusenden. Das Formular muss dabei in der Amtssprache des angefragten Amtes abgefasst sein. Die Ausgleichskasse hat alle ihr bereits bekannten Personalien in den Fragebogen einzutragen.
- 4013 Für ergänzende Fragen der Ausgleichskasse (z.B. über
1/08 mehrere Ehen einer Witwe und die Gesamtdauer dieser Ehen) und die entsprechenden Auskünfte des Zivilstandsamtes ist der für besondere Bemerkungen freigelassene Raum auf Seite 1 der „Bestätigung der persönlichen Angaben“ vorgesehen.

4.3 Prüfung des schweizerischen Wohnsitzes

4.3.1 Zivilrechtlicher Wohnsitz in der Schweiz

- 4101 Der zivilrechtliche Wohnsitz ist ahv-rechtlich für die Versicherungseigenschaft einer Person von ausschlaggebender Bedeutung. Massgebend ist dabei der zivilrechtliche Wohnsitz im Sinne von [Art. 23 ff. ZGB](#).
- 4102 Das Vorliegen des zivilrechtlichen Wohnsitzes in der Schweiz ist aufgrund der gesamten Verhältnisse im Einzelfall zu prüfen. Sachverhalte wie beispielsweise Bezahlung der Steuern in der Schweiz, Ausübung politischer Rechte, Abschluss eines Wohnmietvertrages, Hinterlegung der Schriften und die Erteilung einer Jahresaufenthaltsbewil-

ligung können eine Wohnsitzbegründung nicht abschliessend beweisen.

- 4103 Der schweizerische Wohnsitz wird unabhängig von der Staatsangehörigkeit der betroffenen Person nach schweizerischem Recht beurteilt.
- 4104 Vorbehalten bleiben anderslautende zwischenstaatliche Vereinbarungen, welche den Wohnsitzbegriff gelegentlich durch jenen des „gewöhnlichen Aufenthaltes“ ersetzen. Im Gegensatz zum Wohnsitzbegriff ist dazu einzig eine längerdauernde oder für eine längere Zeit vorgesehene Aufenthaltsdauer notwendig.
- 4105 Hinsichtlich Prüfung des zivilrechtlichen Wohnsitzes in der Schweiz gelten die Bestimmungen der Wegleitung über die Versicherungspflicht in der AHV/IV (WVP).

4.3.2 Begriff des Wohnsitzes

- 4106 Als zivilrechtlicher Wohnsitz gilt der Ort, an dem sich eine Person mit der Absicht dauernden Verbleibens aufhält. Vorausgesetzt wird dazu einerseits der Wille, an diesem Ort dauernd zu verbleiben (subjektives Erfordernis) und andererseits der tatsächliche Aufenthalt an diesem Ort (objektives Erfordernis). Beide Erfordernisse müssen gleichzeitig erfüllt sein.
- 4107 Es ist nicht erforderlich, dass eine Person gewillt ist, längere Zeit am gleichen Ort zu bleiben. Auch ein kurzer Aufenthalt kann zur Begründung eines Wohnsitzes genügen. Dauernd ist im Sinne von „nicht vorübergehend“ zu verstehen. Es genügt die erkennbare Absicht, einen bestimmten Ort zum Mittelpunkt der Lebensverhältnisse, der persönlichen, wirtschaftlichen, familiären und beruflichen Beziehungen zu machen (ZAK 1982 S. 179).
- 4108 Dagegen kann ein längerdauernder Aufenthalt in der Regel auch dann keinen Wohnsitz begründen, wenn das öffentliche Recht (z.B. das Bundesgesetz über Aufenthalt und

Niederlassung der Ausländer) die Verwirklichung dieser Absicht langfristig verbietet. Dies trifft namentlich auf Personen zu, die im Besitz einer Kurzaufenthaltsbewilligung L sind.

Kurzaufenthalter sind Ausländerinnen und Ausländer, die sich befristet, in der Regel für weniger als ein Jahr, für einen bestimmten Aufenthaltzweck mit oder ohne Erwerbstätigkeit in der Schweiz aufhalten.

- 4109 Bei ausländischen Staatsangehörigen, welche im Besitz einer Aufenthaltsbewilligung B, einer Niederlassungsbewilligung C oder einer Aufenthaltsbewilligung mit Erwerbstätigkeit Ci sind, kann in der Regel davon ausgegangen werden, dass sie hier ihren zivilrechtlichen Wohnsitz begründen und zwar ab dem Zeitpunkt der letzten Einreise in die Schweiz.

Aufenthalter mit Aufenthaltsbewilligung B sind Ausländerinnen und Ausländer, die sich für einen bestimmten Zweck längerfristig mit oder ohne Erwerbstätigkeit in der Schweiz aufhalten. Niedergelassene (Ausweis C) sind Ausländerinnen und Ausländer, denen nach einem Aufenthalt von fünf oder zehn Jahren in der Schweiz die Niederlassungsbewilligung erteilt worden ist. Die Aufenthaltsbewilligung mit Erwerbstätigkeit (Ausweis Ci) ist für Familienangehörige (Ehegatten und Kinder bis zum 21. Altersjahr) von Beamten intergouvernementaler Organisationen und für Mitglieder ausländischer Vertretungen bestimmt.

- 4110 Asylsuchende (Ausweis N), Schutzbedürftige (Ausweis S) und vorläufig aufgenommene Ausländer (Ausweis F) in der Schweiz begründen hier ihren Wohnsitz, selbst wenn sie die Absicht zur Rückkehr in die Heimat haben, sobald es die Verhältnisse erlauben. Der Wohnsitz in der Schweiz besteht dabei ab dem Zeitpunkt der Einreise.

Asylsuchende (Ausweis N) sind Personen, die in der Schweiz ein Asylgesuch gestellt haben und im Asylverfahren stehen. Der Ausweis für Schutzbedürftige (Ausweis S) berechtigt zum vorläufigen Aufenthalt in der Schweiz, jedoch weder zum Grenzübertritt noch zur Rückkehr in die Schweiz. Vorläufig Aufgenommene (Ausweis F) sind Personen, die aus der Schweiz weggewiesen wurden, wobei

sich aber der Vollzug der Wegweisung als unzulässig (Verstoss gegen Völkerrecht), unzumutbar (konkrete Gefährdung des Ausländers) oder unmöglich (vollzugstechnische Gründe) erwiesen hat.

- 4111
1/08 Die Wohnsitzbegründung ist unabhängig des Zivilstandes für jede Person individuell zu prüfen. Solange Ehegatten eine Wohnung teilen, kann der gemeinsame Wohnsitz aber vermutet werden.
Ab dem Inkrafttreten der Bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU am 1. Juni 2002 ist das Einreisedatum in den Aufenthaltsbewilligungen für Angehörige der Mitgliedsstaaten der EU und EFTA vorläufig nicht mehr aufgeführt. Die Aufenthaltsbewilligungen für Drittstaatsangehörige hingegen weisen das Einreisedatum weiterhin auf. Das Einreisedatum für EU- und EFTA-Angehörige kann bei den zuständigen kantonalen Ämtern erfragt werden. Auf der Internet-Site des Bundesamtes für Migration (www.bfm.admin.ch) befinden sich unter „Kontakt“ und „Adressen und Links zu unseren Partnerbehörden“ die Adresslisten der kantonalen Fremdenpolizei- und Arbeitsmarktbehörden.
- 4112 Behalten Ehegatten ihre Wohnung in der Schweiz bei, obwohl der eine Ehegatte im Ausland arbeitet, so ist für beide schweizerischer Wohnsitz anzunehmen, sofern die Wohnung durch den anderen Ehegatten (und durch die Kinder) bewohnt wird und der gemeinsame Haushalt nicht aufgehoben wurde ([Art. 137 Abs. 1](#), [Art. 175 ZGB](#)).
- 4113
1/05 Nicht versichert sind Personen, die sich ausschliesslich zu Besuchs-, Kur-, Ferien- oder Studienzwecken in der Schweiz aufhalten, sofern sie in der Schweiz keine Erwerbstätigkeit ausüben und keinen Wohnsitz begründen ([Art. 2 Abs. 1 Bst. a AHVV](#)).

4.4 Prüfung der Versicherteneigenschaft

4.4.1 Im allgemeinen

- 4114 Versichert nach Massgabe von [Art. 1a Abs. 1 AHVG](#) sind grundsätzlich alle natürlichen Personen, die in der Schweiz den zivilrechtlichen Wohnsitz haben, hier eine Erwerbstätigkeit ausüben oder als Schweizer Bürger im Ausland im Dienste der Eidgenossenschaft oder vom Bundesrat bezeichneten Institutionen tätig sind.
- 4115 Hinsichtlich Versicherungspflicht und der damit verbundenen Versicherteneigenschaft gelten die Bestimmungen der Wegleitung über die Versicherungspflicht in der AHV/IV (WVP).

4.4.2 Bestehen der Versicherteneigenschaft

- 4116 Bei erwerbstätigen oder nichterwerbstätigen Personen mit Wohnsitz in der Schweiz kann in der Regel vom bestehen der Versicherteneigenschaft ausgegangen werden.
- 4117 Dies trifft in der Regel auch auf Personen mit Wohnsitz in der Schweiz zu, die im Ausland eine Erwerbstätigkeit ausüben, soweit nicht zwischenstaatliche Vereinbarungen Abweichendes bestimmen.
- 4118 Angehörige von Vertragsstaaten mit zivilrechtlichem Wohnsitz in der Schweiz und einer Erwerbstätigkeit im betreffenden Vertragsstaat besitzen dagegen die Versicherteneigenschaft in der Regel nicht (z.B. ein Franzose mit zivilrechtlichem Wohnsitz in der Schweiz und einer Erwerbstätigkeit in Frankreich). Auf Verlangen können sie hingegen freiwillig der obligatorischen AHV/IV-Versicherung beitreten und dadurch die Versicherteneigenschaft begründen.
- 4119 Schweizerische Staatsangehörige mit zivilrechtlichem Wohnsitz in der Schweiz und einer Erwerbstätigkeit in einem Vertragsstaat besitzen in der Regel die Versicherteneigenschaft nicht. Auf Verlangen können diese Perso-

nen freiwillig der obligatorischen AHV/IV-Versicherung beitreten und dadurch die Versicherteneigenschaft begründen ([Art. 1a Abs. 4 AHVG](#)).

- 4120 Asylbewerber, deren Asylgesuch entsprochen wird, besitzen rückwirkend ab dem Zeitpunkt der Einreise die Versicherteneigenschaft.
- 4121 Asylbewerber, deren Asylgesuch abgelehnt wird, die aber interniert werden oder welche vorübergehend Asyl genießen, besitzen ab dem Zeitpunkt der Gesuchsablehnung die Versicherteneigenschaft.

1/08 **4.5 Erfüllung der Mindestbeitragsdauer**

4201–

4203 aufgehoben

1/08

- 4204 Die Mindestbeitragsdauer braucht nicht zusammenhängend zu sein. Einzelne Beitragsperioden werden zusammengezählt. Die einzelnen Beitragsperioden werden auf den Monat genau ermittelt, wobei angebrochene Kalendermonate als volle Monate angerechnet werden (ZAK 1982 S. 373).
- 4205 Die Mindestbeitragsdauer muss bei Eintritt des Versicherungsfalls erfüllt sein. Nachher zurückgelegte Beitragszeiten bzw. Zeiten, für die Erziehungs- oder Betreuungsgutschriften berücksichtigt werden könnten, können nicht angerechnet werden.
- 4206 Besteht nicht schon aufgrund des IK die Vermutung, dass die Mindestbeitragsdauer erfüllt ist, so klärt die Ausgleichskasse diese Voraussetzung aufgrund der ihr zur Verfügung stehenden Unterlagen (Kassenakten, Arbeitgeberbescheinigungen, amtlicher Ausweise etc.) ab. Die leistungsberechtigte Person hat den Nachweis anhand solcher Ausweise und Bescheinigungen (insbesondere über die Wohn- und Arbeitsdauer in der Schweiz) selbst zu erbringen.

4.6 Prüfung der Flüchtlingseigenschaft und Staatenlosigkeit

4.6.1 Flüchtlingseigenschaft

4.6.1.1 Nachweis

4207
1/06 Beruft sich eine leistungsberechtigte Person auf die Flüchtlingseigenschaft, so hat sie dies mit der besonderen, vom Bundesamt für Migration ausgestellten Bestätigung nachzuweisen. Das Ausstellungsdatum darf im Zeitpunkt der Anmeldung nicht weiter als zwei Monate zurückliegen. Bezüglich den Einzelheiten gilt die Wegleitung über die Stellung der Ausländer und Staatenlosen in der AHV und IV.

4.6.1.2 Entzug

4208
1/06 Entzieht das Bundesamt für Migration einer ausländischen Person die Flüchtlingseigenschaft, so sendet es der ZAS eine Kopie seines Entscheides mit allen für die Bildung der Versichertennummer erforderlichen Angaben (Familienname, Vornamen, Geburtsdatum, Geschlecht und Heimatstaat).

4209
1/06 Die ZAS prüft, ob die betroffene Person leistungsberechtigt ist. Trifft dies zu, so fragt sie beim Ablauf der im Entscheid gesetzten Rekursfrist beim Bundesamt für Migration an, ob Rekurs erhoben wurde. Dieses erklärt daraufhin, ob sein Entscheid rechtskräftig wurde oder ein Rekurs vorliegt und setzt im letzteren Falle die ZAS zudem nach Abschluss des Rekursverfahrens von dessen Ausgang in Kenntnis.

4210
1/06 Wurde kein Rekurs ergriffen, so leitet die ZAS die Kopie des Entscheides nebst der Auskunft des Bundesamtes für Migration und unter Angabe der Versichertennummer und Leistungsart an die zuständige Ausgleichskasse weiter. Wurde Rekurs ergriffen, so wartet sie den endgültigen Bescheid des Bundesamtes für Migration ab und verfährt dann ebenso.

- 4211 Bei Leistungen der IV sendet die ZAS die Meldung an die IV-Stelle.
- 4212 Die *Ausgleichskasse* prüft, ob sich der Wegfall der Flüchtlingseigenschaft auf die Leistungsberechtigung der betroffenen Person auswirkt. Bei Leistungen der IV obliegt diese Aufgabe der IV-Stelle.

4.6.2 Staatenlosigkeit

- 4213
1/06 Das Bundesamt für Migration gibt, soweit es davon Kenntnis erhält, der ZAS auch alle Personen bekannt, welche nicht mehr staatenlos sind. Diese meldet sie der zuständigen Ausgleichskasse, falls sie leistungsberechtigt sind. Bei Leistungen der IV sendet die ZAS die Meldung an die IV-Stelle.

4.7 Besondere Erfordernisse für einzelne Renten

4.7.1 Im allgemeinen

- 4301 Die persönlichen Voraussetzungen für die ordentlichen Renten sind im 3. und 5. Teil, jene für ausserordentliche Renten im 7. Teil und für die Hilflosenentschädigungen im 8. Teil geregelt. Nachstehend ist von den wichtigsten persönlichen Erfordernissen die Rede, die besonders belegt oder begründet werden müssen. Die Aufzählung ist nicht abschliessend.

4.7.2 Erziehungsgutschriften für Eltern, die nicht miteinander verheiratet sind

4.7.2.1 Gemeinsame elterliche Sorge nach Ehescheidung

- 4302 Zur Prüfung, ob und während wie vielen Jahren einer Person, deren (frühere) Ehe aufgelöst wurde, bei der Ermittlung der Rente Erziehungsgutschriften angerechnet werden können, ist eine Kopie des Scheidungsurteils bzw. der

Scheidungskonvention einzuverlangen. Dabei genügt eine Kopie des Scheidungsdispositivs, wenn daraus hervorgeht, welchem Elternteil die Kinder zugesprochen wurden.

- 4303 Wurde nach der Auflösung der Ehe beiden Elternteilen die elterliche Sorge über eines oder mehrere gemeinsame, noch nicht 16jährige Kinder durch den Richter übertragen, so ist von den Ex-Ehegatten die schriftliche Vereinbarung gemäss [Artikel 52 f Absatz 2^{bis} AHVV](#) einzuverlangen. Aus der schriftlichen Vereinbarung muss hervorgehen, welchem Elternteil und für welche Dauer die ganzen Erziehungsgutschriften anzurechnen sind. Beim Fehlen einer schriftlichen Vereinbarung siehe Rz 5435.
- 4304 Die Vereinbarung muss durch beide Elternteile unterzeichnet worden sein.

4.7.2.2 Gemeinsame elterliche Sorge gemäss Beschluss der Vormundschaftsbehörde

- 4305 Wurde Eltern, die nicht miteinander verheiratet sind, durch die Vormundschaftsbehörde die gemeinsame elterliche Sorge über das oder die gemeinsamen Kinder übertragen, haben die Eltern eine schriftliche Vereinbarung gemäss [Artikel 52 f Absatz 2^{bis} AHVV](#) beizubringen. Diese muss durch beide Eltern unterzeichnet sein und darüber Auskunft geben, wie die Erziehungsgutschriften zwischen den Eltern aufgeteilt werden sollen. Beim Fehlen einer schriftlichen Vereinbarung siehe Rz 5432.

4.7.3 Kinder- und Waisenrenten bei über 18jährigen Kindern in Ausbildung

4.7.3.1 Ausbildungsbestätigung

- 4306 Beruft sich eine leistungsberechtigte Person oder ihr Vertreter darauf, dass ein Kind noch in Ausbildung begriffen sei, so ist je nach dem Ausbildungs- und Schulungsgang der Lehrvertrag oder eine Bescheinigung des Arbeitgebers, ein Ausweis der Lehranstalt, eine Bestätigung der Kanzlei

der Universität oder Hochschule, ein ordnungsgemäss ausgefülltes Testatbuch, eine Bestätigung über semesterliche Zwischenprüfungen oder ein semesterliches Zwischenzeugnis von privaten Unterrichtsanstalten, eine Bescheinigung über die Absolvierung von Kursen etc. beizubringen. Diese Bestimmung gilt sowohl für Zeiten, in denen eine Person eine Rente bezieht, als auch für Zeiten, in denen eine Person die Rente aufschiebt.

- 4307 Die Unterlagen müssen sich über Art und vermutliche Dauer der Ausbildung, bei praktischer Ausbildung (z.B. Volontariat) auch über den vereinbarten Lohn (Lehrlingslohn, Entschädigung für Volontariate usw.) aussprechen. Können nicht zum voraus genaue Angaben über die voraussichtliche Dauer des Studiums gemacht werden, so ist jeweils zu Beginn jedes Semesters zu überprüfen, ob das Studium fortgesetzt wird (Bestätigung der Lehranstalt über die Immatrikulation, ordnungsgemäss ausgefülltes Testatheft).
- 4308 Für Kinder, die neben der Ausbildung vorübergehend oder dauernd noch dem Erwerb nachgehen und eine Rente beanspruchen, sind die für die Abklärung notwendigen Unterlagen (z.B. Anstellungsvertrag, Bescheinigung des Arbeitgebers, Lohnausweise, Studien- oder Kursbestätigungen) zur Einsicht vorzulegen.
- 4309 Die Abklärung der Lohnverhältnisse ist jährlich zu wiederholen, sofern nicht schon zu Beginn des Lehr- oder Arbeitsverhältnisses feststeht, dass der Lohn drei Viertel des ortsüblichen Anfangslohnes bis zum Ausbildungsabschluss mit Sicherheit nicht übersteigen wird.

1/05 **4.7.3.2 Militär-, Zivil- oder Schutzdienst**

- 4310 Der Nachweis über den geleisteten Militär-, Zivil- oder
1/05 Schutzdienst wird in der Regel anhand des Dienstbüchleins erbracht, sofern er nicht schon aufgrund der EO-Meldekarte bekannt ist. Der im Ausland absolvierte Militär-

oder Zivildienst ist durch eine vom zuständigen Kommando unterzeichnete Bestätigung zu belegen.

4.7.3.3 Krankheit oder Unfall

- 4311 Wird die Ausbildung wegen Krankheit oder Unfall für längere Zeit unterbrochen, so muss durch ein Arztzeugnis belegt werden, dass die Ausbildung aus Gesundheitsgründen nicht weiter verfolgt werden kann. Aus dem ärztlichen Zeugnis muss die Dauer des krankheits- oder unfallbedingten Unterbruchs hervorgehen.

4.7.4 Abklärungen bei Pflegekinder

- 4312 Die Anmeldung muss Angaben über Pflegevater, Pflegemutter und Pflegekind enthalten. Zudem muss aus der Anmeldung die Art und Dauer des Pflegeverhältnisses hervorgehen (Ergänzungsblatt 2).
- 4313 Der Anmeldung ist eine Bestätigung der mit der Pflegekinderaufsicht betrauten zuständigen (Vormundschafts-) Behörde über die Erteilung der Bewilligung für das betreffende Pflegekindverhältnis ([Art. 316 ZGB](#)) beizulegen. Besteht nach den einschlägigen Vorschriften keine Bewilligungspflicht, ist auch dieser Sachverhalt durch eine Bescheinigung der genannten Behörde zu belegen.
- 4314 Die persönlichen Verhältnisse des Pflegekindes sind in der Regel aufgrund eines Personalausweises des heimatlichen Zivilstandsamtes zu prüfen.
- 4315 Die Angaben über das Pflegeverhältnis sind aufgrund der Bestätigung zu überprüfen. Weitere amtliche Auskünfte können bei der Pflegekinder-Aufsichtsbehörde (s. [Art. 316 ZGB](#)) eingeholt werden.
- 4316 Die Ausgleichskasse kann auf Tatsachen abstellen, die sie bei der Durchführung anderer Aufgaben (z.B. bei der Ausrichtung von Ergänzungsleistungen, Beihilfen, Familienzulagen) festgestellt hat.

4317–
4322 aufgehoben
1/04

4.7.5 Hinterlassenenrente

4.7.5.1 Im allgemeinen

- 4323 Für Kinder und Waisen von 18 bis 25 Jahren, für Kinder, deren Eltern nicht oder nicht mehr miteinander verheiratet sind, oder für Pflegekinder genügen die im Anmeldeformular vorgesehenen Angaben nicht in allen Fällen. Die Ausgleichskasse hat die leistungsberechtigte Person aufzufordern, die im Einzelfall erforderlichen zusätzlichen Angaben zu machen.
- 4324 Für den Bezug der Hinterlassenenrente ist allenfalls das Ergänzungsblatt 2 zur Anmeldung (Form. 318.275) auszufüllen.

4.7.5.2 Witwen- und Witwerrente bei Adoption von Pflegekindern

- 4325 Wird die Witwen- oder Witwerrente wegen Adoption eines im gemeinsamen Haushalt lebenden Pflegekindes beansprucht ([Art. 23 Abs. 2 Bst. b AHVG](#)), so ist zu prüfen, ob und wann die Adoption erfolgt ist.

4.7.5.3 Witwenrente der geschiedenen Frau

- 4326 Bei einer *erstmalig* auszurichtenden Witwenrente ist zu prüfen,
- 4327 – ob die geschiedene Ehe von der Trauung bis zur Rechtskraft der Scheidung mindestens 10 Jahre gedauert hat (Scheidungsurteil, evtl. Personalausweis) und die geschiedene Frau entweder Kinder hat (diese müssen nicht vom Verstorbenen stammen) oder die Schei-

derung nach Vollendung des 45. Altersjahres der Frau erfolgte oder

- 4328 – wenn die Ehe nicht 10 Jahre gedauert hat, ein Kind nach dem 45. Altersjahr der geschiedenen Frau 18jährig wird.

4.7.5.4 Wiederaufleben der Witwen- oder Witwerrente

- 4329 Bei einer wiederauflebenden Witwen- oder Witwerrente ist zu prüfen, ob die geschiedene oder für ungültig erklärte Ehe von der Trauung bis zur Rechtskraft des Urteils weniger als 10 Jahre gedauert hat (Gerichtsurteil oder Bestätigung des Gerichts).

4.7.5.5 Verschollenheit des Ehegatten oder eines Elternteils

- 4330 Beruft sich eine leistungsberechtigte Person auf die Verschollenerklärung des Ehegatten bzw. des Elternteils, so hat die Ausgleichskasse das Gerichtsurteil oder eine Bestätigung des Zivilstandsamtes des Heimatortes der verschollenen Person (Personalausweis) einzuverlangen.

4.7.5.6 Rente des Findelkindes

- 4331 Die Personalien eines Kindes unbekannter Abstammung sind im Geburtsregister des Auffindungsortes eingetragen.

4332–
4337 aufgehoben
1/04

4.8 Vorgehen bei schuldhafter Herbeiführung des Todes oder der Invalidität

- 4401 Bestehen bei einer Anmeldung zum Bezug von Hinterlassenenrenten nähere Anhaltspunkte darüber, dass der Tod der verstorbenen Person vorsätzlich oder bei vorsätzlicher
1/04

Ausübung eines Verbrechens oder Vergehens durch den oder die leistungsberechtigte Person verursacht wurde, so sind – z.B. auf Grund von Polizeirapporten – die näheren Tatumstände abzuklären (vgl. Rz 3507 ff.).

- 4402 Zuständig für die Abklärung und den Entscheid bei schuldhafter Herbeiführung der Invalidität sind die IV-Stellen (Kreisschreiben über das Verfahren in der IV).

4.9 Zusammenruf der individuellen Konten

4.9.1 Im allgemeinen

- 4403 Das Vorgehen richtet sich nach den einschlägigen Bestimmungen der Wegleitung über Versicherungsausweis und individuelles Konto.
- 4404 Vor dem ZIK hat die Ausgleichskasse zu prüfen, ob bei geschiedenen Personen die Einkommensteilung im Rahmen der seinerzeitigen Scheidung schon vorgenommen wurde. Ist dies nicht der Fall, muss die Einkommensteilung vor dem ZIK durchgeführt werden. Bezüglich des Verfahrens gilt das Kreisschreiben über das Splitting bei Scheidung (KS Splitting). Zuständig für die Durchführung des Splittingverfahrens ist somit die Ausgleichskasse, welche die bereits laufende Rente des geschiedenen Ehegatten ausrichtet. Hinsichtlich der Kassenzuständigkeit für die Ausrichtung der beiden Renten gilt indessen Rz 2017 f.
- 4405 Die Einkommensteilung kann wie im zweiten Versicherungsfall bei verheirateten Personen durchgeführt werden (d.h. ohne Splittingauftrag), wenn eine Ausgleichskasse im Zeitpunkt der Rentenanmeldung feststellt, dass ein geschiedener, früher rentenberechtigter Ehegatte bereits verstorben ist.

4.9.2 Prüfung der zusammengerufenen Konten

- 4406 Die rentenfestsetzende Ausgleichskasse überprüft die von den mitbeteiligten Ausgleichskassen übermittelten IK grundsätzlich nicht.
- 4407 Stellt die rentenfestsetzende Ausgleichskasse fest, dass Eintragungen fehlen (z.B.: rentenbildende Erwerbseinkommen, die bei einem in der Anmeldung aufgeführten Arbeitgeber erzielt wurden, sind von keiner Ausgleichskasse aufgezeichnet worden), so trifft sie die sich aufdrängenden Massnahmen oder veranlasst die dafür zuständige Ausgleichskasse, die notwendigen Massnahmen zu treffen. Dabei ist nach Massgabe der Wegleitung über VA und IK zu verfahren; über das Vorgehen bei verloren gegangenen Studentenmarkenheften siehe Wegleitung über die Beiträge der Selbständigerwerbenden und Nichterwerbstätigen.
- 4408 Bei verheirateten Personen hat die Ausgleichskasse dafür zu sorgen, dass auch die unter früheren Namen geführten IK zusammengerufen werden.

4.10 Ausserordentliche Renten

4.10.1 Im allgemeinen

- 4409 Damit festgestellt werden kann, ob eine ordentliche oder ausserordentliche Rente in Frage kommt, ist *in jedem Fall* der Zusammenruf der IK durchzuführen. Bestehen für eine leistungsberechtigte Person keine IK, so sind in der Bestätigung des Zusammenrufs der IK der ZAS die entsprechenden Datenfelder leer.
- 4410 Als Sicherung vor Doppelauszahlungen ist ein Auftrag für den Zusammenruf der IK auch für Geburts- und Kindheitsinvalide zu erlassen, obwohl feststeht, dass sie bis zum Eintritt des Versicherungsfalles kein volles Beitragsjahr erfüllen konnten.

4.10.2 Zusatz- und Kinderrenten

- 4411 Bei Ausrichtung von Zusatz- und Kinderrenten ist zu prüfen, ob das Wohnsitz- und Aufenthaltserfordernis von jeder einzelnen, anspruchsberechtigten Person erfüllt wird.

5. Die Berechnung der Renten

5.1 Berechnungselemente

- 5001 Grundlage für die Berechnung der Renten bilden
- 5002 – das Verhältnis der vollen Beitragsjahre einer Person zu den Beitragsjahren ihres Jahrganges, und
- 5003 – das massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen
- 5004 Massgebend für die Ermittlung der einzelnen Berechnungselemente ist grundsätzlich der Zeitpunkt des Eintritts des Versicherungsfalles. Dies ist insbesondere dann zu beachten, wenn die Rente infolge Verjährung bzw. verspäteter Anmeldung oder Mutation nicht rückwirkend auf den eigentlichen Anspruchsbeginn nachbezahlt oder aus anderen Gründen erst später ausbezahlt werden kann.

5.2 Beitragsdauer

5.2.1 Begriff der Beitragsdauer

- 5005 Die Beitragsdauer lässt sich allgemein als derjenige Zeitabschnitt umschreiben, in dem eine Person der Beitragspflicht unterstellt war und für die ihr Einkommen, Erziehungs- oder Betreuungsgutschriften angerechnet werden können.

5.2.2 Bestimmung der Beitragsdauer

- 5006 Damit ein bestimmter Zeitabschnitt als Beitragsdauer zählen kann, muss eine Person versichert gewesen sein und entweder
- die Beitragspflicht persönlich durch Beitragszahlung erfüllt haben bzw. noch erfüllen können oder
 - der erwerbstätige Ehegatte hat gemäss [Art. 3 Abs. 3 AHVG](#) mindestens den doppelten Mindestbeitrag entrichtet oder

- der Person können Erziehungs- oder Betreuungsgutschriften angerechnet werden ([Art. 29^{ter} AHVG](#)).

5.2.2.1 Versicherteneigenschaft und Beitragspflicht

- 5007 Die Person muss während dieses Zeitabschnittes versichert und der Beitragspflicht unterstellt gewesen sein ([Art. 1a–3 AHVG](#), [Art. 1a](#) und [2 IVG](#)). Unerheblich ist, ob sie vorübergehend keine Beiträge leisten musste, beispielsweise weil sie bei Aufgabe ihrer Erwerbstätigkeit schon die Beiträge von einem bestimmten Mindesteinkommen entrichtet hatte und deshalb im betreffenden Kalenderjahr gemäss [Art. 10 AHVG](#) nicht mehr als Nichterwerbstätige zur Beitragsleistung herangezogen wurde.
- 5008 Dagegen gilt die Zeit, während welcher kein Versicherungsverhältnis gemäss [Art. 1a](#) und [2 AHVG](#) und [Art. 1a IVG](#) bestand, nicht als Beitragsdauer.

5.2.2.2 Erfüllung der Beitragspflicht

- 5009 Die von der versicherten Person geschuldeten Beiträge müssen bei der Entstehung des Rentenanspruchs geleistet sein oder noch entrichtet werden können ([Art. 16 Abs. 1 und 2 AHVG](#)). Wurden Beiträge mangels Erfassung oder wegen Uneinbringlichkeit nicht geleistet, und ist die Beitragsschuld bei der Entstehung des Rentenanspruchs verjährt, so ist die entsprechende Beitragsperiode in der Regel nicht anzurechnen (vorbehalten bleibt die Anrechnung von Beitragszeiten gemäss [Art. 29^{ter} Abs. 2 Bst. b und c AHVG](#)).
- 5010 Kann im übrigen eine Person nachweisen, dass ihr seinerzeit die Beiträge vom Lohn abgezogen worden sind oder eine Nettolohnvereinbarung bestanden hatte, so können die entsprechenden Beitragszeiten angerechnet werden (ZAK 1969 S. 585). Schadenersatzleistungen der Arbeitgeber ([Art. 52 AHVG](#)) sowie der Gründerverbände, des

Bundes und der Kantone ([Art. 70 AHVG](#)) gelten ebenfalls als Beitragsleistungen.

5.2.3 Ermittlung der Beitragszeiten anhand von entrichteten Beiträgen

5.2.3.1 Bei Vorliegen des zivilrechtlichen Wohnsitzes in der Schweiz

- 5011 War eine Person für einen bestimmten Zeitabschnitt versichert und der Beitragspflicht unterstellt, so zählt dann das ganze Jahr als Beitragsdauer, wenn im IK für dieses Jahr mindestens die im Anhang I dieser Wegleitung zusammengestellten Einkommen eingetragen sind. In solchen Fällen ist selbst dann das ganze Jahr als Beitragsdauer zu zählen, wenn die im IK eingetragene effektive Beitragsdauer weniger als ein volles Jahr beträgt.
- 5012 Erreichen dagegen die im IK für ein Jahr eingetragenen Einkommen einer Person die im Anhang I dieser Wegleitung zusammengestellten Mindestbeiträge nicht, so wird eine von der Beitragsleistung abhängige Anzahl Beitragsmonate angerechnet.
- 5013 Die Anrechnung eines ganzen Jahres bzw. einer von der Beitragsleistung abhängigen Anzahl Beitragsmonate ist dann nicht möglich, wenn die Person nicht während der ganzen entsprechenden Zeit versichert und der Beitragspflicht unterstellt gewesen war (ZAK 1974 S. 196).
- 5014 Während den Ehezeiten ist für die Ermittlung der Beitragszeiten bei beiden Ehegatten auf die Beitragsdauer vor der Einkommensteilung abzustellen (Ausnahme siehe Rz 5031). Dies trifft somit auch zu, wenn die im IK für ein Jahr eingetragenen Einkommen einer Person wegen der vorgenommenen Einkommensteilung die im Anhang I zusammengestellten Mindestbeiträge nicht mehr erreichen.

5.2.3.2 Ohne Vorliegen des zivilrechtlichen Wohnsitzes in der Schweiz

- 5015 Für die Ermittlung der Beitragszeiten der Jahre ab 1969 werden in der Regel die im IK aufgezeichneten Beitragszeiten angerechnet (ZAK 1982 S. 373), auch wenn der Einkommenseintrag keiner vollen Erwerbstätigkeit entspricht.
- 5016 Fehlen im IK ausnahmsweise Aufzeichnungen über die Beitragszeiten oder sind diese unvollständig, so prüft die rentenfestsetzende Ausgleichskasse, ob für das betreffende Kalenderjahr noch weitere IK-Eintragungen vorhanden sind, aus denen die Beitragsdauer hervorgehen könnte. Sind keine weiteren IK-Eintragungen für das gleiche Kalenderjahr vorhanden oder ergibt die Addition der einzelnen Eintragungen nicht ein volles Beitragsjahr, so ermittelt die kontoführende Ausgleichskasse anhand der ihr zur Verfügung stehenden Unterlagen die Beitragsdauer.
- 5017 Für Zeiten vor 1969, in denen eine Person ihren zivilrechtlichen Wohnsitz nicht in der Schweiz hatte, ermittelt die rentenfestsetzende Ausgleichskasse die Beitragszeiten in der Regel anhand der „Tabellen zur Ermittlung der mutmasslichen Beitragsdauer in den Jahren 1956 bis 1968“ (vgl. Anhang IX). Auf die Anwendung dieser Tabellen darf nur verzichtet werden, wenn die Dauer der Erwerbstätigkeit durch Arbeitszeugnisse, Lohnabrechnungen oder gleichwertige Bestätigungen des Arbeitgebers eindeutig ausgewiesen ist (ZAK 1982 S. 373).
- 5018 Liegen für das gleiche Kalenderjahr mehrere IK-Eintragungen vor, so werden die Einkommen zusammengezählt und die Beitragsdauer anhand der Tabelle des entsprechenden Erwerbszweiges ermittelt. Erfolgt die Eintragungen für verschiedene Erwerbszweige, so werden die Beitragszeiten für jeden Erwerbszweig gesondert festgesetzt und dann zusammengezählt. Dabei dürfen jedoch höchstens 12 Monate angerechnet werden.

- 5019 Während den Ehezeiten ist für die Ermittlung der Beitragszeiten bei beiden Ehegatten in jedem Fall auf die Beitragsdauer vor der Einkommensteilung abzustellen (Ausnahme siehe Rz 5031). Die Einkommen des anderen Ehegatten können somit keine Beitragszeiten begründen.

5.2.4 Anrechenbare Beitragszeiten

5.2.4.1 Grundsatz

- 5020 Für die Bestimmung der vollen Beitragsjahre einer Person ist von der in Rz 5005 ff. umschriebenen persönlichen Beitragsdauer auszugehen, die sie vom 1. Januar des der Vollendung des 20. Altersjahres folgenden Kalenderjahres bis zum 31. Dezember vor Eintritt des Versicherungsfalls zurückgelegt hat. Als Eintritt des Versicherungsfalls gilt dabei die Vollendung des Rentenalters (beim Rentenvorbezug die Vollendung des 62., 63. oder 64. Altersjahres) bzw. der Zeitpunkt des Invaliditätseintritts oder des Todes. Beitragszeiten, die eine Person im Jahr des Eintritts des Versicherungsfalls zurückgelegt hat, werden voll angerechnet.
- 5021 Sind Beitragsmonate aus dem Jahr des Eintritts des Versicherungsfalls zur Lückenschliessung zu berücksichtigen, so sind diese in die entsprechende Beitragslücke zu übertragen. Dabei sind die Beitragslücken vom Jahr des Eintritts des Versicherungsfalls an rückwärts aufzufüllen. Diese Anrechnung erfolgt jedoch erst, wenn vorhandene Beitragslücken entweder durch Jugendjahre oder Zusatzzeiten geschlossen worden sind (ZAK 1985 S. 629).
- 5022 Beitragszeiten, die von einer Person nach dem Anspruch auf die Altersrente zurückgelegt worden sind, werden nicht mehr berücksichtigt. Dies trifft auch bei vorbezogenen Altersrenten zu.
- 5023 Zeiten, für die die Beiträge zwar entrichtet, aber in der Folge zurückvergütet oder an eine ausländische Sozialversicherung überwiesen wurden, werden nicht als Beitrags-

zeiten angerechnet. Dies gilt auch, wenn in diesen Jahren der erwerbstätige Ehegatte mindestens den doppelten Mindestbeitrag bezahlt hat oder die Voraussetzungen für die Anrechnung von Erziehungs- oder Betreuungsgutschriften erfüllt waren.

5.2.4.2 Anrechenbare beitragslose Ehe- und Witwenjahre bis zum 31. Dezember 1996

- 5024 Zeitabschnitte, für die gemäss Art. 3 Abs. 2 Bst. b und c AHVG (in der Fassung vor dem 1. Januar 1997) während der Ehe und der Witwenschaft keine Beiträge entrichtet worden sind und während welcher die Frau versichert war, sind als Beitragsdauer anzurechnen.
- 5025 Zu beachten ist jedoch, dass nur die beitragslosen Zeitabschnitte während der Ehe und der Witwenschaft angerechnet werden können, während welcher die Frau im Sinne von [Artikel 1a](#) und [2 AHVG](#) versichert war.
- 5026 Zeitabschnitte, für die gemäss [Art. 3 Abs. 2 Bst. b AHVG](#) (in der Fassung vor dem 1. Januar 1997) keine Beiträge entrichtet wurden, können nur dann angerechnet werden, wenn der Ehemann in der betreffenden Zeit auch die Versicherteneigenschaft besass. Nicht nötig ist hingegen, dass die Beitragspflicht vom Ehemann auch tatsächlich erfüllt wurde (ZAK 1976 S. 182).
- 5026.1
1/05 Zeitabschnitte, in denen eine Ehefrau eines obligatorisch in der Schweiz versicherten Mannes mit Wohnsitz im Ausland den Beitritt zur Freiwilligen Versicherung für Auslandsschweizer zwischen dem 1. Januar 1984 und 31. Dezember 1985 nachträglich schriftlich erklärt hatte, sind (auch rückwirkend) als Beitragsdauer anzurechnen.

5.2.4.3 Zeiten, in welchen der erwerbstätige Ehegatte den doppelten Mindestbeitrag entrichtet hat

- 5027
1/05 Zeitabschnitte, für welche die Beiträge während der Ehe gemäss [Artikel 3 Absatz 3 AHVG](#) als bezahlt gelten, sind als Beitragsdauer anzurechnen. Dies gilt auch für die Kalenderjahre der Heirat und der Auflösung der Ehe infolge Scheidung oder Verwitwung (vgl. [AHI 2002 S. 25 ff.](#) und Rz 2071 ff. WSN).
- 5028 Die Bestimmungen über die Anrechnung von Beitragszeiten aus Zeitabschnitten, in welchen der erwerbstätige Ehegatte den doppelten Mindestbeitrag entrichtet hat, gelten auch für Zeiten vor dem 1. Januar 1997.
- 5029 Damit ein entsprechender Zeitabschnitt als ganzes Beitragsjahr angerechnet werden kann, muss in diesem Jahr durch den erwerbstätigen Ehegatten der doppelte Mindestbeitrag entrichtet worden sein. Nicht nötig ist dagegen, dass der erwerbstätige Ehegatte ganzjährig versichert war. Dabei zählt dann das ganze Jahr als Beitragsdauer, wenn im IK des erwerbstätigen Ehegatten für dieses Jahr mindestens die im Anhang I dieser Wegleitung zusammengestellten Einkommen eingetragen sind.
5029.
1
1/08 Eine versicherte, nichterwerbstätige Person, deren im Rentenalter stehender, erwerbstätiger Ehegatte mehr als den doppelten Mindestbeitrag bezahlt, ist von der Beitragspflicht generell befreit (Rz 2073 ff. WSN; [AHV/EL-Mitteilung Nr. 206 vom 8. Juni 2007](#)).
- 5030 Ist nur einer der Ehegatten erwerbstätig und wurde der doppelte Mindestbeitrag im Sinne von [Art. 3 Abs. 3 AHVG](#) durch den erwerbstätigen Ehegatten nicht oder nur teilweise entrichtet, so wird der nichterwerbstätige Ehegatte grundsätzlich beitragspflichtig. Das gleiche trifft auch zu, wenn beide Ehegatten nichterwerbstätig sind.
- 5031 Die persönliche Beitragspflicht jedes der Ehegatten (als Selbständig- oder Nichterwerbstätige) geht den Bestimmungen von [Art. 3 Abs. 3 AHVG](#) vor. Sofern die persönlich

geschuldeten Beiträge bei Eintritt des Versicherungsfalls noch nicht verjährt sind, sind diese in jedem Fall mit den fälligen Leistungen zu verrechnen. Können die durch den Ehegatten geschuldeten persönlichen Beiträge infolge Verjährung weder eingefordert noch verrechnet werden, so wird eine von den geteilten Einkommen des anderen Ehegatten abhängige Anzahl Beitragsmonate angerechnet.

- 5032 Dieses Vorgehen gilt sowohl im ersten als auch im zweiten Versicherungsfall. Die anrechenbaren Beitragsmonate können der Tabelle im Anhang I dieser Wegleitung entnommen werden. Dem beitragszahlenden Ehegatten wird aber in jedem Fall die Beitragsdauer vor der Einkommens-
teilung angerechnet (Rz 5014 und 5019).

5.2.4.4 Anrechenbare Erziehungs- und Betreuungsjahre

- 5033 Zeitabschnitte, in denen eine Person zwar die Versicherteneigenschaft besass, hingegen die Beitragspflicht nicht oder nicht vollständig erfüllte, werden trotzdem als Beitragsdauer angerechnet, wenn ihr für diesen Zeitabschnitt Erziehungs- oder Betreuungsgutschriften angerechnet werden können ([Art. 29^{ter} Abs. 2 AHVG](#)). Die Anrechnung von Beitragszeiten aus den anrechenbaren Erziehungs- und Betreuungsgutschriften erfolgt erst dann, wenn die persönlich geschuldeten Beiträge infolge Verjährung nicht mehr eingefordert oder verrechnet werden können.

5.2.4.5 Anrechenbare Beitragszeiten aus Jugendjahren

- 5034 Weist die Beitragsdauer einer Person Lücken auf, so werden Beitragszeiten, die sie vom 1. Januar des der Vollendung des 17. Altersjahres folgenden Jahres an zurückgelegt hat, angerechnet.
- 5035 Dabei ist ein ganzes Jahr anzurechnen, wenn die jugendliche Person für das ganze Kalenderjahr kraft Wohnsitz

([Art. 1a Abs. 1 Bst. a AHVG](#)) versichert war und der Mindestbeitrag entrichtet wurde ([Art. 50 AHVV](#)).

- 5036 Wurde der Mindestbeitrag nicht entrichtet, so ist die Beitragsdauer gemäss Anhang I festzusetzen, sofern die Voraussetzung der ganzjährigen Versicherteneigenschaft erfüllt wurde.
- 5037 War die jugendliche Person nicht ganzjährig versichert (beispielsweise als Kurzaufenthalter mit Bewilligung L), und ist die genaue Versicherungszeit nicht feststellbar, so ist für Zeiten vor 1969 Rz 5017 f. bzw. für Zeiten ab 1969 Rz 5015 f. anwendbar.
- 5038 Zeitabschnitte, für die einer Person für Zeiten vor dem 20. Altersjahr Erziehungs- oder Betreuungsgutschriften angerechnet werden können, werden zur Lückenfüllung ebenfalls herangezogen ([Art. 52 b AHVV](#)). War die jugendliche Person nicht ganzjährig versichert, so werden nur diejenigen Monate angerechnet, in welchen sie versichert war (über die Anrechnung der Erziehungsgutschriften für den Durchschnitt aus Erziehungsgutschriften siehe Rz 5427).
- 5039 Nicht anrechenbar sind jedoch zurückgelegte beitragslose Witwen- und Ehezeiten, in denen keine Erziehungsgutschriften angerechnet werden können.
- 5040 Die für die Lückenfüllung benötigte Beitragszeit wird, ausgehend vom 31. Dezember des Kalenderjahres, in dem das 20. Altersjahr zurückgelegt wurde, rückwärtsgehend bestimmt und mit den entsprechenden Einkommen in die Beitragslücken übertragen. Dabei werden die am 1. Januar des dem zurückgelegten 20. Altersjahr folgenden Kalenderjahres am nächsten liegenden Beitragslücken fortschreitend mit den zu übertragenden Beitragszeiten und Einkommen aufgefüllt.
- 5041 Beitragszeiten aus Jugendjahren, welche im Rahmen des Verfahrens „Splitting bei Scheidung“ virtuell zur Schließung von Versicherungslücken verwendet wurden, können

bei der Rentenfestsetzung nicht in andere Lücken übertragen werden, auch wenn dies für die Person vorteilhafter wäre.

5.2.4.6 Anrechenbare beitragslose Zeitabschnitte bei freiwillig Versicherten

- 5042 Anzurechnen als volle Beitragsjahre sind ferner vor dem 1. Januar 1983 liegende Zeitabschnitte, für welche Beiträge freiwillig versicherter Personen mangels Überweisungsmöglichkeiten gestundet worden und in der Folge verjährt sind ([Art. 2 Abs. 6 AHVG](#); [Art. 19 Abs. 2 VFV](#)).

5.2.4.7 Anrechenbare ausländische Versicherungszeiten

- 5043 Ausländische Versicherungszeiten werden nur angerechnet, wenn dies in einem Sozialversicherungsabkommen vorgesehen ist (s. Wegleitung über die Stellung der Ausländer und Staatenlosen).
- 5044 Die Anrechnung schweizerischer Beitragszeiten aus Jugendjahren geht der Anrechnung ausländischer Beitragszeiten selbst dann vor, wenn letztere nach dem 31. Dezember nach Vollendung des 20. Altersjahres zurückgelegt wurden.

5.2.4.8 Anrechenbare Zusatzjahre

- 5045 Weist die Beitragsdauer einer Person nach der Berücksichtigung sämtlicher anrechenbarer Beitragszeiten weitere Lücken auf, so können unter der kumulativen Erfüllung nachgenannter Voraussetzungen bis zu 3 Beitragsjahre zusätzlich angerechnet werden ([Art. 52 d AHVV](#)). Die Beitragslücken müssen
- 5046 – in Zeiten liegen, in denen die Person tatsächlich versichert war oder sich hätte versichern können und

- 5047 – sie müssen vor dem 1. Januar 1979 entstanden sein.
- 5048 Sofern die Voraussetzungen zur Anrechnung von Zusatzjahren erfüllt sind, können folgende zusätzliche Beitragsmonate angerechnet werden:
- bei 20 bis 26 vollen Beitragsjahren bis zu 12 zusätzliche Beitragsmonate;
 - bei 27 bis 33 vollen Beitragsjahren bis zu 24 zusätzliche Beitragsmonate;
 - bei mindestens 34 vollen Beitragsjahren bis zu 36 zusätzliche Beitragsmonate.
- 5049 Die Beitragslücken sind von 1978 bzw. vom Jahr vor Eintritt des Versicherungsfalles an rückwärts aufzufüllen.
- 5050 1/04 Ist zu prüfen, ob und wie viele fehlende Beitragsjahre einer Person angerechnet werden können, so sind bei der Bestimmung der anrechenbaren vollen Beitragsjahre die Beitragsmonate im Jahr des Eintritts des Versicherungsfalles immer voll anzurechnen. Bei Invalidenrenten ist auch der Beitragsmonat, in welchem der Anspruch auf eine Invalidenrente entsteht, zur Auffüllung von Beitragslücken zu verwenden (vgl. [AHI 4/2003 S. 283 ff.](#))
- 5051 Zusatzjahre, welche im Rahmen des Verfahrens „Splitting bei Scheidung“ virtuell zur Schliessung von Versicherungslücken verwendet wurden, können bei der Rentenfestsetzung nicht in andere Lücken übertragen werden, auch wenn dies für die Person vorteilhafter wäre.

1/09 **5.2.5 Titel aufgehoben**

5052–
5054
1/09

aufgehoben

5.2.6 Vollständige und unvollständige Beitragsdauer

- 5055 Die Beitragsdauer gilt als vollständig, wenn eine Person vom 1. Januar nach der Vollendung des 20. Altersjahres

bis zum 31. Dezember vor Eintritt des Versicherungsfalls gleich viele Beitragsjahre aufweist wie ihr Jahrgang ([Art. 29^{ter} AHVG](#)). In diesen Fällen wird eine Vollrente ausgerichtet.

- 5056 Als unvollständig gilt die Beitragsdauer, wenn eine Person eine geringere Zahl von Beitragsjahren aufweist als ihr Jahrgang.

5.2.7 Ermittlung der Rentenskala

- 5057 Die anwendbare Rentenskala ist durch das Verhältnis zwischen den vollen Beitragsjahren der Person und derjenigen ihres Jahrganges bestimmt, wobei die in [Artikel 52 AHVV](#) enthaltene Abstufung massgebend ist.

5.2.8 Sonderfall

- 5058 Erwirbt eine Person den Anspruch auf eine Invalidenrente oder stirbt eine Person bevor ihr Jahrgang eine Beitragsdauer von mindestens einem Jahr aufweist ([Art. 52 a AHVV](#)), so werden bei der Erfüllung der Mindestbeitragsdauer stets Vollrenten (Rentenskala 44) gewährt.
- 5059 Dabei ist bei der Meldung an das zentrale Rentenregister als Beitragsdauer für die Wahl der Rentenskala für die leistungsberechtigte bzw. verstorbene Person und für den Jahrgang je 1 Jahr 0 Monate anzugeben.

5.3 Massgebendes durchschnittliches Jahreseinkommen

- 5101 Das massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen setzt sich zusammen aus dem Durchschnitt der aufgewerteten Erwerbseinkommen sowie dem Durchschnitt der anrechenbaren Erziehungs- und Betreuungsgutschriften und allenfalls Übergangsgutschriften. Die Durchschnitte werden addiert und auf den nächsthöheren Tabellenwert

des massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommens aufgerundet.

- 5102 Geschiedene und verwitwete Personen, welchen nicht für mindestens 16 Jahre Erziehungs- und/oder Betreuungsgutschriften angerechnet werden können, haben Anspruch auf Übergangsgutschriften. Können nebst den Erwerbseinkommen auch Übergangsgutschriften berücksichtigt werden, so setzt sich das massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen aus dem Durchschnitt der aufgewerteten Erwerbseinkommen sowie dem Durchschnitt der Übergangsgutschriften zusammen.
- 5103 Können in einem Fall sowohl Erziehungs- und Übergangsgutschriften berücksichtigt werden, so ist die Anzahl der anrechenbaren Übergangsgutschriften den Erziehungsgutschriften hinzuzuzählen. Der Durchschnitt der Erziehungsgutschriften kann sich somit aus Übergangs- und Erziehungsgutschriften zusammensetzen.
- 5104 Verheiratete Personen, die nie persönlich Beiträge entrichtet haben, deren Ehegatte aber während der Zeit, während der sie versichert waren, den doppelten Mindestbeitrag entrichtet hat und denen weder Erziehungs- noch Betreuungsgutschriften angerechnet werden können, weisen als Erstrentenberechtigte ein massgebendes durchschnittliches Jahreseinkommen von null Franken auf.

5.4 Die Einkommensteilung

5.4.1 Voraussetzungen der Einkommensteilung

- 5105 Gemäss [Art. 29^{quinquies}](#) [Abs. 3 AHVG](#) werden die Einkommen, welche verheiratete Personen während der Kalenderjahre der Ehe erzielt haben, geteilt und beiden Ehegatten hälftig angerechnet. Die Einkommensteilung wird aber erst vorgenommen, wenn

- 5106 – beide Ehegatten rentenberechtigt sind, d.h. beim Eintritt des Versicherungsfalles des zweitrentenberechtigten Ehegatten,
- 5107 – im Falle von Waisenrenten beide Eltern verstorben sind ([Art. 33 Abs. 2 AHVG](#)),
- 5108 – eine verwitwete Person Anspruch auf eine eigene Alters- oder IV-Rente hat (dies gilt auch, wenn sich die verwitwete Person wieder verheiratet), oder
- 5109 – die Ehe rechtskräftig geschieden oder ungültig erklärt wurde.

5.4.2 Jahre, welche der Einkommensteilung unterliegen

- 5110 Der Einkommensteilung unterliegen nur die Kalenderjahre zwischen dem 1. Januar nach Vollendung des 20. Altersjahres des jüngeren Ehegatten und dem 31. Dezember vor
 - dem Eintritt des Versicherungsfalles infolge Alters beim zuerst rentenberechtigten Ehegatten,
 - dem Tode des Ehegatten bzw. des Elternteils, oder
 - der Auflösung der Ehe.
- 5111 Die Einkommen, welche die Ehegatten im Jahr der Eheschliessung und der Auflösung der Ehe ([Art. 50b Abs. 3 AHVV](#)), des Todes eines Ehegatten oder des Erreichens des Rentenalters des erstrentenberechtigten Ehegatten ([Art. 29^{quinquies} Abs. 4 Bst. a AHVG](#)) erzielt haben, werden nicht geteilt.
- 5112 Die Voraussetzungen zur Einkommensteilung sind erfüllt, wenn die Ehegatten während der Ehe im gleichen Kalenderjahr versichert gewesen sind. Nicht zu prüfen ist dagegen, ob die Ehegatten in den gleichen Monaten versichert waren.
- 5113 Die Einkommensteilung wird auch für jene Jahre vorgenommen, in denen dem einen Ehegatten Jugendjahre, Zusatzjahre oder Beitragsmonate im Jahr des Eintritts des

Versicherungsfalls zur Schliessung von Versicherungslücken angerechnet werden können.

- 5114
1/04 Kalenderjahre, in denen nur einer der Ehegatten versichert war, unterliegen hingegen nicht der Einkommensteilung. Dies trifft beispielsweise auf Personen mit Kurzaufenthaltsbewilligung L oder Grenzgänger zu, wenn nur der eine Ehegatte in der Schweiz erwerbstätig war.

5.4.3 Vornahme der Einkommensteilung

- 5115 Grundsätzlich sind alle im IK eingetragenen Einkommen während der Ehejahre hälftig aufzuteilen. Dies gilt auch für Einkommen aus Jugendjahren, die beim einen Ehegatten zur Schliessung von Versicherungslücken berücksichtigt wurden. Die Einkommensteilung wird dabei sowohl für jedes einzelne IK als auch jedes einzelne Kalenderjahr gesondert vorgenommen. Ein Zusammenziehen der IK verschiedener Ausgleichskasse für das gleiche Kalenderjahr bzw. der IK-Eintragungen über die gesamte Ehedauer ist nicht zulässig.
- 5116 Ergibt die Einkommensteilung in einem Kalenderjahr halbe Frankenbeträge, so ist auf den nächsten ganzen Franken aufzurunden.
- 5117 Sind im IK eines oder beider Ehegatten während der Ehejahre Lohnperioden eingetragen, die sich über zwei Kalenderjahre erstrecken, und muss die Einkommensteilung nur für ein Jahr vorgenommen werden, so sind diese Einkommen vorerst entsprechend der im IK aufgezeichneten Beitragsdauer auf die betreffenden Beitragsjahre aufzuteilen. Erst anschliessend kann die Einkommensteilung vorgenommen werden.

5.5 Summe der Erwerbseinkommen

5.5.1 Ermittlung im allgemeinen

5.5.1.1 Renten von ledigen, verheirateten Personen im 1. Versicherungsfall sowie Hinterlassenenrenten

- 5201 Die anrechenbare Einkommenssumme setzt sich zusammen, aus allen eigenen und ungeteilten, seit dem der Vollendung des 20. Altersjahres folgenden Kalenderjahr bis zum 31. Dezember des Jahres vor Eintritt des Versicherungsfalls erzielten Einkommen, für welche von einer Person Beiträge geschuldet und geleistet worden sind. Dabei gelten geteilte Erwerbseinkommen aus einer früheren Ehe immer als eigene Einkommen ([Art. 50 h AHVV](#)). Dies gilt auch für in einer früheren Ehe verwitwete Personen.
- 5202 Beim Tode beider Elternteile bzw. Ehegatten sind hingegen für die Berechnung der Hinterlassenenrenten die Erwerbseinkommen während den Ehezeiten nach den allgemeinen Regeln zu teilen. In diesen Fällen gilt Rz 5203 ff. sinngemäss.

5.5.1.2 Verheiratete Personen im 2. Versicherungsfall

- 5203 Die anrechenbare Einkommenssumme für Beitragszeiten *vor der Ehe* setzt sich aus allen eigenen und ungeteilten, seit dem der Vollendung des 20. Altersjahres folgenden Kalenderjahr bis zum 31. Dezember des Jahres der Eheschliessung erzielten Einkommen zusammen, für welche von einem Ehegatten Beiträge geschuldet und geleistet worden sind. Dabei gelten geteilte Erwerbseinkommen aus einer früheren Ehe immer als eigene Einkommen ([Art. 50 h AHVV](#)). Dies gilt auch für in einer früheren Ehe verwitwete Personen.
- 5204 Für Beitragszeiten *während der Ehe* bis zum Eintritt des Versicherungsfalls „Alter“ beim ersten Ehegatten setzt sich die anrechenbare Einkommenssumme bei beiden Ehe-

gatten aus allen Einkommen zusammen, für die sie vom 1. Januar des der Heirat folgenden Kalenderjahres bis zum 31. Dezember des dem Versicherungsfalls des erstrentenberechtigten Ehegatten vorangehenden Jahres Beiträge geschuldet und geleistet haben. Diese Einkommen werden zusammengezählt und je zur Hälfte bei der Berechnung der Rente jedes Ehegatten berücksichtigt.

- 5205 Ab dem 1. Januar des Kalenderjahres, in welchem der erste Ehegatte das Rentenalter vollendet, setzt sich die anrechenbare Einkommenssumme beim anderen Ehegatten aus den eigenen und ungeteilten Einkommen zusammen, welche dieser bis zum 31. Dezember des dem eigenen Versicherungsfall vorangehenden Jahres erzielt hat ([Art. 29^{quinquies} Abs. 4 Bst. a AHVG](#)).
- 5206 Ab dem 1. Januar des Kalenderjahres, in welchem ein Ehegatte einen Anspruch auf eine IV-Rente erwirbt, ist beim anderen Ehegatten für die Dauer des Rentenbezuges, längstens jedoch bis zum 31. Dezember des dem eigenen Versicherungsfall vorangehenden Jahres, das für die Invalidenrente des invaliden Ehegatten ermittelte massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen für die Einkommensteilung zu berücksichtigen ([Art. 33^{bis} Abs. 4 AHVG](#)).
- 5207 Das massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen des invaliden Ehegatten wird für die Einkommensteilung wie folgt berücksichtigt:
- 5208 – Bezieht der invalide Ehegatte eine ganze oder Dreiviertel-Invalidenrente, so wird stets das ganze massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen für die Einkommensteilung berücksichtigt ([Art. 51 Abs. 4 AHVV](#)). Ein in diese Zeitspanne fallendes Erwerbseinkommen aus der Ausübung der Resterwerbsfähigkeit des invaliden Ehegatten bzw. die in Einkommen umgewandelte NE-Beiträge wird dagegen ungeteilt berücksichtigt.
- 1/06

- 5209 – Bezieht der invalide Ehegatte eine halbe oder Viertels-
1/06 rente, so ist für die Einkommensteilung lediglich das halbe massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen zu berücksichtigen ([Art. 51 Abs. 5 AHVV](#)). Dem nicht-invaliden Ehegatten wird in diesem Fall ein Viertel des massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommens angerechnet. Wurde in dieser Zeitspanne durch den invaliden Ehegatten noch ein Erwerbseinkommen erzielt, so unterliegt dieses ebenfalls der Einkommensteilung. Dies gilt auch für die in Einkommen umgewandelte NE-Beiträge.
- 5210 – Waren beide Ehegatten invalid und gelangte eine Ehe-
paar-Invalidenrente zur Ausrichtung, so ist das während dem Bezug der Ehepaar-Invalidenrente massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen für die Einkommensteilung zu berücksichtigen. Auszugehen ist indes stets vom IV-Grad jedes einzelnen Ehegatten.
- 5211 – Die Kalenderjahre, in die Anspruchsbeginn und -ende
des Bezuges einer IV-Rente beim anderen Ehegatten fallen, sind immer zu berücksichtigen.
- 5212 – Steigt oder sinkt der IV-Grad beim invaliden Ehegatten
1/05 innerhalb eines Kalenderjahres , so ist für die Berücksichtigung des massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommens stets vom höheren IV-Grad auszugehen.
- 5213 – Hat das massgebende durchschnittliche Jahreseinkom-
men des bisher invaliden Ehegatten innerhalb des gleichen Jahres gewechselt, weil der andere Ehegatte ebenfalls invalid wurde, so ist für die Einkommensteilung für dieses Jahr das höhere massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen zu berücksichtigen.
- 5214 – Das massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen
1/09 des invaliden Ehegatten wird unter Berücksichtigung der jeweiligen Rentenanpassungen für die Einkommensteilung herangezogen.

- 5215 – Für Zeiten, in denen anstelle des massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommens der durchschnittliche Jahresbeitrag Grundlage für die IV-Rente des invaliden Ehegatten bildete (1960–73), ist der durchschnittliche Jahresbeitrag vorerst mit 25 zu vervielfachen und anschliessend jahresweise mit dem Rentenindex (siehe Anhang VIII) den allgemeinen Rentenerhöhungen anzupassen. Das Resultat ergibt das massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen.
- 5216 Bezog oder bezieht einer der Ehegatten eine ausserordentliche IV-Rente ohne dass eine ordentliche Rente zugrunde lag, so unterbleibt die Anrechnung eines massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommens. Dagegen ist das in diese Zeitspanne fallende Erwerbseinkommen aus der Ausübung der Resterwerbsfähigkeit – unabhängig des IV-Grades – zu teilen.

5.5.1.3 Geschiedene und verwitwete Personen

- 5217 Die Einkommenssumme für Beitragszeiten *vor der Ehe* setzt sich aus allen eigenen und ungeteilten, seit dem der Vollendung des 20. Altersjahres folgenden Kalenderjahr bis zum 31. Dezember des Jahres der Eheschliessung erzielten Einkommen, für welche von einer Person Beiträge geschuldet und geleistet worden sind, zusammen. Dabei gelten gesplittete Erwerbseinkommen aus einer früheren Ehe immer als eigene Einkommen ([Art. 50 h AHVV](#)).
- 5218 Für Beitragszeiten *während der Ehe* setzt sich die Einkommenssumme aus allen gegenseitig geteilten Einkommen zusammen, für die die Ehegatten vom 1. Januar des der Heirat folgenden Kalenderjahres bis zum 31. Dezember des der Scheidung bzw. des Todes des Ehegatten vorangehenden Jahres Beiträge geschuldet und geleistet haben. Über die Berücksichtigung des massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommens beim Bezug einer IV-Rente eines der Ex-Ehegatten siehe Rz 5206 ff.

- 5219 *Nach der Ehe* setzt sich die Einkommenssumme für Beitragszeiten aus allen eigenen und ungeteilten Einkommen zusammen, für die vom 1. Januar des Scheidungsjahres bzw. des Todesjahres bis zum 31. Dezember des Jahres vor Eintritt des Versicherungsfalles Beiträge geschuldet und entrichtet worden sind.

5.5.2 Berücksichtigung von Einkommen, für welche keine Beiträge bezahlt wurden

- 5220 Zur Summe der Erwerbseinkommen zählen auch Einkommen, für welche die Beiträge geschuldet, aber nicht bezahlt worden sind (gleichgültig, ob es sich um laufende oder gemäss [Art. 39 AHVV](#) nachzuzahlende Beiträge handelt). Geschuldet sind alle ausstehenden Beiträge, die noch nicht gemäss [Art. 16 Abs. 1 und 2 AHVG](#) verjährt sind. Solche Beiträge sind nötigenfalls mit der Rente zu verrechnen.
- 5221 Können ausstehende Beiträge nicht verrechnet werden, so sind die entsprechenden Einkommen nicht zur Einkommenssumme zu zählen. Werden die Beiträge in einem späteren Zeitpunkt nachbezahlt oder können sie verrechnet werden, hat die Anrechnung des entsprechenden Einkommens zu erfolgen. Die Rente ist anschliessend neu festzusetzen.

5.5.3 Berücksichtigung von Einkommen, für welche zu Unrecht Beiträge bezahlt wurden

- 5222 Zur Einkommenssumme sind ausnahmsweise auch die Einkommen zu zählen, für die eine Person gutgläubig zu Unrecht Beiträge geleistet hat, sofern diese Beiträge nicht mehr zurückerstattet werden können (ZAK 1972 S. 664; 1984 S. 496).

5.5.4 Nicht anrechenbare Einkommen

5.5.4.1 Allgemeine Regel

- 5223 Nicht angerechnet werden Erwerbseinkommen, für die eine Person
- 5224 – in den Kalenderjahren vor der Vollendung des 21. Altersjahres Beiträge geleistet hat (Ausnahmen s. Rz 5233 und 5234);
- 5225 – im Jahr des Eintritts des Versicherungsfalls Beiträge geleistet hat (Ausnahme s. Rz 5234);
- 5226 – nach der Zurücklegung des Rentenalters Beiträge geleistet hat.
- 5227 Personen, bei denen die Kalenderjahre des Bezuges einer früheren Invalidenrente nicht berücksichtigt werden, sind die in diesen Jahren erzielten Erwerbseinkommen nicht anzurechnen.
- 5228 Ebenfalls nicht zur Anrechnung gelangen Erwerbseinkommen, für welche keine Beiträge geschuldet sind oder nicht mehr geschuldet werden, so namentlich Einkommen, für welche die Beiträge
- 5229 – infolge Herabsetzung gemäss [Art. 11 Abs. 1 AHVG](#) weggefallen sind;
- 5230 – gemäss [Art. 40 AHVV](#) erlassen worden sind;
- 5231 – gemäss [Art. 16 Abs. 1 und 2 AHVG](#) verjährt sind, insbesondere auch gemäss [Art. 34c AHVV](#) als uneinbringlich abgeschrieben wurden und verjährt sind. Erwerbseinkommen, von denen die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge abgeschrieben werden mussten, sind allerdings zu berücksichtigen, wenn der Arbeitnehmerbeitrag seinerzeit vom Lohn abgezogen oder direkt entrichtet worden ist ([Art. 138 Abs. 1 AHVV](#)) oder wenn zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nachweislich eine Ver-

einbarung über die Ausrichtung eines Nettolohnes bestanden hat (ZAK 1969 S. 585).

- 5232 – zurückbezahlt, zurückvergütet oder an eine ausländische Sozialversicherung überwiesen wurden ([Art. 41 AHVV](#); [Art. 18 Abs. 3 AHVG](#)).

5.5.4.2 Ausnahme

- 5233 Erwerbseinkommen, für die eine Person vor dem 31. Dezember des Jahres der Vollendung ihres 20. Altersjahres Beiträge entrichtet hat, werden angerechnet, sofern und soweit die entsprechenden Beitragszeiten zur Auffüllung von später entstandenen Beitragslücken herangezogen werden. Für volle Beitragsjahre, die zur Lückenfüllung herangezogen werden, wird das gesamte (allenfalls geteilte) Erwerbseinkommen angerechnet; für einzelne Beitragsmonate wird das (allenfalls geteilte) Einkommen angerechnet, das anteilmässig den angerechneten Beitragsmonaten entspricht.
- 5234 1/04 Tritt der Versicherungsfall ein, bevor eine Person vom 1. Januar nach Vollendung des 20. Altersjahres bis zum 31. Dezember vor Eintritt des Versicherungsfalles während eines vollen Jahres der Beitragspflicht unterstellt war, so setzt sich die Einkommenssumme in IV-Fällen aus allen Erwerbseinkommen zusammen, für die die Person vom 1. Januar nach Vollendung des 17. Altersjahres bis und mit dem Monat des Eintritts des Versicherungsfalles Beiträge geleistet hat ([Art. 52 a AHVV](#)). In AHV-Fällen sind die Einkommen bis und mit Monat des Eintritts des Versicherungsfalles zu berücksichtigen.

5.6 Aufwertungsfaktor

- 5301 Die Einkommenssumme wird mit einem Aufwertungsfaktor multipliziert, der nach dem Kalenderjahr bestimmt wird, in welchem der massgebende erste IK-Eintrag vorgenommen wurde.

- 5302 Bei vollständiger Beitragsdauer wurde der massgebende erste IK-Eintrag im Jahre nach der Vollendung des 20. Altersjahres vorgenommen. Dies gilt auch dann, wenn für dieses Jahr eine Beitragslücke besteht, sofern diese mit Jugendjahren aufgefüllt wurde.
- 5303 Als massgebender erster IK-Eintrag gelten auch die im Rahmen der Einkommensteilung vom anderen Ehegatten hinzugesplitteten Einkommen. Die aus Jugendjahren des anderen Ehegatten hinzugesplitteten Einkommen zählen nicht als massgebender erster IK-Eintrag, sofern diese ebenfalls in Zeiten vor Vollendung des 20. Altersjahres fallen.
- 5304 Tritt der Versicherungsfall ein, bevor eine Person vom 1. Januar nach Vollendung des 20. Altersjahres bis zum 31. Dezember vor Eintritt des Versicherungsfalles während eines vollen Jahres der Beitragspflicht unterstellt war und sind deshalb Jugendjahre mit den entsprechenden Einkommen zu berücksichtigen, so ist ausnahmsweise für die Bestimmung des Aufwertungsfaktors das erste Jahr massgebend, in dem die Beiträge geleistet worden sind.
- 5305 Bei unvollständiger Beitragsdauer ist für den Aufwertungsfaktor das Kalenderjahr massgebend, in welchem erstmals ein IK-Eintrag vorgenommen wurde, wobei dieses Jahr zwischen dem der Zurücklegung des 20. Altersjahres folgenden Jahr und dem Eintritt des Versicherungsfalles liegen muss (Ausnahme s. Rz 5034).
- 5306 Liegen Beitragslücken, welche durch Jugendjahre aufgefüllt wurden, vor dem ersten IK-Eintrag, so bestimmt sich der Aufwertungsfaktor nach dem am weitesten zurückliegenden Jahr, in dem eine Beitragslücke aufgefüllt werden konnte.
- 5307 Nicht als erster IK-Eintrag zählt dagegen ein Jahr, für welches nur eine Betreuungsgutschrift im IK vermerkt wurde. Ebenfalls nicht als erster IK-Eintrag zählt ein Jahr, für das ausschliesslich Erziehungsgutschriften angerechnet werden können.

5.7 Beitragsjahre für den Durchschnitt aus Erwerbseinkommen

- 5308 Die für die Ermittlung des durchschnittlichen Erwerbseinkommens massgebende Beitragsdauer (Beitragsjahre) entspricht grundsätzlich der in Rz 5020 ff. umschriebenen Beitragsdauer. Es gelten die gleichen Ermittlungsregeln.
- 5309 Die beitragslosen Ehe- und Witwenjahre bis zum 31. Dezember 1996 bzw. die beitragslosen Ehejahre ab 1. Januar 1997, in denen der andere Ehegatte den doppelten Mindestbeitrag entrichtet hat, sind anzurechnen.
- 5310 Abweichend davon sind jedoch nicht anzurechnen:
- 5311 – die im Jahr des Eintritts des Versicherungsfalls zurückgelegten Beitragszeiten (Ausnahme siehe Rz 5234)
- 5312 – die von einer Person in einer ausländischen Versicherung zurückgelegten Beitragszeiten (Ausnahmen: 1/08 s. KSBIL).
- 5313 Werden hingegen einer Person
- 5314 – Jugendjahre zur Auffüllung oder Schliessung späterer Beitragslücken angerechnet oder
- 5315 – Zusatzjahre für fehlende Beitragsjahre vor 1979 angerechnet oder
- 5316 – Zeitabschnitte in denen sie zwar die Versicherteneigenschaft besass, hingegen die Beitragspflicht nicht oder nicht vollständig erfüllte, Erziehungs- oder Betreuungsgutschriften angerechnet oder
- 5317 – Beitragsjahre in der freiwilligen Versicherung angerechnet, für welche die Beiträge seinerzeit gestundet wurden und in der Folge verjährt,
- 5318 so sind diese Zeiten auch bei der für die Ermittlung des durchschnittlichen Erwerbseinkommens massgebenden Beitragsdauer zu berücksichtigen.

- 5319 Zu beachten ist jedoch, dass die massgebende Beitragsdauer nach Anrechnung sämtlicher Beitragszeiten diejenige des Jahrganges dieser Person nicht übersteigen darf.
- 5320 Tritt der Versicherungsfall ein, bevor eine Person vom 1. Januar nach Vollendung des 20. Altersjahres bis zum 31. Dezember vor Eintritt des Versicherungsfalls während eines vollen Jahres der Beitragspflicht unterstellt war, so setzt sich die für die Ermittlung des durchschnittlichen Erwerbseinkommens massgebende Beitragsdauer aus allen Beitragszeiten zusammen, während denen die Person Beiträge geleistet und geschuldet hat bzw. ihr Erziehungs- oder Betreuungsgutschriften angerechnet werden können. Somit sind sowohl die vor dem 21. Altersjahr als auch die im Jahr des Eintritts des Versicherungsfalls zurückgelegten Beitragszeiten zu berücksichtigen. Dabei ist aber in jedem Fall von der effektiven Beitragsdauer der Person auszugehen ([Art. 52 a AHVV](#)).

5.8 Ermittlung des Durchschnitts aus Erwerbseinkommen

5.8.1 Im allgemeinen

- 5321 Der Durchschnitt aus den Erwerbseinkommen ergibt sich aus der Division der mit dem zutreffenden Aufwertungsfaktor aufgewerteten, anrechenbaren Einkommenssumme durch die massgebende Beitragsdauer.

5.8.2 Bei früherem Bezug einer Invalidenrente

- 5322 Bei Personen, die eine Invalidenrente nicht unmittelbar vor der Entstehung des Anspruchs auf eine neue Invalidenrente oder auf eine Alters- oder Hinterlassenenrente bezogen haben, werden die während des Bezuges einer früheren Invalidenrente zurückgelegten Beitragszeiten und die entsprechenden Erwerbseinkommen nicht angerechnet, falls dies für die berechnete Person günstiger ist ([Art. 51 Abs. 3 AHVV](#)). Zeiten, während denen die Invalidenrente

wegen verspäteter Anmeldung ([Art. 48 Abs. 2 IVG](#)) nicht ausbezahlt werden konnte und deshalb lediglich ein virtueller Anspruch bestanden hat, fallen bei der Anwendung dieser Vorschrift ausser Betracht (ZAK 1971 S. 321).

- 5323 Die Kalenderjahre, in die Beginn und Ende des Bezuges der früheren Invalidenrente fallen, sind dabei ebenfalls nicht anzurechnen.
- 5324 Nicht als Zeiten des Bezugs einer früheren Invalidenrente gelten die Zeiten, in denen eine Person IV-Taggelder bezogen hat (ZAK 1970 S. 630).

5.8.3 Bei Berücksichtigung der Einkommen im Jahr des Eintritts des Versicherungsfalls

- 5325 Tritt der Versicherungsfall ein, bevor eine Person vom 1. Januar nach Vollendung des 20. Altersjahres bis zum 31. Dezember vor Eintritt des Versicherungsfalls während eines vollen Jahres der Beitragspflicht unterstellt war, so sind bei der Ermittlung des durchschnittlichen Erwerbseinkommens die Rz 5234, 5304 und 5320 zu beachten ([Art. 52 a AHVV](#)).

1/08 5.9 Karrierezuschlag bei Hinterlassenenrenten

1/08 5.9.1 Allgemeine Bestimmungen

- 5401 Hat eine verstorbene Person bei Eintritt des Versicherungsfalles das 45. Altersjahr noch nicht vollendet, so wird das durchschnittliche Erwerbseinkommen um einen vom Alter dieser Person abhängigen prozentualen Zuschlag erhöht.
1/08
- 5402 Dabei ist auf das Alter im Zeitpunkt des Todes abzustellen.
1/08
- 5403 Die Erhöhung des Durchschnitts aus Erwerbseinkommen um den Karrierezuschlag gemäss [Art. 33 Abs. 3 AHVG](#) beträgt in Prozenten:
1/08

nach Vollendung des ... Altersjahres	vor Vollendung des ... Altersjahres	Prozentsatz
	23	100
23	24	90
24	25	80
25	26	70
26	27	60
27	28	50
28	30	40
30	32	30
32	35	20
35	39	10
39	45	5

5404 Dabei ist zu beachten, dass das durchschnittliche Erwerbseinkommen vor der Gewährung des Karrierezuschlages nicht auf einen Tabellenwert aufzurunden ist.

1/08 **5.9.2 Titel aufgehoben**

5405 aufgehoben
1/08

5.9.3 Ermittlung des Karrierezuschlages

5406 Das durchschnittliche Erwerbseinkommen einer Person wird um den Prozentsatz erhöht, welcher für ihr Alter massgebend war. Der Karrierezuschlag ist jedoch ausschliesslich auf dem Durchschnitt aus den Erwerbseinkommen zu gewähren. Erziehungs- und Betreuungsgutschriften bleiben für den Karrierezuschlag unberücksichtigt.

5.10 Erziehungsgutschriften

5.10.1 Allgemeine Voraussetzungen

5407 Erziehungsgutschriften werden für Zeitabschnitte angerechnet, während denen die Eltern oder ein Elternteil Kinder hatten und im Sinne von [Art. 1a Abs. 1 und 3](#) oder

[Art. 2 AHVG](#) versichert waren. Nicht nötig ist, dass eine in diesen Zeitabschnitt fallende Beitragspflicht durch die Eltern bzw. den Elternteil auch tatsächlich erfüllt wurde.

- 5408 Werden einem Elternteil Versicherungslücken durch Jugendjahre, Zusatzjahre oder Beitragsmonate aus dem Jahr des Eintritts des Versicherungsfalls geschlossen, können für diese Zeiten grundsätzlich keine Erziehungsgutschriften angerechnet werden. Anders verhält es sich dagegen, wenn Erziehungsgutschriften aus Jugendjahren zur Schliessung von Versicherungslücken herangezogen werden (siehe Rz 5427).
- 5409 Eine Kumulation von Erziehungsgutschriften für verschiedene Kinder ([Art. 29^{sexies} Abs. 1 AHVG](#)) oder Erziehungsgutschriften und Betreuungsgutschriften ([Art. 29^{septies} Abs. 2 AHVG](#)) ist für die gleiche rentenberechtigte Person in jedem Fall ausgeschlossen.
- 5410 Erziehungsgutschriften können einer Person in der Regel vom 1. Januar nach Vollendung des 20. Altersjahres und höchstens bis zum 31. Dezember vor Eintritt des Versicherungsfalls angerechnet werden ([Art. 29^{bis} Abs. 1 AHVG](#)). Bei der Schliessung von Beitragslücken und in Sonderfällen erfolgt die Anrechnung indessen schon vor Vollendung des 20. Altersjahres (Rz 5038 und 5234), frühestens jedoch nach Vollendung des 17. Altersjahres.
- 5411 Der Anspruch auf Erziehungsgutschriften entsteht ab dem der Geburt des ersten Kindes folgenden Kalenderjahr und erlischt spätestens mit Ablauf des Kalenderjahres, in welchem das jüngste Kind das 16. Altersjahr vollendet ([Art. 52 f Abs. 1 AHVV](#)).
- 5412 Sowohl hinsichtlich Erfüllung der Versicherteneigenschaft und Ausübung der elterlichen Sorge als auch des Zivilstandes der anspruchsberechtigten Person ist stets auf die Verhältnisse im Zeitpunkt der Erziehungsjahre abzustellen.

5.10.2 Elterliche Sorge und Obhut

- 5413 Anknüpfungspunkt für die Anrechnung von Erziehungsgutschriften bildet die elterliche Sorge im Sinne von [Artikel 133 Absatz 3](#) und [Artikel 296–298a ZGB](#). Nicht erforderlich ist, dass sich das Kind auch tatsächlich in der Obhut der Eltern oder eines Elternteils befand.
- 5414 Das in der Obhut seines Vormundes lebende Kind ist in Bezug auf die Erziehungsgutschriften einem leiblichen Kind gleichgestellt ([AHI 2000 S. 274](#)). Die Bestimmungen von Rz 5418 ff. gelten sinngemäss.
- 5415 Adoptivkinder sind den leiblichen Kindern gleichgestellt, d.h. Adoptiveltern können für ihre Adoptivkinder ab dem der Geburt des Kindes folgenden Kalenderjahr eine Erziehungsgutschrift beanspruchen. Dabei ist allerdings zu beachten, dass für Jahre ausserhalb der Ehe die Erziehungsgutschriften in der Regel der Adoptivmutter angerechnet werden. Handelt es sich hingegen bei einem Elternteil um einen leiblichen Elternteil und nur beim anderen um den Adoptivelternteil, so können für Zeiten ausserhalb der Ehe und im Heiratsjahr dem leiblichen Elternteil die ganzen Erziehungsgutschriften angerechnet werden.
- 5416 Erziehungsgutschriften werden auch für Jahre angerechnet, in denen die Eltern ihre Kinder lediglich unter ihrer Obhut gehabt haben, ohne die elterliche Sorge über sie auszuüben ([Art. 52 e AHVV](#)). Dies trifft namentlich für jene Fälle zu, in welchen den Eltern aufgrund einer vormundschaftlichen Anordnung die elterliche Sorge entzogen worden ist ([Art. 311 ff. ZGB](#)).
- 5417 Für Pflegekinderverhältnisse besteht kein Anspruch auf Erziehungsgutschriften ([AHI 2000 S. 141](#)). Davon ausgenommen sind Fälle gemäss Rz 5414.

5.10.3 Anrechenbare Erziehungsjahre

5.10.3.1 Im allgemeinen

- 5418 Es werden immer ganze Erziehungsjahre angerechnet. Dabei wird das Jahr der Entstehung des Anspruchs auf die Erziehungsgutschrift in der Regel nicht berücksichtigt ([Art. 52 f Abs. 1 AHVV](#)). Dies trifft namentlich zu auf das
- 5419 – Geburtsjahr des Kindes bzw.
- 5420 – das Kalenderjahr der Wiedererlangung der elterlichen Sorge oder der Wiederentstehung des Obhutsverhältnisses.
- 5421 Verstirbt hingegen das Kind im Geburtsjahr, so wird stets die Erziehungsgutschrift für ein Jahr angerechnet. Sind beide Eltern versichert, so wird die Erziehungsgutschrift zwischen den Ehegatten aufgeteilt, auch wenn die Geburt ins Kalenderjahr der Heirat fällt ([Art. 52 f Abs. 3 AHVV](#)).
- 5422 Das Kalenderjahr, in welchem der Anspruch auf die Erziehungsgutschrift erlischt, wird in der Regel ganz berücksichtigt. Dies trifft namentlich auf das Kalenderjahr zu, in welchem
- 5423 – das letzte Kind das 16. Altersjahr vollendet oder
- 5424 – den Eltern oder dem Elternteil die elterliche Sorge entzogen, bzw. das Obhutsverhältnis aufgelöst wird (vorbehalten bleibt Rz 5434).
- 5425 Bei Eltern, welche nicht während des ganzen Kalenderjahres versichert sind (beispielsweise das Jahr der Einreise in die Schweiz, Einreise und Wiederausreise im gleichen Kalenderjahr oder bei Kurzaufenthalter mit Bewilligung L), werden für die Bestimmung der ganzen Erziehungsjahre die einzelnen Monate, für die Erziehungsgutschriften angerechnet werden können, über das Kalenderjahr hinaus zusammengezählt ([Art. 52 f Abs. 5 AHVV](#)). Für je zwölf Monate kann eine Erziehungsgutschrift angerechnet werden. Angebrochene Jahre werden nicht aufgerundet.

- 5426 Verbleiben nach der Addition der angebrochenen Jahre im Sinne von Rz 5425 noch einzelne Monate mit halben und ganzen Erziehungsgutschriften, so sind diese Monate zusammenzuzählen. Ergibt das Resultat mindestens 12 Monate, so ist stets eine ganze Erziehungsgutschrift anzurechnen. Dies gilt auch in Kombination mit Viertels-Erziehungsgutschriften.
- 5427 Sind aus Jugendjahren anrechenbare Erziehungsgutschriften zur Lückenfüllung heranzuziehen (Rz 5038), so wird für Beitragslücken bis zu sechs Monaten die halbe bzw. für sieben und mehr Monate die ganze Erziehungsgutschrift angerechnet.

5.10.3.2 Nicht verheiratete Eltern

- 5428 Nicht verheiratete Eltern erhalten für Zeiten, in denen sie die elterliche Sorge über eines oder mehrere noch nicht 16jährige Kinder hatten, in der Regel die ganze Erziehungsgutschrift. Bezüglich Anspruchsbeginn und -ende gelten die allgemeinen Bestimmungen (Rz 5409 ff.).
- 5429 Haben nicht verheiratete Eltern dagegen eine schriftliche Vereinbarung im Sinne von [Art. 52 f Abs. 2^{bis} AHVV](#) abgeschlossen, so richtet sich die Anrechnung der Erziehungsgutschriften nach dieser Vereinbarung.
- 5430 Das Wahlrecht der Eltern beschränkt sich darauf, welchem Elternteil für welches Kalenderjahr die ganze Erziehungsgutschrift anzurechnen ist. Auch bei mehreren Kindern kann den Eltern für das gleiche Kalenderjahr in jedem Fall höchstens eine ganze Erziehungsgutschrift angerechnet werden.
- 5431 Wurde eine wechselseitige Anrechnung der Erziehungsgutschriften vereinbart, so kann der jeweilige Wechsel zur vollen Anrechnung beim anderen Elternteil nur auf den Beginn eines neuen Kalenderjahres erfolgen.

- 5432 Sofern keine schriftliche Vereinbarung beigebracht wird, werden die Erziehungsgutschriften zwischen den Eltern geteilt, wenn beiden die elterliche Sorge zusteht.
- 5433 Geschiedene und verwitwete Personen haben für Zeiten während der Ehe in der Regel Anspruch auf die Hälfte der Erziehungsgutschrift, unabhängig davon, welcher der Ehegatten die elterliche Sorge inne hatte ([Art. 29^{sexies} Abs. 3 AHVG](#)). Voraussetzung dazu ist allerdings, dass der andere Ehegatte während dieser Zeit auch tatsächlich versichert war (siehe Rz 5439 ff.).
- 5434 Mit dem Kalenderjahr der Auflösung der Ehe (Scheidung, Ehenichtigkeit oder Tod) wird die ganze Erziehungsgutschrift dem Elternteil angerechnet, welchem das Kind zugesprochen wurde bzw. dem überlebenden Ehegatten. Bei Hinterlassenen ist dies jedoch nur der Fall, wenn es sich um eigene Kinder des überlebenden Ehegatten handelt.
- 5435 Dagegen wird die Erziehungsgutschrift zwischen den Eltern weiterhin geteilt, wenn nach der Auflösung der Ehe infolge Scheidung oder Nichtigkeit beide Elternteile die elterliche Sorge über das oder die gemeinsamen Kinder haben ([Art. 133 Abs. 3 ZGB](#)) und keine schriftliche Vereinbarung gemäss [Art. 52 f Abs. 2^{bis} AHVV](#) getroffen wurde. Die Rz 5437–5443 sind sinngemäss anwendbar.
- 5436 Die schriftliche Vereinbarung muss spätestens im Zeitpunkt des Rentenanspruchs vorliegen. Rückwirkende Abänderungen sind nur zulässig, sofern sie laufende Renten nicht beeinflussen.

5.10.3.3 Verheiratete Eltern

- 5437 Bei verheirateten Eltern wird die Erziehungsgutschrift während der Kalenderjahre der gemeinsamen Ehe hälftig aufgeteilt. Dies gilt auch, wenn erst ein Elternteil bzw. Ehegatte rentenberechtigt ist. Unerheblich ist, ob es sich für die Zeit während der Ehe bei den Kindern, für die eine Er-

ziehungsgutschrift beansprucht wird, um die eigenen oder um Stiefkinder handelt.

- 5438 Der Teilung unterliegen aber nur die Erziehungsgutschriften zwischen dem 1. Januar nach Vollendung des 20. Altersjahres des jüngeren Elternteils bzw. Ehegatten und dem 31. Dezember vor Eintritt des Versicherungsfalls infolge Alter.
- 5439 Die Voraussetzung zur Teilung der Erziehungsgutschrift ist grundsätzlich dann erfüllt, wenn die anspruchsberechtigten Eltern bzw. Ehegatten während der Ehe im gleichen Kalenderjahr versichert gewesen sind ([Art. 29^{quinquies} Abs. 4 Bst. b AHVG](#)). Ist nur einer der Eltern bzw. Ehegatten in der schweizerischen AHV/IV versichert, wird dem versicherten Elternteil bzw. Ehegatten die ihm zustehende Erziehungsgutschrift (halbe oder ganze) ganz angerechnet ([Art. 52 f Abs. 2^{bis} und 4 AHVV](#)).
- 5440 Im Kalenderjahr der Heirat wird die Erziehungsgutschrift für vor der Ehe geborene gemeinsame Kinder in der Regel ungeteilt der Mutter angerechnet (Ausnahme siehe Rz 5421). Handelt es sich nicht um gemeinsame Kinder, erhält der leibliche Elternteil die ungeteilte Erziehungsgutschrift.
- 5441 Auch nach der (Wieder-) Heirat steht den Eltern, welche die gemeinschaftliche elterliche Sorge nach der Scheidung bzw. gemäss Beschluss der Vormundschaftsbehörde über eines oder mehrere gemeinsame Kinder haben, der Anspruch auf Erziehungsgutschriften für die gemeinsamen Kinder zu. Haben dabei die Eltern keine schriftliche Vereinbarung über die Anrechnung der ganzen Erziehungsgutschriften getroffen, wird die Erziehungsgutschrift beiden Elternteile hälftig angerechnet. Der (wieder-) verheiratete Elternteil hat aber in diesen Fällen die halbe Erziehungsgutschrift mit dem (neuen) Ehegatten zu teilen ([Art. 29^{sexies} Abs. 3 AHVG](#)), sofern dieser die allgemeinen Voraussetzungen dazu erfüllt (Rz 5407 ff.). Demzufolge kann den Ehegatten lediglich eine Viertelserziehungsgutschrift angerechnet werden.

- 5442 Die Anrechnung der Viertelserziehungsgutschrift bei verheirateten Eltern unterbleibt dagegen, wenn aus einem anderen bzw. neuen Kindesverhältnis der Anspruch auf eine höhere Erziehungsgutschrift entsteht. Ehegatten haben zusammen für das gleiche Kalenderjahr höchstens Anspruch auf eine ganze Erziehungsgutschrift.
- 5443 Mit dem Kalenderjahr des Eintritts des Versicherungsfalles infolge Alter beim einen Elternteil bzw. Ehegatten werden die Erziehungsgutschriften dem noch nicht altersrentenberechtigten anderen Elternteil bzw. Ehegatten ungeteilt (halbe oder ganze) angerechnet ([Art. 29^{sexies} Abs. 3 AHVG](#)). Dies gilt auch in Fällen des Rentenvorbezuges.

5.10.4 Die Höhe der Erziehungsgutschriften

- 5444 Die Erziehungsgutschrift entspricht der dreifachen minimalen jährlichen Altersrente im Zeitpunkt des Eintritts des Versicherungsfalles ([Art. 29^{sexies} Abs. 2 AHVG](#)).

5.10.5 Ermittlung des Durchschnitts aus Erziehungsgutschriften

5.10.5.1 Im allgemeinen

- 5445 Der Durchschnitt der Erziehungsgutschriften ergibt sich aus der Division der anrechenbaren Erziehungsgutschriften durch die für die Ermittlung des Durchschnittes aus Erwerbseinkommen massgebende Beitragsdauer.
- 5446 Es gilt somit folgende Formel:

$$\frac{(\text{minimale jährliche Altersrente} \times 3) \times \text{Anzahl Erziehungsgutschriften}}{\text{anrechenbare Beitragsdauer}}$$

5.10.5.2 Bei früherem Bezug einer Invalidenrente

- 5447 Bei Personen, deren Beitragszeiten und die entsprechenden Erwerbseinkommen während des Bezuges einer früheren Invalidenrente für die Ermittlung des durchschnittlichen Erwerbseinkommens ausgeklammert wurden, werden die in diesen Zeitabschnitt fallende Erziehungsgutschriften ebenfalls nicht angerechnet. Die Bestimmungen von Rz 5321 ff. gelten sinngemäss.

5.10.5.3 Bei Berücksichtigung der Erziehungsgutschriften im Jahr des Eintritts des Versicherungsfalls

- 5448 Tritt der Versicherungsfall ein, bevor eine Person vom 1. Januar nach Vollendung des 20. Altersjahres bis zum 31. Dezember vor Eintritt des Versicherungsfalls während eines vollen Jahres der Beitragspflicht unterstellt war, so sind bei der Ermittlung des Durchschnitts der Erziehungsgutschriften die Rz 5234, 5304 und 5320 zu beachten.

5.10.6 Ermittlung in Sonderfällen

- 5449 Tritt der Versicherungsfall der Invalidität oder des Todes bei einem Elternteil ein, bevor dessen Jahrgang während eines vollen Jahres der Beitragspflicht unterstellt war und sind für die Festsetzung des Rentenanspruchs sowohl Einkommen als auch Beitragszeiten aus Jugendjahren bzw. die Berechnungselemente im Jahr des Rentenanspruchs zu berücksichtigen, so sind auch für diese Zeiten Erziehungsgutschriften anzurechnen ([Art. 52 a AHVV](#)). Hinsichtlich der anrechenbaren Erziehungsgutschriften gelten die allgemeinen Bestimmungen.
- 5450 Erziehungsgutschriften können frühestens ab dem der Vollendung des 17. Altersjahr folgenden Kalenderjahres bis höchstens zur Entstehung des Rentenanspruchs angerechnet werden. Dabei ist zu beachten, dass der Durchschnitt der Erziehungsgutschriften den in [Art. 29^{sexies} Abs. 2](#)

[AHVG](#) festgelegten Höchstbetrag im Zeitpunkt des Eintritts des Versicherungsfalles nicht übersteigen darf.

- 5451 Erziehungsgutschriften unterliegen der Teilung grundsätzlich nur für Zeiten zwischen dem 1. Januar nach Vollendung des 20. Altersjahres des jüngeren Elternteils und dem 31. Dezember vor Eintritt des Versicherungsfalles „Alter“ beim anderen Elternteil. Hatte der jüngere Elternteil vor Vollendung des 20. Altersjahres Kinder und war der andere Elternteil damals schon über 20 Jahre alt, werden letzterem die ganzen Erziehungsgutschriften angerechnet. Weist der jüngere Elternteil später Versicherungs- oder Beitragslücken auf und sind diese Lücken durch Jugendjahre zu schliessen, so können dem jüngeren Elternteil die entsprechenden halben Erziehungsgutschriften angerechnet werden (Rz 5410). Der ältere Elternteil hat jedoch weiterhin Anspruch auf die ganze Erziehungsgutschrift. In diesen Fällen kann somit ausnahmsweise für die betroffenen Jahre 1 1/2 Erziehungsgutschrift gewährt werden.

5.11 Betreuungsgutschriften

5.11.1 Im allgemeinen

- 5501 Erfüllt eine Person für das gleiche Kalenderjahr sowohl die Anspruchsvoraussetzungen auf eine Betreuungsgutschrift als auch auf eine Erziehungsgutschrift, so kann stets nur die Erziehungsgutschrift beansprucht werden. Eine Kumulation von Erziehungsgutschriften und Betreuungsgutschriften ([Art. 29^{septies} Abs. 2 AHVG](#)) ist ausgeschlossen.
- 5502 Massgebend ist stets der Anteil der Betreuungsgutschrift, welche im IK eingetragen ist. Im Gegensatz zu den Erziehungsgutschriften können bei den Betreuungsgutschriften nicht nur ganze und halbe Gutschriften zur Anrechnung gelangen, sondern auch Viertels-, Sechstels- etc. Gutschriften ([Art. 52 i AHVV](#)).

- 5503 Die Betreuungsgutschrift entspricht der dreifachen minimalen jährlichen Altersrente im Zeitpunkt des Eintritts des Versicherungsfalls ([Art. 29^{septies} Abs. 4 AHVG](#)).

5.11.2 Ermittlung des Durchschnitts aus Betreuungsgutschriften

5.11.2.1 Im allgemeinen

- 5504 Der Durchschnitt der Betreuungsgutschriften ergibt sich aus der Division der anrechenbaren Betreuungsgutschriften durch die für die Ermittlung des Durchschnitts aus Erwerbseinkommen massgebende Beitragsdauer.

- 5505 Es gilt somit folgende Formel:

$$\frac{(\text{minimale jährliche Altersrente} \times 3) \times \text{Anzahl Betreuungsgutschriften}}{\text{anrechenbare Beitragsdauer}}$$

5.11.2.2 Bei früherem Bezug einer Invalidenrente

- 5506 Bei Personen, deren Beitragszeiten und die entsprechenden Erwerbseinkommen während des Bezuges einer früheren Invalidenrente für die Ermittlung des durchschnittlichen Erwerbseinkommens ausgeklammert wurden, werden die in diesen Zeitabschnitt fallende Betreuungsgutschriften ebenfalls nicht angerechnet. Die Bestimmungen von Rz 5322 ff. gelten sinngemäss.

5.12 Ermittlung des massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommens

- 5507 Das massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen setzt sich einerseits aus dem Durchschnitt der Erwerbseinkommen und andererseits den Durchschnitten Erziehungsgutschriften und Betreuungsgutschriften zusammen. Bei geschiedenen oder verwitweten Personen kann das

massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen zusätzlich Übergangsgutschriften enthalten.

5.13 Plafonierung der Alters- und Invalidenrenten

5.13.1 Grundsatz

- 5508 Die Summe der beiden Einzelrenten eines Ehepaares darf 150 Prozent des Höchstbetrages der Alters- oder Invalidenrente nicht übersteigen ([Art. 35 Abs. 1 AHVG](#)). Übersteigt die Summe beider Einzelrenten den für sie massgebenden Höchstbetrag, so werden sie im Verhältnis ihrer Anteile gekürzt.
- 5509 Für die Plafonierung sind die aufgrund der Berechnungsgrundlagen jedes der Ehegatten ermittelten ungekürzten Beträge der Einzelrenten massgebend.
- 5510 Bei Ehegatten, deren gemeinsamer Haushalt richterlich aufgehoben, die Ehe jedoch noch nicht geschieden wurde, unterliegen die beiden Einzelrenten nicht der Plafonierung ([Art. 35 Abs. 2 AHVG](#)).
- 5511 Der gemeinsame Haushalt der Ehegatten gilt als aufgehoben, wenn im Scheidungs- oder Trennungsverfahren die Trennung vom Richter festgestellt wurde oder wenn im Eheschutzverfahren die Ehe durch richterliche Feststellung oder Verfügung vorübergehend oder auf unbestimmte Zeit getrennt wurde. Leben die Ehegatten trotzdem weiterhin oder wieder in Hausgemeinschaft, so sind die Renten zu plafonieren.
- 5512 Eine Plafonierung entfällt auch, wenn die Einzelrente des anderen Ehegatten während des Vollzuges einer Freiheitsstrafe oder Massnahme sistiert wurde.
- 5513 Ordentliche und ausserordentliche IV-Renten von Geburts-, Kindheits- und Frühinvaliden ([Art. 37 Abs. 2](#) und [Art. 40 Abs. 3 IVG](#)) sowie die sie ablösenden Altersrenten ([Art. 33^{bis} Abs. 3 AHVG](#)) haben mindestens 133 1/3 Prozent der Mindestansätze der zutreffenden Vollrente zu be-

tragen. Sowohl die ordentlichen und ausserordentlichen Renten dieser Personen, sowie die dazugehörigen Kinderrenten unterliegen nur bis zu den in [Art. 37 Abs. 2 IVG](#) festgelegten Mindestbeträgen den Plafonierungsbestimmungen. Die Rente des anderen Ehegatten wird indessen nach den allgemeinen Bestimmungen (Rz 5508) plafoniert.

5.13.2 Massgebender Zeitpunkt

- 5514 Die Alters- oder IV-Renten von Ehegatten werden grundsätzlich mit dem Monat, in welchem der zweitrentenberechtigte Ehegatte den Rentenanspruch erwirbt, plafoniert. In der IV werden die Renten frühestens auf den Beginn der Rentenzahlung gemäss [Art. 29 Abs. 1 IVG](#) (vgl. Rz 5508 ff.) plafoniert. Dieser Zeitpunkt wird von der IV-Stelle festgelegt. Beansprucht ein Ehegatte eine Alters- oder Invalidenrente und meldet sich der andere Ehegatte nicht für eine Leistung der AHV oder der IV an, so darf die Rente nicht plafoniert werden.
- 5515 Bei der Heirat zweier rentenberechtigter Personen werden die Alters- oder IV-Renten erstmals im Monat nach der Heirat plafoniert.
- 5516 Entfällt dagegen die Plafonierung der Alters- oder IV-Rente der Ehegatten, so wird die unplafonierte Rente erstmals ab demjenigen Monat ausgerichtet, welcher jenem der Scheidung, des Todes eines Ehegatten oder dem Wegfall bzw. der Herabsetzung der Invalidität folgt.
- 5517 Leben die Ehegatten getrennt, so werden die Renten erstmals ab dem der Trennung folgenden Monat unplafoniert ausgerichtet. Massgebend ist der vom Richter festgelegte Zeitpunkt der Trennung.

5.13.3 Plafonierung beim flexiblen Rentenalter

- 5518 Bei vorbezogenen Altersrenten ist die Plafonierung stets vor dem Abzug der Vorbezugskürzung zu prüfen. Die Plafonierung ist somit in jedem Fall vor dem Abzug des

Kürzungsbetrages auf den ungekürzten Beträgen der Einzelrenten vorzunehmen.

- 5519 Wurde eine Altersrente aufgeschoben, so ist die Prüfung des Plafonds vor der Anrechnung des Aufschubzuschlages vorzunehmen.

5.13.4 Bei vollständiger Beitragsdauer

- 5520 Weisen beide Ehegatten eine vollständige Beitragsdauer auf, so gilt für jede der Einzelrenten folgende Plafonierungsformel:

- 5521 Betrag der Einzelrente, multipliziert mit 150 Prozent des Höchstbetrages der (ganzen, Dreiviertels-, halben oder Viertels-) Vollrente, dividiert durch die Summe der beiden Einzelrenten.

$$\frac{\text{Rente Mann} \times 150\% \text{ der Maximalrente}}{\text{Rente Mann} + \text{Rente Frau}}$$

$$\frac{\text{Rente Frau} \times 150\% \text{ der Maximalrente}}{\text{Rente Frau} + \text{Rente Mann}}$$

- 5522 Die solchermassen ermittelten Beträge der Einzelrenten sind nach den allgemeinen Rundungsregeln entweder auf den nächsten Franken auf- oder abzurunden ([Art. 35 Abs. 3 AHVG](#)).

5.13.5 Bei unvollständiger Beitragsdauer

- 5523 Ist die Beitragsdauer eines oder beider Ehegatten unvollständig, so ist der Höchstbetrag wie folgt zu ermitteln:

- 5524 Die Rentenskala des Ehegatten mit der höheren Rentenskala wird mit 2 multipliziert. Dieses Ergebnis ist mit der Rentenskala des Ehegatten mit der niedrigeren Rentenskala zu addieren und das Resultat durch 3 zu dividieren und auf die nächste Skala aufzurunden.

Beispiel:

Ehemann	Skala 35
Ehefrau	Skala 28

$$\frac{35 \times 2 + 28}{3} = \text{Skala 33 (gewichtete Rentenskala)}$$

- 5525 Die gewichtete Rentenskala bzw. die entsprechende Plafonierungsgrösse kann auch direkt den Rententabellen entnommen werden.
- 5526 150 Prozent des Höchstbetrages der solchermassen ermittelten Rentenskala bildet die Plafonierungsgrösse für die beiden Einzelrenten. Massgebend sind dabei die gerundeten Beträge gemäss Rententabellen.
- 5527 In einem zweiten Schritt sind nun die plafonierten Beträge der beiden Einzelrenten nach der Formel von Rz 5520 ff. zu ermitteln. Der Höchstbetrag entspricht der vorher ermittelten Plafonierungsgrösse.
- 5528 Die Plafonierungsbestimmungen von Rz 5523 ff. gelten sinngemäss, wenn die niedrige Teilrente des einen Ehegatten abgefunden wurde.

5.13.6 Plafonierung bei Invalidenrenten

- 5529
1/04 Sind die Ehegatten Bezüger von Renten mit unterschiedlichen Bruchteilen (ganze/halbe, halbe/Viertel, ganze/Viertel oder Dreiviertel/Viertel), so wird nicht plafoniert ([Art. 32 Abs. 2 IVV](#)). Dies trifft auch zu, wenn der eine Ehegatte eine Altersrente bezieht und der andere Ehegatte zu weniger als 60 Prozent invalid ist.
- 5530 Weisen hingegen beide Ehegatten den selben Bruchteil der Rente auf, so ist die Plafonierung nach den allgemeinen Regeln vorzunehmen.

5.13.7 Plafonierung der Kinder- und Waisenrenten

- 5531 Sind für das gleiche Kind die Voraussetzungen für zwei Kinderrenten, zwei Waisenrenten bzw. eine Waisenrente und eine Kinderrente erfüllt, so beträgt die Summe der beiden Einzelrenten höchstens 60 Prozent der Maximalrente ([Art. 37^{bis} AHVG](#)). Übersteigt die Summe beider Einzelrenten den für sie massgebenden Höchstbetrag, so werden sie im Verhältnis zum Maximalbetrag bei Vollrenten gekürzt ([Art. 35^{ter} AHVG](#)). In Abweichung dazu werden Kinderrenten für Kinder von Geburts-, Kindheits- oder Frühinvaliden nicht unter die in [Art. 37 Abs. 2 IVG](#) festgelegten Mindestbeträgen plafoniert (Rz 5513).
- 5532 Für gemeinsame Kinder ist bei Kinder- und Waisenrenten die Plafonierung immer gesondert zu prüfen und zwar unabhängig davon, ob die Einzelrenten der Eltern plafoniert wurden. Dies ist etwa dann der Fall, wenn der gemeinsame Haushalt der Eltern richterlich aufgehoben oder die Ehe der Eltern aufgelöst wurde (Scheidung oder Tod). Ebenso ist eine Plafonierung der Kinder- und Waisenrente zu prüfen, wenn die Eltern nie miteinander verheiratet waren.
- 5533 Der für die Kinder- und Waisenrenten massgebende Plafond ergibt sich aus den Berechnungsgrundlagen der Eltern. Die Bestimmungen über die Plafonierung der Hauptrenten finden bei den Kinder- und Waisenrenten sinngemäss Anwendung ([Art. 37^{bis} AHVG](#)).
- 5534 Die Prüfung des Plafonds bei Kinder- und Waisenrenten ist in jedem Fall vor einer Kürzung wegen Überversicherung bzw. bei aufgeschobenen Altersrenten vor der Anrechnung des Aufschubzuschlages vorzunehmen.
- 5535 Hinsichtlich des Zeitpunkts der Plafonierung der Kinder- und Waisenrenten gelten die Bestimmungen von Rz 5514 f. sinngemäss.

5.14 Die Berechnungsgrundlagen und die Berechnung der Renten im einzelnen

5.14.1 Alters- und Invalidenrenten

5.14.1.1 Allgemeine Regel

- 5601 Massgebend für die Berechnung der Rente sind die anrechenbaren vollen Beitragsjahre der rentenberechtigten Person selbst im Verhältnis zu denjenigen ihres Jahrganges sowie deren massgebendes durchschnittliches Jahreseinkommen. Die Beitragsdauer wird gemäss Rz 5020 ff. und das massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen gemäss Rz 5507 ermittelt.
5601. Die schweizerische IV-Hauptrente wird grundsätzlich nach
1 wie vor autonom berechnet, d.h. ohne ausländische Ver-
1/08 sicherungszeiten (Ausnahmen vgl. Ziffer 5. KSBIL).
- 5602 Bestand zu einem früheren Zeitpunkt Anspruch auf eine Invalidenrente, so werden die während den Kalenderjahren des Bezuges zurückgelegten Beitragszeiten und die entsprechenden Einkommen bzw. Erziehungs- und Betreuungsgutschriften bei der Ermittlung des massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommens nicht berücksichtigt, wenn dies zu einem günstigeren Ergebnis führt.

5.14.1.2 Regel bei verheirateten Personen

- 5603 Ist der eine Ehegatte rentenberechtigt und wird der andere Ehegatte ebenfalls rentenberechtigt, so wird für beide Ehegatten eine (Neu)berechnung nach den allgemeinen Regeln vorgenommen.
- 5604 Dabei ist zu beachten, dass die Einzelrente des erstrentenberechtigten Ehegatten nach den Berechnungsvorschriften festgesetzt wird, wie sie im Zeitpunkt des Eintritts des 2. Versicherungsfalls gültig waren.
- 5605 Die beim erstrentenberechtigten Ehegatten neu festgesetzte Rente wird allenfalls noch nach den Bestimmungen

über die seitherigen Rentenanpassungen auf den Zeitpunkt des Eintritts des Versicherungsfalls beim zweitrentenberechtigten Ehegatten nachgeführt.

5.14.1.3 Regel bei verwitweten Personen

- 5606 Die Alters- oder Invalidenrente von verwitweten Personen wird nach den allgemeinen Regeln festgesetzt, d.h. auf den ungeteilten Erwerbseinkommen und Gutschriften vor der Ehe bzw. nach der Verwitwung und den geteilten Erwerbseinkommen und Gutschriften während der Ehe (bei Invalidenrenten ist der Durchschnitt aus den Erwerbseinkommen unter Umständen um den Karrierezuschlag zu erhöhen).
- 5607 Bei der Berechnung der Alters- und IV-Renten von verwitweten Personen, die vor dem 1. Januar 1953 geboren sind, wird eine Übergangsgutschrift angerechnet, wenn ihnen nicht während mindestens 16 Jahren Erziehungs- oder Betreuungsgutschriften angerechnet werden konnten ([Bst. c Abs. 3 UebBest. AHVG zur 10. AHV-Revision](#)). Diese Bestimmung findet sowohl Anwendung für Fälle, in denen eine verwitwete Person den Anspruch auf eine Alters- oder IV-Rente erwirbt, als auch für jene, in denen eine schon leistungsberechtigte Person verwitwet.
- 5608 Mit der Wiederheirat einer verwitweten Person erlischt der Anspruch auf die Übergangsgutschriften nicht, d.h. die schon angerechneten Übergangsgutschriften bleiben weiterhin Bestandteil der Rentenberechnung.
- 5609 Die Übergangsgutschrift entspricht der Höhe der halben Erziehungsgutschrift im Zeitpunkt des Eintritts des Versicherungsfalls. Sie wird wie folgt abgestuft:

Jahrgang	Übergangsgutschrift (immer in Höhe der halben Erziehungsgutschrift) für
1945 und älter	16 Jahre
1946	14 Jahre
1947	12 Jahre
1948	10 Jahre
1949	8 Jahre
1950	6 Jahre
1951	4 Jahre
1952	2 Jahre

- 5610 Die Übergangsgutschrift darf höchstens für die Anzahl der Jahre angerechnet werden, welche für die Festsetzung der Rentenskala der rentenberechtigten Person berücksichtigt wird. Übergangsgutschriften und Erziehungs- oder Betreuungsgutschriften zusammen dürfen aber in keinem Fall weder die für die Rentenskala massgebende Beitragsdauer übersteigen, noch mehr als 16 anrechenbare Jahre ergeben.
- 5611 Sofern einer Person bei der Berechnung der IV-Rente ausländische Versicherungszeiten angerechnet werden konnten, dürfen ihr nur Übergangsgutschriften für die Anzahl der schweizerischen Versicherungszeiten angerechnet werden.
- 5612 Können ausser den Erwerbseinkommen nur Übergangsgutschriften angerechnet werden, so ergibt sich der Durchschnitt der Übergangsgutschriften aus der Division der anrechenbaren Übergangsgutschriften durch die für die Ermittlung des Durchschnitts aus Erwerbseinkommen massgebende Beitragsdauer.
- 5613 Es gilt somit folgende Formel:

$$\frac{(\text{minimale jährliche Altersrente} \times 3) \times \text{Anzahl Gutschriftsjahre}}{\text{anrechenbare Beitragsdauer} \times 2}$$

- 5614 Das Resultat wird zum Durchschnitt der Erwerbseinkommen addiert und auf das nächsthöhere Vielfache gemäss den Rententabellen aufgerundet.
- 5615 Für Fälle, in denen sowohl Erziehungs- oder Betreuungsgutschriften und Übergangsgutschriften angerechnet werden können, sind die anrechenbaren Übergangsgutschriften zu den Erziehungsgutschriften hinzuzuzählen. Für die Ermittlung des Durchschnitts der Gutschriften ist gemäss Rz 5445 ff. vorzugehen.
- 5616 Verwitwete Personen erhalten zu ihrer Alters- oder IV-Rente einen Verwitwetenzuschlag in der Höhe von 20 Prozent ([Art. 35^{bis} AHVG](#)). Der Verwitwetenzuschlag wird auch dann ausgerichtet, wenn die Voraussetzungen für eine Witwen- oder Witwerrente nicht erfüllt werden. Rente und Verwitwetenzuschlag dürfen jedoch den Betrag der Maximalrente der entsprechenden Rentenskala nicht übersteigen.
- 5617 Massgebend zur Gewährung des Verwitwetenzuschlages ist der Zivilstand der leistungsansprechenden Person. Geschiedene Personen erhalten somit keinen Verwitwetenzuschlag zu ihrer IV- oder Altersrente.
- 5618 Hatte der überlebende Ehegatte seine Altersrente aufgeschoben, so ist zu dem ermittelten Rentenbetrag (inkl. Verwitwetenzuschlag) zusätzlich der Betrag des Aufschubzuschlags hinzuzurechnen.
- 5619 Hat dagegen der überlebende Ehegatte seine Altersrente vorbezogen, so ist die Vorbezugskürzung von dem ermittelten Rentenbetrag (inkl. Verwitwetenzuschlag) in Abzug zu bringen.
- 5620 Erfüllt eine Person *gleichzeitig* die Voraussetzungen für eine Alters- oder Invalidenrente sowie die Voraussetzungen für eine Witwen- oder Witwerrente kommt die höhere der beiden Renten zur Ausrichtung ([Art. 24 b AHVG](#)). Auf die allenfalls höhere Witwen- oder Witwerrente besteht aber nur in jenen Fällen bzw. solange Anspruch, als dass

der überlebende Ehegatte die Anspruchsvoraussetzungen für eine Witwen- oder Witwerrente erfüllt.

- 5621 Dabei ist die Hinterlassenenrente auf den Berechnungsgrundlagen des verstorbenen Ehegatten nach den allgemeinen Regeln zu ermitteln ([Art. 33 Abs. 1 AHVG](#)). Wurden die Erwerbseinkommen für die Zeit der gemeinsamen Ehe schon geteilt, weil der andere Ehegatte ebenfalls rentenberechtigt war, so ist die Einkommensteilung zur Berechnung der Hinterlassenenrente rückgängig zu machen. Die Einkommensteilung ist hingegen nicht rückgängig zu machen bzw. muss allenfalls noch nachgeholt werden, wenn die verstorbene Person geschieden ist oder war. Die Bestimmungen über das Splitting bei Scheidung gehen in diesen Fällen vor.
- 5622 Hatte der verstorbene Ehegatte seine Altersrente aufgeschoben, so ist auf der Hinterlassenenrente der Aufschubzuschlag auszurichten (vgl. Rz 6344).
1/09
- 5623 Hatte der verstorbene Ehegatte dagegen seine Altersrente vorbezogen, so ist von der Hinterlassenenrente die Vorbezugskürzung in Abzug zu bringen (vgl. Rz 6213).
1/09
- 5624 Dieses Vorgehen gilt sowohl für Fälle, in denen eine verwitwete Person invalid oder altersrentenberechtigt wird, als auch eine invalide oder altersrentenberechtigte Person verwitwet. Die Berechnung einer Witwen- oder Witwerrente muss nicht durchgeführt werden, wenn die Alters- oder Invalidenrente unter Berücksichtigung des Verwitwetenzuschlags höher ist als der Maximalbetrag der Witwen- oder Witwerrente bzw. die Hinterlassenenrente offensichtlich tiefer ist als die Alters- oder Invalidenrente.

5.14.1.4 Regel bei geschiedenen Personen

- 5625 Die Alters- oder IV-Rente von geschiedenen Personen wird nach den allgemeinen Regeln festgesetzt, d.h. auf den ungeteilten Erwerbseinkommen und Gutschriften vor der

Ehe bzw. nach der Scheidung und den geteilten Erwerbseinkommen und Gutschriften während der Ehe.

- 5626 Bei der Berechnung der Alters- und IV-Renten von geschiedenen Personen, die vor dem 1. Januar 1953 geboren sind, wird eine Übergangsgutschrift angerechnet, wenn ihnen nicht während mindestens 16 Jahren Erziehungs- oder Betreuungsgutschriften angerechnet werden konnten ([Bst. c Abs. 2 UebBest. AHVG zur 10. AHV-Revision](#)). Diese Bestimmung findet sowohl Anwendung für Fälle, in denen eine geschiedene Person den Anspruch auf eine Alters- oder IV-Rente erwirbt, als auch für jene, in denen eine schon leistungsberechtigte Person geschieden wird.
- 5627 Mit der Wiederheirat einer geschiedenen Person erlischt der Anspruch auf die Übergangsgutschrift nicht, d.h. die schon angerechneten Übergangsgutschriften bleiben weiterhin Bestandteil der Rentenberechnung.
- 5628 Hinsichtlich der Ermittlung bzw. der Anrechnung der Übergangsgutschriften gilt Rz 5607 ff. sinngemäss.

5.14.1.5 Ausnahme bei Invalidenrenten

- 5629 1/04 Ändert infolge einer Änderung im Invaliditätsgrad auch die Höhe des Rentenanspruchs (ganze, Dreiviertels-, halbe oder Viertelsrente), so bleiben für die neue Rente die gleichen Berechnungsgrundlagen (Rentenskala und massgebendes durchschnittliches Jahreseinkommen) massgebend wie für die bisherige Rente. Ist der andere Ehegatte ebenfalls Rentenbezüger, so ist der Plafond neu zu prüfen.
- 5630 Die gleichen Berechnungsgrundlagen bleiben ferner massgebend wenn
- 5631 – einer Person, welche eine Invalidenrente bezog, nach Eingliederungsmassnahmen gemäss [Art. 8 IVG](#) die Rente wegen ausgebliebenem oder nur teilweisem Eingliederungserfolg erneut ausgerichtet wird, ohne dass ein neuer Versicherungsfall eintritt;

- 5632 – eine Invalidenrente, die wegen Verminderung des Invaliditätsgrades aufgehoben wurde, erneut zugesprochen wird, weil die auf das selbe Leiden zurückzuführende Arbeitsunfähigkeit innert drei Jahren erneut ein rentenbegründendes Ausmass annimmt ([Art. 29^{bis} IVV](#)) und dies für die rentenberechtigte Person günstiger ist als die Neufestsetzung der Rente nach den allgemeinen Regeln ([Art. 32^{bis} IVV](#), vgl. Rz 5322);
- 5633 – die während des Vollzuges einer Freiheitsstrafe oder Massnahme sistierte Invalidenrente nach der Entlassung wieder ausgerichtet wird.
- 5634 In allen anderen Fällen, in denen eine Invalidenrente aufgrund eines neuen Versicherungsfalles erneut zugesprochen wird, nachdem schon früher einmal während begrenzter Zeit ein Rentenanspruch bestanden hat, ist diese nach den im Zeitpunkt der Entstehung des Anspruchs geltenden Berechnungsvorschriften neu festzusetzen.

1/08 **5.14.2 Zusatzrente der AHV und Kinderrenten der AHV/IV**

- 5635 Massgebend für die Berechnung der Zusatzrente für den Ehegatten und der Kinderrenten sind die Berechnungsgrundlagen für diejenige Rente, zu welcher sie gewährt werden ([Art. 38 Abs. 1 IVG](#) und [Art. 35^{ter} AHVG](#)). Die Zusatz- und Kinderrenten der IV richten sich in jedem Fall nach dem Bruchteil der Hauptrente.
- 5636 Die Kinderrenten bzw. die Zusatzrente für den geschiedenen Ehegatten werden stets ohne Verwitwetenzuschlag ausgerichtet.

5.14.3 Hinterlassenenrente

5.14.3.1 Allgemeine Regel

- 5637 Massgebend für die Berechnung der Hinterlassenenrente sind die anrechenbaren vollen Beitragsjahre der verstor-

benen Person im Verhältnis zu denjenigen ihres Jahrganges sowie deren massgebendes durchschnittliches Jahreseinkommen. Die Beitragsdauer wird gemäss Rz 5020 ff., der Durchschnitt aus Erwerbseinkommen gemäss Rz 5201 ff. und 5401 ff., der Durchschnitt aus Erziehungsgutschriften gemäss Rz 5407 ff. und der Durchschnitt aus Betreuungsgutschriften gemäss Rz 5501 ff. ermittelt.

- 5638 War die verstorbene Person geschieden, so wird für die Berechnung der Hinterlassenenrenten auf die geteilten Erwerbseinkommen aus den geschiedenen bzw. den ungeteilten Einkommen aus der bestehenden Ehe abgestellt. Bei der Berechnung der Hinterlassenenrente muss die Einkommensteilung u.U. noch nachgeholt werden. Dies gilt auch für Ehen, die vor dem 31. Dezember 1996 aufgelöst wurden. Die allgemeinen Bestimmungen über das Splitting bei Scheidung gehen in diesen Fällen vor.
- 5639 Bestand zu einem früheren Zeitpunkt Anspruch auf eine Invalidenrente, so werden die während den Kalenderjahren des Bezuges zurückgelegten Beitragszeiten und die entsprechenden Einkommen bzw. Erziehungs- und Betreuungsgutschriften bei der Ermittlung des massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommens nicht berücksichtigt, wenn dies zu einem günstigeren Ergebnis führt.

5.14.3.2 Wiederaufleben der Witwen- und Witwerrente

- 5640 Die wiederauflebende Witwen- bzw. Witwerrente wird aufgrund derselben Berechnungsgrundlagen festgesetzt, wie sie anlässlich der für die Wiederverheiratung erloschenen Rente massgebend waren. Dabei sind die seinerzeit ermittelten Berechnungsgrundlagen aufgrund der seit der Verwitwung eingetretenen Rentenanpassungen auf den Zeitpunkt des Anspruchsbeginns nachzuführen.

5.14.3.3 Zusammentreffen von Waisen- und Kinderrenten

- 5641 Sind für das gleiche Kind sowohl die Voraussetzungen für eine Waisenrente als auch für eine Kinderrente erfüllt, so beträgt die Summe der beiden Renten höchstens 60 Prozent der maximalen Altersrente ([Art. 37^{bis} AHVG](#)).
- 5642 Ist ausnahmsweise die Alters- oder Invalidenrente des überlebenden Elternteils kleiner als die Witwen- oder Witwerrente, so gelangt letztere zur Ausrichtung. In solchen Fällen ist für die Waise sowohl eine Waisenrente als auch eine Kinderrente auszurichten.
- 5643 Die Waisenrente berechnet sich dabei nach der Beitragsdauer und den ungeteilten Erwerbseinkommen sowie den anrechenbaren Erziehungs- oder Betreuungsgutschriften des verstorbenen Elternteils.
- 5644 Die Kinderrente dagegen berechnet sich nach der Beitragsdauer des überlebenden Ehegatten und nach dessen ungeteilten bzw. während den Ehezeiten geteilten Erwerbseinkommen sowie den anrechenbaren Erziehungs-, Betreuungs- oder Übergangsgutschriften. Dabei ist zu beachten, dass die Kinderrente solange als ganze Rente ausgerichtet wird, als dass der überlebende Elternteil selbst Anspruch auf eine ganze IV-Rente hat oder hätte. Auf der Kinderrente wird indessen kein Verwitwetenzuschlag ausgerichtet.

5.14.3.4 Waisenrenten, beim Tode beider Eltern

- 5645 Sind die Eltern gestorben, so sind für die Berechnung der beiden Waisenrenten die Beitragsdauer jedes Elternteils und die nach den allgemeinen Grundsätzen ([Art. 29^{quater} ff. AHVG](#)) ermittelten durchschnittlichen Jahreseinkommen der verstorbenen Eltern massgebend ([Art. 33 Abs. 2 AHVG](#)).

- 5646 Die Erwerbseinkommen werden dabei während der Dauer der Ehe zwischen den verstorbenen Eltern nach den allgemeinen Bestimmungen geteilt.

5.14.3.5 Findelkinder

- 5647 Findelkinder erhalten stets eine Waisenrente in der Höhe von 60 Prozent der maximalen Altersrente ([Art. 37 Abs. 3 AHVG](#)).

5.14.4 Ablösung von IV- durch AHV-Renten

5.14.4.1 Im allgemeinen

- 5648 Wird eine IV-Rente durch eine AHV-Rente abgelöst, so ist für die Berechnung der AHV-Rente grundsätzlich auf die für die bisherige IV-Rente massgebende Berechnungsgrundlage, d.h. sowohl auf die Rentenskala als auch auf das massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen der bisherigen Invalidenrente abzustellen, falls dies für die berechnete Person vorteilhafter ist.
- 5649 Belief sich eine Invalidenrente gemäss [Art. 37 Abs. 2 IVG](#) wegen Frühinvalidität auf mindestens 133 1/3 Prozent des Mindestansatzes, so gilt dies auch für die Alters- oder Hinterlassenenrente, die anhand der für die Invalidenrente massgebenden Berechnungsgrundlagen festgesetzt wird.
- 5650 Belief sich eine ausserordentliche Invalidenrente gemäss [Art. 40 Abs. 3 IVG](#) wegen Geburts- oder Kindheitsinvalidität auf 133 1/3 Prozent des Mindestansatzes der ordentlichen Rente, so gilt das auch für die sie ablösende Alters- oder Hinterlassenenrente, falls die Beitragsdauer vollständig ist ([Art. 33^{bis} Abs. 3 AHVG](#)).

5.14.4.2 Ablösungsfälle

- 5651 Eine Ablösung der IV-Rente durch eine AHV-Rente im Sinne von [Art. 33^{bis} AHVG](#) liegt dann vor, wenn eine Alters-

rente infolge Erreichens des Rentenalters oder eine Hinterlassenenrente infolge Ablebens der invaliden Person an die Stelle einer IV-Rente tritt. Bei Hinterlassenenrenten trifft dies allerdings nur zu, wenn noch keine Einkommensteu-
 lung im Sinne von [Art. 29^{quinquies} Abs. 3 Bst. a AHVG](#) vorge-
 nommen wurde.

- 5652 Keine Ablösung im Sinne von [Art. 33^{bis} AHVG](#) liegt dage-
 gen vor, wenn die IV-Rente nicht unmittelbar vor der Ent-
 stehung des Anspruchs auf eine AHV-Rente beansprucht
 werden konnte.
- 5653 Ist somit die IV-Rente lediglich während einer weiter zu-
 rückliegenden, begrenzten Zeit bezogen worden, so kön-
 nen die für die seinerzeitige IV-Rente massgebenden Be-
 rechnungsgrundlagen nicht berücksichtigt werden. Vorbe-
 halten bleibt das Wiederaufleben der Invalidität ([Art. 32^{bis}
 IVV](#)).
- 5654 Nicht als Ablösungsfall und daher von der Besitzstands-
 garantie ausgenommen gelten jene Fälle, bei denen die
 Einkommen für die Altersrente erstmals im Sinne von
[Art. 29^{quinquies} Abs. 3 AHVG](#) geteilt werden müssen und die
 Altersrente daher tiefer ausfällt als die vorher ausgerichtete
 IV-Rente.

5.14.4.3 Massgebende Berechnungsgrundlage

5.14.4.3.1 Regel

- 5655 In den Ablösungsfällen ist in der Regel auf die für die bis-
 herige IV-Rente massgebende Berechnungsgrundlage ab-
 zustellen. Demzufolge ist in solchen Fällen die gleiche
 Rentenskala wie für die IV-Rente anzuwenden. Ferner ist
 das für die IV-Rente massgebende durchschnittliche Jah-
 reseinkommen einschliesslich Karrierezuschlag der AHV-
 Rente zugrunde zu legen. Verwitwete Personen erhalten
 zudem auf dem ermittelten Rentenbetrag einen Verwitwe-
 tenzuschlag (nur Hauptrente). Kein Verwitwetenzuschlag

wird dagegen auf den Witwen- oder Witwerrente ausgerichtet, welche anstelle der IV-Rente gewährt werden.

5.14.4.3.2 Vergleichsrechnung

- 5656 Wird eine Vergleichsrechnung angestellt, so ist die zum Vergleich heranzuziehende AHV-Rente nach den allgemein gültigen Regeln zu bestimmen.
- 5657 Die AHV-Rente wird gemäss den im Zeitpunkt der Entstehung des Rentenanspruchs geltenden Berechnungsgrundlagen ermittelt. Ein Karrierezuschlag zum massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommen wird bei dieser Berechnung nicht gewährt, auch wenn ein solcher bei der Berechnung der bisherigen Invalidenrente zu berücksichtigen war. Bei verwitweten Personen ist hingegen der Verwitwenzuschlag zu berücksichtigen.

5.14.5 Ermittlung des Rentenbetrages in Sonderfällen

5.14.5.1 Kürzung der Kinder- und Waisenrenten wegen Überversicherung

5.14.5.1.1 Im allgemeinen

- 5658
1/08 Kinderrenten sind zu kürzen, soweit sie zusammen mit der Rente des Vaters oder derjenigen der Mutter 90 Prozent des für diese Rente jeweils massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommens übersteigen. Sie dürfen nicht unter den in [Art. 54^{bis} Abs. 2 AHVV](#) festgelegten Grenzbeitrag gekürzt werden.
- 5659 Für die Kürzung von Waisenrenten gelten die Bestimmungen über die Kinderrenten sinngemäss. Zu beachten ist allerdings, dass eine Kürzung bei Waisenrenten auch in Betracht fallen kann, wenn nur an die Kinder Waisenrenten ausgerichtet werden.
- 5660 Die Überversicherung ist auch dann zu prüfen, wenn bei einer Rentnerfamilie eine Kinderrente wegfällt oder hinzu-

tritt, oder eine Mutation mit Veränderung der Berechnungsgrundlage eintritt.

5660. 1
1/08 Massgebend für die Kürzung der Kinder- und Waisenrenten wegen Überversicherung sind bei Mutationen jeweils die gesetzlichen Bestimmungen im Zeitpunkt des Eintritts des Versicherungsfalls (Invalidität, Alter, Tod). Ab dem Inkrafttreten der 5. IV-Revision per 1. Januar 2008 werden die Kinder- und Waisenrenten demnach wie folgt gekürzt:
- a) Altrenten, die nach den bis 31.12.1996 geltenden Bestimmungen berechnet worden sind (Eintritt des Versicherungsfalls vor 1997). Diese sind in den Rententabellen enthalten.
 - b) Altrenten, die nach den Bestimmungen der 10. AHV-Revision bis zum Inkrafttreten der 5. IV-Revision berechnet worden sind (Eintritt des Versicherungsfalls zwischen 1.1.1997 und 31.12.2007).
 - c) Neurenten (IV und AHV), die nach den Bestimmungen ab dem Inkrafttreten der 5. IV-Revision berechnet werden (Eintritt des Versicherungsfalls ab 1.1.2008).
- 5661 Zu einer Rentnerfamilie zählen alle rentenberechtigten Angehörigen, für welche eine Zusatz- oder Kinderrente beansprucht werden kann (also Vater und Kinder; Mutter und Kinder; Mutter, Vater und Kinder; Vater, Mutter und Kinder etc.).
- 5662 Wird sowohl für den verheirateten, als auch für den geschiedenen Ehegatten eine Zusatzrente gewährt, ist diese in die gleiche Überversicherungsberechnung einzubeziehen, d.h. es wird nur eine Rentnerfamilie gebildet.
- 5663 Unterschiedliche Rentnerfamilien sind dagegen zu bilden, wenn Hinterlassenenrenten für Hinterbliebene aus verschiedenen Ehen im gleichen Todesfall beansprucht werden. In diesen Fällen ist eine gesonderte Überversicherungsprüfung vorzunehmen. Zur Rentnerfamilie zählen dabei jeweils nur die Hinterlassenenrenten der entsprechenden Familie (z.B. 1. Familie: Witwe und Waisen aus erster Ehe; 2. Familie: Witwe und Waisen aus zweiter Ehe oder nur Waisen aus zweiter Ehe).

- 5664 Für Fälle, in denen der verwitwete Elternteil sowohl die Anspruchsvoraussetzungen für eine Witwen- oder Witwerrente als auch für eine Alters- oder IV-Rente erfüllt, ist für die Prüfung der Überversicherung wie folgt vorzugehen.
- 5665 – Hat beispielsweise der überlebende Elternteil Anspruch auf die höhere Alters- oder IV-Rente, so ist in einem ersten Schritt die Prüfung der Überversicherung auf dieser Einzelrente und der zur Ausrichtung gelangenden Anzahl Kinderrenten vorzunehmen.
- 5666 – In einem zweiten Schritt ist sodann die Prüfung der Überversicherung auf der hypothetischen Witwen- oder Witwerrente und der zur Ausrichtung gelangenden Anzahl Waisenrenten vorzunehmen.
- 5667 Für die Prüfung der Überversicherung und die Ermittlung des gekürzten Rentenbetrages sind stets sämtliche Kinder- und Zusatzrenten zu berücksichtigen, die zur entsprechenden (allenfalls hypothetischen) Einzelrente ausgerichtet werden.
- 5668 Hat beispielsweise eine altersrentenberechtigte Person
1/08 Anspruch auf eine Zusatzrente für den Ehegatten, auf drei Kinderrenten für die Kinder aus der bestehenden Ehe sowie auf zwei Kinderrenten aus einer früheren Ehe, so sind sämtliche Kinderrenten in die gleiche Überversicherungsberechnung einzubeziehen.
- 5669 Eine Prüfung der Überversicherung bei den Kinderrenten kann indessen erst vorgenommen werden, nachdem diese einer Plafonierungsprüfung im Sinne von [Art. 35^{ter} AHVG](#) unterzogen wurden.
- 5670 In Frühinvaliditätsfällen dürfen die Kinderrenten (sowie auch die sie ablösenden Waisenrenten) nicht unter die Mindestbeträge gemäss [Art. 37 Abs. 2 IVG](#) gekürzt werden.

5.14.5.1.2 Ermittlung des gekürzten Rentenbetrages

- 5671 1/08 Für die Ermittlung der gekürzten Kinderrenten ist wie folgt vorzugehen. In einem ersten Schritt ist die Kürzungsgrenze zu bestimmen, welche die jährliche Gesamrente der Rentnerfamilie nicht übersteigen darf. Als Kürzungsgrenze gilt dabei 90 Prozent des jeweils massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommens oder der gemäss [Art. 54^{bis} Abs. 2 AHVV](#) festgelegte Grenzbetrag. Zur Anwendung gelangt der höhere der beiden Beträge.
- 5672 1/04 Werden lediglich Dreiviertels-, halbe oder Viertelsrenten ausgerichtet, so ist die Kürzungsgrenze mit dem entsprechenden Bruchteil zu vervielfachen.
- 5673 Handelt es sich um Teilrenten, so ist die ermittelte Kürzungsgrenze mit dem entsprechenden Teilrentenfaktor zu multiplizieren.
- 5674 In einem zweiten Schritt werden die einzelnen (plafonierten) Jahresrentenbeträge der Rentnerfamilie zusammengezählt und der ermittelten Kürzungsgrenze gegenübergestellt. Die Rentensumme, welche die Kürzungsgrenze übersteigt, ergibt den jährlichen Kürzungsbetrag.
- 5675 Der Kürzungsbetrag ist bei jeder einzelnen Kinderrente im Verhältnis ihres Anteils an der Summe der Kinderrenten in Abzug zu bringen. Dabei gilt folgende Formel:

$$\frac{\text{Jährlicher Kürzungsbetrag} \times \text{ungekürzte (plafonierte) Kinderrente}}{\text{Jährliche Summe sämtlicher ungekürzter (plafonierten) Kinderrenten}}$$

5.14.5.2 Erhöhter Mindestbetrag der ordentlichen Renten von Frühinvaliden

- 5676 Frühinvaliden, deren Invalidität zwar nach Erfüllung der Mindestbeitragsdauer für ordentliche Renten, jedoch vor Vollendung des 25. Altersjahres eingetreten ist, und die eine

vollständige Beitragsdauer aufweisen, haben Anspruch auf mindestens 133 1/3 Prozent des Mindestansatzes der Vollrente.

5677 Als massgebender Beginn der Invalidität gilt der von der IV-Stelle in der Beschlussesmitteilung gemeldete Beginn des Rentenanspruches (auch in Fällen, in denen es wegen verspäteter Anmeldung zu einer teilweisen Verwirkung des Rentenanspruches kommt und die Rentenzahlung deshalb später beginnt).

5678 Beläuft sich bei vollständiger Beitragsdauer die zunächst
1/08 nach den allgemeinen Regeln berechnete Rente nicht auf mindestens 133 1/3 Prozent des Mindestbetrages der Vollrente, so werden die erhöhten Mindestansätze gewährt. Diese Begünstigung erstreckt sich nicht nur auf die Hauptrente, sondern auch auf die Kinderrenten.

1/08 **5.14.5.3 Kürzung der Invalidenrente oder der Hilflosenentschädigung der IV**

5679 Falls die versicherte Person den Pflichten und zumutbaren
1/08 Massnahmen nach [Art. 7 IVG](#) und [43 Abs. 2 ATSG](#) nicht nachgekommen ist, so wird die Invalidenrente bzw. die Hilflosenentschädigung der IV gekürzt ([Art. 86^{bis} IVV](#)). Die IV-Stelle bestimmt das Ausmass der Kürzung. Der verbleibende Monatsbetrag wird auf- oder abgerundet ([Art. 53 Abs. 2 AHVV](#)).

5.15 Die Berechnung von mutierten Renten

5.15.1 Grundsatz

5701 Der Betrag einer mutierten Rente mit Änderung der Berechnungsgrundlagen wird stets anhand der im Zeitpunkt der erstmaligen Rentenberechnung geltenden Berechnungsvorschriften und Rententabellen bestimmt ([Art. 31 AHVG](#)). Je nach Art der Mutation ist der Betrag der Rente nach unterschiedlichen Regeln zu ermitteln.

- 5702 Bei einem Zivilstandswechsel zweier rentenberechtigter Personen tritt in der Regel keine Änderung in den Berechnungsgrundlagen ein. Dies trifft namentlich zu bei der
- 5703 – Heirat oder Wiederheirat von rentenberechtigten Personen;
- 5704 – Scheidung von rentenberechtigten Ehegatten;
- 5705 – Verwitmung, wenn vorher beide Ehegatten rentenberechtigt waren.
- 5706 Sind bei einem Zivilstandswechsel (Scheidung oder Tod)
1/08 nicht beide Ehegatten rentenberechtigt, so ist in der Regel eine Neuberechnung der Rente vorzunehmen (vgl. Rz 5717 ff.).

5.15.2 Verheiratete Personen bei Eintritt des 2. Versicherungsfalls

- 5707 Wird der andere Ehegatte ebenfalls rentenberechtigt, so muss die Rente des erstrentenberechtigten Ehegatten in der Regel neu berechnet werden. Die Neuberechnung dieser Rente wird auf den Zeitpunkt des ersten Versicherungsfalls vorgenommen. Dabei sind für den erstrentenberechtigten Ehegatten die selben Vergleichsrechnungen – nunmehr unter Einbezug der geteilten Einkommen – vorzunehmen, die für die Festsetzung der bisherigen Rente massgebend waren.
- 5708 Die für die erstmalige Rentenfestsetzung ermittelte Rentenskala bleibt auch für die neue Rente massgebend. Die Erwerbseinkommen werden indessen für Zeiten der gemeinsamen Ehe bis zum 31. Dezember vor Eintritt des Versicherungsfalls beim erstrentenberechtigten Ehegatten geteilt. Das durchschnittliche Jahreseinkommen wird nun anhand der im Zeitpunkt des ersten Versicherungsfalls massgebenden Regeln und Tabellen neu ermittelt. Schliesslich wird dieses nach den Bestimmungen über die seitherigen AHV- und IV-Revisionen und Rentenanpas-

sungen auf den Zeitpunkt der Mutation nachgeführt (sog. „Rentenaufbau“).

- 5709 Für die beiden neu ermittelten Renten ist der Plafond nach den allgemeinen Regeln zu prüfen ([Art. 35 AHVG](#)).
- 5710 Eine Neuberechnung für den erstrentenberechtigten Ehegatten ist indessen bei Eintritt des Versicherungsfalls beim anderen Ehegatten nicht vorzunehmen, wenn für die Ehezeiten keine Erwerbseinkommen zu teilen sind.

5.15.2.1 Der erstrentenberechtigte Ehegatte war vor dem Anspruch auf die Altersrente invalid

- 5711 War der erstrentenberechtigte Ehegatte vor dem Anspruch auf seine Altersrente in rentenbegründendem Ausmass invalid, so ist für diesen nebst der Neuberechnung auf den Zeitpunkt des Eintritts des Rentenalters noch eine Neuberechnung der Invalidenrente vorzunehmen. Ausgerichtet wird die Rente, welche für das Ehepaar im Gesamtbetrag (inkl. Rente des anderen Ehegatten und allfälligen Kinderrenten) günstiger ist.
- 5712 Sind die Renten eines Ehepaares auf 150 Prozent des Höchstbetrages der maximalen Altersrente zu plafonieren, so ist hingegen vom individuell günstigeren Betrag eines jeden Ehegatten auszugehen.
- 5713 Für ungetrennte Ehepaare sind die beiden *plafonierten* Totale der beiden Altersrenten miteinander zu vergleichen.
- 5714 Für richterlich getrennte Ehepaare sind die beiden *unplafonierten* Totale der beiden Altersrenten miteinander zu vergleichen.
- 5715 Die einmal gewählte Berechnungsgrundlage bleibt auch bei späteren Mutationen unverändert bestehen (ZAK 1982 S. 253 und 1986 S. 226).

5.15.3 Infolge Wiederverheiratung

- 5716 Bei der Heirat zweier rentenberechtigter Personen behält jeder der Ehegatten die bisherigen Berechnungsgrundlagen seiner Rente bei. Wurde auf der bzw. den bisherigen Renten der Ehegatten ein Verwitwetenzuschlag ausgerichtet, so entfällt dieser ab dem der Heirat folgenden Monat. Ab diesem Zeitpunkt ist nach den allgemeinen Regeln für die beiden Renten der Plafond zu prüfen ([Art. 35 AHVG](#)).

5.15.4 Infolge Scheidung

- 5717 Wird die Ehe zweier rentenberechtigter Personen geschieden und sind keine Übergangsgutschriften anzurechnen (Rz 5626), so sind lediglich die bereits ermittelten Beträge der beiden Renten zu entplafonieren. War dagegen nur einer der Ehegatten rentenberechtigt, ist für diesen in der Regel eine Neuberechnung vorzunehmen. Die Rente wird indessen nicht neu berechnet, wenn der Rentenanspruch vor der Ehe entstanden ist und somit keine Erwerbseinkommen aus Ehezeiten für die Festsetzung der Rente berücksichtigt worden sind und ausserdem keine Übergangsgutschriften anzurechnen sind.
- 5718 Muss die Rente aufgrund der Scheidung neu berechnet werden, so veranlasst die rentenzahlende Ausgleichskasse umgehend einen Auszug aus den IK des/der früheren Ehegatten. Bis zum Abschluss des Splitting-Verfahrens zahlt sie die Rente provisorisch auf der Grundlage der gesplitteten Einkommen während der Ehe(n) aus. Diese provisorische Berechnung kann auf der Grundlage des IK-Auszuges und den Angaben im Rentendossier vorgenommen werden. Nach Abschluss des Splitting-Verfahrens ist die Rente gemäss Rz 5719 f. neu festzusetzen.
- 5719 Bei der Neuberechnung bleibt die bisherige Rentenskala auch für die neue Rente massgebend. Die Erwerbseinkommen werden für Zeiten der gemeinsamen Ehe bis zum 31. Dezember vor Eintritt des Versicherungsfalls zwischen

den Ehegatten geteilt. Das durchschnittliche Jahreseinkommen wird nun anhand der im Zeitpunkt der erstmaligen Rentenberechnung massgebenden Regeln und Tabellen neu ermittelt. Anschliessend wird dieses nach den Bestimmungen über die seitherigen AHV- und IV-Revisionen und Rentenanpassungen auf den Zeitpunkt der Mutation nachgeführt (sog. „Rentenaufbau“).

- 5720 Hinsichtlich der Einkommensteilung für Zeiten nach der Entstehung des Anspruchs auf eine Rente gilt ausschliesslich das Kreisschreiben Splitting bei Scheidung.

5.15.5 Infolge Tod des einen Ehegatten

- 5721 Beim Tode des nichtrentenberechtigten Ehegatten wird in der Regel für den rentenberechtigten Ehegatten eine Neuberechnung vorgenommen. Die Neuberechnung dieser Rente wird auf den Zeitpunkt des ersten Versicherungsfalls vorgenommen. Dabei sind für den überlebenden Ehegatten die selben Vergleichsrechnungen – nunmehr unter Einbezug der geteilten Einkommen – vorzunehmen, die für die Festsetzung der bisherigen Rente massgebend waren. Massgebend ist diejenige Berechnung, welche die höhere monatliche Rente ergibt. Keine Neuberechnung ist indes vorzunehmen, wenn der Rentenanspruch vor der Ehe entstanden ist und somit keine Erwerbseinkommen aus Ehezeiten für die Festsetzung der Rente berücksichtigt worden sind und ausserdem keine Übergangsgutschriften anzurechnen sind.
- 5722 Bei der Neuberechnung bleibt die bisherige Rentenskala in der Regel auch für die neue Rente des überlebenden Ehegatten massgebend. Die Erwerbseinkommen werden für Zeiten der gemeinsamen Ehe bis zum 31. Dezember vor Eintritt des Versicherungsfalls beim überlebenden Ehegatten geteilt. Das durchschnittliche Jahreseinkommen wird nun anhand der im Zeitpunkt der erstmaligen Rentenberechnung massgebenden Regeln und Tabellen neu ermittelt. Schliesslich wird dieses nach den Bestimmungen über die seitherigen AHV- und IV-Revisionen und Rentenanpas-

sungen auf den Zeitpunkt der Mutation nachgeführt (sog. „Rentenaufbau“). Auf dem solchermassen neu ermittelten Rentenbetrag ist anschliessend der Verwitwetenzuschlag zu gewähren. Rente und Verwitwetenzuschlag dürfen dabei zusammen den Betrag der entsprechenden Maximalrente nicht übersteigen.

- 5723 Waren beim Tode des einen Ehegatten beide Ehegatten rentenberechtigt und sind keine Übergangsgutschriften anzurechnen (Rz 5607 ff.), so ist die Einzelrente des überlebenden Ehegatten lediglich zu entplafonieren. Auf dem solchermassen ermittelten Rentenbetrag ist nun der Verwitwetenzuschlag bis höchstens zum Betrag der Maximalrente zu gewähren.
- 5724 Sind die Voraussetzungen für eine Witwen- oder Witwerrente erfüllt, so ist zudem eine Hinterlassenenrente gemäss Rz 5637 zu berechnen. Diese Berechnung muss in der Regel nicht gemacht werden, wenn der Betrag der Alters- oder IV-Rente des überlebenden Ehegatten (inklusive Verwitwetenzuschlag) über dem Maximalbetrag der Witwen- oder Witwerrente bei Vollrenten liegt. Die Berechnung muss hingegen gemacht werden, wenn noch Waisenrenten zur Ausrichtung gelangen.
- 5725 War der verstorbene Ehegatte altersrentenberechtigt und muss eine Hinterlassenenrente berechnet werden, so ist diese auf den Zeitpunkt des Eintritts des Versicherungsfalls des Alters (bzw. der Invalidität, falls die Altersrente auf den Berechnungsgrundlagen der IV-Rente festgesetzt wurde) und nicht auf jenen des Todes festzusetzen. Anschliessend werden die Berechnungsgrundlagen nach den Bestimmungen über die seitherigen AHV- und IV-Revisionen und Rentenanpassungen auf den Zeitpunkt des Todes nachgeführt (sog. Rentenaufbau).

5.15.6 Infolge Wegfalls der rentenbegründenden Invalidität beim einen Ehegatten

5726 Beim Wegfall der rentenbegründenden Invalidität beim einen Ehegatten ist für den weiterhin rentenberechtigten Ehegatten eine Neuberechnung unter fiktiver Rückgängigmachung der Einkommensteilung vorzunehmen. Die Rentenberechnungsgrundlagen werden somit aufgrund der ungeteilten Einkommen nach den Regeln und Tabellen festgesetzt, die bei Eintritt des Versicherungsfalls des weiterhin rentenberechtigten Ehegatten massgebend waren. Anschliessend werden sie nach den Bestimmungen über die seitherigen AHV- und IV-Revisionen und Rentenanpassungen auf den Zeitpunkt der Mutation nachgeführt (sog. „Rentenaufbau“).

1/08 5.15.7 Besitzstandregelung bei laufenden altrechtlichen Invalidenrenten mit einjähriger Mindestbeitragsdauer

1/08 5.15.7.1 Bei Mutationen

5727 Ist der Versicherungsfall vor dem 1. Januar 2008 eingetreten, gilt für sämtliche Mutationen (Eintritt des zweiten Versicherungsfalls, Heirat, Ehescheidung, Trennung und Verwitwung) das bisherige Recht (einjährige Mindestbeitragsdauer, Karrierezuschlag, Kürzung der Kinder- und Waisenrenten wegen Überversicherung). Bei altrechtlichen Renten gilt somit eine Besitzstandsgarantie.

1/08 5.15.7.2 Beim Wiederaufleben der Invalidität

5728 Wird oder wurde eine Invalidenrente mit Eintritt der Invalidität vor dem 1. Januar 2008 nach Verminderung des Invaliditätsgrades aufgehoben, erreicht dieser jedoch in den folgenden drei Jahren wegen einer auf dasselbe Leiden zurückzuführenden Arbeitsunfähigkeit erneut ein rentenbegründendes Ausmass, so gilt für die Berechnung der Invalidenrente in jedem Fall weiterhin altes Recht (einjährige

Mindestbeitragsdauer, Karrierezuschlag, Kürzung der Kinder- und Waisenrenten wegen Überversicherung).

1/08 **5.15.7.3 Bei der Änderung des Invaliditätsgrades**

5729 Ändert die Rentenhöhe infolge einer Herauf- oder Herab-
1/08 setzung des Invaliditätsgrades (ganze, Dreiviertels-, halbe
oder Viertelsrente) nach dem Inkrafttreten der 5. IV-Revi-
sion, so gelten weiterhin die bisherigen Berechnungs-
grundlagen gemäss altem Recht (einjährige Mindestbei-
tragsdauer, Karrierezuschlag, Kürzung der Kinder- und
Waisenrenten wegen Überversicherung). Dies gilt auch für
altrechtliche Invalidenrenten, welche unter Anrechnung von
ausländischen Beitragszeiten festgesetzt worden sind.

6. Das flexible Rentenalter

6.1 Der Vorbezug der Altersrente

6.1.1 Begriff und Wirkung des Rentenvorbezuges

- 6001 Beim Rentenvorbezug kann die ordentliche Altersrente ein oder zwei Jahre vor Erfüllung des Rentenalters vorbezogen werden. Der Rentenvorbezug bewirkt einen vorzeitigen Eintritt des Versicherungsfalles „Alter“. Wer die Altersrente vorbezieht, muss eine Kürzung der Altersrente in Kauf nehmen.
- 6002 aufgehoben
1/05
- 6003 Während der Dauer des Rentenvorbezuges werden keine Kinderrenten ausgerichtet ([Art. 40 Abs. 1 AHVG](#)).
- 6004 Der Rentenvorbezug ändert nichts an der allgemeinen Beitragspflicht. Diese dauert für Männer bis zur Vollendung des 65. Altersjahres, bei Frauen bis zur Vollendung des 64. Altersjahres. Zu beachten ist dabei, dass trotz dem Bestehen der Beitragspflicht die Einkommen nicht mehr rentenbildend sind ([Art. 29^{bis} Abs. 1 AHVG](#)).
- 6005 Der Vorbezug der Altersrente ist auch dann möglich, wenn die leistungsberechtigte Person bis zum Zeitpunkt der Geltendmachung des Vorbezugs eine IV-Rente bezogen hat.

6.1.2 Geltendmachung des Rentenvorbezuges

6.1.2.1 Anmeldung und Zuständigkeit

- 6101 Der Vorbezug ist von der rentenberechtigten Person mit Formular 318.370 „Anmeldung für eine Altersrente“ geltend zu machen, und zwar durch Bejahung der unter Ziffer 4.6 gestellten Frage nach dem Rentenvorbezug. Wird eine Anmeldung nicht formgerecht (z.B. in Briefform) oder bei einer unzuständigen Stelle eingereicht, so ist für die Einhaltung der Fristen und für die an die Anmeldung geknüpft-

ten Rechtswirkungen trotzdem der Zeitpunkt massgebend, in dem sie der Post übergeben oder bei der unzuständigen Stelle eingereicht wird ([Art. 29 Abs. 3 ATSG](#)).

- 6102 Zuständig für die Entgegennahme der Anmeldung ist die Ausgleichskasse, die für die Festsetzung und die Auszahlung der Rente bei Beginn des Vorbezugs zuständig ist.

6.1.2.2 Frist

- 6103 Der Rentenvorbezug muss zum voraus geltend gemacht werden. Eine rückwirkende Geltendmachung des Vorbezuges ist – auch bei Rechtsunkenntnis – ausgeschlossen ([Art. 67 Abs. 1^{bis} AHVV](#)).
- 6104 Meldet sich somit eine Person erst nach Ende des Monats an, in welchem sie das 62. (für Frauen), bzw. des 63. oder 64. (für Männer) Altersjahres vollendet hat, so kann die Rente erst nach Vollendung des folgenden Altersjahres beansprucht werden.

6.1.3 Entstehung des Rentenanspruchs

- 6105 Beim Rentenvorbezug entsteht der Rentenanspruch gemäss [Artikel 40 AHVG](#)
- für Männer am ersten Tag des Monats nach Vollendung des 64. oder des 63. Altersjahres und
 - für Frauen am ersten Tag des Monats nach Vollendung des 62. oder des 63. (ab dem Jahr 2005) Altersjahres.

6.1.4 Berechnung der vorbezogenen Rente

6.1.4.1 Grundsatz

- 6201 In einem ersten Schritt wird die Rente auf den Zeitpunkt der Entstehung des Rentenanspruchs nach den allgemeinen Regeln berechnet.

- 6202 Anschliessend wird in einem zweiten Schritt die Höhe des Kürzungsbetrages bestimmt und von der nach den allgemeinen Regeln ermittelten Rente in Abzug gebracht.
- 6203 Für den Kürzungsbetrag gelten vor und nach Erreichen des gesetzlichen Rentenalters ([Art. 21 AHVG](#) und [Buchstabe d der Übergangsbestimmungen der 10. AHV-Revision](#)) unterschiedliche Festsetzungskriterien.

6.1.4.2 Ermittlung des Kürzungsbetrages vor Erreichen des Rentenalters

- 6204 Bis zum Erreichen des Rentenalters entspricht der Kürzungsbetrag pro Vorbezugsjahr 6,8 Prozent (bzw. 3,4 Prozent für Frauen der Jahrgänge bis 1947) der vorbezogenen Rente. Die vorbezogene Rente wird demnach um
- 3,4 Prozent (ein Jahr Vorbezug für Frauen) bzw.
 - 6,8 Prozent (2 Jahre Vorbezug für Frauen oder ein Jahr Vorbezug bei Männern) oder
 - 13,6 Prozent (2 Jahre Vorbezug bei Männern) gekürzt ([Art. 56 Abs. 1 AHVV](#), [Bst. c Abs. 3 der Übergangsbestimmungen zur AHVV](#)).
- 6205 Besteht Anspruch auf eine Zusatzrente für den Ehegatten, 1/09 so gilt der gleiche Kürzungssatz wie für die Altersrente.

6.1.4.3 Ermittlung des Kürzungsbetrages nach Vollendung des Rentenalters

- 6206 Nach Vollendung des Rentenalters wird der Kürzungsbetrag ermittelt, indem die Summe der ungekürzten vorbezogenen Rentenbeträge durch die Anzahl Monate dividiert wird (12 oder 24 Monate). Dieser Betrag wird mit dem zutreffenden Prozentsatz (3,4, 6,8 oder 13,6 Prozent) multipliziert ([Art. 56 Abs. 3 AHVV](#)).

6207 Es gilt somit folgende Formel:

$$\frac{\text{Summe der ungekürzten* x Vorbezugs- vorbezogenen Renten}}{\text{Vorbezugsdauer (= Anzahl Monate)}} \times \text{Vorbezugs- prozentsatz}$$

*allenfalls plafonierten Renten

6208 Dieser nach Vollendung des Rentenalters ermittelte Kürzungsbetrag bleibt anschliessend *unverändert*, ausser bei der Ablösung der vorbezogenen Altersrente durch Hinterlassenenrenten (vgl. Rz 6214–6215). Bei allgemeinen Rentenerhöhungen wird der Kürzungsbetrag der Lohn- und Preisentwicklung angepasst (vgl. Rz 6219).

6209 Die gleiche Formel gilt auch bei der Bestimmung für den Kürzungssatz, wenn die leistungsberechtigte Person während der Vorbezugsdauer stirbt.

6210 Bestand während dem Vorbezug Anspruch auf eine Zusatzrente für den Ehegatten, so werden die vorbezogenen Zusatzrenten der Summe der vorbezogenen Renten hinzugerechnet.
1/09

6211 Gelangen neben der Hauptrente auch Kinder- und Zusatzrenten zur Ausrichtung, so wird der Kürzungsbetrag anteilmässig auf alle Renten aufgeteilt. Massgebend für die Aufteilung ist der prozentuale Anteil an der Altersrente (Altersrente 100 Prozent, Altersrente einer verwitweten Person 120 Prozent, Zusatzrente 30 Prozent, Kinderrente 40 Prozent). Die Summe aller Kürzungen darf den gesamten Kürzungsbetrag nicht übersteigen. Bei Änderungen in der Anspruchsberechtigung ist der Kürzungsbetrag für die einzelnen Renten anzupassen.

6.1.4.4 Weitere Bestimmungen

6212 Bei Ehepaaren wird der Kürzungsbetrag für jeden Ehegatten gesondert berechnet. Sind die Renten plafoniert worden, so wird der Kürzungsbetrag von der bereits plafonierten Rente abgezogen (vgl. Rz 5518).

- 6213 1/09 Verwitwet eine Person, welche eine vorbezogene Altersrente bezieht, so wird der bisherige Kürzungsbetrag von der um den Verwitwetenzuschlag erhöhten Rente in Abzug gebracht (vgl. Rz 5623).
- 6214 Wird eine vorbezogene Altersrente durch Hinterlassenenrenten abgelöst, so sind diese wie die vorbezogene Altersrente zu kürzen ([Art. 57 AHVV](#)). Massgebend bleibt der für die vorbezogene Altersrente festgesetzte Kürzungsbetrag. Dabei gilt:
- 6215 – der effektive Kürzungsbetrag der Witwen-, Witwer- oder Waisenrenten entspricht ihrem prozentualen Anteil an der Altersrente (80 Prozent für Witwen- und Witwerrenten und 40 Prozent für Waisenrenten);
- 6216 – die Summe aller Kürzungen darf den Kürzungsbetrag der vorbezogenen Altersrente nicht übersteigen. Bei Änderungen in der Anspruchsberechtigung, wie zum Beispiel der Wegfall einer Waisenrente, ist der Kürzungsbetrag für die weiter gewährten Hinterlassenenrenten daher neu festzusetzen.
- 6217 Sind Kinder- oder Waisenrenten wegen Überversicherung zu kürzen ([Art. 41 AHVG](#) und [Art. 38^{bis} IVG](#)), so ist von der ungekürzten Rente auszugehen. Die Vorbezugskürzung wird hierauf von der gekürzten Rente abgezogen.
- 6218 Ist eine Rente aufgrund von [Artikel 21 ATSG](#) zu kürzen, so ist vorweg die Vorbezugskürzung in Abzug zu bringen.

6.1.5 Anpassung der Renten an die Lohn- und Preisentwicklung

- 6219 Bei allgemeinen Rentenerhöhungen ([Art. 33^{ter} AHVG](#)) wird die gekürzte Rente und der Kürzungsbetrag der Lohn- und Preisentwicklung angepasst ([Art. 56 Abs. 4 AHVV](#)).

6.2 Der Aufschub der Altersrente

6.2.1 Begriff und Wirkung des Rentenaufschubs

- 6301 Beim Rentenaufschub verzichtet die rentenberechtigte Person während der Dauer des Aufschubes auf den Bezug der ihr zustehenden ordentlichen Altersrente. Die Aufschubsdauer beträgt mindestens ein Jahr und höchstens 5 Jahre. Innerhalb dieser Frist kann die Rente auf einen bestimmten Monat abgerufen werden ([Art. 39 Abs. 1 AHVG](#)).
- 6302 Bei verheirateten Personen steht das Recht zum Rentenaufschub jedem Ehegatten selbst zu. Es ist somit möglich, dass der eine Ehegatte seine Rente aufschiebt und der andere Ehegatte die Rente vorbezieht.
- 6303 Ist der Ehegatte einer Person, welche die Rente aufschiebt, selbst rentenberechtigt, so unterliegt dessen Rente bereits während der Aufschubsdauer der Plafonierung nach [Artikel 35 AHVG](#).
- 6304 Der Rentenaufschub bewirkt, dass die rentenberechtigte Person zur ordentlichen Altersrente einen Zuschlag erhält, der dem versicherungsmässigen Gegenwert der während der Aufschubsdauer nicht bezogenen Leistungen entspricht (ZAK 1973 S. 432).
- 6305 Der frankenmässige Zuschlag ist ein Festbetrag, der einem Prozentsatz des Durchschnitts der aufgeschobenen Rente entspricht ([Art. 55^{ter} Abs. 1 AHVV](#)). Mit zunehmender Aufschubsdauer steigt der Prozentsatz an. Der prozentuale Zuschlag zur aufgeschobenen Rente bemisst sich wie folgt:

Prozentualer Zuschlag nach einer Aufschubsdauer von				
.. Jahren	und .. Monaten			
	0–2	3–5	6–8	9–11
1	5,2	6,6	8,0	9,4
2	10,8	12,3	13,9	15,5
3	17,1	18,8	20,5	22,2
4	24,0	25,8	27,7	29,6
5	31,5			

- 6306 Während der Aufschubsdauer können keine Witwen- oder Witwerrenten ausgerichtet werden.

6.2.2 Geltendmachung des Rentenaufschubes

6.2.2.1 Form

- 6307 Der Aufschub ist von der rentenberechtigten Person mit Formular 318.370 „Anmeldung für eine Altersrente“ geltend zu machen, und zwar durch Bejahung der unter Ziffer 4.7 gestellten Frage nach dem Rentenaufschub. Bleibt die entsprechende Rubrik leer, ist anzunehmen, dass auf den Aufschub verzichtet wird.
- 6308 Der Aufschub kann auch in Briefform geltend gemacht werden.
- 6309 Zuständig für die Entgegennahme des Aufschubgesuchs ist die Ausgleichskasse, die für die Festsetzung und Auszahlung der Rente bei Beginn der Aufschubsdauer zuständig wäre.

6.2.2.2 Frist

- 6310 Der Aufschub ist innerhalb eines Jahres seit Entstehung des Rentenanspruchs geltend zu machen ([Art. 55^{quater} Abs. 1 AHVV](#)). Ist jedoch die Rente bereits durch rechtskräftige Verfügung zugesprochen worden oder wurden Rentenzahlungen unwidersprochen entgegengenommen

(ZAK 1980 S. 225), kann kein Aufschub mehr verlangt werden.

- 6311 Die Frist zur Geltendmachung des Aufschubes ist eine Verwirkungsfrist und kann in keinem Fall – auch nicht bei Rechtsunkenntnis – erstreckt werden. Meldet sich somit eine versicherte Person erst nach einem Jahr seit Entstehung des Rentenanspruchs an, so ist ein Aufschub nicht mehr möglich. In diesem Fall wird die Altersrente nach den allgemein geltenden Regeln festgesetzt und nachbezahlt.

6.2.3 Voraussetzungen des Rentenaufschubes

6.2.3.1 Grundsatz

- 6312 Aufschiebbar sind ordentliche Altersrenten. Der Aufschub erfasst neben der Altersrente auch die dazugehörigen Zusatz- und Kinderrenten.
- 6313 Vom Aufschub ausgeschlossen sind:
- 6314 – die Altersrenten, die eine Invalidenrente unmittelbar ablösen ([Art. 55^{bis} Bst. b AHVV](#)),
- 6315 – die Altersrenten, zu denen eine Hilflosenentschädigung gewährt wird ([Art. 55^{bis} Bst. c AHVV](#)).
- 6316 – die Altersrenten für freiwillig Versicherte, die bis zum Erreichen des Rentenalters Fürsorgeleistungen der freiwilligen AHV/IV für Auslandschweizer bezogen haben ([Art. 55^{bis} Bst. g AHVV](#)).

6.2.3.2 Massnahmen bei Erfüllung der Voraussetzungen

- 6317 Kann dem Aufschubsbegehren stattgegeben werden, so teilt dies die Ausgleichskasse der rentenberechtigten Person und der ZAS anhand des Bestätigungsformulars 318.385 mit und übermittelt der antragstellenden Person gleichzeitig das Formular 318.386 „Abruf der Altersrente“.

6.2.3.3 Vorgehen bei Nichterfüllung der Voraussetzungen

- 6318 1/09 Ergibt die Abklärung, dass die Rentenberechtigung nicht gegeben ist oder dass die Rente, für die der Aufschub verlangt wurde, nicht aufschiebbar ist, so eröffnet die Ausgleichskasse dies der berechtigten Person mit anfechtbarer Verfügung. Dabei sind die Bestimmungen des Kreisschreibens über die Rechtspflege in der AHV, der IV, der EO und bei den EL anwendbar.
- 6319 Sobald die Verfügung über die Ablehnung des Rentenaufschubes in Rechtskraft erwachsen ist, berechnet die Ausgleichskasse die Altersrente nach den allgemeinen Regeln und spricht sie rückwirkend auf den Anspruchsbeginn zu.

6.2.4 Beginn und Beendigung des Rentenaufschubes

6.2.4.1 Beginn des Aufschubes

- 6320 Der Rentenaufschub beginnt am ersten Tag des Monats, welcher der Vollendung des Rentenalters folgt.

6.2.4.2 Beendigung des Aufschubes

- 6321 Der Aufschub wird durch Abruf der Rente oder von Gesetzes wegen beendet. Wird die Rente nach mindestens einjähriger Aufschubsdauer abgerufen oder tritt ein gesetzlicher Beendigungsgrund nach dieser Frist ein, so wird der Zuschlag zur Rente gewährt. Wird der Aufschub vor Ablauf der einjährigen Aufschubsdauer durch Abruf oder einen gesetzlichen Erlöschungsgrund beendet, so treten die Wirkungen der vorzeitigen Beendigung ein.

6.2.4.2.1 Abruf

- 6322 Als Abruf gilt das schriftliche Begehren der rentenberechtigten Person um Auszahlung der aufgeschobenen Rente. Der Abruf ist auch erforderlich, wenn die Rente für die

höchstmögliche gesetzliche Dauer von 5 Jahren aufgeschoben worden ist.

- 6323 Der Abruf kann jederzeit geltend gemacht werden. Die aufgeschobene Rente wird grundsätzlich von dem dem Abruf folgenden Monat an ausbezahlt ([Art. 55^{quater} Abs. 3 AHVV](#)), sofern die berechtigte Person nicht ausdrücklich einen späteren Auszahlungsbeginn verlangt.
- 6324 Anlässlich des Abrufs klärt die Ausgleichskasse ab, ob die bei der Anmeldung ermittelten Grundlagen Änderungen erfahren haben, insbesondere, ob nicht schon früher ein gesetzlicher Beendigungsgrund eingetreten ist.

6.2.4.2.2 Gesetzliche Beendigungsgründe

- 6325 Der Rentenaufschub endet von Gesetzes wegen mit:
- 6326 – dem Tod der rentenberechtigten Person ([Art. 55^{quater} Abs. 4 AHVV](#)),
- 6327 – der Gewährung einer Hilflosenentschädigung an die berechtigte Person ([Art. 55^{bis} Bst. c AHVV](#)),
- 6328 – dem Ablauf der höchstmöglichen gesetzlichen Aufschubsdauer von 5 Jahren, wobei jedoch die Rentenauszahlung von der rentenberechtigten Person durch Abruf geltend zu machen ist ([Art. 39 Abs. 1 AHVG](#), [Art. 55^{quater} Abs. 2 AHVV](#)).
- 6329 Die aufgeschobene Rente wird von dem dem Eintritt des gesetzlichen Beendigungsgrundes folgenden Monats an ausbezahlt.

6.2.4.2.3 Vorzeitige Beendigung

- 6330 Wird vor Ablauf der mindestens einjährigen Aufschubsdauer die Rente abgerufen oder tritt in diesem Zeitraum ein gesetzlicher Beendigungsgrund ein, so wird der Rentenfall behandelt, wie wenn kein Aufschub der Rente erklärt wor-

den wäre. Die Altersrente wird vom Beginn der Rentenberechtigung an ohne Zuschlag nachbezahlt.

6.2.4.3 Aufschubsdauer

- 6331 Die Aufschubsdauer umfasst den Zeitraum vom Beginn des Aufschubes bis zum letzten Tag des Monats, welcher demjenigen vorangeht, in welchem die aufgeschobene Rente ausbezahlt wird.

6.2.5 Berechnung der aufgeschobenen Renten

6.2.5.1 Grundsatz

- 6332 Der Monatsbetrag der aufgeschobenen Rente setzt sich zusammen aus dem Monatsbetrag der zutreffenden unaufgeschobenen Rente (Rentengrundbetrag) und dem Aufschubszuschlag.

6.2.5.2 Rentengrundbetrag

- 6333 Der Rentengrundbetrag entspricht dem zu Beginn der Aufschubsdauer errechneten und laufend den Rentenerhöhungen angepassten Monatsbetrag der ordentlichen Altersrente. Dies gilt auch für die Zusatz- und Kinderrenten.
- 6334 Ändern die Berechnungsgrundlagen (infolge Einkommens- teilung, Verwitwung), so wird der Rentengrundbetrag nach den allgemeinen Berechnungsbestimmungen neu festgesetzt (Rz 5701 ff.) und in der Folge den Rentenerhöhungen angepasst.

6.2.5.3 Zuschlag

6.2.5.3.1 Regel

- 6335 Der Aufschubszuschlag wird ermittelt, indem die Summe der aufgeschobenen Monatsbeträge durch die ent-

sprechende Anzahl Monate dividiert wird. Dieser Betrag wird mit dem zutreffenden Prozentsatz gemäss Rz 6305 multipliziert ([Art. 55^{ter} Abs. 2 AHVV](#)).

6336 Es gilt somit folgende Formel:

$$\frac{\text{Summe der aufgeschobenen Renten} \times \text{Zuschlagsprozentsatz}}{\text{Aufschubsdauer (= Anzahl Monate)}}$$

6337 Erfasst der Aufschub auch Zusatz- oder Kinderrenten, so werden diese Betreffnisse der Summe der aufgeschobenen Renten hinzugerechnet.

6338 Gelangen neben der Hauptrente auch Zusatz- oder Kinderrenten zur Ausrichtung, so wird der Aufschubzuschlag anteilmässig auf alle Renten aufgeteilt. Massgebend für die Aufteilung ist der prozentuale Anteil an der Altersrente (Altersrente 100 Prozent, Altersrente einer verwitweten Person 120 Prozent, Zusatzrente 30 Prozent, Kinderrente 40 Prozent). Die Summe aller Zuschläge darf den Aufschubzuschlag nicht übersteigen ([Art. 55^{ter} Abs. 3 AHVV](#)). Bei Änderungen in der Anspruchsberechtigung ist der Anteil für die einzelnen Renten anzupassen.

6339 Bei Ehepaaren wird der Zuschlag zur aufgeschobenen Altersrente für jeden Ehegatten gesondert berechnet. Dieser Zuschlag fällt nicht unter die Plafonierung.

6340 Der Zuschlag für Waisenrenten beträgt 40 Prozent und für Witwen- und Witwerrenten 80 Prozent des Zuschlags zur Altersrente. Die Summe aller Zuschläge zusammen darf nicht höher sein als der Zuschlag zur Altersrente.

6341 Sind Kinder- und Waisenrenten wegen Überversicherung zu kürzen ([Art. 41 AHVG](#) und [Art. 38^{bis} IVG](#)), so ist vom Rentengrundbetrag auszugehen. Der Zuschlag wird hierauf vollumfänglich zum gekürzten Rentengrundbetrag geschlagen.

- 6342 Ist eine Rente aufgrund von [Artikel 21 Absatz 1 ATSG](#) zu kürzen, so wird die aufgeschobene Rente einschliesslich des Zuschlages gekürzt.

6.2.5.3.2 Mutationen nach Beendigung der Aufschubsdauer

- 6343 Verwitwet eine Person, welche eine aufgeschobene Altersrente bezieht, so wird der bisherige Zuschlag unverändert weiter gewährt.
- 6344
1/09 Wird eine aufgeschobene Altersrente durch Hinterlassenenrenten abgelöst, so wird der nach den allgemeinen Berechnungsbestimmungen ermittelte Rentengrundbetrag lediglich um einen Prozentsatz des Zuschlages erhöht (vgl. Rz 5622). Dieser Prozentsatz beträgt
- bei Witwen- und Witwerrenten 80 Prozent des Zuschlages
 - bei Waisenrenten 40 Prozent des Zuschlages.
- 6345 Die Summe der einzelnen Zuschläge darf in solchen Fällen den Zuschlag zur abgelösten Altersrente nicht übersteigen ([Art. 55^{ter} Abs. 4 AHVV](#)). Bei Änderungen in der Anspruchsberechtigung, wie z.B. der Wegfall einer Waisenrente, ist der Zuschlag für die weiter gewährten Hinterlassenenrenten neu zu bestimmen.

6.2.5.4 Anpassung der Renten an die Lohn- und Preisentwicklung

- 6346 Bei allgemeinen Rentenerhöhungen ([Art. 33^{ter} AHVG](#)) werden sowohl der Rentengrundbetrag als auch der Aufschubzuschlag der Lohn- und Preisentwicklung angepasst ([Art. 55^{ter} Abs. 4 AHVV](#)).

6.2.6 Nachzahlung

- 6347 Für die Nachzahlung der aufgeschobenen Renten und der an ihre Stelle tretenden Hinterlassenenrenten gelten die allgemeinen Bestimmungen über die Nachzahlung.
- 6348 Zu beachten ist indessen, dass die fünfjährige Verjährungsfrist im Falle:
- 6349 – des Abrufs mit dem Monat beginnt, auf den die Rente abgerufen wurde,
 - 6350 – des Eintritts eines gesetzlichen Beendigungsgrundes mit dem Monat beginnt, in dem der Anspruch auf die aufgeschobene Rente entstanden ist; vorbehalten bleiben die besonderen Vorschriften über die Nachzahlung von Invalidenrenten,
 - 6351 – des Ablaufs der fünfjährigen Aufschubsdauer, ohne dass innerhalb dieser Frist ein Abruf erfolgt oder ein gesetzlicher Beendigungsgrund eingetreten ist, mit dem ersten Tag des dem Ablauf der fünfjährigen Aufschubsfrist folgenden Monats beginnt.

7. Die ausserordentlichen Renten

7.1 Voraussetzungen für den Anspruch auf ausserordentliche Renten

7.1.1 Im allgemeinen

- 7001 Ein Anspruch auf eine ausserordentliche Rente besteht, wenn die für den Bezug einer ordentlichen Rente erforderliche Mindestbeitragsdauer nicht erfüllt ist, die leistungsberechtigte Person bzw. die verstorbene Person aber während der gleichen Zahl von Monaten versichert war wie ihr Jahrgang.
- 7002 In der Praxis wird es daher keine ausserordentlichen Altersrenten mehr geben, sondern nur noch ausserordentliche Hinterlassenenrenten (Witwen-, Witwer- oder Waisenrenten oder ausserordentliche IV-Renten mit oder ohne Zusatz- und Kinderrenten).
- 7003 Die Voraussetzung der vollständigen Versicherungsdauer ist erfüllt, wenn eine Person vom 1. Januar nach Vollendung des 20. Altersjahres bis zum Eintritt des Versicherungsfalls lückenlos obligatorisch oder freiwillig versichert war. Nicht erforderlich ist dagegen, dass sich die Person seit Geburt in der Schweiz aufgehalten hat.
- 7004 Zusätzliche Voraussetzungen bestehen betreffend die Staatsangehörigkeit, den Wohnsitz und den Aufenthalt.

7.2 Anspruchsberechtigte Personen

7.2.1 Ausserordentliche Hinterlassenenrenten

- 7005 Der Anspruch auf ausserordentliche Hinterlassenenrenten für in der Schweiz wohnende Witwen, Witwer und Waisen kann nur noch entstehen, wenn der Versicherungsfall bei der verstorbenen Person vor der Vollendung des 21. Altersjahres eingetreten ist.

7.2.2 Ausserordentliche Invalidenrenten

- 7006 Ausserordentliche Invalidenrente erhalten in der Schweiz wohnende Geburts- und Kindheitsinvalide ([Art. 39 Abs. 1 IVG](#)), d.h. Personen, die von Geburt an invalid sind oder vor der Vollendung des 21. Altersjahres in rentenbegründendem Ausmass invalid geworden sind, aber keinen Anspruch auf ordentliche Rente erworben haben.
- 7007 Die Anspruchsvoraussetzungen auf eine ausserordentliche IV-Rente für eine ausländische geburts- oder kindheitsinvalide Person setzen somit nicht voraus, dass sich die invalide Person seit Geburt in der Schweiz aufgehalten hat. Die Anspruchsvoraussetzungen sind erfüllt, wenn die Einreise in die Schweiz vor Vollendung des 20. Altersjahres erfolgte. Die ausserordentliche IV-Rente kann jedoch erst ab dem Zeitpunkt der Erfüllung der erforderlichen Karenzfrist ausgerichtet werden.

1/04 7.2.3 Ausserordentliche Kinderrenten

- 7008 Besteht ein Anspruch auf eine ausserordentliche Invalidenrente, so kann die leistungsberechtigte Person auch die ausserordentlichen Kinderrenten für ihre Angehörigen beanspruchen, sofern sich diese auch in der Schweiz aufhalten.
- 1/04
- 7009 aufgehoben
- 1/08
- 7010 aufgehoben
- 1/04

7.3 Besondere Voraussetzungen

7.3.1 Staatsangehörigkeit

7.3.1.1 Allgemeine Bedeutung für die Rentenberechtigung

7101 Anspruch auf ausserordentliche Hinterlassenen- oder Invalidenrenten haben Schweizer Bürger ([Art. 42 Abs. 1 AHVG](#) und [Art. 39 Abs. 1 IVG](#)) sowie Ausländer, Flüchtlinge und Staatenlose, denen dieses Recht durch staatsvertragliche Vereinbarung oder den Bundesbeschluss über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und Staatenlosen in der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (FLÜB) ausdrücklich eingeräumt worden ist (s. Wegleitung über die Stellung der Ausländer und Staatenlosen).

7.3.1.2 Sonderstellung der invaliden Ausländer mit Anspruch auf Eingliederungsmassnahmen vor Vollendung des 18. Altersjahres

7102 Anspruch auf eine ausserordentliche IV-Rente haben auch invalide Ausländer, die als Kinder die versicherungsmässigen Voraussetzungen für Eingliederungsmassnahmen erfüllt haben und solche Leistungen von der Invalidenversicherung bis zur Vollendung des 18. Altersjahres beanspruchen konnten oder hätten beanspruchen können ([Art. 39 Abs. 3 IVG](#)).

7103 Eine ausserordentliche Invalidenrente kann daher von der geburts- oder kindheitsinvaliden ausländischen Person unmittelbar nach Zurücklegung des 18. Altersjahres beansprucht werden, wenn sie bis zur Zurücklegung dieser Altersgrenze Eingliederungsleistungen bezog oder solche hätte beanspruchen können, weil sie selbst bzw. ihre Eltern die Voraussetzungen gemäss [Art. 9 Abs. 3 IVG](#) erfüllt haben.

7104 Ein Anspruch auf die ausserordentliche Invalidenrente besteht dagegen nicht, wenn unmittelbar vor der Zurückle-

gung des 18. Altersjahres kein Anspruch auf Sachleistungen bestanden hat, sei dies mangels der invaliditäts- oder der versicherungsmässigen Voraussetzungen. Ein Anspruch auf diese besteht vorbehältlich staatsvertraglicher Regelung auch nicht für ausländische Staatsangehörige, die erst nach der Zurücklegung des 18. Altersjahres in rentenbegründendem Ausmass invalid werden. Dies trifft auch zu, wenn sie in früheren Jahren einmal Eingliederungsleistungen der Invalidenversicherung haben beanspruchen können.

7.3.1.3 Massgebende Staatsangehörigkeit

- 7105 Massgebend ist ausschliesslich die Staatszugehörigkeit der rentenberechtigten Person bei Eintritt des Versicherungsfalls. Massgebend ist somit bei
- 7106 – Hinterlassenenrenten die Staatsangehörigkeit der Witwe bzw. Witwers und der Waisen;
- 7107 – Zusatzrenten der AHV und Kinderrenten die Staatsangehörigkeit der hauptrentenberechtigten Person.
1/08

7.3.2 Wohnsitz und Aufenthalt

7.3.2.1 Wohnsitz

- 7108 Grundsätzlich haben nur die in der Schweiz wohnhaften Personen Anspruch auf ausserordentliche Hinterlassenen- und Invalidenrenten. Massgebend ist dabei der zivilrechtliche Wohnsitz gemäss [Art. 23 ff. ZGB](#) ([Art. 13 ATSG](#)).
- 7109 Personen, die sich in der Schweiz aufhalten, deren Schwerpunkt aller Beziehungen jedoch im Ausland liegt, können nicht als in der Schweiz wohnhaft betrachtet werden. Wird der Aufenthalt in der Schweiz einzig wegen der Invalidität gewählt, kann in der Regel nicht angenommen werden, dieser Schwerpunkt liege in der Schweiz (ZAK 1980 S. 129).

- 7110 1/08 Die Voraussetzungen des schweizerischen Wohnsitzes muss von der rentenberechtigten Person persönlich erfüllt werden ([Art. 42 Abs. 2 AHVG](#)). Werden zu einer Invalidenrente Kinderrenten ausgerichtet, müssen auch die Kinder das Wohnsitzerfordernis erfüllen. Bei Hinterlassenenrenten muss die Witwe bzw. der Witwer und jede Waise die Wohnsitzvoraussetzungen persönlich erfüllen.
- 7111 Verlegt eine Person, welche eine ausserordentliche Hinterlassenen- oder Invalidenrente bezieht, den zivilrechtlichen Wohnsitz von der Schweiz ins Ausland, so erlischt der Rentenanspruch mit Ablauf des Monats der Wohnsitzverlegung.

7.3.2.2 Aufenthalt

- 7112 Personen, die eine ausserordentliche Hinterlassenen- oder Invalidenrente beziehen, müssen grundsätzlich nicht nur den zivilrechtlichen Wohnsitz in der Schweiz haben, sondern sich auch tatsächlich hier aufhalten. Bloss kurzfristige Auslandsaufenthalte aus triftigen Gründen, wie etwa zu Besuchs-, Ferien-, Geschäfts-, Kur- oder Ausbildungszwecken unterbrechen die Rentenberechtigung nicht. Erstreckt sich ein solcher Aufenthalt aufgrund bestimmter unvorhergesehener Umstände auf längere Zeit, jedoch höchstens ein Jahr, so kann die Rente während dieser Zeit weiter gewährt werden, sofern die rentenberechtigte Person ausser ihrem Wohnsitz den Schwerpunkt ihrer Beziehungen in der Schweiz behält. Die Jahresfrist darf aber nur so weit voll ausgeschöpft werden, als für diese Maximaldauer wirklich ein triftiger Grund besteht (ZAK 1986 S. 408).
- 7113 Dauert hingegen der Aufenthalt im Ausland, auch wenn er aus einem der genannten Gründe erfolgt und nur für eine vorübergehende Zeit gedacht ist, länger als ein Jahr, so entfällt grundsätzlich der Rentenanspruch.
- 7114 Ausnahmsweise kann aber einer Person, welche eine ausserordentliche Rente bezieht, diese weiterhin ausgerichtet werden, wenn der Auslandsaufenthalt länger als ein Jahr

dauert. Voraussetzung dazu ist allerdings, dass der schweizerische Wohnsitz beibehalten wird und sich der Schwerpunkt aller Beziehungen dieser Person nach wie vor in der Schweiz befindet. Dies trifft namentlich auf Fälle zu in denen

- 7115 – der als kurzfristig beabsichtigte Auslandsaufenthalt wegen zwingender unvorhergesehener Umstände (z.B. wegen Erkrankung oder Unfall usw.) über ein Jahr hinaus verlängert werden muss, oder
- 7116 – zum vornherein zwingende Gründe (z.B. Fürsorgemassnahmen, Ausbildung, Krankheitsbehandlung usw.) einen voraussichtlich überjährigen Auslandsaufenthalt erfordern (ZAK 1986 S. 408).
- 7117 Die Voraussetzung des schweizerischen Aufenthaltes
1/08 muss von jeder leistungsberechtigten Person persönlich erfüllt sein ([Art. 42 Abs. 2 AHVG](#)). Werden zu einer Invalidenrente Kinderrenten beansprucht, so müssen auch die Kinder das Aufenthaltserfordernis persönlich erfüllen. Bei Hinterlassenenrenten muss das Aufenthaltserfordernis von der Witwe bzw. dem Witwer und jeder Waise erfüllt sein.

7.3.2.3 Mindestaufenthaltsdauer

- 7118 Schweizerbürger können die ausserordentlichen Hinterlassenen- oder Invalidenrenten unabhängig von einer bestimmten Aufenthaltsdauer in der Schweiz beanspruchen.
- 7119 Hingegen machen die Staatsverträge oder das gestützt auf solche erlassene innerstaatliche Recht, welche die Gewährung von ausserordentlichen Renten an ausländische Staatsangehörige vorsehen, den Anspruch auf solche Renten von einer je nach Art der Rente unterschiedlichen Mindestaufenthaltsdauer abhängig (s. Wegleitung über die Stellung der Ausländer und Staatenlosen).

7.3.2.4 Sonderregelung für gewisse Schweizer Bürger im Ausland

- 7120 Ehegatten von obligatorisch versicherten Schweizer Bürgern im Ausland, die gemäss zwischenstaatlicher Vereinbarung oder völkerrechtlicher Übung der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung ihrem Wohnsitzstaat nicht angehören, sind den in der Schweiz wohnhaften Ehegatten von Schweizer Bürgern gleichgestellt.
- 7121 Es betrifft dies insbesondere die Ehegatten:
- des schweizerischen diplomatischen und konsularischen Personals;
 - von Arbeitnehmern öffentlicher oder privater schweizerischer Unternehmen, die im Ausland tätig sind;
 - von schweizerischen Grenzgängern, die in der Schweiz erwerbstätig und im Ausland wohnhaft sind.
- 7122 Solche im Ausland sich aufhaltende Ehegatten von Schweizer Bürgern können die ausserordentliche Invalidenrente beanspruchen. Der Anspruch auf die ausserordentliche Invalidenrente besteht indessen nur solange, als der Ehegatte im Ausland obligatorisch versichert bleibt.

7.4 Rentenhöhe

7.4.1 Höhe der ausserordentlichen Hinterlassenenrenten

- 7201 Die Monatsbeträge der ausserordentlichen Hinterlassenenrenten entsprechen dem Mindestbetrag der zutreffenden Vollrente ([Art. 43 Abs. 1 AHVG](#)) und sind in den Rententabellen enthalten.

7.4.2 Höhe der ausserordentlichen Invalidenrenten

- 7202 Die Renten für Geburts- und Kindheitsinvalide betragen 133 1/3 Prozent des Mindestansatzes der zutreffenden ordentlichen Vollrente ([Art. 40 Abs. 3 IVG](#)). Dies gilt auch hinsichtlich der Kinderrenten sowie der Fälle, in denen eine
1/08

IV-Rente durch eine AHV-Rente ersetzt wird. Die Rentenbeträge sind in den Rententabellen enthalten.

7202. Falls eine Person nach dem 1. Dezember des der Voll-
1 endung des 20. Altersjahres folgenden Jahres, aber vor
1/08 der Vollendung ihres 23. Altersjahres, invalid wird und die
Mindestbeitragsdauer von 3 Jahren nicht erfüllt – jedoch
während der gleichen Zahl von Monaten bzw. Jahren und
Monaten versichert war wie ihr Jahrgang – entspricht die
ausserordentliche Invalidenrente lediglich dem Mindestbe-
trag der zutreffenden Vollrente ([Art. 40 Abs. 1 IVG](#)).
- 7203 Wurde eine ausserordentliche Invalidenrente für Geburts-
und Kindheitsinvalide wegen Verminderung des Invalidi-
tätsgrades aufgehoben, und nimmt die auf das selbe Lei-
den zurückzuführende Arbeitsunfähigkeit innert drei Jahren
erneut ein rentenbegründendes Ausmass an ([Art. 29^{bis}
IVV](#)), so ist die frühere, den Rentenerhöhungen ange-
passte ausserordentliche Renten erneut zu gewähren,
wenn dies für die leistungsberechtigte Person günstiger ist
als die Neufestsetzung der ordentlichen Rente nach den
allgemeinen Regeln.

7.5 Kürzung der ausserordentlichen Renten

- 7204 Die in Rz 5679 aufgeführten Bestimmungen über die Kür-
1/09 zung von Invalidenrenten wegen schuldhafter Verursa-
chung der Invalidität sind auch auf ausserordentliche Ren-
ten anwendbar.

1/04 8. Die Hilflosenentschädigung für Volljährige¹

8.1 Hilflosenentschädigung der AHV

8.1.1 Im allgemeinen

- 8001 Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung der AHV haben – unter Vorbehalt von Rz 8004 – in der Schweiz wohnhafte Personen, welche eine Altersrente oder Ergänzungsleistungen beziehen und die
- 8002 – entweder während mindestens einem Jahr ununterbrochen in schwerem oder mittelschwerem Grade hilflos waren und weiterhin mindestens in mittlerem Grade hilflos sind, oder
- 8003 – bis zur Entstehung des Anspruchs auf die Altersrente eine Hilflosenentschädigung der IV bezogen haben (vgl. Kreisschreiben über Invalidität und Hilflosigkeit).
- 8004 Leistungsberechtigte Personen, die bereits eine Hilflosenentschädigung der obligatorischen Unfallversicherung beziehen, haben keinen Anspruch auf eine solche Entschädigung der AHV ([Art. 66 Abs. 3 ATSG](#)). Hingegen kann der Unfallversicherer, der eine Hilflosenentschädigung der obligatorischen Unfallversicherung ausrichtet, die Überweisung des Betrages beantragen. Bezüglich des Verfahrens gilt das Kreisschreiben über die Hilflosenentschädigung der AHV und IV bei unfallbedingter Hilflosigkeit.
- 8005 Leistungsberechtigte Personen, die bereits eine Hilflosenentschädigung der Militärversicherung beziehen, haben keinen Anspruch auf eine solche Entschädigung der AHV ([Art. 66 Abs. 3 ATSG](#)). Macht eine Person, die eine Hilflosenentschädigung der Militärversicherung bezieht, eine Verschlimmerung der Hilflosigkeit geltend, welche nicht mit

¹ Soweit in dieser Wegleitung von Hilflosenentschädigungen der AHV und IV gesprochen wird, handelt es sich gemäss den Bestimmungen der 4. IV-Revision um Hilflosenentschädigungen für Erwachsene bzw. volljährige Personen. Die Verfügung und Auszahlung der Hilflosenentschädigung für Minderjährige (früher Pflegebeiträge) richtet sich nach einem anderen Verfahren.

dem Versicherungsereignis im Militärdienst in Zusammenhang steht, so ist das Dossier dem BSV zu unterbreiten.

8.1.2 Anspruchsvoraussetzungen

8.1.2.1 Wohnsitz und Aufenthalt

- 8006 Es haben nur die in der Schweiz wohnhaften Personen Anspruch auf die Hilflosenentschädigung. Nebst dem Wohnsitz ist auch der tatsächliche Aufenthalt in der Schweiz erforderlich. Bei kurzfristigen Auslandsaufenthalten gelten die Bestimmungen in Rz 7112 und 7114 sinngemäss.

8.1.2.2 Hilflosigkeit

8.1.2.2.1 Beginn des Anspruchs während des Bezuges einer Altersrente oder Ergänzungsleistungen

- 8007 Der Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung der AHV setzt grundsätzlich voraus, dass die leistungsberechtigte Person gemäss Feststellung der IV-Stelle in mindestens mittelschwerem Grade hilflos ist ([Art. 43^{bis} Abs. 1 AHVG](#)). Wird hingegen der Rentenvorbezug geltend gemacht, so kann kein Anspruch mehr auf eine Hilflosenentschädigung leichten Grades der IV entstehen.
- 8008 Die IV-Stelle bestimmt den Hilflosigkeitsgrad nach dem KSIH.
- 8009 Die leistungsberechtigte Person muss ununterbrochen während mindestens einem Jahr wenigstens in mittelschwerem Grade hilflos gewesen sein. Dagegen ist nicht von Belang, wie lange diese Hilflosigkeit noch andauern wird.
- 8010 Der Ablauf der einjährigen Wartefrist bzw. der Leistungsbeginn wird durch die IV-Stelle bestimmt.

8.1.2.2 Ablösung der Hilflosenentschädigung der IV durch eine solche der AHV

- 8011 1/04 Unter der Voraussetzung, dass die Hilflosigkeit weiterbesteht, wird für Personen, die Anspruch auf eine Altersrente oder Ergänzungsleistungen haben, die bisherige Hilflosenentschädigung der IV in eine solche der AHV in gleicher Höhe umgewandelt (Rz 8124 KSIH). Diese Besitzstandsgarantie gilt auch, wenn nach Entstehung des Anspruchs auf die Altersrente oder der Ergänzungsleistungen eine Hilflosenentschädigung der IV im Rahmen der Verjährungsvorschrift von [Art. 48 Abs. 2 IVG](#) nachzuzahlen ist oder wegen Verjährung erst im Alter beginnen kann.

8.1.2.3 Bezug einer Altersrente oder Ergänzungsleistungen

- 8012 Die Hilflosenentschädigung der AHV kann nur bei gleichzeitigem Bezug einer Altersrente oder von Ergänzungsleistungen ausgerichtet werden ([Art. 43^{bis} Abs. 1 AHVG](#)).
- 8013 Die Hilflosenentschädigung kann auch für die Zeit des Rentenvorbezuges gewährt werden. Dagegen kann keine Hilflosenentschädigung ausgerichtet werden, wenn die leistungsberechtigte Person den Aufschub der Altersrente verlangt hat.

8.1.3 Entstehung und Erlöschen des Anspruchs auf die Hilflosenentschädigung der AHV

8.1.3.1 Entstehung des Anspruchs

8.1.3.1.1 Während des Bezugs einer Altersrente oder von Ergänzungsleistungen

- 8014 Der Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung der AHV entsteht mit dem ersten Tag des Monats, in dem eine leistungsberechtigte Person ununterbrochen während mindestens eines Jahres in wenigstens mittelschwerem Grade

hilflos gewesen ist und alle übrigen Leistungsvoraussetzungen erfüllt sind.

- 8015 1/04 Für die Entstehung des Anspruchs auf eine Hilflosenentschädigung wegen Hilflosigkeit mittelschweren oder schweren Grades für altersrenten- oder ergänzungsleistungsberechtigte Personen, die bisher im Sinne einer Besitzstandsgarantie eine Hilflosenentschädigung wegen Hilflosigkeit leichten Grades bezogen haben, sind die für die Änderung des Invaliditätsgrades und das Revisionsverfahren in der IV massgebenden Regeln sinngemäss anwendbar (s. dazu Rz 8126 und 8128 KSIH). Ändert sich der Aufenthaltsort einer Person, die eine Hilflosenentschädigung auf Grund der Besitzstandsgarantie gemäss [Artikel 43^{bis} Absatz 4 AHVG](#) bezieht, s. Rz 8127 KSIH.
- 8016 Der Zeitpunkt des Leistungsbeginns hinsichtlich der Hilflosigkeit wird durch die zuständige IV-Stelle bestimmt.

8.1.3.1.2 Ablösung einer Hilflosenentschädigung der IV durch eine solche der AHV

- 8017 Die von der IV ausgerichtete Hilflosenentschädigung wird gleichzeitig mit der Entstehung des Anspruchs auf eine Altersrente oder auf Ergänzungsleistungen durch eine entsprechende Hilflosenentschädigung der AHV ersetzt.

8.1.3.1.3 Bei Wohnsitznahme in der Schweiz

- 8018 Der Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung der AHV entsteht mit dem ersten Tag des Monats, in welchem der Wohnsitz und der Aufenthalt in die Schweiz verlegt wird, sofern die Voraussetzungen der Hilflosigkeit und des Bezugs einer Altersrente oder von Ergänzungsleistungen erfüllt sind.

8.1.3.1.4 Bei verspäteter Anmeldung

- 8019 Die Bestimmungen im Teil 10, Abschnitt Nachzahlung, finden bei verspäteter Anmeldung sowohl bezüglich Auszahlungsbeginn als auch Nachzahlung sinngemäss Anwendung.

8.1.3.2 Erlöschen des Anspruchs

8.1.3.2.1 Zeitpunkt

- 8020 Ist die leistungsberechtigte Person nicht mehr in mindestens mittelschwerem Grade hilflos, so erlischt grundsätzlich der Anspruch auf die Hilflosenentschädigung. Der Anspruch erlischt aber in solchen Fällen frühestens am ersten Tag des zweiten der Zustellung der Aufhebungsverfügung folgenden Monats.
- 8021 Hat jedoch eine leistungsberechtigte Person vor dem Bezug der Hilflosenentschädigung wegen mindestens mittelschwerer Hilflosigkeit aufgrund der Besitzstandsgarantie im Sinne von ([Art. 43^{bis} Abs. 4 AHVG](#)) eine Hilflosenentschädigung der AHV bezogen und vermindert sich der Grad der Hilflosigkeit, so ist diese entsprechend herabzusetzen oder aufzuheben (vgl. Rz 8129 KSIH). Ist die Hilflosenentschädigung ganz aufzuheben, weil die Hilflosigkeit den für diese Hilflosenentschädigung massgebenden Grad unterschreitet, so erlischt der Anspruch frühestens am ersten Tag des zweiten der Zustellung der Aufhebungsverfügung folgenden Monats.
- 8022 Der Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung der AHV erlischt zudem mit Ablauf des Monats,
- 8023 – in welchem die leistungsberechtigte Person stirbt;
- 8024 – in welchem die Anspruchsvoraussetzungen für die Ergänzungsleistungen nicht mehr erfüllt sind;
- 8025 – in welchem eine leistungsberechtigte Person ihren Wohnsitz oder ihren Aufenthalt ins Ausland verlegt (die

Bestimmungen in Teil 7, Abschnitt Ausserordentliche Renten gelten bezüglich Wohnsitz und Aufenthalt sinngemäss);

- 8026 – der demjenigen vorangeht, von welchem an der Betrag der ausfallenden Hilflosenentschädigung der AHV wegen Bezuges einer Hilflosenentschädigung der obligatorischen Unfallversicherung an den Unfallversicherer zu überweisen ist.

8.1.3.2.2 Zuständigkeit der IV-Stelle

- 8027
1/04 Den Zeitpunkt des Wegfalls der anspruchsberechtigten Hilflosigkeit sowie den Zeitpunkt und das Ausmass der Veränderung im Hilflosigkeitsgrad und den Zeitpunkt der Änderung des Aufenthaltsortes (im Heim oder zu Hause) bei Besitzstandsgarantiefällen bestimmt die IV-Stelle.

8.1.4 Die Bemessung der Hilflosenentschädigung

- 8028 Die Monatsbeträge der Hilflosenentschädigungen der AHV und IV sind in den Rententabellen enthalten.

8.2 Die Hilflosenentschädigung der IV

8.2.1 Zuständigkeit der IV-Stellen

- 8101 Zuständig für die Abklärung sämtlicher Anspruchsvoraussetzungen für die Hilflosenentschädigung der IV sind die IV-Stellen (Kreisschreiben über das Verfahren in der Invalidenversicherung).

8.2.2 Anspruch

- 8102 Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung der IV besteht (sofern keine Hilflosenentschädigung der obligatorischen Unfallversicherung beansprucht werden kann) wenn die

invalide Person in mindestens leichtem Grade hilflos ist und die übrigen Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind.

- 8103 Invalide Personen, die bereits eine Hilflosenentschädigung der obligatorischen Unfallversicherung beziehen, haben keinen Anspruch auf eine solche Entschädigung der IV. Hingegen kann der Unfallversicherer, der eine Hilflosenentschädigung der obligatorischen Unfallversicherung ausrichtet, die Überweisung des Betrages der ausfallenden Hilflosenentschädigung der IV beantragen. Bezüglich des Verfahrens gilt das Kreisschreiben über die Hilflosenentschädigung der AHV und IV bei unfallbedingter Hilflosigkeit.
- 8104 Invalide Personen, die bereits eine Hilflosenentschädigung der Militärversicherung beziehen, haben keinen Anspruch auf eine solche Entschädigung der IV.

8.2.3 Anspruchsvoraussetzungen

8.2.3.1 Grundsatz

- 8105 Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung der IV haben in der Schweiz wohnhafte invalide Personen. Der Anspruch auf Hilflosenentschädigung der IV ist grundsätzlich unabhängig von der Erfüllung einer bestimmten Mindestbeitragsdauer oder einer bestimmten Wohnsitzdauer.
- 8106 Der Anspruch ist nicht vom Invaliditätsgrad einer Person abhängig. Grundsätzlich kann daher der Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung der IV auch einer hilflosen Person zustehen, die weniger als zu 40 Prozent invalid ist und keine Invalidenrente beanspruchen kann.

8.2.3.2 Ausnahme

- 8107
1/04 Für ausländische Staatsangehörige bestehen indessen bezüglich Mindestbeitragsdauer und Mindestaufenthaltsdauer zusätzliche Bedingungen. So können volljährige ausländische invalide Personen nur dann eine Hilflosenentschädi-

gung der IV beanspruchen, wenn sie bis zum Eintritt des Versicherungsfalles der Hilflosigkeit

- 8108 – während mindestens 1 vollen Jahr Beiträge an die Versicherung geleistet haben, oder
- 8109 – sich seit mindestens 10 Jahren ununterbrochen in der Schweiz aufgehalten haben, wobei eine Beitragsleistung nicht erforderlich ist.
- 8110 Diese Sondervorschriften können durch Staatsverträge oder spezielles innerstaatliches Recht für bestimmte oder einzelne Personengruppen (Flüchtlinge, Staatenlose) gemildert oder aufgehoben werden (s. Wegleitung über die Stellung der Ausländer und Staatenlosen).

8.2.3.3 Wohnsitz und Aufenthalt

- 8111 Es haben nur die in der Schweiz wohnhaften Personen Anspruch auf die Hilflosenentschädigung der IV. Nebst dem Wohnsitz ist auch der tatsächliche Aufenthalt in der Schweiz erforderlich. Für kurzfristige Auslandsaufenthalte gelten die Bestimmungen von Rz 7112 und 7114 sinngemäss.

8.2.4 Mindest- und Höchstalter

- 8112 Der Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung der IV entsteht frühestens am ersten Tag des der Vollendung des 18. Altersjahres folgenden Monats.
- 8113 Ein Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung der IV kann nicht mehr entstehen, wenn der Versicherungsfall der Hilflosigkeit nach Ablauf des Monats eintritt, in welchem eine invalide Person das Rentenalter erreicht hat. In solchen Fällen ist allerdings zu prüfen, ob ein Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung der AHV besteht.

8.2.5 Hilflosigkeit und Hilflosigkeitsgrad

8.2.5.1 Hilflosigkeit

- 8114 Der Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung der IV setzt voraus, dass die invalide Person vor Erreichen des Rentenalters gemäss Feststellung der IV-Stelle mindestens in leichtem Grade hilflos ist.

8.2.5.2 Hilflosigkeitsgrad

- 8115 Die Hilflosenentschädigungen der IV sind nach den drei Graden der leichten, mittelschweren und schweren Hilflosigkeit abgestuft. Der Grad der Hilflosigkeit wird von der zuständigen IV-Stelle bestimmt.

8.2.6 Entstehung und Erlöschen des Anspruchs auf Hilflosenentschädigung der IV

8.2.6.1 Entstehung des Anspruchs

- 8116 Der Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung der IV entsteht am ersten Tag des Monats, in dem die invalide Person mindestens in leichtem Grade hilflos geworden ist und alle übrigen Leistungsvoraussetzungen erfüllt sind. Der Anspruchsbeginn wird von der IV-Stelle bestimmt.

8.2.6.2 Bei verspäteter Anmeldung

- 8117 Die Bestimmungen im Teil 10, Abschnitt Nachzahlung, finden bei verspäteter Anmeldung sowohl bezüglich Auszahlungsbeginn als auch bezüglich Nachzahlung sinngemäss Anwendung.

8.2.6.3 Erlöschen des Anspruchs

- 8118 Der Zeitpunkt des Wegfalls der leistungsbegründenden Hilflosigkeit wird durch die IV-Stelle bestimmt.

8.2.7 Bemessung der Hilflosenentschädigung

8119 Die Hilflosenentschädigung für Versicherte, die wegen der
1/04 Beeinträchtigung der Gesundheit zu Hause leben und
dauernd auf lebenspraktische Begleitung angewiesen sind,
beträgt bei hoher lebenspraktischer Begleitung 80 Prozent,
bei mittlerer lebenspraktischer Begleitung 50 Prozent und
bei geringer lebenspraktischer Begleitung 20 Prozent des
Höchstbetrages der Altersrente nach [Artikel 34 Absätze 3
und 5 AHVG](#). Die Hilflosenentschädigung für Versicherte,
die sich in einem Heim aufhalten, beträgt die Hälfte der ge-
nannten prozentualen Ansätze. Die Rententabellen enthal-
ten die monatlichen Beträge der Hilflosenentschädigungen
der IV und AHV.

9. Die Verfügung und die Festsetzungsfrist

9.1 Im allgemeinen

- 9001 Jede AHV- oder IV-Rente sowie jede Hilflosenentschädigung der AHV oder IV wird mit einer Verfügung zugesprochen. Dies gilt auch dann, wenn ein anderer Rentenbetrag, eine andere Rentenart oder ein anderer Betrag der Hilflosenentschädigung gewährt werden kann, eine bereits zugesprochene Rente oder Hilflosenentschädigung berichtigt wird oder eine erloschene Rente, wie z.B. eine Kinderrente, Witwen-, Witwer- oder Waisenrente wieder auflebt.
- 9002 Für den Erlass von Verfügungen über Renten und Hilflosenentschädigungen der IV sind die IV-Stellen zuständig. Die Ausgleichskassen erstellen die Verfügungen und leiten sie an die IV-Stellen zum Erlass weiter. Vorbehalten sind die Fälle, in welchen die IV-Stellen direkt verfügen (vgl. Kreisschreiben über das Verfahren in der IV).
- 9003 Die Anpassung der Rente an die Lohn- und Preisentwicklung wird nur auf schriftliches Verlangen durch eine Verfügung bekanntgegeben ([Art. 51^{quater} AHVV](#)).

9.2 Inhalt der Verfügung

- 9004 Die Verfügung hat folgende obligatorische Angaben zu enthalten:
- 9005 – Offizieller Kopf der schweizerischen AHV/IV
- 9006 – Name und Postadresse der verfügenden Ausgleichskasse bzw. IV-Stelle
- 9007 – Name und Adresse der empfangsberechtigten Person des Originals der Verfügung
- 9008 – Datum der Verfügung

- 9009 – Datum des Anspruchsbeginns und – bei ausschliesslicher Nachzahlung – Datum der Beendigung des Anspruchs
- 9010 – Angaben zur Leistung; es muss ersichtlich sein, ob es
1/08 sich um
 - Leistungen der AHV oder der IV
 - ordentliche oder ausserordentliche Renten oder um eine Hilflosenentschädigung
 - bei IV-Renten um ganze, Dreiviertel, halbe oder Viertels-Rentenhandelt
- 9011 – Angabe der rentenberechtigten Person (Name, Vorname, Versichertennummer), der Rentenart (gesetzliche Bezeichnung)
- 9012 – Hinweis, ob es sich um einen unplafonierten oder plafonierten Rentenbetrag handelt
- 9013 – Angabe, ob es sich um eine vorbezogene oder um eine aufgeschobene Rente handelt (beim Vorbezug Angabe des Kürzungssatzes bzw. beim Aufschub des Aufschubszuschlages)
- 9014 – Hinweis, dass die Auszahlung jeweils in den ersten 20 Tagen des Monats erfolgt (ausgenommen bei ausschliesslichen Nachzahlungen)
- 9015 – Zahladresse (Post- oder Bankkonto, Wohnadresse oder Drittempfänger)
- 9016 – Rechtsmittelbelehrung
- 9017 – Hinweis auf die Meldepflicht
- 9018 – Hinweis auf den Abzug der Quellensteuer sowie auf die Möglichkeit, von der Veranlagungsbehörde eine Verfügung über Bestand und Umfang der Steuerpflicht zu verlangen.

- 9019 Je nach der Sachlage im Einzelfall sind folgende ergänzende Angaben erforderlich:
- 9020 – bei ordentlichen Renten
 - 9021 – genaue Aufstellung über die zurückgelegten Beitragszeiten
 - 9022 – die für die Ermittlung des durchschnittlichen Jahreseinkommens massgebende Beitragsdauer (in Jahren und Monaten)
 - 9023 – das massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen
 - 9024 – Hinweis über die Anzahl berücksichtigter Erziehungs- und Betreuungsjahre
 - 9025 – die anwendbare Rentenskala
 - 9026 – bei Invalidenrenten der von der zuständigen IV-Stelle festgestellte Invaliditätsgrad in Prozenten
 - 9027 – bei Hilflosenentschädigungen der von der zuständigen IV-Stelle festgestellte Grad der Hilflosigkeit (leicht, mittel oder schwer)
 - 9028 – je nach den Gegebenheiten
 - 9029 – Abrechnung über Nachzahlung und Verrechnung
 - 9030 – Begründung von Kürzungen
 - 9031 – Abrechnung über die Quellensteuer
 - 9032 – Hinweise auf die im Einzelfall angewandten Sonderbestimmungen
 - 9033 – Hinweis, falls mit der vorliegenden Verfügung eine frühere Verfügung ersetzt wird
 - 9034 – Angabe der Empfänger von Verfügungskopien

- 9035 – Hinweis, dass der nichterwerbstätige und noch nicht rentenberechtigte Ehegatte nach dem Erreichen des Rentenalters des anderen Ehegatten nun grundsätzlich beitragspflichtig wird, sofern der rentenberechtigte Ehegatte nicht noch ein als Erwerbstätiger den doppelten Mindestbeitrag entrichtet ([Art. 3 Abs. 3 AHVG](#))
- 9036 – Kurze Begründung und Abrechnung über den geschuldeten Verzugszins.

9.3 Form der Verfügung

9.3.1 Im allgemeinen

- 9101 Die Ausgleichskassen erstellen ihre Verfügungen mittels EDV-Ausdruck.
- 9102 Die Verfügung hat eine Rechtsmittelbelehrung zu enthalten.
- 9103 Für die Rechtsmittelbelehrung sind die Bestimmungen des 1/09 Kreisschreibens über die Rechtspflege in der AHV, der IV, der EO und bei den EL, anwendbar.
- 9104 Die Belehrung über die Meldepflicht hat folgenden Text zum Inhalt:
- 9105 „Leistungsberechtigte Personen haben der Ausgleichskasse jede Änderung der Verhältnisse, welche den Wegfall, die Herabsetzung oder die Erhöhung zugesprochener Leistungen zur Folge haben kann, sowie Adressänderungen, unverzüglich zu melden. Dies ist insbesondere erforderlich bei
- 9106 – mehr als drei Monate dauerndem Auslandsaufenthalt oder Verlegung des Wohnsitzes ins Ausland;
- 9107 – Todesfällen sowie Änderungen im Zivilstand (Verheiratung, Scheidung) und in Pflegeverhältnissen, auch wenn bereits eine Meldung an andere Amtsstellen erfolgt ist;

- 9108 – Unterbrechung oder Beendigung der Ausbildung von Kindern, für die nach dem 18. Altersjahr noch Leistungen ausgerichtet werden;
- 9109 – Änderungen in der Erwerbslage, der Arbeitsfähigkeit und im Gesundheitszustand, wenn IV-Renten oder Hilflosenentschädigungen zugesprochen wurden;
- 9110 – erneuter Hausgemeinschaft von richterlich getrennten Ehegatten, deren Renten nicht mehr den Plafonierungsbestimmungen unterlagen.“

9.3.2 Einzelverfügung und gemeinsame Verfügung

- 9111 Jede Rente und jede Hilflosenentschädigung wird grundsätzlich mit einer Einzelverfügung zugesprochen.
- 9112 Entsteht im gleichen Versicherungsfall der Anspruch auf mehrere Renten, so können diese mit einer gemeinsamen Verfügung zugesprochen werden, soweit hinsichtlich Empfangsberechtigung der Verfügung bzw. der Rentenzahlung und den Berechnungsgrundlagen völlige Übereinstimmung herrscht.

9.3.3 Verfügung in Sonderfällen

9.3.3.1 Bei Nachzahlung

- 9113 Ändert der Betrag einer nachzuzahlenden Leistung infolge allgemeiner Rentenanpassungen, so sind die Rentenbeträge für jede Periode gesondert anzugeben.
- 9114 Den Ausgleichskassen ist es freigestellt, die verschiedenen Rentenbeträge mit den Gültigkeitsdaten in der gleichen Verfügung aufzuführen oder für jede Periode eine gesonderte Verfügung zu erlassen.

9.3.3.2 Bei der Sistierung von Invalidenrenten während des Vollzugs einer Freiheitsstrafe oder Massnahme

- 9115 Die Sistierung der Rente ist der leistungsberechtigten Person mit anfechtbarer Verfügung bekanntzugeben. Einer Einsprache ist dabei die aufschiebende Wirkung zu entziehen. Ist die Rente noch nicht zugesprochen worden, so ist sie mit einer Verfügung, in der gleichzeitig die Sistierung festzuhalten ist, zuzusprechen (über das Vorgehen bei erstmaligem Entstehen des Rentenanspruchs während des Vollzugs einer Freiheitsstrafe oder Massnahme siehe Kreisschreiben über Invalidität und Hilflosigkeit). Bei bereits laufenden Renten ist die Sistierung mit einer Verfügung in Briefform bekanntzugeben.
- 9116 Die Aufhebung der Sistierung ist wahlweise mit einer Verfügung oder mit einer Verfügung in Briefform, in welcher die Aufhebung der Sistierung ausdrücklich zu erwähnen ist, bekanntzugeben. Hat sich indessen der Rentenbetrag seit der Sistierung infolge einer allgemeinen Rentenanpassung oder der Einkommensteilung verändert, so darf der hierfür erforderliche Verfügungserlass nicht mehr in Briefform erfolgen.

9.4 Verfügung nach der Revision der IV-Rente bzw. der Hilflosenentschädigung der AHV oder IV

- 9201 Hat die IV-Stelle eine IV-Rente oder Hilflosenentschädigung der AHV oder IV in Revision gezogen, so ist je nach dem Ergebnis der Revision wie folgt vorzugehen:

9.4.1 Bei unverändertem Anspruch

- 9202 Ist nach den Angaben in der Beschlusses-Mitteilung trotz unverändertem Anspruch eine Verfügung zu erlassen, so ist diese in Briefform zu erstellen.
- 9203 Eine Änderung des Invaliditätsgrades ist in jedem Fall auch an das zentrale Rentenregister zu melden und zwar sowohl

hinsichtlich der Hauptrente als auch der Zusatz- und Kinderrenten.

- 9204
1/09 Bei quellensteuerpflichtigen Leistungen ist ausserdem der zuständigen Steuerbehörde die Änderung des IV-Grades mitzuteilen, wenn sich der IV-Grad der leistungsberechtigten Person auf 100 Prozent erhöht (Rz 33 des Kreisschreibens über die Quellensteuer). Ändert sich hingegen der IV-Grad neu auf weniger als 100 Prozent, so ist gemäss Rz 28 des Kreisschreibens über die Quellensteuer vorzugehen und die Quellensteuerpflicht abzuklären.

9.4.2 Beim Erlöschen des Anspruchs

- 9205 Erlischt der Anspruch auf die bisher bezogenen IV-Renten bzw. Hilflosenentschädigung der AHV oder IV vollständig, so ist in einer mit Rechtsmittelbelehrung versehenen Verfügung in Briefform mit ausreichender und allgemein verständlicher Begründung festzuhalten, dass der Anspruch mit Ablauf des zutreffenden Monats erlischt bzw. erloschen ist. Ohne anderslautenden Hinweis in der Mitteilung des Beschlusses der IV-Stelle erfolgt die Einstellung der Zahlungen mit Ablauf des Monats, der demjenigen folgt, in dem die Verfügung zugestellt wird.
- 9206
1/09 Bei quellensteuerpflichtigen Leistungen ist zudem die zuständige Steuerbehörde in geeigneter Weise über den Wegfall des Leistungsanspruchs in Kenntnis zu setzen (Rz 33 des Kreisschreibens über die Quellensteuer).
- 9207 Für den Fall einer rückwirkenden Aufhebung des Leistungsanspruches ([Art. 88^{bis} Abs. 2 Bst. b IVV](#)) kann in der Verfügung auch die Rückerstattung geregelt werden.

9.4.3 Bei Änderung des Anspruchs

- 9208 Ändert das Ausmass des Anspruchs auf eine IV-Rente oder Hilflosenentschädigung der AHV oder IV, so wird die neue Leistung mit einer neuen Verfügung zugesprochen.

- 9209 Wird eine höhere Rente oder Hilflosenentschädigung als bisher zugesprochen (z.B. eine ganze anstelle der bisherigen halben IV-Rente), so erübrigt sich in der Regel eine besondere Begründung.
- 9210
1/04 Wird dagegen die Rente oder Hilflosenentschädigung auf einen geringeren Betrag herabgesetzt (z.B. eine Hilflosenentschädigung für eine Hilflosigkeit leichteren Grades anstelle einer solchen für eine Hilflosigkeit mittleren Grades), oder wird der Betrag der Hilflosenentschädigung infolge Änderung des Aufenthaltsortes (zu Hause oder im Heim) angepasst, so ist die Begründung gemäss der Mitteilung des Beschlusses der IV-Stelle in der Verfügung festzuhalten.
- 9211 Sofern die Mitteilung des Beschlusses der IV-Stelle keinen besonderen Hinweis enthält, entsteht der Anspruch auf die *herabgesetzte* Leistung vom ersten Tag des zweiten der Zustellung der Verfügung folgenden Monats an. Der Anspruch auf die *erhöhte* Leistung entsteht dagegen grundsätzlich am ersten Tag des der Zustellung der Verfügung folgenden Monats.
- 9212 Für den Fall einer rückwirkenden Herabsetzung des Leistungsanspruchs kann in der gleichen Verfügung auch die Rückerstattung geregelt werden.

9.5 Korrektur der Leistungsverfügung

9.5.1 Bei Änderung im Rentenbetrag

- 9213 Stellt sich nach Erlass der Verfügung heraus, dass der leistungsberechtigten Person eine falsche Rentenart (z.B. eine Hinterlassenenrente statt eine ganze Invalidenrente) oder ein falscher Leistungsbetrag zugesprochen wurde oder ist die Einzelrente zu plafonieren bzw. zu entplafonieren, so ist eine neue, berichtigte Verfügung zu erlassen, wobei durch das Anbringen des Vermerks „Ersetzt Verfügung vom ...“ die Verbindung zur früheren Verfügung herzustellen ist.

- 9214 Bei Kinder- und Waisenrenten, deren Beträge sich durch die Anwendung der Kürzungsregeln bei Überversicherung oder der Plafonierung verändern, ist sinngemäss vorzugehen.

9.5.2 Beim Wechsel in der Auszahladresse

- 9215 Wechselt der Auszahladressat, so ist dies den Betroffenen mittels Verfügung mitzuteilen.
- 9216 Dieses trifft insbesondere dann zu, wenn nach Erlass der Verfügung die Voraussetzungen für die Auszahlung an Dritte eintreten oder ein Auftrag zur Drittauszahlung erteilt wird. Ferner, wenn dem Ehegatten ein vom Zivilrichter festgesetzter Teil einer Alters- oder Invalidenrente ausbezahlt ist oder wenn die leistungsberechtigte Person bevormundet oder aus der Vormundschaft entlassen wird.

9.5.3 Übrige Korrekturen

- 9217 Für andere Korrekturen und Änderungen (Änderung des massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommens oder des Invaliditätsgrades ohne Auswirkung auf den Rentenbetrag, Wechsel der IV-Stelle, Namens- und Adressänderungen usw.) ist hingegen keine Verfügung zu erlassen.

9.6 Entzug der aufschiebenden Wirkung

- 9218 In der Revisionsverfügung, mit der eine Rente herabgesetzt oder aufgehoben wird, ist einer Einsprache die aufschiebende Wirkung zu entziehen, indem folgender Vermerk anzubringen ist:
- 9219
1/04 „Einer gegen diese Verfügung gerichteten Einsprache oder Beschwerde wird gestützt auf [Art. 97 AHVG](#) die aufschiebende Wirkung entzogen.“

9.7 Abweisungsverfügung

- 9301 Steht der leistungsberechtigten Person, welche eine Anmeldung eingereicht hat, keine AHV- oder IV-Rente bzw. keine Hilflosenentschädigung der AHV oder IV zu, so ist ihr dies mit einer begründeten Verfügung in Briefform und mit Rechtsmittelbelehrung mitzuteilen.
- 9302 Sind die versicherungsmässigen und persönlichen Voraussetzungen nicht erfüllt, so ist von der IV-Stelle ohne weitere Abklärungen eine abweisende Verfügung zu erlassen.
- 9303 Fehlen die versicherungsmässigen und persönlichen Voraussetzungen hingegen bei einer Leistung der AHV, ist die abweisende Verfügung durch die zuständige Ausgleichskasse zu erlassen.
- 9304 Bei Abweisungen aus wirtschaftlichen Gründen (keine Härtefallrente) kann zur Begründung eine Kopie des Berechnungsblattes verwendet werden.
- 9305 Hat die Ausgleichskasse bzw. die IV-Stelle Kenntnis davon, dass die Person, deren Leistungsgesuch abgelehnt wurde, anderweitige Ansprüche haben könnte (beispielsweise Ergänzungsleistungen) oder in absehbarer Zeit solche entstehen können, so teilt sie ihr dies mit.

9.8 Zustellung der Verfügung

9.8.1 Im allgemeinen

- 9306 Die Person, deren Leistungsanspruch durch die Verfügung bejaht oder verneint wird, bzw. ihr gesetzlicher oder gewillkürter Vertreter, muss ausnahmslos eine Verfügung erhalten, selbst wenn – gemäss [Art. 67 Abs. 1 AHVV](#) oder [Art. 66 IVV](#) – Dritte die Anmeldung eingebracht haben sollten. Die Verfügung ist den Betroffenen sofort nach Erlass zuzustellen.
- 9307 Mit der Verfügung über eine Rente bzw. mit der Abweisungsverfügung ist die leistungsberechtigte Person in ge-

eigneter Weise über die Ergänzungsleistungen zur AHV und IV zu informieren (beispielsweise durch Beilage eines Merkblattes).

- 9308 Mit der Verfügung sind verheiratete Rentenberechtigte in geeigneter Weise darauf aufmerksam zu machen, dass ihr Ehegatte gegebenenfalls neu Beiträge bezahlen muss, sofern er nicht ohnehin bereits erwerbstätig ist und selbst noch keinen Anspruch auf eine Altersrente hat. Zu diesem Zweck kann der Verfügung ein Merkblatt beigelegt werden.

9.8.2 Empfänger der Verfügung

- 9309 Die Verfügung ist sowohl bei der Zusprechung einer Leistung als auch bei deren Abweisung an folgende Personengruppen zuzustellen ([Art. 68 Abs. 3 AHVV](#); [Art. 76 Abs. 1 IVV](#)):
- 9310 Im Original:
- 9311 – der mündigen, nicht durch einen Dritten vertretenen leistungsberechtigten Person persönlich;
- 9312 – dem nicht durch einen Dritten vertretenen gesetzlichen Vertreter der unmündigen oder entmündigten leistungsberechtigten Person;
- 9313 – dem durch die leistungsberechtigte Person bzw. durch deren gesetzlichen Vertreter nachgewiesenermassen bevollmächtigten Vertreter (der leistungsberechtigten Person bzw. dem gesetzlichen Vertreter können Verfügungskopien zugestellt werden);
- 9314 in Kopie:
- 9315 – der leistungsberechtigten Person, sofern sie das Original nicht erhält, der Person oder Behörde, die gemäss [Art. 67 Abs. 1 AHVV](#) bzw. [Art. 66 IVV](#) den Leistungsanspruch geltend gemacht hat oder der die Rente oder Hilflosenentschädigung gemäss [Art. 1 ATSV](#) ausbezahlt wird;

- 9316 – der zuständigen Ausgleichskasse, welche die Rente oder Hilflosenentschädigung festgesetzt hat und ausbezahlt;
- 9317 – der zuständigen IV-Stelle, wenn die Ausgleichskasse gemäss KSVI (Anhang IV KSVI) für den Versand der Verfügung zuständig ist. In diesen Fällen ist der IV-Stelle eine vollständige Verfügung, d.h. inkl. der Beiblätter und Beilagen (aber ohne Merkblätter) zuzustellen;
- 9318 – dem Träger der obligatorischen Unfall- bzw. Krankenversicherung oder der Militärversicherung, sofern dessen Leistungspflicht berührt ist oder wenn das amtliche Meldeverfahren eingeleitet wurde. Die Unfall- und Rentennummer bzw. die MV-Nummer (s. Angaben in der Anmeldung zum Bezug von IV-Leistungen für Erwachsene) ist anzuführen;
- 9319 – bei IV-Renten dem Arzt, der, ohne Durchführungsstelle zu sein, im Auftrag der Versicherung einen Arztbericht oder ein Gutachten erstellt hat, wenn er ausdrücklich die Zustellung der Verfügung verlangt und der Versicherte zugestimmt hat;
- 9320 – bei IV-Renten der zuständigen Einrichtung der beruflichen Vorsorge, soweit die Verfügung deren Leistungspflicht nach [Art. 66 Abs. 2](#) und [70 ATSG](#) berührt. Steht die Zuständigkeit nicht fest, erfolgt die Zustellung an diejenige Einrichtung, bei welcher die versicherte Person zuletzt versichert war oder bei welcher Leistungsansprüche angemeldet sind;
- 9321 – weiteren Stellen nur auf Begehren und nach Massgabe des Kreisschreibens über die Schweigepflicht und die Datenbekanntgabe oder der Übereinkunft gemäss Anhang zum KSVI.
- 9322 – bei IV-Renten der zuständigen kantonalen Steuerbehörde;

- 9323 Eine Kopie der Verfügung ist den Steuerbehörden selbst dann zuzustellen, wenn es sich ausschliesslich um eine Nachzahlung handelt.
- 9324 Sofern auf der Verfügung keine Unterschrift erforderlich ist, sind die Ausgleichskassen für den Versand der Verfügung zuständig. In diesen Fällen ist auch die Ausgleichskasse für die Übermittlung der Verfügungskopie an die kantonalen Steuerbehörden zuständig.
- 9325 Ist hingegen die Unterschrift auf der Verfügung erforderlich, so ist die IV-Stelle für den Versand der Verfügung an die kantonalen Steuerbehörden zuständig. Die für die Erstellung der Verfügung zuständige Ausgleichskasse hat deshalb der IV-Stelle ein zusätzliches Exemplar zu übermitteln.
- 9326 Den Ausgleichskassen bzw. IV-Stellen steht es frei, ob sie den Steuerbehörden die Verfügungskopien laufend oder periodisch übermitteln wollen.
- 9327 Die Verfügungskopien dürfen in keinem Fall Angaben über das Gebrechen (Kreisschreiben über die Gebrechens- und Leistungsstatistik) enthalten.

9.9 Rücksendung der persönlichen Akten

- 9401 Spätestens mit der Verfügung sind der leistungsberechtigten Person die von ihr eingereichten persönlichen Belege (Familienbüchlein, Scheidungsurteil usw.) zurückzugeben.

9.10 Festsetzungsfrist

- 9402 Die Verfügungen über Renten und Hilflosenentschädigungen der AHV und IV sind in der Regel ohne Verzug spätestens nach 60 Tagen nach Eingang der Anmeldung bzw. des Beschlusses der IV-Stelle oder, falls der Anspruch erst später entsteht, bei Anspruchsbeginn zu erlassen.
1/08

- 9403
1/09 Um Verzögerungen in der Auszahlung von Rentenleistungen im Verrechnungsverfahren mit Sozialversicherungsträgern oder bevorschussenden Dritten zu vermeiden, kann vorerst nur die laufende Leistung verfügt und ausbezahlt werden. Über die Verrechnung mit dem Sozialversicherungsträger oder dem bevorschussenden Dritten ist anschliessend eine separate Verfügung zu erstellen (vgl. Rz 10077).
- 9404 Ist eine IV-Rente unter Anrechnung von ausländischen Versicherungszeiten festzusetzen und ist die Meldung über diese Versicherungszeiten noch ausstehend, ist in einem ersten Schritt die Leistung nur aufgrund der schweizerischen Versicherungszeiten festzusetzen und zu verfügen. Nach dem Eintreffen der Meldung über die ausländischen Versicherungszeiten ist sodann die IV-Rente aufgrund der totalisierten Versicherungszeiten neu festzusetzen und zu verfügen.

9.11 Provisorische Zahlungen (Vorschusszahlungen gemäss [Art. 19 Abs. 4 ATSG](#))

9.11.1 Geltungsbereich

- 9501 Lässt sich die AHV-Rente nicht fristgerecht festsetzen, so hat die Ausgleichskasse, falls der Anspruch an sich ausser Zweifel steht, nach Möglichkeit innert 30 Tagen, spätestens aber innert 60 Tagen nach der Einreichung der Anmeldung und aller erforderlichen Unterlagen oder nach Anspruchsbeginn die leistungsberechtigte Person über die Verzögerungsgründe zu benachrichtigen. Gleichzeitig ist sie darauf hinzuweisen, dass sie bis zum Erlass der Rentenverfügung provisorische Zahlungen verlangen kann.
- 9502 Die gleiche Regelung gilt für IV-Renten, wobei die Frist von 30 bzw. 60 Tagen vom Eingang des Beschlusses der IV-Stelle an zu laufen beginnt.
- 9503
1/04 Für Hilflosenentschädigungen können keine provisorischen Zahlungen gewährt werden.

9.11.2 Höhe der provisorischen Zahlungen

9.11.2.1 Im allgemeinen

- 9504 Steht fest, dass die Beitragsdauer einer leistungsberechtigten Person vollständig ist, so haben die provisorischen Rentenauszahlungen in der Regel im Betrage der gesetzlichen Mindestrente (Vollrente) zu erfolgen. Der Ausgleichskasse steht es indessen frei, den Betrag der provisorischen Zahlungen nach den ihr bekannten Erwerbseinkommen zu bemessen. Besteht Grund zur Annahme, dass die Beitragsdauer unvollständig ist, so dürfen die provisorischen Zahlungen den voraussichtlichen Betrag der ordentlichen Teilrente nicht übersteigen.
- 9505 Unterliegt die IV-Leistung des Versicherten der Quellensteuer, so ist diese auch auf den provisorischen Zahlungen zu erheben. Die leistungsberechtigte Person ist darüber in geeigneter Weise zu informieren.

9.11.2.2 Bei Mutationen

- 9506 1/08 Ist die bisherige Rente neu festzusetzen, so hat die Ausgleichskasse dafür zu sorgen, dass in den monatlichen Rentenzahlungen kein Unterbruch eintritt (z.B. erstmalige Einkommensteilung bei Ehegatten, Altersrente beim Tod eines Ehegatten; Ablösung einer IV- durch eine AHV-Rente). Kann die Neuberechnung nicht rechtzeitig erfolgen, so ist ohne besonderes Begehren der rentenberechtigten Person eine provisorische Rentenzahlung in der Höhe des bisherigen bzw. eines im Verhältnis zur neuen Rente abgestuften Betrages zu leisten.

9.11.3 Vorgehen

- 9507 Provisorische Zahlungen (Vorschusszahlungen gemäss [Art. 19 Abs. 4 ATSG](#)) sind der rentenberechtigten Person ohne Verfügungscharakter in Briefform mitzuteilen. Dabei kann die Mitteilung folgenden Inhalt haben:

- 9508 „Sie haben sich am ... für eine ... angemeldet. Diese bemisst sich einerseits nach der Beitragsdauer und andererseits nach den Erwerbseinkommen und Erziehungs- und Betreuungsgutschriften. Da wir leider noch nicht im Besitz aller erforderlichen Angaben sind, richten wir Ihnen vorerst provisorische Rentenzahlungen aus. Bis zur definitiven Berechnung erhalten Sie im Monat Fr. ..., ausbezahlt. Nach erfolgter Rentenfestsetzung stellen wir Ihnen eine Rentenverfügung zu. Erst gegen diese kann eine Einsprache erhoben werden. Sollte die endgültige Rente höher sein als die provisorischen Zahlungen, wird Ihnen die Differenz nachbezahlt. Im umgekehrten Fall wird sie mit den laufenden Renten verrechnet.“
- 9509 Kann eine IV-Rente nicht fristgerecht ausbezahlt werden, so meldet dies die Ausgleichskasse der IV-Stelle, welche für die Mitteilung an die leistungsberechtigte Person zuständig ist.

10. Die Auszahlung, Nachzahlung, Rückerstattung und Verrechnung

10.1 Auszahlungsbestimmungen

10.1.1 Auszahlungsberechtigte Stelle

10.1.1.1 Grundsatz

- 10001 Die Renten und Hilflosenentschädigungen der AHV und IV werden durch die zuständige Ausgleichskasse ausbezahlt.

10.1.1.2 Ausnahme

- 10002 Richtet ein Arbeitgeber die Rente bzw. die Hilflosenentschädigung aus (siehe Bst. c Abs. 3 der Übergangsbestimmungen zur 10. AHV-Revision), so hat ihm die Ausgleichskasse den Leistungsberechtigten oder einen Drittempfänger, den Rentenbetrag und den Betrag der Hilflosenentschädigung mitzuteilen. Eine Kopie der Rentenverfügung darf dazu aber nicht verwendet werden.
- 10003 Die Ausgleichskasse hat in den Fällen der delegierten Rentenauszahlung laufend eine Kontrolle über die Auszahlungen der Arbeitgeber zu führen.

10.1.2 Auszahlung der Renten und Hilflosenentschädigung an die leistungsberechtigte Person

- 10004 Die Renten und Hilflosenentschädigungen werden grundsätzlich an die rentenberechtigten Personen ausbezahlt und zwar auf deren Post- oder Bankkonto. Auf Verlangen der leistungsberechtigten Person können die Leistungen auch bar ausbezahlt werden.

10.1.2.1 Ausrichtung der Waisen- oder Kinderrenten

- 10005 Die *Waisenrente* wird dem gesetzlichen Vertreter des Kindes (überlebender Elternteil, Vormund) ausbezahlt. Volljährige Waisen in Ausbildung können die Auszahlung der Waisenrente an sich selbst verlangen, sofern die Voraussetzung der zweckgemässen Verwendung erfüllt wird. Sorgt der überlebende Elternteil nicht für die Kinder, so gelten die Vorschriften über die Auszahlung bei unzuständlicher Verwendung ([Art. 20 ATSG](#)).
- 10006 Die *Kinderrenten* sind grundsätzlich zusammen mit der Hauptrente auszusahlen. Sorgt die leistungsberechtigte Person nicht für die Kinder, so gelten die Vorschriften über die Auszahlung bei unzuständlicher Verwendung ([Art. 20 ATSG](#)). Die Kinderrenten können in einem solchen Fall auch direkt an volljährige Kinder, für die sie bestimmt sind, ausbezahlt werden, sofern die Voraussetzung der zweckgemässen Verwendung erfüllt ist.
- 10007 Sind die Eltern des Kindes nicht oder nicht mehr miteinander verheiratet oder leben sie getrennt, so sind die Kinderrenten vorbehaltlich abweichender zivilrichterlicher Anordnungen auf Verlangen dem nicht rentenberechtigten Elternteil auszusahlen, wenn
- 10008 – dieser die elterliche Sorge besitzt, und
- 10009 – die Kinder nicht beim rentenberechtigten Elternteil wohnen.
- 10010 Geht aus den Rentenakten hervor, dass die Eltern getrennt leben, so hat die Ausgleichskasse den nichtrentenberechtigten Elternteil auf die Möglichkeit der direkten Auszahlung der Kinderrenten hinzuweisen.
- 10011 Wird vom nicht rentenberechtigten Elternteil die direkte Auszahlung der Kinderrenten verlangt und besteht ein gemeinsames Sorgerecht, so ist das Dossier dem BSV zu unterbreiten.

- 10012 Nachzahlungen von Kinderrenten können grundsätzlich unter den gleichen Voraussetzungen an den nicht rentenberechtigten Elternteil erfolgen und zwar auch für Zeiten vor dem 1. Januar 2000.
- 10013 Ist der rentenberechtigte Elternteil seiner Unterhaltspflicht nachgekommen, so kann er die Nachzahlung der Kinderrente im Umfang der tatsächlich erbrachten Leistungen beanspruchen. Belege über die erbrachten Leistungen können schriftlich einverlangt werden.
- 10014 Wurden die Unterhaltsleistungen von Dritten erbracht (z.B. Alimenterbevorschussung), sind diese zur Rückforderung berechtigt. Randziffer 10063 ff. findet dabei sinngemäss Anwendung.
1/05
- 10015 Übersteigt die Nachzahlung der Kinderrenten die Leistungen des unterhaltspflichtigen Elternteils oder der bevorschussenden Stelle, so kann dem Antrag des nichtrentenberechtigten Elternteils in der Höhe des Überschusses entsprochen werden.
- 1/08 **10.1.2.2 Ausrichtung der Zusatzrente in der AHV**
- 10016 Die *Zusatzrente für den Ehegatten* zur Altersrente wird grundsätzlich gemeinsam mit der Hauptrente ausbezahlt. Kommt der rentenberechtigte Ehegatte seiner Unterhaltspflicht gegenüber der Familie nicht nach oder leben die Ehegatten getrennt, so kann der nicht rentenberechtigte Ehegatte die Auszahlung der Zusatzrente an sich verlangen. Sind die Ehegatten hingegen geschieden, so wird die Zusatzrente von Amtes wegen dem nicht rentenberechtigten Ehegatten ausbezahlt. Abweichende zivilrichterliche Anordnungen bleiben vorbehalten ([Art. 22^{bis} AHVG](#)).
- 10017 Geht aus den Rentenakten hervor, dass die Ehegatten getrennt leben, so hat die Ausgleichskasse den nichtrentenberechtigten Ehegatten auf die Möglichkeit der direkten Auszahlung der Zusatzrente der AHV hinzuweisen ([AHI 2001 S. 232](#)).
- 1/08

- 10018 Als getrennt lebend gelten Ehegatten, wenn
- 10019 – der gemeinsame Haushalt der Ehegatten durch den Richter aufgehoben wurde;
- 10020 – die Ehe durch richterliche Verfügung ([Art. 176 ff. ZGB](#)) oder richterliches Urteil ([Art. 117 ff. ZGB](#)) vorübergehend oder auf unbestimmte Zeit getrennt ist;
- 10021 – eine Scheidungs- oder Trennungsklage anhängig ist ([Art. 111](#) und [117 ff. ZGB](#));
- 10022 – eine tatsächliche Trennung mindestens 1 Jahr ohne Unterbruch gedauert hat;
- 10023 – glaubhaft gemacht wird, dass eine tatsächliche Trennung längere Zeit dauern wird.

10.1.3 Auszahlung der Rente und Hilflosenentschädigung an Dritte

10.1.3.1 Auf Antrag der leistungsberechtigten Person

- 10024 Bei Vorliegen besonderer Umstände können die Renten und Hilflosenentschädigungen an einen von der leistungsberechtigten Person bezeichneten Dritten ausbezahlt werden, sofern
- 10025 – die Überweisung auf ein persönliches Post- oder Bankkonto nicht angezeigt ist,
- 10026 – nicht bereits die Voraussetzungen für die Auszahlung an einen Dritten erfüllt sind, weil die leistungsberechtigte Person entweder bevormundet bzw. verbeiständet ist oder die Renten nicht zweckgemäss verwendet werden, und
- 10027 – keine Gefahr einer Umgehung des Abtretungsverbot ([Art. 22 ATSG](#)) besteht.

- 10028 Als besondere Umstände gelten beispielsweise die behinderungsbedingte Unmöglichkeit, die Rente bar entgegenzunehmen, oder Hilfsbedürftigkeit bei der Erledigung der finanziellen Angelegenheiten.
- 10029
1/07 Es ist von Vorteil, das Gesuch um Drittauszahlung mit dem Formular 318.182 geltend zu machen, da dieses mit dem Unterschriftenblock der leistungsberechtigten Person als auch der des Empfängers versehen ist.

10.1.3.2 Auf Antrag eines Dritten zur zweckgemässen Rentenverwendung

- 10030
1/08 Verwendet die rentenberechtigte Person die ihr ausgerichteten Leistungen (Rente, Zusatzrente der AHV, Kinderrente oder Hilflosenentschädigung) nicht für den eigenen Lebensunterhalt oder für den Unterhalt der Personen, für die sie zu sorgen hat, und fallen sie deswegen ganz oder teilweise der Fürsorge zur Last, so können die Leistungen einer geeigneten Drittperson oder Behörde ausgerichtet werden ([Art. 20 ATSG](#), [Art. 1 ATSV](#)). Dies trifft auch dann zu, wenn die rentenberechtigte Person nachweisbar nicht in der Lage sein sollte, die ihr ausgerichteten Leistungen für den eigenen Lebensunterhalt oder der Personen, für die sie zu sorgen hat, zu verwenden.
- 10031 Unzulässig ist dagegen in der Regel die direkte Auszahlung der Hilflosenentschädigung einer hospitalisierten, leistungsberechtigten Person an das Spital (ZAK 1973 S. 178).
- 10032
1/08 Die Tatsache allein, dass jemand von einer Fürsorgebehörde unterstützt wird, rechtfertigt noch nicht die Auszahlung an diese Behörde. Keine Gewähr für zweckgemässe Verwendung der Zusatzrenten der AHV und Kinderrenten liegt auch vor, wenn die leistungsberechtigte Person diese ihr zustehenden Leistungen nicht für den Unterhalt der Familie verwendet und diese deshalb in Not geraten. In solchen Fällen kann die Zusatzrente der AHV oder die Kin-

derrente direkt an den nicht rentenberechtigten Ehegatten bzw. den Vertreter der Kinder ausbezahlt werden.

- 10033 Die Auszahlung an Dritte zur Sicherstellung zweckgemässer Rentenverwendung kann grundsätzlich nur für noch nicht ausbezahlte Renten und Hilflosenentschädigungen verlangt und verfügt werden (ZAK 1978 S. 554). Hat die Ausgleichskasse Renten oder Hilflosenentschädigungen bereits der leistungsberechtigten Person ausgerichtet, so kann die Auszahlung dieser Leistungen an eine Drittperson oder Behörde nicht mehr nachträglich verlangt werden.
- 10034 Drittauszahlung der Rente oder Hilflosenentschädigung an einen Drittempfänger gemäss [Art. 20 ATSG](#) darf nur angeordnet werden, wenn die Voraussetzungen hierfür gegeben sind. Ein entsprechender Antrag von Angehörigen oder Behörden muss einlässlich begründet sein. Die Ausgleichskasse hat dabei die angegebenen Verhältnisse sorgfältig zu prüfen. Art und Ergebnis der Prüfung muss aus den Akten hervorgehen.
- 10035 Der Drittempfänger muss die Rente oder Hilflosenentschädigung ausschliesslich für den laufenden Unterhalt der leistungsberechtigten Person selbst sowie der Personen, für die diese zu sorgen hat, verwenden. Die Verrechnung der Rente oder Hilflosenentschädigung mit Leistungen, die sie vor der Entstehung des Leistungsanspruchs für die leistungsberechtigte Person oder dessen Angehörige erbracht hat, ist unzulässig. Auf Verlangen der Ausgleichskasse hat er über die nähere Verwendung Bericht zu erstatten ([Art. 1 Abs. 2 ATSV](#)).
- 10036 Es ist von Vorteil, das Gesuch um Drittauszahlung mit dem Formular 318.182 geltend zu machen, da dieses mit dem Unterschriftenblock der leistungsberechtigten Person als auch der des Empfängers versehen ist.
- 1/07
- 10037 Zur Orientierung über die Möglichkeiten der Drittauszahlung und über das dabei zu befolgende Verfahren steht ein Merkblatt der AHV-Informationsstelle zur Verfügung. Dieses enthält auch Angaben über das Taschengeld.

10.1.4 Auszahlung auf vormundschaftliche Anordnung

10038 Die Vormundschaftsbehörde kann schon vor einer bevorstehenden Bevormundung im Rahmen vorsorglicher Massnahmen besondere Anordnungen über die Auszahlung der Rente treffen. Diese sind für die Ausgleichskasse verbindlich.

10.1.4.1 Auszahlung an den Vormund, Beistand oder Beirat

10039 Ist die rentenberechtigte Person bevormundet, so ist die Rente oder die Hilflosenentschädigung dem Vormund auszurichten, soweit dieser nicht die Auszahlung an einen von ihm bezeichneten Dritten, eine Behörde oder das Mündel selbst verlangt ([Art. 1 ATSV](#)). Der Vormund ist in solcher Anordnung frei. Für Schaden haften er, die vormundschaftlichen Behörden oder der Kanton nach [Art. 426 ff. ZGB](#).

10040 Dagegen haben in der Regel der Beistand ([Art. 392 ff. ZGB](#)) und der Beirat ([Art. 395 ZGB](#)) keine Befugnis zur Einkommensverwaltung. Beistand und Beirat dürfen somit die Renten nur ausbezahlt werden, wenn die Voraussetzungen von [Art. 1 ATSV](#) erfüllt sind, oder wenn ihr Verfügungsrecht über die Rente durch einen rechtskräftigen Titel ausgewiesen oder die Auszahlung der Rente an den Beistand bzw. Beirat von der zuständigen Vormundschaftsbehörde angeordnet wird.

10041 In Abweichung zur Beistandschaft gemäss [Art. 392 ff. ZGB](#) muss beim Vorliegen einer Beistandschaft auf eigenes Begehren ([Art. 394 ZGB](#)) der Tatbestand von [Art. 1 ATSV](#) nicht erfüllt sein. Liegt somit ein Beschluss der Vormundschaftsbehörde über die Ernennung eines Beistandes auf eigenes Begehren vor, so ist die Auszahlung an den von der Vormundschaftsbehörde bestimmten Beistand zu überweisen.

- 10042 1/07 Wird durch die Behörde die Drittauszahlung der Rente oder Hilflosenentschädigung verlangt, so ist es von Vorteil, das dazu vorhandene Formular 318.182 zu verwenden, da dieses mit dem Unterschriftenblock der leistungsberechtigten Person als auch der des Empfängers versehen ist.

10.1.4.2 Taschengeld

- 10043 Erfolgt die Auszahlung der Rente an einen Vormund, Beirat, Beistand oder eine Fürsorgestelle, so soll in der Regel der rentenberechtigten Person ein Teil der Rente als Taschengeld, d.h. eine bestimmte Quote der Rente zukommen und zu ihrer freien Verfügung stehen. Die Höhe des Taschengeldes entspricht einem Viertel des Mindestbetrages der Altersrente und wird in einem Merkblatt bekanntgegeben. Das Taschengeld soll diesen Mindestbetrag pro Person nicht unterschreiten, gleichgültig, ob sie alleinstehend oder verheiratet ist.
- 10044 Die Auszahlung des Taschengeldes obliegt dem Drittempfänger der Rente. Dieser kann von einer Ausrichtung des Taschengeldes absehen oder dieses kürzen, wenn dessen zweckgemässe Verwendung durch den Rentenberechtigten in Frage gestellt wäre.
- 10045 Die Erledigung von Beschwerden wegen des Taschengeldes fällt nicht in die Zuständigkeit der Ausgleichskassen.
- 10046 Beschwerden sind zu richten
- 10047 – von Rentenberechtigten mit Vormund, Beirat oder Beistand an die zuständige Vormundschaftsbehörde;
- 10048 – von Rentenberechtigten, deren Rente einer Fürsorgestelle ausbezahlt wird, an die zuständige Fürsorgebehörde der Gemeinde oder an die zuständige kantonale Aufsichtsinstanz.
- 10049 Die Ausgleichskassen haben für die Weiterleitung an die zuständige Stelle besorgt zu sein, wenn solche Beschwer-

den bei ihnen eingehen, und dem Rentenberechtigten davon Kenntnis zu geben.

- 10050 Anders verhält es sich, wenn die rentenberechtigte Person oder ihr gesetzlicher Vertreter, nachdem eine Verfügung über Drittauszahlung bereits rechtskräftig geworden ist, geltend machen, die Rente oder Hilflosenentschädigung dürfe nicht oder nicht in dieser Höhe einem Dritten ausbezahlt werden. In diesem Fall hat die Ausgleichskasse die getroffene Regelung unter Berücksichtigung der zweckgemässen Rentenverwendung zu überprüfen und das Ergebnis der rentenberechtigten Person verfügungsweise mit Rechtsmittelbelehrung mitzuteilen.

10.1.5 Auszahlung auf richterliche Anordnungen

- 10051 Die Anweisungen des Zivilrichters über die Auszahlung der Renten und Hilflosenentschädigung sind für die Ausgleichskasse verbindlich. Dies kann somit für Fälle zutreffen, in denen der Richter die Ausgleichskasse anweist, die Rente oder Hilflosenentschädigung
- 10052 – des Ehegatten, welcher seine Unterhaltspflicht gegenüber der Familie nicht erfüllt, ganz oder zum Teil dem anderen Ehegatten auszuzahlen ([Art. 177 ZGB](#)). Diese Möglichkeit gilt im Bezug auf die Hauptrente allerdings nur im Ehescheidungsverfahren und nicht nach der Ehescheidung,
- 1/06
- 10053 – der Eltern, welche die Sorge für ihr Kind vernachlässigen, ganz oder zum Teil an den gesetzlichen Vertreter des Kindes auszurichten ([Art. 291 ZGB](#)).

10.1.6 Ausrichtung der Nachzahlungen an Dritte

10.1.6.1 An Durchführungsstellen anderer Sozialversicherungsträger

- 10054 Hinsichtlich der Verrechnung von Nachzahlungen mit Rückforderungen von Durchführungsstellen der obligatori-

schen Unfallversicherung, der Militärversicherung und der Krankenversicherung und des Verfahrens wird auf

- 10055 – das Kreisschreiben an die AHV/IV-Organen über das
1/09 Meldesystem und das Verrechnungswesen zwischen AHV/IV und obligatorischer Unfallversicherung (UV),
- 10056 – das Kreisschreiben an die AHV/IV-Organen über die Ver-
1/09 rechnung von Nachzahlungen der AHV und IV mit Leistungsrückforderungen der Militärversicherung (MV), und
- 10057 – das Kreisschreiben an die AHV/IV-Organen über die Ver-
1/09 rechnung von Nachzahlungen der IV mit Leistungsrückforderungen von zugelassenen Krankenkassen verwiesen. Als solche gelten nur Krankenversicherer, die gestützt auf das Bundesgesetz über die Krankenversicherung Leistungen der Krankengrundversicherung erbringen. Nicht als Sozialversicherungsträger tritt hingegen eine Krankenkasse auf, die Leistungen gemäss Bundesgesetz über den Versicherungsvertrag gewährt (z.B. Leistungspflicht gestützt auf eine vom Arbeitgeber für seine Arbeitnehmer/-innen abgeschlossene Kollektivtaggeldversicherung; vgl. Rz 10064). Deren Verrechnungsansprüche richten sich nach den Bestimmungen über die bevorschussenden Dritten (Rz 10063 ff.).
- 10058 Besondere Vorsicht ist deshalb bei Verrechnungsanträgen geboten, in denen der Versicherungsträger sowohl als Sozialversicherungsträger als auch als bevorschussender Dritter auftreten kann. Für den gleichen Versicherungsträger können unter Umständen unterschiedliche Verfahrensvorschriften zur Geltendmachung der Verrechnungsansprüche zur Anwendung gelangen. Die Ausgleichskasse hat daher zu prüfen, welches Verfahren anzuwenden ist.
- 10059 Für Verrechnungsanträge von Durchführungsstellen der EL, der Familienzulagen in der Landwirtschaft (FL) und der Arbeitslosenversicherung (ALV) gelten die Regelungen dieser aufgeführten Kreisschreiben sinngemäss.

- 10060 Gesuche um Ausrichtung von Nachzahlungen von den Durchführungsstellen anderer Sozialversicherungsträger haben Vorrang vor solchen der bevorschussenden Dritten.
- 10061 Sofern jedoch noch Forderungen der AHV oder der IV ausstehen, können diese in jedem Fall vorrangig verrechnet werden, d.h. vor den Verrechnungsansprüchen anderer Sozialversicherungsträger.
- 10062 1/09 Unterliegt die leistungsberechtigte Person der Quellensteuerpflicht, so ist zudem Rz 23 des Kreisschreibens über die Quellensteuer zu beachten.

10.1.6.2 An bevorschussende Dritte

- 10063 1/09 Die von einem Arbeitgeber, einer Vorsorgeeinrichtung des Arbeitgebers oder einer öffentlichen oder privaten Fürsorgestelle oder einer Haftpflichtversicherung mit Sitz in der Schweiz erbrachten Vorschussleistungen können bis zum Betrag der für *die gleiche Periode* nachzuzahlenden Renten direkt zurückerstattet werden.
10063. 1 1/09 „Die gleiche Periode“ bzw. „zeitliche Kongruenz“ bedeutet, dass die gesamte Verrechnungszeitspanne als einheitliches Ganzes zu behandeln und die Rentennachzahlung nicht nach Monaten oder Kalenderjahren aufzuteilen ist. Eine Aufteilung des Zeitraumes hat nur – aber jedes Mal – dann Platz zu greifen, wenn die Ausrichtung von Leistungen an bevorschussende Dritte unterbrochen wurde (AHI 1995 S. 190 ff. bzw. BGE 121 V 17).
- 10064 Als bevorschussender Dritter gilt in der Regel auch eine zugelassene Krankenkasse, mit welcher der Arbeitgeber eine Kollektivtaggeldversicherung abgeschlossen hat.
- 10065 Als Vorschussleistungen, die dem bevorschussenden Dritten direkt zurückvergütet werden können, gelten in diesem Zusammenhang
- 10066 – die in Erwartung der noch ausstehenden Rente gewährten freiwilligen Leistungen, welche die leistungsberech-

tigte Person unter Vorbehalt der Rückerstattung entgegengenommen hat und sofern sie der direkten Vergütung an den bevorschussenden Dritten unterschriftlich zustimmt;

- 10067 – vertraglich oder gesetzlich erbrachte Leistungen, soweit aus dem Vertrag oder Gesetz ein eindeutiges *Rückforderungsrecht infolge Nachzahlung der Rente* abgeleitet werden kann (eine vertragliche oder gesetzliche Überversicherungsklausel allein genügt hingegen nicht).
- 10068 Als vertraglich erbrachte Leistungen gelten etwa solche, die gestützt auf allgemeine Versicherungsbedingungen für eine Kollektivtaggeldversicherung, als Unfallversicherung im überobligatorischen Bereich oder Statuten einer Pensionskasse ausgerichtet worden sind. Bei den gestützt auf eine gesetzliche Regelung erbrachten Leistungen sind insbesondere solche der öffentlichen Sozialhilfe zu erwähnen.
- 10069 Die unterschriftliche Zustimmung ist immer dann erforderlich, wenn sich aus Vertrag oder Gesetz kein ausdrücklicher direkter Rückforderungsanspruch gegenüber der AHV oder der IV ergibt.
- 10070 1/07 Der bevorschussende Dritte, der Anspruch auf die Rückerstattung seiner Vorschussleistungen erhebt, hat dies der zuständigen Ausgleichskasse auf jeden Fall vor Erlass der Rentenverfügung schriftlich anzukündigen. Es ist von Vorteil, wenn er dazu das Formular 318.183 verwendet (AHI 1993 S. 87).
- 10071 Dem Gesuch um Auszahlung von Nachzahlungen an bevorschussende Dritte kann nur stattgegeben werden, soweit die Nachzahlung nicht von einer Durchführungsstelle eines anderen Sozialversicherungsträgers beansprucht wird.
- 10072 1/07 Sobald Höhe und Dauer des rückwirkenden Rentenanspruchs feststehen, aber noch vor Erlass der Rentenverfügung, lädt die Ausgleichskasse den bevorschussenden Dritten ein, seine Rückforderungsansprüche innert

20 Tagen betragsmässig bekanntzugeben und entweder sein Rückforderungsrecht zu belegen oder die unterschriebene Zustimmung des Versicherten beizubringen. Die Einladung kann unter Verwendung des Formulars 318.183 erfolgen.

- 10073 Einem Gesuch um direkte Überweisung an bevorschussende Dritte darf nur stattgegeben werden, wenn die formellen und materiellen Voraussetzungen dazu ausnahmslos erfüllt sind. Insbesondere ist zu prüfen, ob es sich um Vorschussleistungen handelt und diese tatsächlich für die gleiche Periode erbracht wurden, während der die Rente nachbezahlt werden kann. Die Rente des Verfügungsmonates bildet nicht Gegenstand der Verrechnung.
- 10074
1/08 Grundsätzlich kann bei Vorschussleistungen eines bevorschussenden Dritten auch die Nachzahlung der Zusatzrente der AHV und der Kinderrenten mit dem Vorschuss verrechnet werden. Sind indessen die Voraussetzungen zur Getrenntauszahlung der Zusatzrente der AHV und der Kinderrenten erfüllt (Rz 10005 ff.), so bilden diese nicht Gegenstand der Verrechnung.
- 10075 Haben mehrere bevorschussende Dritte ein Gesuch um Überweisung der Nachzahlung eingereicht und erfüllen die Gesuchsteller alle Voraussetzungen dazu, so ist die Nachzahlung unter den bevorschussenden Dritten im Verhältnis zu den erbrachten Vorschussleistungen aufzuteilen.
- 10076
1/04 Die vorgenommene Verrechnung ist dem bevorschussenden Dritten unter Zusendung einer Verfügungskopie mitzuteilen. Auch eine Abweisung des Gesuchs ist ihm mit einer Verfügungskopie bekanntzugeben.
- 10077 Um Verzögerungen bei der Auszahlung der Rentenleistungen zu verhindern, kann in einem ersten Schritt nur die laufende Rente, die nicht Gegenstand der Verrechnung bildet, verfügt werden. In diesem Fall ist aber über die Nachzahlung immer eine separate Verfügung zu erlassen.

- 10078 1/04 Den bevorschussenden Dritten ist grundsätzlich eine Verfügungskopie zuzustellen. Ist der Leistungsempfänger mit der Nachzahlung oder der Drittauszahlung nicht einverstanden, so kann er eine Einsprache gegen die Verfügung der Ausgleichskasse oder IV-Stelle erheben. Im Gegensatz zum Verrechnungsverfahren mit Durchführungsstellen anderer Sozialversicherungsträger ist ein Hinweis, wonach die Einsprache gegenüber dem bevorschussenden Dritten zu erheben sei, unzulässig.
- 10079 1/09 Unterliegt der Leistungsberechtigte der Quellensteuerpflicht, so ist zudem Rz 23 des Kreisschreibens über die Quellensteuer zu beachten.

10.1.7 Zeitpunkt der Auszahlung

- 10080 1/04 Die Zahlungsaufträge sind so zu erteilen, dass die laufenden Renten und Hilflosenentschädigungen möglichst regelmässig zur gleichen Zeit, spätestens aber bis zum 20. Tag des Monats ([Art. 72 AHVV](#); [Art. 82 IVV](#)) zur Auszahlung gelangen.

10.1.8 Gleichzeitige Ausrichtung anderer Sozialleistungen

- 10081 Die Ausgleichskassen können Ergänzungsleistungen zu den AHV- und IV-Renten sowie andere periodische Leistungen, die sie aufgrund einer ihnen vom Kanton oder Gründerverband übertragenen weiteren Aufgabe dem Berechtigten auszurichten haben, zusammen mit der Rente oder Hilflosenentschädigung der AHV oder IV überweisen ([Art. 75 AHVV](#); [Art. 82 IVV](#)).
- 10082 Um Unklarheiten über den gesamthaft zur Ausrichtung gelangenden Betrag zu vermeiden, ist der rentenberechtigten Person oder ihrem gesetzlichen Vertreter in geeigneter Weise Aufschluss über die Zusammensetzung dieses Betrages zu geben.

- 10083 Die spätere Änderung der Ausrichtung der Rente und Hilflosenentschädigung wird mit einer Verfügung in Briefform eröffnet.

10.2 Zahlungsverkehr

10.2.1 Im allgemeinen

- 10101 Die Renten und Hilflosenentschädigungen werden grundsätzlich auf ein Post- oder Bankkonto der leistungsberechtigten Person ausgerichtet. Auf ausdrückliches Verlangen der rentenberechtigten Person können die Leistungen hingegen auch bar ausbezahlt werden.
- 10102 Die Renten und Hilflosenentschädigungen dürfen dagegen nicht ausbezahlt werden, wenn und solange der Aufenthaltsort der anspruchsberechtigten Person unbekannt ist.

1/08 10.2.2 Zahlungsverkehr mit der Post

10.2.2.1 Benützung des Elektronischen Zahlungsauftrags (EZAG)

- 10103 Für die Benützung des Elektronischen Zahlungsauftrages (EZAG) der Postfinance durch die Durchführungsstellen der AHV/IV/EO sind ausschliesslich die Weisungen über die Benützung des Elektronischen Zahlungsauftrages massgebend. Dies trifft auch für die Benützung der Datenfernübertragung (Dfü) zu.

10.2.2.2 Nachweis der Zahlung

- 10104 Die Rentenzahlung wird durch eine kasseneigene EDV-Liste und den Verrechnungsausweis der Postfinance bzw. eine Kopie des Übertragungsprotokolls der Datenfernübertragung (Dfü) nachgewiesen.

10.2.3 Zahlungsverkehr mit der Bank

- 10105 Überweisungen auf ein Bankkonto können auch über den Datenträgeraustausch der Banken (DTA) geleitet werden. Dabei gelten für den Zahlungsnachweis die einschlägigen Bestimmungen der Weisungen für die Benützung des Elektronischen Zahlungsauftrages (EZAG) sinngemäss anwendbar.

10.2.4 Andere automatisierte Verfahren

- 10106 Ausgleichskassen, welche für die Rentenzahlungen andere automatisierte Verfahren benützen wollen, setzen sich vorgängig mit dem BSV in Verbindung.

10.2.5 Barauszahlung

- 10107 Ordentliche und ausserordentliche AHV- und IV-Renten sowie Hilflosenentschädigungen der AHV und IV können auf Verlangen der rentenberechtigten Person bar ausbezahlt werden.
- 10108 Die rentenberechtigte Person hat die Barauszahlung mit besonderem Gesuch zu beantragen.
- 10109 Für leistungsberechtigte Personen, die in der Schweiz wohnen und die für die übliche Postzustellung am Wohnort oder dessen Bereich dauernd ein eigenes Postfach unterhalten, können die Ausgleichskassen die persönliche Auszahlung an die Postfachadresse zulassen. Auszahlungen „postlagernd“ sind dagegen nicht zulässig.
- 10110 Der Antrag auf Barauszahlung kann durch die leistungsberechtigte Person jederzeit schriftlich widerrufen werden.

10.3 Nachzahlung von AHV-Renten

10.3.1 Grundsatz

- 10201 Geschuldete, aber nicht geleistete AHV-Renten werden im Rahmen einer fünfjährigen Frist nachbezahlt ([Art. 46 Abs. 1 AHVG](#); [Art. 77 AHVV](#)). Meldet sich eine leistungsberechtigte Person erst nach der Entstehung des Rentenanspruchs an oder zeigt sich nachträglich, dass sie eine zu geringe Rente bezogen hat, so hat die Ausgleichskasse grundsätzlich alle unverjährten Rentenbeträge von sich aus nachzuzahlen.
- 10202 Ist die leistungsberechtigte Person gestorben, so geht die Zahlung an die Erben oder deren Vertreter. Die Ausgleichskasse hat sich allenfalls vor Verfügungserlass und vor der Ausrichtung des Nachzahlungsbetrages an die für Erbschaftsangelegenheiten zuständige Behörde zu wenden.
- 10203 Eine Fürsorgebehörde kann dagegen nach dem Tode der leistungsberechtigten Person nicht mehr aufgrund von [Art. 67 Abs. 1 AHVV](#) die Nachzahlung nicht geleisteter Renten verlangen (ZAK 1958 S. 182).

10.3.2 Verjährungsfrist

- 10204 Der Anspruch auf die Nachzahlung erlischt mit Ablauf von fünf Jahren seit Ende des Monats, für welchen die Rente geschuldet ist.
- 10205 Wird die Rente erst nach mehr als fünf Jahren seit der Entstehung des Rentenanspruchs geltend gemacht, so wird sie für die dem Monat der Anmeldung vorangehenden fünf Jahre nachbezahlt.
- 10206 Wird die Ausgleichskasse von der leistungsberechtigten Person darauf aufmerksam gemacht, dass sie eine zu niedrige Rente ausrichtet, so erfolgt die Nachzahlung für die dem Monat der Meldung vorangehenden fünf Jahre.

- 10207 Bei nachträglichen IK-Eintragungen von Kapitalgewinnen (ZAK 1990 S. 249) ist die Nachzahlungsfrist vom Zeitpunkt an zu berechnen, an welchem die Meldung der Steuerbehörde bei der Ausgleichskasse eingeht.
- 10208 Diese Regeln gelten auch für Fälle, in denen die bisherige Altersrente eines Ehegatten rückwirkend neu festgesetzt werden muss, weil der nun ebenfalls rentenberechtigte andere Ehegatte sich verspätet für den Bezug einer Alters- oder IV-Rente angemeldet hat. Die aufgrund der Einkommensteilung höher ausfallende neue Altersrente kann aber nur im Rahmen der Verjährungsbestimmungen nachbezahlt werden.
- 10209 Die Nachzahlungsperiode ist grundsätzlich ab dem Datum der Nachzahlungsverfügung zu bestimmen. So kann z.B. im März 2003 eine Nachzahlung frühestens ab 1. März 1998 verfügt werden.

10.3.3 Nachzahlungsbetrag

- 10210 Die nachzuzahlenden Renten sind nach den in den Nachzahlungsperioden jeweils massgebenden Bemessungsregeln und Rententabellen zu bestimmen. Wird eine Rente geltend gemacht, auf die der Anspruch einige Jahre zuvor entstanden ist, so wird der Betrag der Rente nach den im Zeitpunkt der Entstehung des Anspruchs geltenden Bemessungsregeln und Rententabellen festgesetzt und auf den neuesten Stand gebracht.
- 10211 Wird der leistungsberechtigten Person rückwirkend für die gleiche Zeit eine höhere Rente als bisher zugesprochen oder wird eine provisorische Zahlung nach Erlass der Rentenverfügung rückwirkend durch eine höhere Rente abgelöst, so ist jeweils nur die Differenz zwischen der Summe der bisher erbrachten Leistungen und der neu festgesetzten Renten nachzuzahlen.

1/08 **10.4 Nachzahlung von rückwirkend erhöhten IV-Renten**

10301–

10303 aufgehoben

1/08

1/08 **10.4.1 Grundsatz**

10304 Wurden zu niedrige Renten zugesprochen oder wurden
1/08 verfügte oder geltend gemachte Leistungen nicht bezogen, so können sie noch innert fünf Jahren nachbezahlt werden. Randziffer 10204 ff. gilt sinngemäss.

1/08 **10.4.2 Nachzahlungsbetrag**

10305 Die nachzuzahlenden Renten sind nach den in den Nachzahlungsperioden jeweils massgebenden Bemessungsregeln und Rententabellen zu bestimmen. Wird eine Rente geltend gemacht, auf die der Anspruch einige Jahre zuvor entstanden ist, so wird der Betrag der Rente nach den im Zeitpunkt der Entstehung des Anspruchs geltenden Bemessungsregeln und Rententabellen festgesetzt und auf den neuesten Stand gebracht.

10306 Wird der leistungsberechtigten Person rückwirkend für die gleiche Zeit eine höhere Rente als bisher zugesprochen oder wird eine provisorische Zahlung nach Erlass der Rentenverfügung rückwirkend durch eine höhere Rente abgelöst, so ist jeweils nur die Differenz zwischen der Summe der bisher erbrachten Leistungen und der neu festgesetzten Renten nachzuzahlen.

1/08 **10.5 Nachzahlung von Hilflosenentschädigungen**

1/08 **10.5.1 In der AHV**

10401 1/08 Meldet sich eine hilflose Person mehr als zwölf Monate nach Entstehung des Anspruches auf die Hilflosenentschädigung an, so kann diese nur für die zwölf letzten Monate vor der Anmeldung nachbezahlt werden ([Art. 46 Abs. 2 AHVG](#)).

10402 1/08 Weitergehende Nachzahlungen werden erbracht, wenn die leistungsberechtigte Person den anspruchsbegründenden Sachverhalt nicht kennen konnte und die Anmeldung innert zwölf Monaten seit Kenntnisnahme vornimmt ([Art. 46 Abs. 2 AHVG](#)). Eine Nachzahlung kann aber jedenfalls nur vom Monat der Anmeldung an auf fünf Jahre zurück erfolgen ([Art. 46 Abs. 1 AHVG](#)).

10403 Wurde die Altersrente aufgeschoben, so kann die Hilflosenentschädigung frühestens nach Ablauf der Aufschubsdauer ausbezahlt werden; eine Nachzahlung für die Zeit während der Aufschubsdauer ist ausgeschlossen.

1/08 **10.5.2 In der IV**

10404 Die IV-Stelle ist sowohl für die Bestimmung des Eintritts des Versicherungsfalles als auch für die Festlegung des Auszahlungsbeginns zuständig.

10405 1/08 Die Nachzahlungsfrist bei Hilflosenentschädigungen der IV richtet sich nach [Artikel 24 Absatz 1 ATSG](#). Der Anspruch erlischt nach 5 Jahren.

10.6 Verfahren

10.6.1 Zuständigkeit

10501 Die Nachzahlung von Renten und Hilflosenentschädigungen sowie von Differenzbeträgen bei zu niedrig festgesetzten Leistungen obliegt der Ausgleichskasse, die bei der

Feststellung des Nachzahlungsbetrages für die Rentenauszahlung zuständig ist.

10.6.2 Nachzahlungsverfügung

- 10502 Jede Nachzahlung ist stets mit einer Verfügung zuzusprechen. Form und Inhalt der Nachzahlungsverfügung richten sich nach den allgemeinen Bestimmungen.

10.6.3 Verzugszins auf Leistungen

([Art. 26 Abs. 2 ATSG](#); [Art. 6](#) und [7 ATSV](#))

- 10503 Ein Anspruch auf Verzugszins besteht, sofern eine Leistung nicht innert 24 Monaten nach der Entstehung des Anspruchs ausbezahlt werden kann. Bei verspäteter Anmeldung besteht jedoch frühestens 12 Monate nach der Anmeldung Anspruch auf Verzugszins.
- 10504 Der Verzugszins läuft ab dem ersten Tag des Monats, in welchem der Anspruch auf Verzugszins entstanden ist, bis zum Ende des Monats, in welchem die Zahlung ausgelöst wird.
- 10505 Der Verzugszins wird monatlich auf dem bis Ende des Vormonats aufgelaufenen Nachzahlungsbetrag berechnet. Der Zinssatz beträgt 5 Prozent im Jahr. Zinseszins wird nicht geleistet.
- 10506 Der Verzugszins ist von Amtes wegen zu leisten, wenn die versicherte Person ihrer Mitwirkungspflicht vollumfänglich nachgekommen ist. Ein Verschulden der Durchführungsstellen ist nicht erforderlich.
- 10507 Der Verzugszinspflicht unterliegen ausschliesslich Leistungen, deren Auszahlung an die leistungsberechtigte Person bzw. deren Erben oder an Dritte erfolgt, soweit es sich um Zahlungen zur Gewährleistung der zweckgemässen Verwendung handelt (vgl. Ziff. 10.1.3 und 10.1.4).

- 10508 Kein Verzugszins wird geleistet, wenn die betroffene Person keinen Schaden erlitten hat, weil ihr die ausstehenden Mittel von anderer Seite zur Verfügung gestellt worden sind. Dies ist dann der Fall, wenn
- Dritte (Arbeitgeber, öffentliche oder private Fürsorge, Haftpflichtversicherung) Vorschusszahlungen unter Abtretung der Nachzahlungsforderung ([Art. 22 Abs. 2 ATSG](#), [Art. 85^{bis} IVV](#)) leisten,
 - andere Sozialversicherungen (KV,UV, MV, ALV, FLG) Vorleistungen im Sinne von [Art. 70 ATSG](#) erbringen,
 - Durchführungsstellen der AHV/IV oder der EL Vorleistungen erbringen.
- 10509 Wird nur ein Teil der Nachzahlung im Sinne von Rz 10508 verrechnet, so ist der Verzugszins nur auf dem Nachzahlungsbetrag geschuldet, welcher an die leistungsberechtigte Person ausgerichtet wird. Der Verzugszins ist auf der gesamten Leistung zu berechnen und entsprechend dem Anteil der verzugszinspflichtigen Leistung an der gesamten Nachzahlung auszurichten ([Art. 7 Abs. 3 ATSV](#)).
- 10510 Muss die Nachzahlung oder nur ein Teil der Nachzahlung mit ausstehenden Beiträgen verrechnet werden, ist der Verzugszins auf dem gesamten, bis Ende des Vormonats aufgelaufenen Nachzahlungsbetrag geschuldet.
- 10511 Erhält die rentenberechtigte Person nur einen Teil der Nachzahlung, weil ein Rententeil Dritten gemäss Ziff. 10.1.3–10.1.5 auszuzahlen ist oder weil auf Verlangen die Zusatzrente oder eine Kinder-/Waisenrente dem anderen, nicht rentenberechtigten Ehegatten bzw. Elternteil auszuzahlen ist, so ist der Verzugszins gemäss den Anteilen an der gesamten Nachzahlung aufzuteilen und auszuzahlen.
- 10512 Der Verzugszins ist auf sämtlichen Leistungsnachzahlungen zu entrichten, die ab 1. Januar 2003 verfügungsweise zugesprochen werden. Vor dem 1. Januar 2003 ist kein Verzugszins geschuldet.

- 10513 1/05 Der Verzugszins ist bei Invalidenrenten vor dem Abzug der Quellensteuer zu berechnen (vgl. Kreisschreiben über die Quellensteuer).
- 10514 Der Verzugszins wird nach den allgemeinen Regeln gerundet ([Art. 53 Abs. 2 AHVV](#) sowie [Art. 32 Abs. 1 IVV](#)).

10.7 Rückerstattung zu Unrecht bezogener Renten und Hilflosenentschädigungen

10.7.1 Grundsatz

10.7.1.1 Kreis der Rückerstattungspflichtigen

- 10601 Wer, gleichgültig aus welchem Grunde, eine Rente oder Hilflosenentschädigung zu Unrecht bezogen hat, ist rückerstattungspflichtig. Die Pflicht trifft primär die leistungsberechtigte Person, ihren gesetzlichen Vertreter oder ihre Erben.
- 10602 Wurde die Rente oder die Hilflosenentschädigung gemäss [Art. 1 Abs. 2 ATSV](#) einer Drittperson oder Behörde ausbezahlt, so ist diese rückerstattungspflichtig. Neben der leistungsberechtigten Person ist auch ein von ihr bezeichneter Drittempfänger rückerstattungspflichtig. Schliesslich ist jeder Dritte, dem eine Rente oder Hilflosenentschädigung ohne Rechtsgrund ausbezahlt wurde, zu deren Rückerstattung verpflichtet.
- 10603 Wurden die unrechtmässig gewährten Leistungen für ein unmündiges Kind nicht diesem selber ausbezahlt und besteht auch keine Rückerstattungspflicht nach [Art. 2 Abs. 1 Bst. b oder c ATSV](#), sind die Personen rückerstattungspflichtig, welche im Zeitpunkt der Ausrichtung der Leistungen die elterliche Sorge innehatten ([Art. 2 Abs. 2 ATSV](#)).
- 10604 Dagegen sind Dritte (z.B. eine Bank), welche die Leistungen im Auftrag der leistungsberechtigten Person lediglich als Inkasso- oder Zahlstelle entgegennehmen und somit keine eigenen Rechte und Pflichten aus dem Leistungs-

verhältnis haben, nicht rückerstattungspflichtig (ZAK 1985 S. 123).

- 10605
1/09 Wurde auf zu Unrecht oder zuviel ausgerichteten IV-Renten Quellensteuer erhoben, so ist diese bei der zuständigen Steuerverwaltung zurückzufordern bzw. von der nächsten Überweisung in Abzug zu bringen (Rz 25 des Kreisschreibens über die Quellensteuer). Die Steuerverwaltung ist dabei in geeigneter Weise in Kenntnis zu setzen.

10.7.1.2 Rückerstattungspflichtige Erben

- 10606
1/04 Die Rückerstattungspflicht der verstorbenen rückerstattungspflichtigen Person geht mit der Annahme der Erbschaft auf deren Erben über, und zwar auch dann, wenn die Rückforderung zu Lebzeiten der rückerstattungspflichtigen Person nicht geltend gemacht wurde (ZAK 1959 S. 438). In diesem Falle ist die Rückerstattungsverfügung an alle Erben zu richten und auch grundsätzlich diesen allen zuzustellen. Kann die Rückerstattungsverfügung nicht allen Erben zugestellt werden, genügt es, wenn diese nur an eine einzelne Erbin oder an einen einzelnen Erben gerichtet wird ([AHI 2/2003 S. 174](#)).

10.7.2 Rückerstattungsbetrag

10.7.2.1 Im allgemeinen

- 10607 Die rückerstattungspflichtige Person hat grundsätzlich alle zu Unrecht bezogenen Versicherungsleistungen mit dem vollen Betrag zurückzuerstatten.
- 10608 Bei IV-Renten ist jedoch zu beachten, dass die aus der Wiedererwägung einer früheren Verfügung resultierende Herabsetzung oder Aufhebung nur dann rückwirkend erfolgen darf und damit eine Rückforderung möglich ist, wenn der Fehler, der zur Wiedererwägung führt,

- 10609 – einen AHV-analogen Sachverhalt (z.B. versicherungsmässige Voraussetzungen, Berechnungsgrundlagen) betrifft, oder
- 10610 – zwar spezifisch IV-rechtliche Faktoren (z.B. Invaliditätsbemessung) betrifft, aber eine Meldepflichtverletzung vorliegt (ZAK 1980 S. 129).
- 10611 Betrifft der Fehler einen IV-spezifischen Sachverhalt und liegt keine Meldepflichtverletzung vor, so ist eine rückwirkende Aufhebung bzw. Herabsetzung nicht möglich und eine Rückforderung nicht zulässig.

10.7.2.2 Verrechnung mit Nachzahlungen

- 10612 Steht der selben leistungsberechtigten Person für den gleichen Zeitabschnitt, für welchen sie zu Unrecht Leistungen bezogen hat, eine Nachzahlung von Renten bzw. Hilflosenentschädigungen in geringerem Betrage zu (z.B. nachträgliche Korrektur des Rentenbetrages), so ist nur die Differenz zwischen der zu Unrecht ausbezahlten Leistung und dem Nachzahlungsbetrag zurückzufordern.
- 10613 Dagegen kann eine Rückforderung von zu Unrecht bezogenen Leistungen des einen Ehegatten grundsätzlich nicht mit der Rentennachzahlung an den anderen Ehegatten verrechnet werden. Eine Verrechnung ist jedoch möglich, sofern zwischen den beiden Leistungen ein enger versicherungsrechtlicher Zusammenhang besteht (Rz 10908).
- 10614 Steht der leistungsberechtigten Person für den gleichen Zeitabschnitt, für welchen sie zu Unrecht Leistungen bezogen hat, eine Nachzahlung einer anderen Sozialversicherung zu, ist unter den Sozialversicherungsträgern zu erst direkt zu verrechnen, soweit es die Regelungen der einzelnen Sozialversicherungsträgern erlauben ([Art. 2 Abs. 3 ATSV](#)).

10.7.3 Verfahren

10.7.3.1 Kassenzuständigkeit

- 10615 Die zu Unrecht ausbezahlten Leistungen sind zurückzufordern
- 10616 – beim Wegfall der Leistungsberechtigung: durch die Ausgleichskasse, welche die letzte unrechtmässige Zahlung vorgenommen hat;
- 10617 – bei Fortdauer der Leistungsberechtigung: durch die Ausgleichskasse, welcher die Auszahlung der Rente bzw. Hilflosenentschädigung obliegt.

10.7.3.2 Rückforderungsverfügung

- 10618 Die Rückforderung ist grundsätzlich mit einer Verfügung gegenüber der rückerstattungspflichtigen Person bzw. deren gesetzlichen Vertreter geltend zu machen. Ist die rückerstattungspflichtige Person verstorben, so ist die Rückforderungsverfügung an den Nachlass zu richten und den Erben zuzustellen.
Ist offensichtlich, dass die Voraussetzungen für den Erlass gegeben sind, dann ist der Verzicht auf die Rückforderung zu verfügen ([Art. 3 Abs. 3 ATSV](#)). Bei einer gutgläubigen, rückerstattungspflichtigen Person ist die grosse Härte beispielsweise dann offensichtlich erfüllt, wenn sie schon Bezügerin einer jährlichen Ergänzungsleistung ist.
- 10619 Eine Verfügung ist auch dann zu erlassen, wenn der zu Unrecht ausbezahlte Betrag ganz oder teilweise mit laufenden Renten bzw. laufenden Monatsbeträgen einer Hilflosenentschädigung verrechnet werden kann. In solchen Fällen kann aber die Rückforderung in der neuen Verfügung über die Renten oder Hilflosenentschädigung angeführt werden.
- 10620 aufgehoben
1/05

- 10621 Die Verfügung muss neben dem Rückforderungsbetrag eine gedrängte Begründung enthalten und auf die Rechtsmittel und – wenn nicht der Erlass von Amtes wegen ausgesprochen wird – auf die Erlassmöglichkeit hinweisen.
- 10622
1/09 In IV-Fällen wird die Rückforderungsverfügung von der Ausgleichskasse erstellt und durch die zuständige IV-Stelle erlassen. Das Datum auf der Verfügung wird durch die IV-Stelle eingesetzt.
- 10623 Im Falle der teilweisen Verrechnung der zu Unrecht bezogenen Leistungen mit Nachzahlungen erstreckt sich die Rückforderung nur auf den Differenzbetrag.
- 10624 Wird der Rückforderungsbetrag vollständig mit einer Nachzahlung verrechnet, so wird keine separate Rückforderungsverfügung über die zu Unrecht bezogenen Leistungen erlassen. Die vorgenommene Verrechnung wird indes auf der Verfügung über die neue Rente bzw. Hilflosenentschädigung ausdrücklich vermerkt.

10.7.4 Verjährung der Rückforderung

- 10625 Der Rückforderungsanspruch der Ausgleichskasse verjährt mit Ablauf eines Jahres, nachdem sie bei Beachtung der ihr zumutbaren Aufmerksamkeit erkennen musste, dass die Voraussetzungen der Rückerstattung gegeben sind und nachdem ihr der Umfang der Rückforderung bekannt geworden ist (ZAK 1985 S. 527), spätestens aber (unter Vorbehalt der längeren strafrechtlichen Verjährungsfrist) mit Ablauf von fünf Jahren seit der einzelnen Rentenzahlung ([Art. 25 ATSG](#)).
10625.
1
1/05 Sind am Erlass der ursprünglichen Leistungsverfügung zwei verschiedene Verwaltungsstellen (IV-Stelle und Ausgleichskasse) beteiligt und unterläuft der einen ein Irrtum, welchen die andere aufgrund der zugestellten Verfügungskopie nicht bemerkt, ist von einem einzigen Fehler auszugehen. Der für die Auslösung der Einjahresfrist vorausgesetzte zweite Anlass ist erst zu einem späteren Zeitpunkt

gegeben, wenn Grund für eine erneute Prüfung des Dossiers besteht.

- 10626 Massgebend ist dabei einerseits das Datum der Rückforderungsverfügung und andererseits das Datum, an welchem die Leistung effektiv erbracht wurde und nicht der Zeitpunkt, in dem sie nach Gesetz hätte ausgerichtet werden sollen (ZAK 1982 S. 492).
- 10627 Zu beachten ist indessen, dass eine rechtskräftig festgelegte Rückerstattungsforderung nach Ablauf von fünf Jahren verwirkt – im Falle der Einreichung eines Erlassgesuches fünf Jahre nach dessen rechtskräftiger Abweisung – und zwar auch dann, wenn die Rückerstattungsforderung mit einer laufenden Leistung verrechnet wird.
- 10628 Abgeschriebene Rückforderungen sind nach Ablauf von fünf Jahren seit Rechtskraft der Rückforderungsverfügung selbst dann nicht mehr geltend zu machen, wenn ein Verlustschein vorliegt.
- 10629 Wurden für den Zeitraum des Rückforderungsanspruchs Quellensteuern erhoben, so können diese grundsätzlich nur für Monate zurückgefordert werden, für die auch eine Rückforderung der IV-Leistung möglich ist.

10.8 Erlass der Rückerstattung

10.8.1 Im allgemeinen

- 10701 Die Rückerstattung zu Unrecht bezogener Renten und Hilflosenentschädigungen kann ganz oder teilweise erlassen werden, wenn die beiden Voraussetzungen des guten Glaubens und der grossen Härte erfüllt sind (ZAK 1990 S. 348).
- 10702 Wurde auf den zu Unrecht ausgerichteten IV-Leistungen die Quellensteuer erhoben, so kann diese beim Erlass der Rückerstattung nicht von der Steuerverwaltung zurückgefordert werden.

- 10703 Erben kann der Erlass nur gewährt werden, wenn alle Erben persönlich gutgläubig waren und die Rückerstattung für jeden Erben nach seinen persönlichen Verhältnissen eine grosse Härte bedeuten würde.
- 10704 Ist der gute Glaube gegeben, so kann der Rückforderungsbetrag insoweit, als eine grosse Härte vorliegt, teilweise oder ganz erlassen werden.
- 10705 Steht einer rückerstattungspflichtigen Person für den gleichen Zeitabschnitt, für welchen sie Leistungen zu Unrecht bezogen hat, eine Nachzahlung von Leistungen in geringerer Masse zu, so kann höchstens der Differenzbetrag zwischen den zu Unrecht bezogenen Leistungen und der Nachzahlung erlassen werden. Dies gilt auch dann, wenn für die Nachzahlung und die Rückforderung nicht die gleiche Ausgleichskasse zuständig ist.
- 10706 Erlassene Rückforderungen gehen unter und können später nicht mehr geltend gemacht oder mit späteren Leistungen verrechnet werden, auch wenn dies keine grosse Härte mehr bedeuten würde.

10.8.2 Guter Glaube

- 10707 Die rückerstattungspflichtige Person bzw. ihr gesetzlicher Vertreter muss die Betreffnisse der Renten bzw. Hilflosenentschädigung in gutem Glauben entgegengenommen haben.
- 10708 Ein den guten Glauben ausschliessender Tatbestand liegt vor, wenn die unrechtmässige Auszahlung der Rente bzw. Hilflosenentschädigung auf arglistiges oder grobfahrlässiges Verhalten der rückerstattungspflichtigen Person zurückzuführen ist. Dies trifft beispielsweise zu, wenn bei der Anmeldung und bei der Abklärung der Verhältnisse arglistig oder grobfahrlässig Tatsachen verschwiegen oder unrichtige Angaben gemacht wurden. Ferner, wenn eine Meldepflicht arglistig oder grobfahrlässig nicht oder nicht rechtzeitig erfüllt wurde oder wenn unrechtmässige Renten

bzw. Hilfslosenentschädigungen arglistig oder grobfahrlässig entgegengenommen wurden.

- 10709 Grobfahrlässig handelt, wer bei der Anmeldung, bei der Abklärung der Verhältnisse, bei der Erfüllung der Meldepflicht oder bei der Entgegennahme der unrechtmässigen Renten bzw. Hilfslosenentschädigungen nicht das ihm nach Fähigkeit und Bildungsgrad zuzumutende Mindestmass an Sorgfalt angewendet hat. Grobe Fahrlässigkeit liegt beispielsweise vor, wenn nach dem Tode des Ehegatten dessen Einzelrente durch den überlebenden Ehegatten weiter bezogen wird.
- 10710 Hat die IV-Stelle festgestellt, dass die Leistung rückwirkend herabzusetzen oder aufzuheben ist ([Art. 88^{bis} Abs. 2 Bst. b IVV](#)), so ist der gute Glaube von vornherein nicht gegeben, wenn die Meldepflichtverletzung, welche die Rückerstattungspflicht bewirkt, auf arglistiges oder grobfahrlässiges Fehlverhalten zurückzuführen ist (ZAK 1981 S. 94).
- 10710.1
1/08 Wer die ihm obliegende Meldepflicht verletzt ([Art. 31 Abs. 1 ATSG](#), Rz 11001 ff.), wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit einer Busse bis zu 30 000 Franken bestraft, sofern nicht ein mit einer höheren Strafe bedrohtes Verbrechen oder Vergehen des Strafgesetzbuches vorliegt. Beide Strafen können verbunden werden ([Art. 87 drittes Lemma AHVG](#), [Art. 70 IVG](#)).
- 10710.2
1/08 Demnach gelten Meldepflichtverletzungen in der AHV und in der IV als strafbare Handlungen und können grundsätzlich strafrechtlich verfolgt werden. Betroffen sind allerdings nur Fälle, bei denen die unrechtmässige Auszahlung der Leistung auf arglistiges oder grobfahrlässiges Verhalten der rückerstattungspflichtigen Person zurückzuführen ist und zudem die krasse Verletzung der Meldepflicht eine frankenmässig beträchtliche Rückforderung betrifft.
- 10711 Stellt hingegen die fehlerhafte Handlung oder Unterlassung nur eine leichte Verletzung der Melde- oder Auskunftspflicht dar, so kann sich die rückerstattungspflichtige Person auf den guten Glauben berufen (ZAK 1986 S. 636).

10.8.3 Grosse Härte

10.8.3.1 Im allgemeinen

- 10712 Die Rückforderung muss für die rückerstattungspflichtige Person selber bzw. bei Rückforderungen von den Erben der leistungsberechtigten Person für jeden einzelnen Erben eine grosse Härte darstellen.
- 10713 Eine grosse Härte liegt dann vor, wenn die vom ELG anerkannten Ausgaben und eine zusätzliche Ausgabe gemäss [Art. 5 Abs. 4 ATSV](#) die nach ELG anrechenbaren Einnahmen übersteigen ([Art. 5 ATSV](#)).
- 10714 Behörden können sich nicht auf die grosse Härte berufen ([Art. 4 Abs. 3 ATSV](#)).

10.8.3.2 Anerkannte Ausgaben und anrechenbare Einkommen

- 10715 Für die Bestimmung der anerkannten Ausgaben und anrechenbaren Einnahmen (inkl. Vermögen) sind die Bestimmungen des ELG anwendbar. Dabei ist zu beachten, dass bei der Ermittlung der anrechenbaren Einnahmen von Personen, welche eine Invalidenrente beziehen, [Art. 14a Abs. 2 ELV](#) (Mindesteinkommen) keine Anwendung findet.
- 10716 In Abweichung zu den Bestimmungen des ELG, sind im Sinne einer einheitlichen Bemessungsregel die anerkannten Ausgaben nach [Art. 5 Abs. 2 und 3 ATSV](#) zu berücksichtigen. Zudem wird eine zusätzliche Ausgabe angerechnet ([Art. 5 Abs. 4 ATSV](#)). Eine Übersicht befindet sich in Anhang VI.

10.8.3.3 Massgebender Berechnungszeitpunkt

- 10717 Für die Bestimmung der anrechenbaren Einnahmen und des Vermögens ist in der Regel auf die im vorangegangenen Kalenderjahr erzielten Einnahmen und auf das am 1. Januar des Jahres, in dem über die Rückforderung

rechtskräftig entschieden ist, bestehende Vermögen abzustellen. In Abweichung dazu sind jedoch stets die laufenden Renten, Pensionen und anderen wiederkehrenden Leistungen ([Art. 3c Abs. 1 Bst. d ELG](#)) anzurechnen. Haben sich hingegen die wirtschaftlichen Verhältnisse bis zum Zeitpunkt, in welchem über die Rückforderung rechtskräftig entschieden ist, geändert, so ist diesen neuen Verhältnissen Rechnung zu tragen.

- 10718 Für die Bestimmung der vom Gesetz anerkannten Ausgaben (einschliesslich jener für den allgemeinen Lebensbedarf) ist auf die Verhältnisse im Zeitpunkt, in welchem über die Rückforderung rechtskräftig entschieden ist, abzustellen.

10.8.4 Erlass auf Gesuch hin

- 10719 Der Erlass wird auf schriftliches Gesuch der rückerstattungspflichtigen Person hin gewährt. Es ist zu begründen und spätestens 30 Tage nach Eintritt der Rechtskraft der Rückforderungsverfügung bei der Ausgleichskasse einzureichen ([Art. 4 Abs. 4 ATSV](#)).
- 10720 In IV-Fällen ist das Erlassgesuch bei der IV-Stelle einzureichen.
- 10721 Der Entscheid über die Gewährung oder Verweigerung des Erlasses ist in einer begründeten Verfügung mit Rechtsmittelbelehrung zu eröffnen.
- 10722 Muss der Erlass wegen Fehlens der grossen Härte abgewiesen werden, so kann zur Begründung allenfalls eine Kopie des Berechnungsblattes verwendet werden.

10.8.5 Teilerlass

- 10723 Bei einem Einnahmenüberschuss (anrechenbare Einnahmen grösser als anerkannte Ausgaben), welcher kleiner ist als die Rückerstattungssumme, ist die Rückforderung in

dem Umfang zu erlassen, als sie den Einnahmenüberschuss übersteigt.

10.9 Abschreibung der Rückforderung

10.9.1 Im allgemeinen

- 10801 Rückforderungen von Renten und Hilflosenentschädigungen, die sich als uneinbringlich erweisen, müssen abgeschrieben werden.

10.9.2 Uneinbringlichkeit

- 10802 Als uneinbringlich gilt die Rückforderung einer Rente oder Hilflosenentschädigung, wenn zwar weiterhin Leistungen ausbezahlt werden, aber eine Verrechnung nicht möglich ist, weil das betreibungsrechtliche Existenzminimum unterschritten wird. Ebenso ist eine Rückforderung als uneinbringlich anzusehen, wenn keine Leistungen mehr zur Ausrichtung gelangen und die zahlungspflichtige Person erfolglos betrieben wurde oder eine Betreibung offensichtlich aussichtslos ist.
- 10803 Als offensichtlich aussichtslos hat eine Betreibung zu gelten,
- 10804 – wenn sie mit Sicherheit zu einem Verlustschein führen müsste, insbesondere wenn gegen die rückerstattungspflichtige Person Pfändungs- oder Konkursverlustscheine der letzten zwei Jahre vorliegen oder wenn diese nicht über das betreibungsrechtliche Existenzminimum verfügt;
- 10805 – wenn die rückerstattungspflichtige Person in der Schweiz überhaupt nicht oder nur unter unverhältnismässigen Schwierigkeiten belangt werden kann, sei es, weil sie im Ausland wohnt oder weil ihr schweizerischer Wohn- und Aufenthaltsort nicht ausfindig gemacht werden kann.

10.9.3 Wirkung der Abschreibung

- 10806 Mit der Abschreibung geht die Rückerstattungsschuld nicht unter. Vielmehr muss sie bei späterer Tilgungsmöglichkeit bis zu deren Verjährung wieder geltend gemacht werden ([Art. 79^{bis} AHVV](#); [Art. 85 Abs. 3 IVV](#)).

10.9.4 Verfahren

- 10807 Über die abgeschriebenen Rückforderungen haben die Ausgleichskassen bis zum Eintritt der Verjährung eine Kontrolle zu führen, damit die Rückforderungen bei eintretender Tilgungsmöglichkeit wieder geltend gemacht werden können.
- 10808 Der rückerstattungspflichtigen Person ist von der erfolgten Abschreibung der Rückforderung in der Regel keine Mitteilung zu machen. Ist indessen ein Erlassgesuch wegen Fehlens des guten Glaubens abzuweisen, steht aber andererseits fest, dass zur Zeit die Forderung uneinbringlich und auch eine Verrechnung mit laufenden Leistungen nicht möglich ist, so ist in der Abweisungsverfügung darauf hinzuweisen, dass angesichts der wirtschaftlichen Lage des Rückerstattungspflichtigen vorderhand auf die Eintreibung der Rückerstattungsforderung verzichtet werde, jedoch darauf zurückgekommen werden müsse, wenn sich die wirtschaftlichen Verhältnisse später verbessern sollten.

10.10 Verrechnung von Forderungen der Ausgleichskassen mit Renten und Hilflosenentschädigungen

10.10.1 Im allgemeinen

10.10.1.1 Grundsatz

- 10901 Ist eine Person, welche eine Leistung bezieht, Schuldnerin einer Ausgleichskasse und tilgt sie ihre Schuld nicht durch Zahlung, so sind verrechenbare Forderungen mit fälligen Renten bzw. Hilflosenentschädigungen zu verrechnen.

- 10902 Über die Verrechnung von Rückforderungen der obligatorischen Unfallversicherung, der Militärversicherung und der Krankenversicherung mit Renten bzw. Hilflosenentschädigungen geben die einschlägigen Kreisschreiben Auskunft.

10.10.1.2 Verrechenbare Forderungen

- 10903 Fällige Leistungen sind unter folgenden Bedingungen mit Forderungen verrechenbar:
- 10904 Die Forderung muss einer Ausgleichskasse zustehen. Gleichgültig ist, ob die rentenauszahlende Kasse selbst oder eine dritte Kasse forderungsberechtigt ist. Eine Forderung der Kasse A kann mit den von der Kasse B ausbezahlten Leistungen verrechnet werden.
- 10905 Die Forderung muss sich gegen die leistungsberechtigte Person persönlich richten oder in einem engen versicherungsmässigen Zusammenhang zur Rente oder Hilflosenentschädigung stehen. So können z.B. die von einer rentenberechtigten Person persönlich oder infolge Erbgangs geschuldeten Beiträge und Rückerstattungen mit ihrer Rente verrechnet werden.
- 10906 Desgleichen können vom verstorbenen Ehegatten persönlich – nicht aber als Arbeitgeber – geschuldete Beiträge einschliesslich Kosten selbst dann mit den Hinterlassenenrenten zur Verrechnung gebracht werden, wenn die Hinterlassenen die Erbschaft ausgeschlagen haben (ZAK 1954 S. 193). Geht aber beispielsweise der Anspruch des hinterlassenen Ehegatten, welcher die Erbschaft ausgeschlagen hat, auf eine auf der eigenen Beitragsdauer und den geteilten Einkommen berechnete Altersrente über, so ist eine Verrechnung der vom verstorbenen Ehegatten geschuldeten Beiträge ausgeschlossen (ZAK 1967 S. 81).
- 10907 Die zu Unrecht bezogenen Leistungen des einen Ehegatten können grundsätzlich nicht mit fälligen Leistungen des anderen Ehegatten verrechnet werden. Ebenso ist die Ver-

rechnung einer Rentenrückerstattungsschuld der Witwe oder des Witwers mit einer ihr/ihm ausbezahlbaren Waisenrente unzulässig (ZAK 1956 S. 210).

- 10908 Eine Verrechnung von Leistungen für Ehegatten ist dagegen möglich, wenn zwischen den beiden Leistungen ein enger versicherungsrechtlicher Zusammenhang besteht. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn
- der 2. Versicherungsfall eintritt und die Rente des erstrentenberechtigten Ehegatten wegen der Plafonierung tiefer ausfällt;
 - die beiden Renten der Ehegatten aufgrund einer Änderung in den Berechnungsgrundlagen neu plafoniert werden müssen;
 - infolge rückwirkender Zusprechung einer IV-Rente für den einen Ehegatten beim bisher invaliden Ehegatten die bereits ausbezahlte Zusatzrente zurückgefordert werden muss.
- 10909 Die Forderung muss fällig und unverjährt sein. Beitragsforderungen, die bei der Entstehung des Rentenanspruches noch nicht erloschen sind, können in jedem Falle noch mit der Rente verrechnet werden ([Art. 16 Abs. 2 AHVG](#)).
- 10910 Die Forderung muss lauten auf:
- 10911 – AHV-, IV-, EO-, ALV- oder FL-Beiträge aller Art (laufende, nachzuzahlende und abgeschriebene Beiträge, Verwaltungskostenbeiträge, Verzugszinsen);
- 10912 – Rückforderungen von Leistungen der AHV, IV und EO, soweit sie nicht erlassen worden sind;
- 10913 – Rückforderungen von Ergänzungsleistungen gemäss ELG;
- 10914 – Rückforderung von Renten und Taggeldern der obligatorischen Unfallversicherung, der Militärversicherung, der Arbeitslosenversicherung und der vom Bund zugelassenen Krankenkassen;

- 10915 – Beiträge und Leistungsrückzahlungen gemäss dem Bundesgesetz über die Familienzulagen in der Landwirtschaft;
- 10916 – Mahngebühren, Veranlagungskosten, Betriebskosten, Ordnungsbussen;
- 10917 – Schadenersatzansprüche der Ausgleichskassen ([Art. 52 AHVG](#)).

10.10.1.3 Verrechnung verschiedenartiger Forderungen

- 10918 Stehen verschiedenartige Forderungen zur Verrechnung, so sind vorweg die rentenbildenden Beiträge zu decken.

10.10.1.4 Umfang der Verrechnung

- 10919 Die Verrechnung einer Rente bzw. Hilflosenentschädigung ist grundsätzlich nur zulässig, sofern und soweit bei der rückerstattungspflichtigen Person das betriebsrechtliche Existenzminimum nicht unterschritten wird (ZAK 1983 S. 70).
- 10920 1/09 Zur Bestimmung des betriebsrechtlichen Existenzminimums (Notbedarf) vgl. 4. Anhänge: Ziffer 4. der Wegleitung über die Beiträge der Selbständigerwerbenden und Nichterwerbstätigen (WSN) in der AHV, IV und EO.
- 10921 Der gleiche Grundsatz gilt auch bei Nachzahlungen von Leistungen. Für die Prüfung des betriebsrechtlichen Existenzminimums ist in einem solchen Fall diejenige Zeitspanne massgebend, für welche die Nachzahlung bestimmt ist.
- 10922 Die Verrechnung ist hingegen bei der rückwirkenden Ablösung einer Rente durch eine andere in der Regel im vollen Umfang zulässig.

10.10.1.5 Dauer der Verrechnung

- 10923 Rechtskräftig festgelegte Rückerstattungsforderungen sind innerhalb von fünf Jahren zu vollstrecken. Für die Verrechnungbarkeit nicht erloschener Beitragsforderungen gilt [Art. 16 Abs. 2 AHVG](#).

10.10.2 Verfahren

10.10.2.1 Verrechnungsverfügung

- 10924 Die Verrechnung ist der rentenberechtigten Person durch die rentenauszahlende Ausgleichskasse in der Rentenverfügung oder in einer besonderen Verfügung mit Rechtsmittelbelehrung anzuzeigen. Bei IV-Renten obliegt diese Aufgabe der IV-Stelle, welche für den Erlass der Rentenverfügung zuständig ist.

10.10.2.2 Verrechnungsauftrag

- 10925 Zahlt die forderungsberechtigte Ausgleichskasse die Rente nicht selbst aus, so hat sie der rentenauszahlenden Kasse einen schriftlichen Verrechnungsauftrag zu erteilen. Es obliegt der forderungsberechtigten Ausgleichskasse, vorerst abzuklären, ob und in welchem Umfang die Verrechnung zulässig ist, damit das betriebsrechtliche Existenzminimum nicht unterschritten wird.
- 10926 Die beauftragte Kasse muss dem Auftrag Folge geben und die Verrechnung vornehmen.

11. Verschiedene organisatorische Massnahmen und Rentenrekapitulation

11.1 Meldepflicht

11.1.1 Meldepflicht der leistungsberechtigten Person bzw. des Drittempfängers

- 11001 Rentenberechtigte Personen bzw. Drittempfänger, die eine Rente oder Hilflosenentschädigung ausbezahlt erhalten, haben der Ausgleichskasse bzw. der IV-Stelle jede wesentliche Änderung der Verhältnisse gemäss den Hinweisen auf der Rückseite der Verfügung zu melden.

11.1.2 Meldepflicht des Arbeitgebers bei delegierter Auszahlung

- 11002 Erhält ein die Rente bzw. Hilflosenentschädigung auszahlender Arbeitgeber durch Meldung der leistungsberechtigten Person oder von anderer Seite davon Kenntnis, dass ein Anspruch durch Tod, Eheschliessung etc. erloschen ist, dass bei Bezüglern von Invalidenrenten oder Hilflosenentschädigungen Tatsachen eingetreten sind, die eine Änderung des Invaliditäts- oder Hilflosigkeitsgrades nach sich ziehen können, wie z.B. Arbeitsaufnahme und -aufgabe des Invaliden, oder dass eine Rentenzahlung aus anderen Gründen (z.B. Ausreise ins Ausland) nicht vollzogen werden konnte, so hat er dies der Ausgleichskasse unverzüglich zu melden.

1/06 11.2 Informationsfluss zwischen Ausgleichskasse und IV- oder EL-Stelle

- 11003 Erhält die Ausgleichskasse Kenntnis über Sachverhalte einer leistungsberechtigten Person, die auf eine erhebliche Änderung des Invaliditätsgrades (Verbesserung oder Verschlechterung des Gesundheitszustandes, Aufnahme oder Aufgabe der Erwerbstätigkeit, erhebliche Erhöhung oder Verminderung des Erwerbseinkommens, Steigerung der Arbeitsfähigkeit usw.) oder auf eine erhebliche Änderung
- 1/07

der Hilflosigkeit (Verbesserung oder Verschlechterung des Gesundheitszustandes, Angewöhnung an das Gebrechen usw.) hindeuten, so hat sie dies der zuständigen IV-Stelle ohne Verzug mitzuteilen.

- 11004
1/07 Fällt eine Invalidenrente oder eine Hilflosenentschädigung der AHV oder IV wegen des Todes der leistungsberechtigten Person weg, so ist der Tod der invaliden oder hilflosen leistungsberechtigten Person unter Angabe des Todesdatums der zuständigen IV-Stelle bekanntzugeben. War eine IV-Leistung der Quellensteuerpflicht unterworfen, so teilt die zuständige Ausgleichskasse der zuständigen Steuerverwaltung das Erlöschen des Leistungsanspruchs mit.
- 11005
1/07 Adress- und Namensänderungen der leistungsberechtigten Person, Änderungen ihrer Versichertennummer sowie der Wechsel der Ausgleichskasse sind laufend der zuständigen IV-Stelle bekanntzugeben. Gleiches gilt bei Adressänderungen des gesetzlichen Vertreters der leistungsberechtigten Person sowie bei einem Wechsel des gesetzlichen Vertreters oder der den Leistungsberechtigten betreuenden Behörde. Bei quellensteuerpflichtigen Leistungen ist ausserdem die zuständige Steuerbehörde über die Änderungen in Kenntnis zu setzen.
11005.
1
1/06 Wurde einer Ausgleichskasse von einer EL-Stelle schriftlich gemeldet, dass für eine leistungsberechtigte Person eine Ergänzungsleistung ausgerichtet wird, so hat diese die Änderung des Rentenbetrages oder der Hilflosenentschädigung der zuständigen EL-Stelle ohne Verzug und vor dem Erlass der Verfügung schriftlich mitzuteilen. Änderungen anlässlich allgemeiner Rentenanpassungen sind hingegen nicht zu melden. Auch eine erstmalige Zusprache einer Hilflosenentschädigung ist der zuständigen EL-Stelle vor dem Erlass der Verfügung schriftlich mitzuteilen.

11.3 Lebenskontrolle

11.3.1 Im allgemeinen

- 11006 Die Ausgleichskassen haben eine ausreichende Kontrolle darüber zu führen, ob die Leistungsbezüger und ihre Angehörigen leben, und zwar für jede leistungsberechtigte Person, für die eine Einzelrente, Zusatz- oder Kinderrente beansprucht wird.
- 11007 Die Lebenskontrollen erfolgen aufgrund von Angaben, die Leistungsberechtigte, Drittempfänger sowie Arbeitgeber gemäss ihrer Meldepflicht erstatten, ferner aufgrund von rasch erhältlichen laufenden Meldungen amtlicher Stellen (Einwohnerkontrollen, Zweigstellen).
- 11008 Als zusätzliches, die kasseneigenen Massnahmen ergänzendes Kontrollmittel verfügen die Ausgleichskassen über die ihnen durch die ZAS zugestellten Todesfallmeldungen.
- 11009 Als gezielte und allenfalls noch notwendige Kontrollmassnahme im Einzelfall sowie bei den Auslandszahlungen sind Lebensbescheinigungen einzuholen.

11.3.2 Lebensbescheinigung

11.3.2.1 Bei Wohnsitz oder Aufenthalt im Ausland

- 11010 Bei Auslandszahlungen ist von der leistungsberechtigten Person oder ihrem gesetzlichen Vertreter mindestens einmal jährlich eine von der zuständigen Wohnsitzbehörde oder einer dortigen Urkundsperson zu bestätigende Bescheinigung einzuholen. Aus der Lebensbescheinigung muss hervorgehen, dass die namentlich aufgeführten Personen, die Anspruch auf eine Leistung haben oder geben, noch leben.
- 11011 Das gleiche gilt sinngemäss, wenn nur einzelne Familienangehörige im Ausland wohnen oder sich dort aufhalten, die Renten aber in der Schweiz ausbezahlt werden.

- 11012 Bei niedrigen Teilrenten, die nur einmal jährlich ausgerichtet werden, ist die Lebensbescheinigung vor der Auszahlung einzuholen ([Art. 44 AHVG](#)).

11.3.2.2 Verfahrensbestimmungen

- 11013 Für Lebensbescheinigungen in anderen als einer der Landessprachen wende man sich an die Schweizerische Ausgleichskasse, welche allenfalls Textmuster zur Verfügung stellen kann.
- 11014 Erhält die Ausgleichskasse die Lebensbescheinigung nicht innert der festgesetzten Frist zurück, so ist die Auszahlung der Leistung einzustellen.

11.3.2.3 Sonderfall

- 11015 Eine Lebensbescheinigung ist auch einzuholen, wenn sich zusätzlich zu den laufenden Kontrollen eine nähere Abklärung aufdrängt (z.B. bei vermutlichem Todesfall im Ausland).

11.4 Todesfallmeldungen

11.4.1 Meldungen der Zivilstandsämter an die ZAS

- 11101 Die Zivilstandsämter melden der ZAS laufend sämtliche beurkundeten Todesfälle mittels einer Kopie des amtlichen Todesscheines. Die ZAS verarbeitet diese Todesscheine zu Todesfallmeldungen an die Ausgleichskassen.
- 11102 Die Meldungen umfassen alle in der Schweiz eingetretenen Todesfälle von Schweizern, Ausländern und Staatenlosen, d.h. auch solche von Personen, die sich nur vorübergehend in der Schweiz aufhielten.
- 11103 Die im Ausland eingetretenen Todesfälle von Schweizerbürgern sind in der Meldung nur soweit berücksichtigt, als die Zivilstandsämter davon Kenntnis erhalten. Beim Tod

von Auslandschweizern, die als solche bei der zuständigen schweizerischen Auslandsvertretung immatrikuliert waren, ist die Meldung in der Regel gewährleistet.

- 11104 Keine Meldung erfolgt beim Tod eines Ausländers oder Staatenlosen im Ausland, und zwar auch dann nicht, wenn dieser seinen zivilrechtlichen Wohnsitz in der Schweiz hatte.

11.4.2 Meldungen der ZAS an die Ausgleichskassen

11.4.2.1 Inhalt der Meldungen

- 11105 Die ZAS übermittelt die ihr gemeldeten Todesfälle an die Ausgleichskassen weiter, soweit sie aufgrund der Aufzeichnungen in ihrem Rentenregister feststellen kann, dass eine Person mit der gleichen Stammnummer eine Leistung bezieht.
- 11106 Ist unter der betreffenden Stammnummer mehr als eine leistungsberechtigte Person registriert, so kann eine Ausscheidung der nicht betroffenen Leistungen durch die ZAS nur erfolgen, wenn die Personalien gemäss Todesschein mit denjenigen einer in ihrem Rentenregister aufgezeichneten leistungsberechtigten Person genau übereinstimmen.
- 11107 Die Todesfallmeldungen können sich zufolge zeitlicher Überschneidungen auch auf Fälle erstrecken, die von der Ausgleichskasse bereits in Abgang genommen wurden. Trifft dies zu, so trägt die Todesfallmeldung der ZAS an die Ausgleichskasse einen entsprechenden Vermerk.
- 11108 Die den Ausgleichskassen durch die ZAS übermittelten Todesmeldungen enthalten:
- Stammnummer (gebildet aufgrund der Personalien gemäss Todesschein),
 - Namensangaben,
 - Geburtsdatum,

- Heimatort (bis zu 12 Stellen; bei Doppel- und Mehrfachbürgern wird nur der im amtlichen Todesschein an erster Stelle aufgeführte Heimatort angegeben) oder – bei Ausländern und Staatenlosen – Schlüsselzahl des Heimatstaates gemäss Broschüre „Die Schlüsselzahlen der Staaten“ (318.106.11),
- Wohnort (bis zu 15 Stellen),
- Todesmonat und -jahr.
- zuständige Ausgleichskasse,
- Versichertennummer der leistungsberechtigten Person
- 1. ergänzende Versichertennummer,
- Namensangaben gemäss Rentenregister der ZAS,
- Schlüsselzahl der Leistungsart,
- Hinweis, falls die Leistung von der Ausgleichskasse bereits als Abgang gemeldet worden ist.

11.4.2.2 Verfahren

- 11109 Die ZAS meldet die eingehenden Todesfallmeldungen im EDV-Verfahren. Das Verfahren bezüglich die Übermittlung der Todesfallmeldungen durch die ZAS an die Ausgleichskassen richtet sich nach den „Technischen Weisungen“.
- 11110 Die ZAS erstellt zudem monatlich zuhanden der Ausgleichskassen eine Zusammenstellung der Todesfallmeldungen auf Papier.

11.4.3 Verarbeitung der Meldungen durch die Ausgleichskassen

- 11111 Die Ausgleichskasse prüft, ob die als verstorben gemeldete Person identisch ist mit einer Person, die von ihr eine Rente bezieht.
- 11112 Bei der Überprüfung der Identität ist von den Ausgleichskassen folgendes zu beachten:
- 11113 – Wegen der beschränkten Ausscheidungsmöglichkeit durch die ZAS werden den Ausgleichskassen allenfalls

auch leistungsberechtigte Personen gemeldet, die mit der verstorbenen Person nicht identisch sind.

- 11114 – Abweichungen in der Schreibweise der Namen, insbesondere der Vornamen, beim ledigen Namen, beim vorangestellten bisherigen Namen des Ehegatten oder beim Heimatort lassen nicht ohne weiteres den Schluss zu, dass es sich nicht um dieselbe Person handelt.
- 11115 – Bei Bezüglern von Hilflosenentschädigungen, die gleichzeitig eine Rente beziehen, ist die Meldung beider Leistungen nicht in allen Fällen gewährleistet. Nötigenfalls ist die Verbindung zwischen Hilflosenentschädigung und Rente oder umgekehrt herzustellen.
- 11116 – Bei Unklarheiten hat die Ausgleichskasse weitere Abklärungen zu treffen.

11.5 Kontrollen der Ausgleichskassen

11.5.1 Im allgemeinen

- 11117 Die Ausgleichskassen sind verpflichtet, den eingehenden Meldungen, soweit sie die in ihren Aufgabenkreis fallenden Geschäfte betreffen, ohne Verzug Rechnung zu tragen und ihrerseits den Einzelfall zu überwachen.

11.5.2 Adresskontrolle

- 11118 Mindestens alle zwei Jahre haben die Ausgleichskassen eine Kontrolle ihrer Adressbestände durchzuführen.

11.5.3 Bei Renten für Pflegekinder

- 11119 Bei Waisen- und Kinderrenten für Pflegekinder hat sich die Ausgleichskasse in der Regel jährlich zu vergewissern, ob die Pflegekinderbewilligung noch besteht, ob das Pflegeverhältnis vom überlebenden Pflegeelternteil fortgeführt

wird und ob das Pflegekind nicht ganz oder teilweise von den leiblichen Eltern unterhalten wird.

1/09 **11.5.4 Bei der AHV-Zusatzrente für den geschiedenen Ehegatten**

11120 Bei der AHV-Zusatzrente für den geschiedenen Ehegatten
1/09 hat sich die Ausgleichskasse in der Regel jährlich zu vergewissern, ob die Voraussetzungen für diese Leistung noch bestehen.

11121 aufgehoben
1/04

11.5.5 Vermeidung von Doppelauszahlungen

11122 Die Ausgleichskassen treffen die notwendigen Vorkehrungen, damit Doppelauszahlungen innerhalb ihres Rentnerbestandes vermieden werden.

11123 Stellt die ZAS aufgrund des zentralen Rentenregisters fest, dass möglicherweise für dieselbe Person zwei Renten bzw. Hilflosenentschädigungen ausgerichtet werden, so setzt sie die beteiligten Ausgleichskassen davon in Kenntnis.

11.6 Rentenrekapitulation

11.6.1 Im allgemeinen

11201 Jede weggefallene oder ersetzte Leistung ist als Abgang und jede neu zugesprochene Leistung als Zuwachs in die Rentenrekapitulation aufzunehmen. Änderungen und Korrekturen, die keine neue Verfügung erfordern, bleiben bei der Erstellung der Rentenrekapitulation unberücksichtigt.

11202 Die Rentenrekapitulation gibt Auskunft über
– den Bestand an laufenden Renten und Hilflosenentschädigungen zu Beginn und am Ende des Berichtsmonats;

- die Mutationen im Bestand an laufenden Renten und Hilflosenentschädigungen;
- die im Berichtsmonat erbrachten einmaligen Leistungen;
- die im Berichtsmonat auf das entsprechende Konto der Betriebsrechnung zurückgebuchten, endgültig nicht zustellbaren Leistungen;
- die gesamte Leistungsverpflichtung im Berichtsmonat.

11203 Sie ermöglicht damit die Übereinstimmungskontrolle einerseits mit den der ZAS gemeldeten Bestandesmutationen und andererseits mit den in den entsprechenden Konten der Betriebsrechnung ausgewiesenen tatsächlichen Leistungen.

11.6.2 Form und Inhalt

11204 Form und Inhalt der Rentenrekapitulation richten sich nach den „Technischen Weisungen“.

11205 In den einzelnen Rubriken der Rentenrekapitulation werden – getrennt nach Leistungskategorien (ordentliche AHV-Renten, ausserordentliche AHV-Renten, Hilflosenentschädigungen der AHV, ordentliche IV-Renten, ausserordentliche IV-Renten, Hilflosenentschädigungen der IV) – nur die Totalwerte des Berichtsmonats angegeben.

11.6.3 Erstellung der Rentenrekapitulation

11.6.3.1 Verpflichtung am Ende des Vormonats

11206 In Position 1 sind die Werte gemäss Position 6 der Rentenrekapitulation des Vormonats zu übernehmen.

11.6.3.2 Zuwachs

11207 Unter Position 2 sind die Totale der Monatsbeträge aller laufenden Leistungen aufzuführen, die im Berichtsmonat erstmals ausgerichtet wurden.

- 11208 Unter laufenden Leistungen sind Renten und Hilflosenentschädigungen zu verstehen, auf die der Anspruch im Berichtsmonat noch bestand. Leistungen, auf die der Anspruch im Berichtsmonat bereits wieder erloschen ist, sind ausschliesslich als Nachzahlung zu erfassen.
- 11209 Eine Leistung gilt in diesem Zusammenhang als ausgerichtet, wenn sie auf das Post- oder Bankkonto der leistungsberechtigten Person angewiesen oder bar ausbezahlt wurde. Für im gleichen Monat zurückerhaltene Zahlungen gilt dies allerdings nicht, wenn die Leistung noch im gleichen Monat dem entsprechenden Leistungskonto wieder gutgeschrieben wurde, weil der Anspruch bereits in einem früheren Monat erloschen ist oder überhaupt nicht bestand. Ebenso gilt die Leistung als ausgerichtet, wenn diese der berechtigten Person gutgeschrieben wurde (z.B. bei Verrechnung mit einer Rückforderung, Beitragsschuld etc., oder auf Konto 2115 bei vorübergehender Unzustellbarkeit).
- 11210 Position 3 bleibt in der Regel leer. Bei allgemeinen Rentenanpassungen dient sie der betragsmässigen Nachführung der Verpflichtungen. Die dafür erforderlichen Weisungen werden von Fall zu Fall in besonderen Kreisschreiben erteilt.

11.6.3.3 Abgang

- 11211 Unter Position 5 sind die Totale der Monatsbeträge aller Renten und Hilflosenentschädigungen aufzuführen, die im Berichtsmonat erstmals nicht mehr ausgerichtet wurden.

11.6.3.4 Nachzahlungen

- 11212 Unter Position 7 sind die Totalbeträge der Nachzahlungen aufzuführen. Als Nachzahlung gelten grundsätzlich die im Berichtsmonat für frühere Monate ausgerichteten Leistungen.

- 11213 Die im Berichtsmonat erbrachten provisorischen Zahlungen bleiben hingegen bei der Erstellung der Rentenrekapitulation unberücksichtigt. Indessen ist beim Verfügungserlass der volle Nachzahlungsbetrag (ohne Abzug der in den Vormonaten erbrachten provisorischen Zahlungen) in die Rentenrekapitulation aufzunehmen.
- 11214 In Fällen, in denen eine Leistung rückwirkend durch eine andere Leistung abgelöst wird und in denen gegenüber der leistungsberechtigten Person die Nachzahlung der Leistung neuer Art und die bereits erbrachten Leistungen alter Art miteinander verrechnet werden, ist der in die Rentenrekapitulation aufzunehmende Nachzahlungsbetrag verschieden zu ermitteln je nachdem, ob die Brutto- oder die Nettomethode angewendet wird.
- 11215 – *Bruttomethode*: Die Betreffnisse der Leistung neuer Art für die dem Berichtsmonat vorangehenden Monate werden vollumfänglich als Nachzahlung in die Rentenrekapitulation aufgenommen. Dies setzt andererseits voraus, dass der Totalbetrag der zu verrechnenden Leistungen alter Art (einschliesslich derjenigen für den Berichtsmonat) als Rückerstattungsforderung verbucht wird.
- 11216 – *Nettomethode*: Die Betreffnisse der Leistungen neuer Art für die dem Berichtsmonat vorangehenden Monate werden dem Totalbetrag der zu verrechnenden Leistungen alter Art (einschliesslich derjenigen für den Berichtsmonat) gegenübergestellt.
- 11217 Ergibt sich dabei eine Differenz zugunsten der leistungsberechtigten Person, so wird dieser Differenzbetrag als Nachzahlung in die Rentenrekapitulation übernommen.
- 11218 Ergibt sich hingegen eine Differenz zugunsten der Ausgleichskasse, so ist kein Nachzahlungsbetrag in die Rentenrekapitulation aufzunehmen, dafür aber der Differenzbetrag als Rückerstattungsforderung zu verbuchen.

- 11219 Ist keine Differenz zu verzeichnen, so ist weder in die Rentenrekapitulation eine Nachzahlung aufzunehmen noch eine Rückerstattungsforderung zu verbuchen.
- 11220 Bei der Ablösung von AHV-Leistungen durch IV-Leistungen und umgekehrt ist zwingend die Bruttomethode anzuwenden. Bei Ablösungen innerhalb des gleichen Versicherungszweiges (AHV-AHV oder IV-IV) kann wahlweise nach der Brutto- oder nach der Nettomethode vorgegangen werden.

11.6.3.5 Rückbuchung nicht zustellbarer Auszahlungen

- 11221 1/09 Unter Position 10 ist das Total der im Berichtsmonat vom Konto 200.2115 „Nicht zustellbare Auszahlungen“ auf das entsprechende Konto der Betriebsrechnung zurückgebuchten, endgültig nicht zustellbaren Renten und Hilflosenentschädigungen auszuweisen.
- 11222 Rückbuchungen von Leistungen, die den Berichtsmonat betreffen, sind indessen nicht in das Total einzubeziehen. Die Rückbuchung bedingt, dass die entsprechenden Leistungen im gleichen Monat als Abgang erfasst werden.

11.6.3.6 Zeitpunkt der Meldung an die ZAS

- 11223 Die Rentenrekapitulation ist der ZAS im EDV-Verfahren bis zum 20. Tag des dem Berichtsmonat folgenden Monat gemäss den „Technischen Weisungen“ zu übermitteln.

11.6.4 Übereinstimmungskontrollen

- 11224 Der ausgewiesene Zuwachs und Abgang muss mit den Totalen des der ZAS für den gleichen Monat gemeldeten Zuwachses und Abganges übereinstimmen. Bei Abweichungen hat die AK die Begründung bzw. die Art der Behebung in ihren Unterlagen festzuhalten.

- 11225 Das ausgewiesene Total der Leistungen muss mit den tatsächlich erbrachten Leistungen gemäss Monatsausweis für den gleichen Monat übereinstimmen. Abweichungen sind der ZAS in einem separaten Schreiben zu begründen.

11.7 Rentenregister und Vormerknahmen bei Mutationen

11.7.1 Rentenregister

- 11301 Die Ausgleichskasse hat über sämtliche Renten und Hilflosenentschädigungen, die sie selbst oder ein angeschlossener Arbeitgeber auszahlt, ein Register zu führen ([Art. 70 AHVV](#)). Dieses soll über den Namen der leistungsberechtigten Person bzw. des Drittempfängers, die Auszahladresse, Beginn und Ende der Leistung, die Rentenart und den Monatsbetrag der Rente bzw. Hilflosenentschädigung Aufschluss geben.
- 11302 Das Rentenregister ist so zu gestalten, das eine Auslistung der Renten nach bestimmten Kriterien (z.B. Verfügungsmonat, Monat des Anspruchsbeginns, Leistungsart, Sonderfall-Codes, etc.) möglich sein wird. Änderungen sind laufend nachzutragen. Die Ausgleichskassen können weitere Angaben über die Renten wie z.B. die Rentenskala und das massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen im Register vermerken.

11.7.2 Vormerknahmen bei Mutationen

- 11303 Die Ausgleichskasse hat sämtliche voraussehbaren Mutationen (z.B. Erreichen des Rentenalters bei IV-Renten, Beendigung der Ausbildung bei Waisen- und Kinderrenten für 18–25jährige Kinder, von der IV-Stelle vorgesehene Befristung von Leistungen bzw. von befristeten Rentenkürzungen wegen selbstverschuldeter Invalidität) laufend vorzumerken.
- 11304 Stellt die Ausgleichskasse fest, dass möglicherweise der Anspruch auf die bisher ausbezahlte Leistung erlischt, so

hat sie die leistungsberechtigte Person bzw. ihren gesetzlichen Vertreter rechtzeitig auf den bevorstehenden Wegfall der Leistung und auf die Voraussetzungen für den verlängerten Leistungsbezug aufmerksam zu machen.

11.8 Meldungen an die ZAS

11.8.1 Im allgemeinen

- 11305 Die Meldungen sind der ZAS monatlich zu erstatten. Massgebend ist der Berichtsmonat gemäss Rentenrekapitulation. Somit müssen die in der Rentenrekapitulation ausgewiesenen Totale des Zuwachses und des Abgangs mit den Totalen der entsprechenden Meldungen für den gleichen Berichtsmonat übereinstimmen. Der ZAS sind dabei folgende Daten zu melden:
- 11306 – Die Leistungen, die in der Rentenrekapitulation als Zuwachs und als Abgang zu berücksichtigen sind;
- 11307 – Die ausschliesslichen Nachzahlungen, d.h. Leistungen, die in der Rentenrekapitulation nur als Nachzahlung erfasst wurden;
- 11308 – Nachträgliche Änderungen, die laufende Leistungen betreffen.
- 11309 Jede Leistung ist einzeln zu melden. Dies gilt auch dann, wenn bei Rentnerfamilien die Leistungen mit gemeinsamer Verfügung zugesprochen werden.
- 11310 Die Mutationsmeldungen sind der ZAS jeweils bis zum 10. Tag des dem Berichtsmonat folgenden Monats zu übermitteln.

11.8.2 Meldungen über Zuwachs und Abgang

- 11311 Die im Einzelfall erforderlichen Angaben für die Zuwachsmeldung (Code Anwendungsgebiet 44) bzw. die Abgangs-

meldung (Code Anwendungsgebiet 45) sind im Anhang IV aufgeführt.

11.8.3 Ausschliessliche Nachzahlungen

- 11312 Für die Meldung ausschliesslicher Nachzahlungen gelten die gleichen Regeln wie für die Zuwachsmeldungen, wobei aber nebst den für den Zuwachs verlangten Angaben gleichzeitig auch die für den Abgang zusätzlich erforderlichen Angaben (Ende des Anspruchs und Mutationscode) aufgeführt werden.

11.8.4 Änderungsmeldungen

11.8.4.1 Im allgemeinen

- 11313 Unter Änderungen sind sowohl Anpassungen von Angaben infolge veränderter Verhältnisse (z.B. Änderung des Invaliditätsgrades) als auch die Berichtigung von falsch gemeldeten Angaben zu verstehen. Nicht als Änderung in diesem Sinn gilt die Korrektur mangelhafter Meldungen, die von der ZAS noch nicht endgültig verarbeitet werden konnten.
- 11314 Zu melden sind alle Änderungen, die im zentralen Rentenregister gespeicherte Angaben von laufenden Leistungen betreffen, sofern nicht der Erlass einer neuen Verfügung erforderlich ist.
- 11315 Grundsätzlich kann eine Änderung wahlweise im gezielten Verfahren oder durch einen Abgang und einen Zuwachs gemeldet werden. Änderungen der Schlüsselzahl für die Leistungsart und des Monatsbetrages sind indessen ausnahmslos mit einem Abgang und einem Zuwachs zu melden.

11.8.4.2 Gezieltes Verfahren

- 11316 Im gezielten Verfahren hat die Änderungsmeldung in jedem Fall folgende Angaben zu enthalten:
Code Anwendungsgebiet: 46
Code Folgerecord: 01
Nummer der Ausgleichskasse
Nummer der Zweigstelle
Nummer der Meldung
Versichertennummer der leistungsberechtigten Person
Leistungsart
Berichtsmonat
Mutationscode:
– 89, wenn die Versichertennummer der leistungsberechtigten Person geändert werden soll;
– 99, in den übrigen Fällen.
- 11317 Ist die Versichertennummer der leistungsberechtigten Person zu ändern, so wird die bisherige Versichertennummer in Feld „Versichertennummer der leistungsberechtigten Person“ und die neue Versichertennummer in Feld „Neue Versichertennummer der leistungsberechtigten Person“ eingesetzt.
- 11318 Die Änderung der übrigen Angaben (mit Ausnahme der Leistungen und des Monatsbetrages) wird angezeigt, indem zusätzlich zu den Angaben die neu geltenden Angaben im betreffenden Feld eingesetzt werden.
- 11319 Mit der gleichen Meldung können sowohl Änderungen der Versichertennummer als auch alle Änderungen der übrigen Angaben gemeinsam vorgenommen werden; in diesem Fall ist der Mutationscode 89 zu verwenden.
- 11320 Die Änderung von ergänzenden Versichertennummern gilt als Änderung der übrigen Angaben und bedingt den Mutationscode 99, sofern nicht gleichzeitig auch die Versichertennummer der leistungsberechtigten Person ändert.

11.8.4.3 Änderung durch Abgang und Zuwachs

- 11321 Änderungen können auch gemeldet werden, indem die Leistung mit den zu ändernden Angaben in Abgang und gleichzeitig die Leistung mit den geänderten Angaben wieder in Zuwachs genommen wird. Dieses Verfahren ist bei der Änderung der Leistungsart und des Monatsbetrages zwingend.
- 11322 In der Abgangsmeldung ist als Ende des Anspruchs derjenige Monat anzugeben, der dem seinerzeit gemeldeten Anspruchsbeginn unmittelbar vorangeht. Zudem ist ausnahmslos der Mutationscode 77 zu verwenden.
- 11323 In der Zuwachsmeldung ist sodann der ursprüngliche Anspruchsbeginn anzugeben. Zusätzlich ist der Mutationscode 78 einzusetzen.

11.8.4.4 Bestandesänderungen

- 11324 Bestandesänderungen bezwecken die Herstellung der Übereinstimmung zwischen dem tatsächlichen Rentenbestand der Ausgleichskasse und der im zentralen Rentenregister aufgezeichneten Leistungen. Sie verändern nur die Aufzeichnungen im zentralen Rentenregister und beeinflussen daher die Rentenrekapitulation in keiner Weise.
- 11325 Wird festgestellt, dass eine Leistung im zentralen Rentenregister fehlt, so ist eine Zuwachsmeldung nach den allgemeinen Regeln zu erstatten, die mit dem Mutationcode 78 ergänzt wird.
- 11326 Stellt sich heraus, dass eine Leistung zu Unrecht im zentralen Rentenregister aufgezeichnet ist, so ist eine Abgangsmeldung nach den allgemeinen Regeln zu erstatten. Als Anspruchsende ist dabei der Monat anzugeben, in welchem die Leistung erloschen ist.
- 11327 Falls das Anspruchsende nicht mehr festgestellt werden kann oder die Leistung nie im Bestand der Ausgleichskasse war, so ist als Anspruchsende derjenige Monat an-

zugeben, der dem im zentralen Rentenregister aufgezeichneten Anspruchsbeginn unmittelbar vorangeht. Zudem ist ausnahmslos der Mutationscode 77 anzugeben.

- 11328 Ist eine Leistung im zentralen Rentenregister mit einer falschen Leistungsart oder mit einem falschen Monatsbetrag aufgezeichnet, so ist die Leistung mit den zu ändernden Angaben in Abgang und gleichzeitig mit den genauen Angaben wieder in Zuwachs zu nehmen.

11.9 Rückmeldungen an die Ausgleichskasse

11.9.1 Rückmeldungen der ZAS

- 11401 Nach der Verarbeitung der Meldungen durch die ZAS erhält die Ausgleichskasse eine Rückmeldung über die im zentralen Rentenregister vollzogenen Mutationen.
- 11402 Die ZAS teilt den Ausgleichskassen ebenso mit, welche Mutationen noch nicht endgültig verarbeitet werden konnten. Durch eine individuelle Mängelanzeige setzt die ZAS die Ausgleichskassen darüber in Kenntnis, welche Mutationenfälle sie nicht selber bearbeiten kann.
- 11403 Die ZAS meldet die Angaben im EDV-Verfahren. Hinsichtlich Inhalt und Aufbau des Datenrecords gelten die „Technischen Weisungen“.

11.9.2 Überprüfung und Verarbeitung der Rückmeldungen der ZAS durch die Ausgleichskasse

11.9.2.1 Vollständigkeitsprüfung

- 11404 Die Ausgleichskasse prüft, ob alle von ihr gemeldeten Mutationen und Änderungen durch die ZAS bearbeitet worden sind.
- 11405 Trifft dies nicht zu, so ist der Fall durch Rückfrage beim Renten-Kontrollbüro der ZAS abzuklären.

11.9.2.2 Verarbeitung von Mängelanzeigen

- 11406 Für Fälle, in denen die ZAS eine Mängelanzeige erstellt hat, sind die richtigen Angaben auf der Mängelanzeige zu vermerken. Das Original der Mängelanzeige ist an das Kontrollbüro der ZAS zurückzusenden, die Kopie wird zu den Rentenakten gelegt. Das gleiche gilt für Fälle, die vorerst mit dem Vermerk *noch in Behandlung* gemeldet wurden und für die die ZAS nachträglich noch eine Mängelanzeige zustellt.
- 11407 Ergibt indessen die Prüfung, dass der leistungsberechtigten Person eine falsche Leistungsart oder ein falscher Monatsbetrag zugesprochen wurde, so ist die Mängelanzeige zu vernichten, die Leistung im nächsten Berichtsmonat als ungültig in Abgang zu nehmen (Ende des Anspruchs = Monat, der dem gemeldeten Anspruchsbeginn unmittelbar vorangeht; Mutationscode = 08), neu zu verfügen und die neu verfügte Leistung wiederum als Zuwachs zu melden.
- 11408 Die übrigen Fälle sind solange pendent zu halten, bis sie zu einem späteren für den betreffenden Berichtsmonat durch die ZAS als in Ordnung gemeldet werden.
- 11409 Pendente Meldungen, die – gerechnet vom Datum der entsprechenden Nach- oder Korrekturmeldung an – nach drei Monaten durch die ZAS immer noch nicht erledigt sind, sind von der Ausgleichskasse durch Rückfrage beim Rentenkontrollbüro erneut aufzugreifen.

11.9.3 Verarbeitung der Nachmeldungen und Korrekturen durch die ZAS

- 11410 Für die von der Ausgleichskasse nachgemeldeten oder durch Rücksendung der Mängelanzeige korrigierten Fälle sowie für die von der ZAS selber bereinigten Meldungen wird beim nächsten Verarbeitungslauf von der ZAS je Berichtsmonat wiederum eine Meldung erstellt.

11.9.4 Schlusskontrolle

- 11411 Die Ausgleichskasse hat sich zu vergewissern, dass alle Zuwachs- und Abgangsmeldungen von der ZAS verarbeitet wurden. Dies ist erst der Fall, wenn die Additionen aller Totale des Zuwachses bzw. Abganges je Leistungskategorie eines Monats mit den entsprechenden Positionen der Rentenrekapitulation für den gleichen Monat übereinstimmen. Abweichungen können sich allerdings in Fällen gemäss Rz 11407 ergeben, weil die falsche Rente weder als Zuwachs noch als Abgang in einer Meldung erscheint. Zuhanden des Revisionsorgans sind die Gründe solcher Abweichungen in geeigneter Weise festzuhalten.

11.10 Schlussbestimmungen

11.10.1 Inkrafttreten

- 11501 Die vorliegende Wegleitung tritt ab 1. Januar 2003 in Kraft.

11.10.2 Aufhebung früherer Weisungen

- 11502 Mit dem Inkrafttreten der neuen Wegleitung wird aufgehoben: Wegleitung über die Renten, gültig ab 1. Januar 1997, inklusive
- Nachtrag 1, gültig ab 1. Januar 1998
 - Nachtrag 2, gültig ab 1. Januar 1999
 - Nachtrag 3, gültig ab 1. Januar 2000
 - Nachtrag 4, gültig ab 1. Januar 2001
 - Nachtrag 5, gültig ab 1. Januar 2002
- 11503 Die materiellen Bestimmungen der aufgehobenen Weisungen behalten ihre Gültigkeit für Rückforderungen und Nachzahlungen, die in die Zeit vor dem Inkrafttreten zurückreichen.

Anhang I

1/09

1. Erfüllung der Mindestbeitragspflicht

Ob für einen Zeitabschnitt, während welchem eine Person *versichert und beitragspflichtig* war, der entsprechende Mindestbeitrag entrichtet worden ist bzw. für welchen Zeitraum die Beitragspflicht als erfüllt gilt, ist wie folgt festzustellen (bei Jugendlichen siehe jedoch Rz 5320).

2. Kalenderjahre, für welche im IK Einkommen aufgezeichnet wurden**2.1 Unselbständigerwerbende****2.1.1 Einfacher Mindestbeitrag**

Jahre	Einkommen gemäss IK											
	bis und mit Fr.											ab Fr.
1948–1968	25	50	75	100	125	150	175	200	225	250	275	276
1969–1972	64	129	193	258	322	387	451	516	580	645	709	710
1973–1978	83	166	250	333	416	500	583	666	750	833	916	917
1979–1981	166	333	500	666	833	1000	1166	1333	1500	1666	1833	1834
1982–1985	208	416	625	833	1041	1250	1458	1666	1875	2083	2291	2292
1986–1989	250	500	750	1000	1250	1500	1750	2000	2250	2500	2750	2751
1990–1991	267	534	801	1068	1335	1602	1869	2136	2403	2670	2937	2938
1992–1995	297	594	891	1188	1485	1782	2079	2376	2673	2970	3267	3268
1996–2002	322	644	966	1288	1610	1932	2254	2576	2898	3220	3542	3543
2003–2006	351	702	1053	1404	1755	2106	2457	2808	3159	3510	3861	3862
2007–2008	367	734	1101	1468	1835	2202	2569	2936	3303	3670	4037	4038
2009	380	760	1140	1520	1900	2280	2660	3040	3420	3800	4180	4181
Beitragspflicht erfüllt für .. Monate	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12

2.1.2 Doppelter Mindestbeitrag

Zeitabschnitte, für welche die Beiträge während der Ehe gemäss [Art. 3 Abs. 3 AHVG](#) als bezahlt gelten, werden für den nichterwerbstätigen Ehegatten wie folgt ermittelt. Ausgehend vom IK-Eintrag des erwerbstätigen Ehegatten, ist dem nichterwerbstätigen Ehegatten die Beitragsdauer gemäss nachstehender Tabelle anzurechnen.

Beispiel:

Der erwerbstätige Ehegatte hat für das Jahr 1996 einen IK-Eintrag von 6000 Franken. Dem nichterwerbstätigen Ehegatten können folglich 10 Monate angerechnet werden.

Jahre	Einkommen gemäss IK											
	bis und mit Fr.											ab Fr.
1948–1968	50	100	150	200	250	300	350	400	450	500	550	551
1969–1972	128	258	386	516	644	774	902	1032	1160	1290	1418	1419
1973–1978	166	332	500	666	832	1000	1166	1332	1500	1666	1832	1833
1979–1981	332	666	1000	1332	1666	2000	2332	2666	3000	3332	3666	3667
1982–1985	416	832	1250	1666	2082	2500	2916	3332	3750	4166	4582	4583
1986–1989	500	1000	1500	2000	2500	3000	3500	4000	4500	5000	5500	5501
1990–1991	535	1070	1605	2140	2675	3210	3745	4280	4815	5350	5885	5886
1992–1995	594	1188	1782	2376	2970	3564	4158	4752	5346	5940	6534	6535
1996–2002	644	1288	1932	2576	3220	3864	4508	5152	5796	6440	7084	7085
2003–2006	701	1402	2103	2804	3505	4206	4907	5608	6309	7010	7711	7712
2007–2008	734	1468	2202	2936	3670	4404	5138	5872	6606	7340	8074	8075
2009	759	1518	2277	3036	3795	4554	5313	6072	6831	7590	8349	8350
Beitragspflicht erfüllt für .. Monate	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12

2.2 Nichterwerbstätige

Jahre	Einkommen gemäss IK											
	bis und mit Fr.											ab Fr.
1948–1968	25	50	75	100	125	150	175	200	225	250	275	276
1969–1972	67	134	201	268	335	402	469	536	603	670	737	738
1973–1978	83	166	249	332	415	498	581	664	747	830	913	914
1979–1981	167	334	501	668	835	1002	1169	1336	1503	1670	1837	1838
1982–1985	208	416	624	832	1040	1248	1456	1664	1872	2080	2288	2289
1986–1989	250	500	750	1000	1250	1500	1750	2000	2250	2500	2750	2751
1990–1991	267	534	801	1068	1335	1602	1869	2136	2403	2670	2937	2938
1992–1995	297	594	891	1188	1485	1782	2079	2376	2673	2970	3267	3268
1996–2002	322	644	966	1288	1610	1932	2254	2576	2898	3220	3542	3543
2003–2006	351	702	1053	1404	1755	2106	2457	2808	3159	3510	3861	3862
2007–2008	367	734	1101	1468	1835	2202	2569	2936	3303	3670	4037	4038
2009	380	760	1140	1520	1900	2280	2660	3040	3420	3800	4180	4181
Beitrags- pflicht er- füllt für .. Monate	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12

2.3 Selbständigerwerbende und Arbeitnehmer ohne beitragspflichtigen Arbeitgeber

Wegen der sinkenden Beitragsskala ist bei der Abklärung über die Erfüllung der Mindestbeitragspflicht allenfalls in zwei Schritten wie folgt vorzugehen:

Sind im IK mindestens die nachfolgenden Einkommen eingetragen, so ist die *jährliche Mindestbeitragspflicht* – im Falle unterjähriger Versicherungs- und Beitragspflicht die Beitragspflicht für die entsprechenden Monate – in jedem Fall erfüllt:

2.3.1 Einfacher Mindestbeitrag

Jahre	Einkommen gemäss IK von Fr. ... und mehr
1948–1968	551
1969–1972	1 412
1973–1975	1 834
1976–1978	1 788
1979–1981	3 631
1982–1985	4 529
1986–1989	5 435
1990–1991	5 809
1992–1995	6 458
1996–2002	6 986
2003–2006	7 613
2007–2008	7 976
2009	8 240

Unterschreiten die im IK eingetragenen Einkommen die oben aufgeführten Grenzwerte, so ist bei der für den Beitragsbezug zuständigen Ausgleichskasse der für das einzelne Kalenderjahr tatsächlich bezahlte AHV- (bis 1959) bzw. AHV/IV/EO-Beitrag (ab 1960) zu erfragen und gestützt darauf anhand der nachfolgenden Tabelle die Anzahl der Monate, für die die Beitragspflicht als erfüllt gilt, zu ermitteln (es ist durchaus möglich, dass trotz Unterschreitung der Grenzwerte gemäss obiger Tabelle anhand der nachstehenden Tabelle die jährliche Mindestbeitragspflicht als erfüllt gilt).

Jahre	Bezahlter Beitrag												
	Art	bis und mit Fr.											ab Fr.
1948–1959	AHV	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1960–1968	AHV/IV/EO	1	2	3	4	6	7	8	9	10	12	13	14
1969–1972	AHV/IV/EO	4	8	12	16	20	24	28	32	36	40	44	45
1973–1975	AHV/IV/EO	7	15	22	30	37	45	52	60	67	75	82	83
1976–1978	AHV/IV/EO	8	16	25	33	41	50	58	66	75	83	91	92
1979–1981	AHV/IV/EO	16	33	50	66	83	100	116	133	150	166	183	184
1982–1985	AHV/IV/EO	20	41	62	83	104	125	145	166	187	208	229	230
1986–1989	AHV/IV/EO	25	50	75	100	125	150	175	200	225	250	275	276
1990–1991	AHV/IV/EO	27	54	81	108	135	162	189	216	243	270	297	298
1992–1995	AHV/IV/EO	30	60	90	120	150	180	210	240	270	300	330	331
1996–2002	AHV/IV/EO	32	65	97	130	162	195	227	260	292	325	357	358
2003–2006	AHV/IV/EO	35	70	106	141	177	212	247	283	318	354	389	390
2007–2008	AHV/IV/EO	37	74	111	148	185	222	259	296	333	370	407	408
2009	AHV/IV/EO	38	76	115	153	191	230	268	306	345	383	421	422
Beitragspflicht erfüllt für .. Monate		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12

2.3.2 Doppelter Mindestbeitrag

Für die Ermittlung der Beitragsdauer des nichterwerbstätigen Ehegatten einer selbständigerwerbenden Person ist analog 2.1.2 vorzugehen.

Jahre	Einkommen gemäss IK von Fr. ... und mehr
1948–1953	1 013
1954–1968	1 101
1969–1972	2 751
1973–1978	3 576
1979–1981	7 239
1982–1983	8 801
1984–1985	8 988
1986–1989	10 638
1990–1991	11 364
1992–1995	12 563
1996–2002	13 663
2003–2006	14 851
2007–2008	15 588
2009	16 138

Jahre	Bezahlter Beitrag												
	Art	bis und mit Fr.											ab Fr.
1948–1959	AHV	2	4	6	8	10	12	14	16	18	20	22	23
1960–1968	AHV/IV/EO	2	4	6	8	12	14	16	18	20	24	26	27
1969–1972	AHV/IV/EO	8	16	24	32	40	48	56	64	72	80	88	89
1973–1975	AHV/IV/EO	14	30	44	60	74	90	104	120	134	150	164	165
1976–1978	AHV/IV/EO	16	32	50	66	82	100	116	132	150	166	182	183
1979–1981	AHV/IV/EO	32	66	100	132	166	200	232	266	300	332	366	367
1982–1985	AHV/IV/EO	40	82	124	166	208	250	290	332	374	416	458	459
1986–1989	AHV/IV/EO	50	100	150	200	250	300	350	400	450	500	550	551
1990–1991	AHV/IV/EO	54	108	162	216	270	324	378	432	486	540	594	595
1992–1995	AHV/IV/EO	60	120	180	240	300	360	420	480	540	600	660	661
1996–2002	AHV/IV/EO	65	130	195	260	325	390	455	520	585	650	715	716
2003–2006	AHV/IV/EO	70	141	212	283	354	425	495	566	637	708	779	780
2007–2008	AHV/IV/EO	74	148	222	296	370	445	519	593	667	741	815	816
2009	AHV/IV/EO	76	153	230	306	383	460	536	613	690	766	843	844
Beitrags- pflicht er- füllt für .. Monate		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12

Anhang II

Abtretung von Rentenfällen von EL-Bezügern an die kantonale Ausgleichskasse des Wohnsitzkantons

([Art. 125 Bst. d AHVV](#); Rz 2034; Kreisschreiben an die AHV-Ausgleichskassen vom 30. September 1985)

1. Die Übernahme von Rentenfällen von EL-Bezügern wurde sämtlichen kantonalen Ausgleichskassen bewilligt.

2. Ausgleichskassen und Zweigstellen, die ihr Einverständnis zur Abtretung von Rentenfällen von EL-Bezügern *nicht* erklärt haben

Nummer	Kurzbezeichnung	Sitz
31	Coop	Basel
35	Chemie	Basel
40	Volkswirtschaftsbund	Basel
59	CICICAM	Neuchâtel
66.1	Entrepreneurs – Agence vaudoise	Tolochenaz
69	Transport	Bern
71	Gross- und Transithandel	Reinach
79	Spida	Zürich
89	Banken	Zürich
95	EXFOUR	Basel
106	FRSP-CIRAV	Genève
106.1	– Agence FRSP-CIAM	Genève
106.2	– Agence FRSP-CIFA	Fribourg
106.3	– Agence FRSP-CIGA	Bulle
106.4	– Agence FRSP-CIAN	Neuchâtel
106.5	– Agence FRSP-CIAB	Porrentruy
106.7	– Agence FRSP-VALAIS	Sion
109	Industries vaudoises	Lausanne
110	Patrons vaudois	Lausanne
111	MEROBA	Genève
111.1	– Agence de Lausanne	Lausanne
111.2	– Agence de Sion	Sion
114	AGEBAL	Basel

Anhang III

1/09

Ansätze zur Bestimmung des Unterhaltsbedarfes für Kinder

Erläuterungen

1. Die massgebenden Ansätze des EVG entsprechen den Beträgen der von H. Winzeler (Die Bemessung der Unterhaltsbeiträge für Kinder, Diss. Zürich 1974) ermittelten Werte (ZAK 1978 S. 311). Bei den angegebenen Werten handelt es sich um die ungekürzten Ansätze (s. AHV-Mitteilung Nr. 32).
2. Seit 1988 werden die Unterhaltsansätze jeweils im gleichen Zeitpunkt wie die Renten und im gleichen Ausmass der Lohn- und Preisentwicklung angepasst.
3. Die Ansätze sind in den folgenden Fällen anzuwenden:
 - a. der halbe Ansatz zur Prüfung, ob der geschiedene Elternteil für die ihm zugesprochenen Kinder überwiegend aufkommt und daher eine Zusatzrente zur Rente des geschiedenen Ehegatten ausgerichtet werden kann;
 - b. der Viertelsansatz zur Bestimmung der Unentgeltlichkeit eines Pflegeverhältnisses (Rz 3309 ff.).

		Massgebende Ansätze gemäss EVG gültig für den halben Ansatz					Massgebende Ansätze gemäss EVG gültig für den Viertelsansatz				
		2001	2003	2005	2007	2009	2001	2003	2005	2007	2009
Einzelnes Kind	bis 6.	658	674	687	705	728	329	337	343	353	364
	7.–12.	700	717	731	751	775	350	358	365	375	387
	13.–16.	700	717	731	751	775	350	358	365	375	387
	17. u. älter	802	822	837	860	888	401	411	419	430	444
Eines von zwei Kindern	bis 6.	551	564	575	591	610	276	282	288	296	305
	7.–12.	597	611	623	640	661	298	306	312	320	330
	13.–16.	605	619	631	649	669	302	310	316	324	335
	17. u. älter	677	693	707	726	749	339	347	353	363	375
Eines von drei Kindern	bis 6.	498	510	520	534	551	249	255	260	267	276
	7.–12.	525	537	548	563	581	262	269	274	281	290
	13.–16.	533	545	556	571	589	266	273	278	286	295
	17. u. älter	608	623	635	653	673	304	311	317	326	337
Eines von vier oder mehr Kindern	bis 6.	460	471	480	494	509	230	236	240	247	255
	7.–12.	495	506	516	531	547	247	253	258	265	274
	13.–16.	495	506	516	531	547	247	253	258	265	274
	17. u. älter	559	572	583	600	619	280	286	292	300	309

Anhang IV

Der Inhalt der einzelnen Meldungen

1. Der materielle Inhalt der einzelnen Felder

1/09

Element	Inhalt und Erläuterungen
Zuwachsmeldung O10_Type	<i>Bisheriger Code Anwendungsgebiet</i> 44 = Zuwachsmeldung
Abgangsmeldung_ Type	45 = Abgangsmeldung
Aenderungsmeldu ngO10_Type	46 = Änderungsmeldung
KasseZweigstelle	<i>Nummer der Ausgleichskasse</i> gemäss offiziellem Adressverzeichnis (318.109) <i>Nummer der Zweigstelle</i> gemäss offiziellem Adressverzeichnis (318.109), wenn nur Hauptsitz: 000
Meldungsnummer	<i>Nummer der Meldung</i> Von der Ausgleichskasse zu bestimmende Laufnummer. Sie dient der Identifizierung der Meldung.
KasseneigenerHin weis	<i>Kasseneigener Hinweis</i> Dieses Feld steht der Ausgleichskasse für interne Be- dürfnisse (Angabe der Abteilung, des Sachbearbeiters usw.) frei zur Verfügung. Die hier gemachten Angaben werden in den Rückmeldungen der ZAS wiederholt.
Versichertennumm er	<i>Versichertennummer der leistungsberechtigten Person</i> Als leistungsberechtigte Person ist die Person zu ver- stehen, für die die einzelne Leistung ausgerichtet wird.
VNr1Ergaenzend	<i>1. ergänzende Versichertennummer</i>
VNr2Ergaenzend	<i>2. ergänzende Versichertennummer.</i>
GeaenderteVersic hertennummer	<i>Neue Versichertennummer der leistungsberechtigten Person</i>

Element	Inhalt und Erläuterungen																											
Zivilstand	<p><i>Zivilstand</i> Zivilstand der leistungsberechtigten Person (leistungsberechtigte Person im Sinne der Erläuterungen zu Feld 7)</p> <p>1 = ledig 2 = verheiratet 3 = verwitwet 4 = geschieden 5 = richterlich getrennt (nur bei rentenberechtigten Ehepaaren, bei denen die Plafonierung entfällt. 6 = eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare 7 = gerichtlich aufgelöste Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare 8 = durch Tod aufgelöste Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare 9 = richterlich getrennte Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare (nur bei rentenberechtigten eingetragenen Partnerschaften, bei denen die Plafonierung entfällt)</p>																											
IstFluechtling	<p><i>Flüchtling</i> Flüchtling oder Staatenloser im Sinne des FlÜB?</p> <p>0 = Nein 1 = ja</p>																											
WohnkantonStaat	<p><i>Wohnkanton bzw. -staat</i> Es ist stets der aktuelle Wohnkanton bzw. -staat aufzuführen</p> <p><i>in der Schweiz</i></p> <table data-bbox="544 1442 1348 1771"> <tr> <td>001 Zürich</td> <td>010 Freiburg</td> <td>019 Aargau</td> </tr> <tr> <td>002 Bern</td> <td>011 Solothurn</td> <td>020 Thurgau</td> </tr> <tr> <td>003 Luzern</td> <td>012 Basel-Stadt</td> <td>021 Tessin</td> </tr> <tr> <td>004 Uri</td> <td>013 Basel-Land</td> <td>022 Waadt</td> </tr> <tr> <td>005 Schwyz</td> <td>014 Schaffhausen</td> <td>023 Wallis</td> </tr> <tr> <td>006 Obwalden</td> <td>015 Appenzell A. Rh</td> <td>024 Neuenburg</td> </tr> <tr> <td>007 Nidwalden</td> <td>016 Appenzell I. Rh</td> <td>025 Genf</td> </tr> <tr> <td>008 Glarus</td> <td>017 St. Gallen</td> <td>050 Jura</td> </tr> <tr> <td>009 Zug</td> <td>018 Graubünden</td> <td></td> </tr> </table> <p><i>im Ausland</i> (betrifft nur die Schweizerische Ausgleichskasse) Gemäss „Die Schlüsselzahlen der Staaten“ (318.106.11)</p>	001 Zürich	010 Freiburg	019 Aargau	002 Bern	011 Solothurn	020 Thurgau	003 Luzern	012 Basel-Stadt	021 Tessin	004 Uri	013 Basel-Land	022 Waadt	005 Schwyz	014 Schaffhausen	023 Wallis	006 Obwalden	015 Appenzell A. Rh	024 Neuenburg	007 Nidwalden	016 Appenzell I. Rh	025 Genf	008 Glarus	017 St. Gallen	050 Jura	009 Zug	018 Graubünden	
001 Zürich	010 Freiburg	019 Aargau																										
002 Bern	011 Solothurn	020 Thurgau																										
003 Luzern	012 Basel-Stadt	021 Tessin																										
004 Uri	013 Basel-Land	022 Waadt																										
005 Schwyz	014 Schaffhausen	023 Wallis																										
006 Obwalden	015 Appenzell A. Rh	024 Neuenburg																										
007 Nidwalden	016 Appenzell I. Rh	025 Genf																										
008 Glarus	017 St. Gallen	050 Jura																										
009 Zug	018 Graubünden																											

Element	Inhalt und Erläuterungen		
Leistungsart	Leistungsarten		
	ordentliche	ausserordentliche	
	10	20*	<i>AHV-Rente</i>
	13	23	Altersrente
	14	24	Witwen-/Witwerrente
	15	25	Waisenrente (Vater)
	16	26	Waisenrente (Mutter)
	33		Waisenrente 60%
	34		Zusatzrente für den Ehegatten
	35	45*	Kinderrente (zur Rente des Vaters)
		Kinderrente (zur Rente der Mutter)	
		<i>IV-Renten</i>	
50	70	Invalidenrente	
54	74	Kinderrente (zur Rente der Vaters)	
55	75	Kinderrente (zur Rente der Mutter)	
AHV	IV		
85	81	<i>Hilflosenentschädigungen zu Hause</i>	
86	82	bei Hilflosigkeit leichten Grades	
87	83	bei Hilflosigkeit mittleren Grades	
	84	bei Hilflosigkeit schweren Grades	
	84	bei Hilflosigkeit leichten Grades und lebenspraktischer Begleitung	
	88	bei Hilflosigkeit mittleren Grades und lebenspraktischer Begleitung	
		<i>Hilflosenentschädigungen zu Hause und im Heim</i>	
95	91	bei Hilflosigkeit leichten Grades	
96	92	bei Hilflosigkeit mittleren Grades	
97	93	bei Hilflosigkeit schweren Grades	

Element	Inhalt und Erläuterungen
	<p>*Diese Leistungsart kann nur noch für Ehefrauen entstehen. Die Frau muss dabei schon eine ausserordentliche IV-Rente ohne Einkommensgrenze bezogen haben, weil der Ehemann eine vollständige Beitragsdauer ausgewiesen hatte. Beim Erreichen des Rentenalters ist für die Frau der Rentenbetrag der IV garantiert.</p>
Anspruchsbeginn	<p><i>Anspruchsbeginn</i> Monat (01–12) und Jahr (letzte zwei Stellen) des Anspruchsbeginns gemäss Verfügung</p>
Monatsbetrag	<p><i>Monatsbetrag der Leistung</i> Gemäss Verfügung, in Franken einschliesslich</p> <ul style="list-style-type: none"> – Vorbezugskürzung – Aufschubzuschlag – Plafonierungskürzung – Differenzbetrag gemäss Abkommen (F) – Verwitwetenzuschlag – Kürzung der Kinderrenten wegen Überversicherung
Anspruchsende	<p><i>Ende des Anspruchs</i> Monat (01–12) und Jahr (letzte zwei Stellen) für welche die Leistung letztmals rechtmässig beansprucht werden konnte.</p>
Berichtsmonat	<p><i>Berichtsmonat</i> Bei regulären Zuwachs- und Abgangsmeldungen Monat (01–12) und Jahr (letzte zwei Stellen) der entsprechenden Rentenrekapitulation. Bei Änderungsmeldungen Monat und Jahr der Bearbeitung.</p>
Mutationscode	<p><i>Mutationscode</i></p> <ul style="list-style-type: none"> – Zuwachsmeldungen: kein Code – Abgangsmeldungen: <ol style="list-style-type: none"> 1 Tod der berechtigten Person* 2 Änderung im Zivilstand der leistungsberechtigten Person* (Heirat, Verwitwung, Scheidung)

Element	Inhalt und Erläuterungen
	<p>*Als Berechtigte gelten nur die Personen, die Anspruch auf eine Alters-, Witwen-, Witwer-, Waisen- oder Invalidenrente oder auf eine Hilflosenentschädigung haben, nicht aber Ehegatten und Kinder, die lediglich den Anspruch auf eine Zusatzrente oder Kinderrente begründen. Für letztere ist die Mutationsart mit der Schlüsselzahl 7 zu bezeichnen.</p> <p>3 Erreichen der für die Leistung ausschlaggebenden Altersgrenze (Waise wird 18 bzw. 25 Jahre alt, über 18jährige Waise beendet Ausbildung; bei Witwerrenten, jüngste Waise wird 18 Jahre alt)</p> <p>4 Umwandlung einer ganzen in eine Dreiviertels-, halbe oder Viertelsrente und umgekehrt</p> <p>5 Umwandlung einer IV-Leistung in eine AHV-Leistung bzw. Ablösung der Witwen-/Witwerrente durch die höhere IV-Rente</p> <p>6 Wegfall der leistungsbegründenden Invalidität oder Hilflosigkeit</p> <p>7 Ursachen, welche die Angehörigen der leistungsberechtigten Person betreffen</p> <ul style="list-style-type: none"> – Ehegatte wird ebenfalls rentenberechtigt (Splitting, Plafonierung) – Tod des Ehegatten (Entplafonierung, Verwitwenzuschlag) – Wegfall der Kinderrente <ul style="list-style-type: none"> – wegen Erreichens des 18. bzw. 25. Altersjahres – Tod des Kindes – Adoption des Kindes <p>8 Übrige Ursachen (z.B. Kassenwechsel, Verlegung des Wohnsitzes ins Ausland)</p> <p>– Änderungsmeldungen: Gemäss Rz 11313</p>
Skala	<i>Rentenskala</i> gemäss Verfügung
BeitragsdauerVor1 973	<i>Beitragsdauer für Rentenskala, vor 1973</i> gemäss Rz 5052 ff. in Jahren und Monaten (je 2 Stellen)
BeitragsdauerAb1 973	<i>Beitragsdauer für Rentenskala, ab 1973</i> gemäss Rz 5052 ff. in Jahren und Monaten (je 2 Stellen)

Element	Inhalt und Erläuterungen
AnrechnungVor1973FehlenderBeitragsmonate	<i>Anrechnung fehlender Beitragsmonate in den Jahren 1948–72</i> gemäss Rz 5045 ff.
AnrechnungAb1973bis1978FehlenderBeitragsmonate	<i>Anrechnung fehlender Beitragsmonate in den Jahren 1973–78</i> gemäss Rz 5045 ff.
BeitragsjahreJahrgang	<i>Beitragsjahre des Jahrganges</i> gemäss Jahrgangstabelle, in Jahren Ist der Versicherungsfall eingetreten, bevor der Jahrgang der leistungsauslösenden Person während eines vollen Jahres der Beitragspflicht unterstand (gemäss Jahrgangstabelle = 0 Jahre), so ist gleichwohl eine Beitragsdauer von 01 Jahre einzusetzen.
Durchschnittliches Jahreseinkommen	<i>Massgebendes durchschnittliches Jahreseinkommen</i> gemäss Verfügung, in Franken
GesplitteteEinkommen	<i>Code gesplittete Einkommen</i> 0 = nein 1 = ja Dieser Code ist bei allen Renten, die aufgrund von geteilten Einkommen festgesetzt wurden, auf 1 zu setzen.
BeitragsdauerDurchschnittlichesJahreseinkommen	<i>Beitragsdauer für durchschnittliches Jahreseinkommen</i> Die für die Ermittlung der Durchschnitte aus Erwerbseinkommen, Erziehungs- und Betreuungsgutschriften anrechenbare Beitragsdauer gemäss Verfügung, in Jahren und Monaten (je 2 Stellen).
Niveaujahr	<i>Niveaujahr</i> Letzte zwei Stellen des Niveaujahres Als Niveaujahr gilt <ul style="list-style-type: none"> – bei neu entstehenden Renten das Kalenderjahr, in welchem der Versicherungsfall eingetreten ist (z.B. für leistungsberechtigte Person, die im Dezember 2003 das Rentenalter erreicht, gilt Niveaujahr 03 – bei mutierten Renten das Kalenderjahr, in welchem erstmals der Versicherungsfall für die entsprechende Rente eingetreten ist (z.B. wenn der andere Ehegatte ebenfalls rentenberechtigt wird, gilt für den erstrentenberechtigten Ehegatten das Niveaujahr seines eigenen Versicherungsfalls)

Element	Inhalt und Erläuterungen																											
Anzahl Erziehungsgutschrift	<p>– bei Verwirkung infolge Verjährung das Kalenderjahr, in welchem der Versicherungsfall eingetreten ist</p> <p><i>Anzahl Jahre mit Erziehungsgutschriften</i> Die anrechenbaren Gutschriften sind stets auf ganze Gutschriften umzurechnen. Beispielsweise können während 21 Jahren halbe Gutschriften angerechnet werden. Diese werden mit 1050 angegeben.</p>																											
Anzahl Betreuungsgutschrift	<p><i>Anzahl Jahre mit Betreuungsgutschriften</i> Die anrechenbaren Gutschriften sind stets auf ganze Gutschriften umzurechnen. Bruchteile sind wie folgt zu runden $1/3 = 34$ $2/3 = 67$ Beispielsweise können während 11 Jahren Drittelsgutschriften angerechnet werden. Diese werden mit 0367 angegeben.</p>																											
Anzahl Übergangsgutschrift	<p><i>Anzahl Jahre mit Übergangsgutschriften</i> Die anrechenbaren Übergangsgutschriften sind in ganze Gutschriften umzurechnen. 1 Jahr = 05 2 Jahre = 10 3 Jahre = 15 usw.</p>																											
IV-Stelle	<p><i>Zuständige IV-Stelle – leistungsauslösende Person</i></p> <p>– <i>IV-Stellen der Kantone</i></p> <table data-bbox="544 1406 1348 1733"> <tbody> <tr> <td>301 Zürich</td> <td>310 Freiburg</td> <td>319 Aargau</td> </tr> <tr> <td>302 Bern</td> <td>311 Solothurn</td> <td>320 Thurgau</td> </tr> <tr> <td>303 Luzern</td> <td>312 Basel-Stadt</td> <td>321 Tessin</td> </tr> <tr> <td>304 Uri</td> <td>313 Basel-Land</td> <td>322 Waadt</td> </tr> <tr> <td>305 Schwyz</td> <td>314 Schaffhausen</td> <td>323 Wallis</td> </tr> <tr> <td>306 Obwalden</td> <td>315 Appenzell A. Rh</td> <td>324 Neuenburg</td> </tr> <tr> <td>307 Nidwalden</td> <td>316 Appenzell I. Rh</td> <td>325 Genf</td> </tr> <tr> <td>308 Glarus</td> <td>317 St. Gallen</td> <td>350 Jura</td> </tr> <tr> <td>309 Zug</td> <td>318 Graubünden</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p>– <i>IV-Stelle des Bundes</i> 327 IV-Stelle für versicherte Personen im Ausland</p>	301 Zürich	310 Freiburg	319 Aargau	302 Bern	311 Solothurn	320 Thurgau	303 Luzern	312 Basel-Stadt	321 Tessin	304 Uri	313 Basel-Land	322 Waadt	305 Schwyz	314 Schaffhausen	323 Wallis	306 Obwalden	315 Appenzell A. Rh	324 Neuenburg	307 Nidwalden	316 Appenzell I. Rh	325 Genf	308 Glarus	317 St. Gallen	350 Jura	309 Zug	318 Graubünden	
301 Zürich	310 Freiburg	319 Aargau																										
302 Bern	311 Solothurn	320 Thurgau																										
303 Luzern	312 Basel-Stadt	321 Tessin																										
304 Uri	313 Basel-Land	322 Waadt																										
305 Schwyz	314 Schaffhausen	323 Wallis																										
306 Obwalden	315 Appenzell A. Rh	324 Neuenburg																										
307 Nidwalden	316 Appenzell I. Rh	325 Genf																										
308 Glarus	317 St. Gallen	350 Jura																										
309 Zug	318 Graubünden																											

Element	Inhalt und Erläuterungen
Invaliditätsgrad	<p>Als leistungsauslösende Person gilt die invalide Person, d.h. jene, die den gesetzlichen Anspruch auf die entsprechende Hauptrente hat:</p> <ul style="list-style-type: none"> – bei Zusatzrenten für den Ehegatten (LA 53 oder 73) der invalide Ehegatte – bei Kinderrenten der invalide Vater (LA 54 oder 74), oder die invalide Mutter (LA 55 oder 75) <p><i>Invaliditätsgrad</i> Prozentzahl gemäss Beschluss der IV-Stelle Die Bruchteile sind wie folgt zu runden 33 1/3% = 34 66 2/3% = 67</p>
Gebrechensschlüssel Funktionsausfallcode	<p><i>Gebrechensschlüssel</i> Gebrechens- und Funktionsausfall-Codes gemäss Beschluss der IVS (Codes zur Gebrechens- und Leistungsstatistik 318.108.04). Ist bei mutierten Renten und Hilflosenentschädigungen, denen kein neuer Beschluss der IVS zugrunde liegt, nur die frühere Kennzeichnung (1 = Geburtsgebrecchen, 2 = Krankheit, 3 = Unfall) bekannt, so ist die Schlüsselzahl gemäss heutigem Verschlüsselungsmodus bei der zuständigen IVS zu erfragen.</p>
Datum Versicherungsfall	<p><i>Versicherungsfall</i> Monat (01–12) und Jahr (letzte 2 Stellen), von welchen an die leistungsauslösende Person ununterbrochen invalid oder hilflos ist. Unterbrüche in der Rentenberechtigung infolge Durchführung von Eingliederungsmassnahmen sind unbeachtlich.</p>
Ist Frühinvalid	<p><i>Invalidierungsalter</i> Eintritt der rentenbegründenden Invalidität vor Vollendung des 25. Altersjahres 0 = nein 1 = ja</p>
Art HE-Anspruch	<p><i>Art des HE-Anspruchs</i> 1 = HE der IV einer leistungsberechtigten Person 2 = HE der IV einer nicht rentenberechtigten Person 3 = HE der AHV, die eine HE der IV ablöst 4 = HE der AHV, auf die der Anspruch nach dem Rentenalter entstand</p>

Element	Inhalt und Erläuterungen
KürzungSelbstverschulden	<p><i>Kürzung</i> Prozentsatz der Kürzung wegen Selbstverschuldens, gemäss Beschluss der IVS. Ist der Prozentsatz gemäss Beschluss der IVS um ein Drittel zu kürzen, so ist als Prozentsatz die Zahl 33 anzugeben.</p>
SonderfallcodeRente	<p><i>Sonderfall – 1. Code</i> Gemäss „Liste der Schlüsselzahl für Sonderfälle“ 318.106.10</p>
SonderfallcodeRente	<p><i>Sonderfall – 2. Code</i> Gemäss „Liste der Schlüsselzahl für Sonderfälle“ 318.106.10</p>
SonderfallcodeRente	<p><i>Sonderfall – 3. Code</i> Gemäss „Liste der Schlüsselzahl für Sonderfälle“ 318.106.10</p>
SonderfallcodeRente	<p><i>Sonderfall – 4. Code</i> Gemäss „Liste der Schlüsselzahl für Sonderfälle“ 318.106.10</p>
SonderfallcodeRente	<p><i>Sonderfall – 5. Code</i> Gemäss „Liste der Schlüsselzahl für Sonderfälle“ 318.106.10</p>
AnzahlVorbezugsjahre	<p><i>Anzahl Jahre des Vorbezuges</i></p>
Vorbezugsreduktion	<p><i>Reduktion beim Vorbezug</i> Kürzung in Franken</p>
Vorbezugsdatum	<p><i>Datum des Vorbezugbeginns</i> Monat (01–12) und Jahr (letzte 2 Stellen), von welchen an die leistungsauslösende Person die Renten vorbezogen hat.</p>
Aufschubsdauer	<p><i>Aufschubsdauer</i> Anzahl Jahre (1 Stelle) und Monate (2 Stellen)</p>
Aufschubszuschlag	<p><i>Aufschubszuschlag</i> Aufschubszuschlag in Franken</p>
Abrufdatum	<p><i>Abrufdatum</i> Monat (01–12) und Jahr (letzte 2 Stellen) des Abrufs</p>

Element	Inhalt und Erläuterungen
IstInvalididerHinterlassener	<p data-bbox="544 304 866 338"><i>Invalide Hinterlassene</i></p> <p data-bbox="544 342 663 376">0 = nein</p> <p data-bbox="544 380 628 414">1 = ja</p> <p data-bbox="544 418 1350 598">Dieses Feld ist bei Witwen- bzw. Witwerrenten stets auszufüllen. Wird einer invaliden Person die höhere Witwen- bzw. Witwerrente ausgerichtet, so ist der Code 1 einzusetzen. Dies gilt auch für invalide Waisen, wenn die Waisenrente höher ist, als die eigene IV-Rente.</p>

2. Tabelle der im Einzelfall erforderlichen Angaben

1/09

Kurzbezeichnung	In folgenden Fällen anzugeben						Abgang
	AHV			IV			
	OR	AOR	HE	OR	AOR	HE	
AK-Nummer	1	1	1	1	1	1	1
Zweigst.-Nr.	1	1	1	1	1	1	1
Nr. der Meldung	1	1	1	1	1	1	1
K.e. Hinweis	0	0	0	0	0	0	0
VN Rentner	1	1	1	1	1	1	1
1. erg. VN	3	3	3	3	3	3	—
2. erg. VN	3	3	—	3	3	—	—
neue VN Rentner	—	—	—	—	—	—	—
Zivilstand	1	1	1	1	1	1	—
Flüchtling	1	1	1	1	1	1	—
Wohnkt./-staat	1	1	1	1	1	1	—
Leistungsarten	1	1	1	1	1	1	1
Anspruchsbeginn	1	1	1	1	1	1	—
Monatsbetrag	1	1	1	1	1	1	1
Ende d. Anspruchs	2	2	2	2	2	2	1
Berichtsmonat	1	1	1	1	1	1	1
Mutationscode	3	3	3	3	3	3	1
Reserve	—	—	—	—	—	—	—
Rentenskala	1	—	—	1	—	—	—
BD Skala vor 73	1	—	—	1	—	—	—
BD Skala ab 73	1	—	—	1	—	—	—
Anr. fehl. BM 48–72	1	—	—	1	—	—	—
Anr. fehl. BM 73–78	1	—	—	1	—	—	—
BJ Jahrgang	1	—	—	1	—	—	—
Ø Jahreseinkommen	1	—	—	1	—	—	—
gespl. Einkommen	1	—	—	1	—	—	—
Bd. f. Ø Jahreseink.	1	—	—	1	—	—	—
Niveaujahr	1	3	—	1	3	—	—
Anzahl EGS	3	—	—	3	—	—	—
Anzahl BGS	3	—	—	3	—	—	—
Anzahl UGS	3	—	—	3	—	—	—
IVS	—	—	1	1	1	1	—
Invaliditätsgrad	—	—	—	1	1	—	—
Gebr.schlüssel	—	—	1	1	1	1	—
Versicherungsfall	—	—	1	1	1	1	—
Invalidierungsalter	—	—	—	1	1	—	—
Art HE-Anspruch	—	—	1	—	—	1	—
Kürzung	3	3	—	3	3	—	—

Kurzbezeichnung	In folgenden Fällen anzugeben						Abgang
	AHV			IV			
	OR	AOR	HE	OR	AOR	HE	
Sonderfall 1	3	3	3	3	3	3	
Sonderfall 2	3	3	3	3	3	3	
Sonderfall 3	3	3	3	3	3	3	
Sonderfall 4	3	3	3	3	3	3	
Sonderfall 5	3	3	3	3	3	3	
Vorbezugsjahre	3	–	–	–	–	–	
Vorbezugsreduktion	3	–	–	–	–	–	
Vorbezugsdatum	3	–	–	–	–	–	
Aufschubsdauer	3	–	–	3	–	–	
Aufschubzuschlag	3	–	–	3	–	–	
Abrufdatum	3	–	–	3	–	–	
Inv. Hinterlassene	3	3	–	–	–	–	

3. Angabe der ersten und der zweiten ergänzenden Versichertennummer

Leistungen	Personen, deren Versichertennummer anzugeben ist
Alle Leistungen für verheiratete und verwitwete Personen Zusatzrente für den Ehegatten Alle Waisen- und Kinderrenten 1. ergänzende Versichertennummer 2. ergänzende Versichertennummer	(verstorbener) Ehegatte leistungsauslösender Ehegatte leistungsauslösender Elternteil* anderer Elternteil*
*Bei Leistungen für Kinder, deren Vater bzw. Mutter unbekannt ist, sowie für Findelkinder werden anstelle der Versichertennummer Nullen gesetzt.	

Anhang V

Liste der Schlüsselzahlen für Sonderfälle

1/08

Gekürzte Leistungen (Monatsbetrag niedriger als Tabellenwert)

Sonderfall-Code	Erläuterungen
01	Wegen Selbstverschuldens gekürzte Leistung
02	Wegen Überversicherung gekürzte Waisen- oder Kinderrenten
03	Wegen leichter oder schwerer Pflichtverletzung befristet gekürzte Invalidenrente bzw. Hilflosenentschädigung der IV
04	Altersrente gekürzt um den Betrag der norwegischen IV-Rente
05	Plafonierte Rente
06	Differenzbetrag der SAK in Form einer Kinder- oder Waisenrente
91	Aus anderen Gründen gekürzte Leistung

Erhöhte Leistung (Monatsbetrag höher als Tabellenwert)

21	Ausserordentliche Rente von Geburts- und Kindheitsinvaliden mit Zuschlag sowie die sie ablösenden ordentlichen AHV-Renten
22	Ordentliche Rente von Frühinvaliden mit erhöhtem Mindestbetrag sowie die sie ablösenden AHV-Renten
23	IV-Rente im Betrag der ausfallenden Hinterlassenenrente
24	AHV-Kinderrenten im Betrag der ausfallenden Hinterlassenenrente sowie Vollwaisenrente im Betrag der bisherigen Mutterwaisenrente
28	Besitzstandsgarantie ab 1. Januar 1964 (Teilrenten mit früherem durchschnittlichem Jahresbeitrag „A“)
29	Bisherige Härtefallrente bei einem Invaliditätsgrad unter 50 Prozent (Besitzstandsgarantie ab 1. Januar 2004)
30	Ganze IV-Rente bei einem Invaliditätsgrad unter 70 Prozent. Besitzstandsgarantie für über 50-jährige Personen

Sonderfall-Code	Erläuterungen
31	Überführte Rente von Verwitweten nach ihrer Wiederheirat mit Garantie auf dem Rentenbetrag gemäss 9. AHV-Revision
32	Besitzstandsgarantie ab 1. Januar 1979
34	Bisherige Härtefallrente bei einem Invaliditätsgrad unter 40 Prozent (Besitzstandsgarantie ab 1. Januar 1988)
36	Waisenrente im Betrag der nach den Bestimmungen über die 9. AHV-Revision festgesetzten Waisenrenten
37	Dreiviertels-IV-Rente bei einem Invaliditätsgrad unter 60 Prozent
38	Ganze IV-Rente bei einem Invaliditätsgrad unter 70 Prozent
39	Halbe IV-Rente bei einem Invaliditätsgrad unter 50 Prozent
78	Besitzstandsgarantie gemäss Zusatzabkommen mit dem Fürstentum Liechtenstein
79	Altersrente mit Differenzbetrag bis zum Betreffnis der früheren, unter Anrechnung von französischen Beitragszeiten ermittelten IV-Rente
92	Aus anderen Gründen erhöhte Leistungen

Andere Sonderfälle

44	Rente mit Anrechnung von spanischen Beitragszeiten
45	Rente mit Anrechnung von niederländischen Beitragszeiten
46	Rente mit Anrechnung von türkischen Beitragszeiten
47	Ausserordentliche Rente als Minimalgarantie, bei welcher der Betrag der ersetzten ordentlichen Rente nicht dem Tabellenwert entspricht (gekürzte oder erhöhte ordentliche Rente)
48	Rente mit Anrechnung von griechischen Beitragszeiten
49	Rente mit Anrechnung von französischen Beitragszeiten
50	Rente mit Anrechnung von portugiesischen Beitragszeiten
51	Rente mit Anrechnung von belgischen Beitragszeiten

Sonderfall-Code	Erläuterungen
52	Rente mit Anrechnung von norwegischen Beitragszeiten
53	Rente mit Anrechnung von britischen Beitragszeiten
54	Kinderrente, die unter Anrechnung von ausländischen Versicherungszeiten festgesetzt wurde.
55	AHV/IV-Rente mit unterjährigen EU/EFTA-Versicherungszeiten
61	Ab 1. Januar 1979 mutierte Rente mit Anrechnung von Zusatzmonaten gemäss der bis dahin geltenden Regelung
63	Einführung der linearen Rentenskala. Besitzstandsgarantie der bisherigen Rentenskala.
80	Ab 1. Januar 1997 mutierte Renten mit ermittelter Rentenskala gemäss der bis dahin geltenden Regelung
81	Rente mit Aufschubzuschlag gemäss den Bestimmungen der 9. AHV-Revision
82	Überführte Rente, Registerwechsel ohne Änderung der Berechnungsgrundlagen
83	Aufgrund der 4. IV-Revision noch nicht revidierte IV-Rente
93	Aus anderen Gründen nach einer Sonderregelung beanspruchte oder festgesetzte Leistung (Monatsbetrag = Tabellenwert)
99	Ausgefallene Hilflosenentschädigung der AHV/IV, deren Betrag einem Unfallversicherer überwiesen wird

Anhang VI

Übersicht über die bundesrechtlichen Ansätze für die Härtefallberechnung der laufenden Renten (vgl. Rz 3104 ff.) und die Berechnung der grossen Härte (Rz 10712 ff.) Stand 1. Januar 2009

Gemeinsame Ansätze

	Jahresbeträge in Franken
<i>Betrag für den allgemeinen Lebensbedarf</i>	
– für Alleinstehende	18 720
– für Ehepaare	28 080
– für jedes der ersten zwei Kinder	9 780
– für jedes der weiteren zwei Kinder	6 520
– für jedes der übrigen Kinder	3 260
 <i>Krankenkassenprämie</i>	
– für Erwachsene	5 052
– für junge Erwachsene	4 164
– für Kinder	1 224

Ansätze nur für die Berechnung des Härtefalles

	Jahresbeträge in Franken
<i>Mietzinsausgaben (Bruttomietzins)</i>	
– für Alleinstehende, effektiver jedoch höchstens	13 200
– für Ehepaare ¹ , effektiver jedoch höchstens	15 000

¹Personen mit rentenberechtigten oder an Renten beteiligten Kindern sind Ehepaaren gleichgestellt.

Ansätze nur für die Berechnung der grossen Härte

<i>Mietzinsausgaben (Bruttomietzins)</i>	
– für Alleinstehende	13 200
– für Ehepaare ²	15 000
 Betrag für persönliche Auslagen	 4 800
 Vermögensverzehr für Personen in Heimen und Spitälern, die das ordentliche Rentenalter noch nicht erreicht haben (Invalidenrenten, Hinterlassenenrenten, Waisenrenten)	 1/15
 Vermögensverzehr für Altersrentnerinnen und -rentner sowie Hinterlassenenrentnerinnen und -rentner im ordentlichen Rentenalter in Heimen und Spitälern	 1/10
 kant. Begrenzung der Heimkosten	 keine
 <i>zusätzliche Ausgabe</i>	
– bei Alleinstehenden	8 000
– bei Ehepaaren	12 000
– bei Waisen und Kindern, die einen Anspruch auf Kinderrente der AHV oder IV begründen, pro Kind	4 000

²Personen mit rentenberechtigten oder an Renten beteiligten Kindern sind Ehepaaren gleichgestellt.

Anhang VII

Muster einer Verfügung

Eidgenössische Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)
Assurance vieillesse et survivants (AVS)
Assicurazione federale per la vecchiaia i superstiti (AVS)

Ausgleichskasse des Kantons Bern, Chutzenstrasse 10, 3007 Bern

Herrn
Max Muster
Kappelenring 55
3032 Hinterkappelen

Verfügung vom 17. März 2003

Sehr geehrter Herr Muster

Mit Wirkung ab 1. April 2003 richten wir folgende monatliche Leistung aus:

674.39.179.111 Muster, Max ordentliche Altersrente Fr. 1 397

Die Summe der beiden Renten eines Ehepaares darf nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht mehr betragen als 150% des Höchstbetrages der Altersrente. Ihre Altersrente musste deshalb auf Fr. 1 499 plafoniert werden. Da Sie Ihre Altersrente um ein Jahr vorbezogen haben, musste diese noch um 6,8% gekürzt werden.

Die Altersrente wird Ihnen in den ersten 20 Tagen jedes Monats durch die Ausgleichskasse des Kantons Bern, Chutzenstrasse 10, 3007 Bern auf Ihr Postkonto 30-19888-5 ausbezahlt.

Grundlagen der Rentenberechnung

Angerechnete Erwerbseinkommen:	1960–64 Ihre ungeteilten Einkommen 1965–02 Ihre geteilten Einkommen
Angerechnete Erziehungsgutschriften:	18 halbe Jahre
Beitragsdauer:	43 Jahre
Massgebendes durchschnittliches Jahresinkommen:	Fr. 55 704.–
Beitragsdauer des Jahrganges:	43 Jahre
Total angerechnete Beitragsjahre:	43 Jahre
Anwendbare Rentenskala	44 (Vollrente)

Wir machen Sie darauf aufmerksam, dass Sie bis zur Vollendung des 65. Altersjahres weiterhin AHV-Beiträge entrichten müssen.

Mit freundlichen Grüssen

Ausgleichskasse des Kantons Bern
(ohne Unterschrift gültig)

Beilage

- Begründungsblatt
- Information über die EL

Beachten Sie bitte die Rechtsmittelbelehrung und Hinweise auf die Meldepflicht auf der Rückseite!

Für die Berechnung der Rente werden lediglich diejenigen Beitragsjahre und Erwerbseinkommen berücksichtigt, die eine Person seit dem 1. Januar nach Vollendung des 20. Altersjahres und dem 31. Dezember vor Eintritt des Versicherungsfalls zurückgelegt bzw. realisiert hat.

Für Beitragszeiten ausserhalb der Ehe werden die Erwerbseinkommen ungeteilt angerechnet. Während den Ehejahren werden die Erwerbseinkommen zwischen den Ehegatten geteilt und hälftig angerechnet. Im weitem kann für Zeiten, in denen eine Person Kinder unter 16 Jahren hatte, eine Erziehungsgutschrift angerechnet werden. Für Zeiten während der Ehe werden die Erziehungsgutschriften wie die Einkommen unter den Ehegatten geteilt.

Aufstellung über die angerechneten Beitragsjahre, Erwerbseinkommen und Erziehungsgutschriften von 674.39.179.111 Muster, Max

Jahr	Beitragsmonate	Einkommen		Erziehungsgutschriften
1960	12	9 925	ungeteilte Einkommen	
1961	12	11 500	ungeteilte Einkommen	
1962	12	12 150	ungeteilte Einkommen	
1963	12	12 450	ungeteilte Einkommen	
1964	12	12 800	ungeteilte Einkommen	
1965	12	6 750	geteilte Einkommen	
1966	12	7 588	geteilte Einkommen	
1967	12	7 975	geteilte Einkommen	
1968	12	8 638	geteilte Einkommen	
1969	12	9 413	geteilte Einkommen	
1970	12	8 788	geteilte Einkommen	
1971	12	8 963	geteilte Einkommen	1/2
1972	12	9 525	geteilte Einkommen	1/2
1973	12	9 850	geteilte Einkommen	1/2
1974	12	8 000	geteilte Einkommen	1/2
1975	12	10 459	geteilte Einkommen	1/2
1976	12	12 341	geteilte Einkommen	1/2
1977	12	12 780	geteilte Einkommen	1/2
1978	12	15 525	geteilte Einkommen	1/2
1979	12	15 020	geteilte Einkommen	1/2
1980	12	17 325	geteilte Einkommen	1/2
1981	12	19 775	geteilte Einkommen	1/2
1982	12	19 825	geteilte Einkommen	1/2
1983	12	20 500	geteilte Einkommen	1/2
1984	12	21 388	geteilte Einkommen	1/2
1985	12	22 335	geteilte Einkommen	1/2
1986	12	23 054	geteilte Einkommen	1/2
1987	12	25 325	geteilte Einkommen	1/2
1988	12	30 331	geteilte Einkommen	1/2
1989	12	32 970	geteilte Einkommen	
1990	12	33 800	geteilte Einkommen	
1991	12	35 400	geteilte Einkommen	
1992	12	36 550	geteilte Einkommen	
1993	12	41 350	geteilte Einkommen	
1994	12	41 350	geteilte Einkommen	
1995	12	44 726	geteilte Einkommen	
1996	12	46 810	geteilte Einkommen	
1997	12	54 018	geteilte Einkommen	
1998	12	55 950	geteilte Einkommen	
1999	12	56 700	geteilte Einkommen	
2000	12	62 000	geteilte Einkommen	
2001	12	64 000	geteilte Einkommen	
2002	12	65 000	geteilte Einkommen	

Anhang VIII

Aufwertungstabelle des umgewandelten durchschnittlichen Jahresbeitrages in das massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen für die Jahre 1960 bis 1973 (Rz 5215)

Renten- beginn	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973
1960	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0	1.1	1.1	1.408	1.408	1.5488	1.5488	1.76
1961*		1.0	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0	1.1	1.1	1.408	1.408	1.5488	1.5488	1.76
1962			1.0	1.0	1.0	1.0	1.0	1.1	1.1	1.408	1.408	1.5488	1.5488	1.76
1963				1.0	1.0	1.0	1.0	1.1	1.1	1.408	1.408	1.5488	1.5488	1.76
1964**					1.0	1.0	1.0	1.1	1.1	1.408	1.408	1.5488	1.5488	1.76
1965						1.0	1.0	1.1	1.1	1.408	1.408	1.5488	1.5488	1.76
1966							1.0	1.1	1.1	1.408	1.408	1.5488	1.5488	1.76
1967								1.1	1.1	1.408	1.408	1.5488	1.5488	1.76
1968									1.1	1.408	1.408	1.5488	1.5488	1.76
1969										1.0	1.0	1.1	1.1	1.25
1970											1.0	1.1	1.1	1.25
1971												1.1	1.1	1.25
1972													1.1	1.25
1973														1.0

* IV-Renten, die vor dem 1. Juli 1961 entstanden sind, erhalten zum durchschnittlichen Jahresbeitrag einen Zuschlag von Fr. 15

** Bei IV-Renten, die vor 1964 entstanden sind, ist der durchschnittliche Jahresbeitrag vor der Vervielfachung mit 25 um 1/3 zu erhöhen

Vor der Anwendung dieser Tabelle ist der durchschnittliche Jahresbeitrag mit 25 zu vervielfachen, d.h. in das massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen umzurechnen. Nach der Umrechnung ist das ermittelte massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen mittels der Aufwertungstabelle den allgemeinen Rentenerhöhungen anzupassen. Ausgehend vom Jahr des Rentenbeginns (erste Kolonne), kann das umgerechnete massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen im entsprechenden Kalenderjahr (entsprechende Zeile) mit dem massgebenden Faktor multipliziert, d.h. aufgewertet werden.

Beispiel

Ein verheirateter Mann bezog von 1963 bis 1978 eine IV-Rente. Der seinerzeit ermittelte durchschnittliche Jahresbeitrag betrug Fr. 375 Für die Jahre 1963-1973 ist der durchschnittliche Jahresbeitrag wie folgt ins massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen umzurechnen bzw. aufzuwerten:

	massgebendes durchschnittliches Jahreseinkommen
1963 durchschnittlicher Jahresbeitrag Fr. 375 x 25 x Faktor 1.0	9 375
1964 durchschnittlicher Jahresbeitrag Fr. 375 erhöht um 1/3 (520*) x 25 x Faktor 1.0	13 000
1965 durchschnittlicher Jahresbeitrag Fr. 520 x 25 x Faktor 1.0	13 000
1966 durchschnittlicher Jahresbeitrag Fr. 520 x 25 x Faktor 1.0	13 000
1967 durchschnittlicher Jahresbeitrag Fr. 520 x 25 x Faktor 1.1	14 300
1968 durchschnittlicher Jahresbeitrag Fr. 520 x 25 x Faktor 1.1	14 300
1969 durchschnittlicher Jahresbeitrag Fr. 520 x 25 x Faktor 1.408	18 304
1970 durchschnittlicher Jahresbeitrag Fr. 520 x 25 x Faktor 1.408	18 304
1971 durchschnittlicher Jahresbeitrag Fr. 520 x 25 x Faktor 1.5488	20 134
1972 durchschnittlicher Jahresbeitrag Fr. 520 x 25 x Faktor 1.5488	20 134
1973 durchschnittlicher Jahresbeitrag Fr. 520 x 25 x Faktor 1.76	23 400

Das für das Jahr 1973 ermittelte massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen ist auf das nächste Vielfache von 600 aufzurunden.

* Der um 1/3 erhöhte durchschnittliche Jahresbeitrag ist auf den nächsthöheren Tabellenwert aufzurunden

Anhang IX

Tabellen zur Ermittlung der mutmasslichen Beitragsdauer in den Jahren 1956–1968

Erläuterungen

Die Tabellen dienen zur Ermittlung der mutmasslichen Beitragsdauer bei IK-Eintragungen der Jahre 1956 bis 1968 und bilden die Grundlage für die Anwendung der Bestimmungen der Wegleitung über die Renten.

Ausgehend von dem in einem Kalenderjahr im IK gutgeschriebenen Einkommen wird die mutmassliche Beitragsdauer dieses Jahres anhand der Tabelle des zutreffenden *Erwerbszweiges* (letzte zwei Zahlen der im IK-Eintrag enthaltenen Abrechnungsnummer oder Angabe im Feld 27 des Aufzeichnungsrecords gemäss Ziffer 2.2 der Technischen Weisungen) und *Geschlechts* ermittelt. Liegt das massgebende Einkommen unter dem Mindestbetrag oder zwischen zwei Beträgen, so ist auf den nächsthöheren Betrag abzustellen; übersteigt er den Höchstbetrag, so ist das Kalenderjahr als volles Beitragsjahr anzurechnen.

Beispiel

Beim IK-Eintrag

4278.31 1 68 5775

wird die mutmassliche Beitragsdauer ermittelt, indem in der Tabelle für den Erwerbszweig 31 (Chemische Industrie, Männer) auf der Zeile des Jahres 1968 der Betrag von 5775 Franken bzw. der nächsthöhere Betrag von 6650 Franken gesucht wird; im Kopf der betreffenden Spalte kann die anrechenbare mutmassliche Beitragsdauer von 5 Monaten abgelesen werden.

Landwirtschaft**Männer**

Kalen- der- jahr	Mutmassliche Beitragsdauer in Monaten											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	bei einem IK-Eintrag (Einkommen) von ... Franken											
1956	275	550	825	1 100	1 375	1 650	1 925	2 200	2 475	2 750	3 025	3 300
1957	300	575	875	1 150	1 450	1 725	2 025	2 300	2 600	2 875	3 175	3 450
1958	300	600	900	1 200	1 500	1 800	2 100	2 400	2 700	3 000	3 300	3 600
1959	325	625	950	1 250	1 575	1 875	2 200	2 500	2 825	3 150	3 450	3 775
1960	350	675	1 025	1 350	1 700	2 025	2 375	2 700	3 050	3 375	3 725	4 050
1961	375	725	1 100	1 450	1 825	2 175	2 550	2 900	3 275	3 650	4 000	4 375
1962	400	800	1 225	1 625	2 025	2 425	2 850	3 250	3 650	4 050	4 475	4 875
1963	450	900	1 375	1 825	2 275	2 725	3 200	3 650	4 100	4 550	5 025	5 475
1964	500	1 025	1 525	2 050	2 550	3 075	3 575	4 100	4 600	5 125	5 625	6 150
1965	575	1 125	1 700	2 275	2 850	3 400	3 975	4 550	5 100	5 675	6 250	6 825
1966	600	1 200	1 800	2 375	2 975	3 575	4 175	4 775	5 375	5 950	6 550	7 150
1967	650	1 325	1 975	2 650	3 300	3 950	4 625	5 275	5 950	6 600	7 250	7 925
1968	700	1 400	2 100	2 800	3 500	4 200	4 900	5 600	6 300	7 000	7 700	8 400

Frauen

1958	200	400	600	800	1 000	1 200	1 425	1 625	1 825	2 025	2 225	2 425
1959	225	425	650	850	1 075	1 275	1 500	1 700	1 925	2 150	2 350	2 575
1960	225	450	675	900	1 125	1 350	1 575	1 800	2 025	2 250	2 475	2 700
1961	250	500	725	975	1 225	1 475	1 700	1 950	2 200	2 450	2 675	2 925
1962	275	550	825	1 100	1 375	1 650	1 925	2 200	2 475	2 750	3 025	3 300
1963	300	600	900	1 200	1 500	1 800	2 125	2 425	2 725	3 025	3 325	3 625
1964	350	675	1 025	1 350	1 700	2 025	2 375	2 700	3 050	3 375	3 725	4 050
1965	375	750	1 125	1 500	1 850	2 225	2 600	2 975	3 350	3 725	4 100	4 475
1966	400	775	1 175	1 575	1 950	2 350	2 750	3 125	3 525	3 925	4 300	4 700
1967	425	850	1 275	1 700	2 125	2 550	2 975	3 400	3 825	4 250	4 675	5 100
1968	450	900	1 350	1 800	2 250	2 700	3 150	3 600	4 050	4 500	4 950	5 400

Erwerbszweig **10****Gartenbau**

Männer

Kalender- jahr	Mutmassliche Beitragsdauer in Monaten											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	bei einem IK-Eintrag (Einkommen) von ... Franken											
1956	525	1 050	1 575	2 100	2 600	3 125	3 650	4 175	4 700	5 225	5 750	6 275
1957	550	1 100	1 650	2 200	2 750	3 300	3 825	4 375	4 925	5 475	6 025	6 575
1958	575	1 150	1 725	2 300	2 850	3 425	4 000	4 575	5 150	5 725	6 300	6 875
1959	575	1 175	1 750	2 350	2 925	3 525	4 100	4 700	5 275	5 850	6 450	7 025
1960	625	1 225	1 850	2 475	3 075	3 700	4 300	4 925	5 550	6 150	6 775	7 400
1961	650	1 300	1 950	2 600	3 250	3 900	4 550	5 200	5 850	6 500	7 150	7 800
1962	700	1 400	2 100	2 800	3 500	4 200	4 925	5 625	6 325	7 025	7 725	8 425
1963	750	1 525	2 275	3 050	3 800	4 575	5 325	6 100	6 850	7 625	8 375	9 150
1964	825	1 650	2 475	3 300	4 100	4 925	5 750	6 575	7 400	8 225	9 050	9 875
1965	875	1 775	2 650	3 525	4 425	5 300	6 200	7 075	7 950	8 850	9 725	10 600
1966	925	1 875	2 800	3 725	4 650	5 600	6 525	7 450	8 400	9 325	10 250	11 175
1967	975	1 950	2 900	3 875	4 850	5 825	6 800	7 750	8 725	9 700	10 675	11 650
1968	1 000	2 000	3 000	4 000	5 000	5 975	6 975	7 975	8 975	9 975	10 975	11 975

Frauen

1958	425	825	1 250	1 650	2 075	2 475	2 900	3 300	3 725	4 150	4 550	4 975
1959	425	850	1 300	1 725	2 150	2 575	3 000	3 450	3 875	4 300	4 725	5 150
1960	450	900	1 350	1 800	2 250	2 700	3 150	3 600	4 050	4 500	4 950	5 400
1961	475	950	1 425	1 900	2 400	2 875	3 350	3 825	4 300	4 775	5 250	5 725
1962	500	1 025	1 525	2 050	2 550	3 075	3 575	4 100	4 600	5 125	5 625	6 150
1963	550	1 100	1 650	2 225	2 775	3 325	3 875	4 425	4 975	5 550	6 100	6 650
1964	600	1 200	1 800	2 375	2 975	3 575	4 175	4 775	5 375	5 950	6 550	7 150
1965	650	1 275	1 925	2 575	3 200	3 850	4 500	5 125	5 775	6 425	7 050	7 700
1966	675	1 350	2 050	2 725	3 400	4 075	4 750	5 425	6 125	6 800	7 475	8 150
1967	700	1 425	2 125	2 825	3 550	4 250	4 975	5 675	6 375	7 100	7 800	8 500
1968	725	1 450	2 175	2 900	3 625	4 350	5 075	5 800	6 525	7 250	7 950	8 675

Forstwirtschaft, Fischerei

Männer

Kalender- jahr	Mutmassliche Beitragsdauer in Monaten											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	bei einem IK-Eintrag (Einkommen) von ... Franken											
1956	525	1 075	1 600	2 125	2 650	3 200	3 725	4 250	4 800	5 325	5 850	6 375
1957	550	1 125	1 675	2 225	2 800	3 350	3 900	4 475	5 025	5 575	6 150	6 700
1958	575	1 175	1 750	2 325	2 925	3 500	4 100	4 675	5 250	5 850	6 425	7 000
1959	600	1 200	1 800	2 400	3 000	3 600	4 175	4 775	5 375	5 975	6 575	7 175
1960	625	1 250	1 875	2 500	3 150	3 775	4 400	5 025	5 650	6 275	6 900	7 525
1961	675	1 325	2 000	2 650	3 325	3 975	4 650	5 300	5 975	6 650	7 300	7 975
1962	725	1 425	2 150	2 875	3 575	4 300	5 000	5 725	6 450	7 150	7 875	8 600
1963	750	1 500	2 250	3 000	3 750	4 500	5 225	5 975	6 725	7 475	8 225	8 975
1964	825	1 625	2 450	3 250	4 075	4 875	5 700	6 500	7 325	8 150	8 950	9 775
1965	875	1 725	2 600	3 475	4 350	5 200	6 075	6 950	7 800	8 675	9 550	10 425
1966	900	1 800	2 725	3 625	4 525	5 425	6 325	7 250	8 150	9 050	9 950	10 850
1967	1 000	2 000	2 975	3 975	4 975	5 975	6 975	7 950	8 950	9 950	10 950	11 925
1968	1 025	2 025	3 050	4 075	5 100	6 100	7 125	8 150	9 175	10 175	11 200	12 225

Frauen

1958	375	750	1 125	1 500	1 900	2 275	2 650	3 025	3 400	3 775	4 150	4 525
1959	400	800	1 175	1 575	1 975	2 375	2 750	3 150	3 550	3 950	4 325	4 725
1960	400	825	1 225	1 650	2 050	2 450	2 875	3 275	3 700	4 100	4 500	4 925
1961	450	875	1 325	1 750	2 200	2 625	3 075	3 500	3 950	4 375	4 825	5 250
1962	475	925	1 400	1 875	2 350	2 800	3 275	3 750	4 200	4 675	5 150	5 625
1963	500	1 000	1 525	2 025	2 525	3 025	3 550	4 050	4 550	5 050	5 575	6 075
1964	550	1 100	1 625	2 175	2 725	3 275	3 800	4 350	4 900	5 450	5 975	6 525
1965	575	1 175	1 750	2 350	2 925	3 525	4 100	4 700	5 275	5 850	6 450	7 025
1966	625	1 250	1 850	2 475	3 100	3 725	4 350	4 975	5 575	6 200	6 825	7 450
1967	650	1 300	1 950	2 600	3 250	3 875	4 525	5 175	5 825	6 475	7 125	7 775
1968	675	1 325	2 000	2 650	3 325	3 975	4 650	5 300	5 975	6 625	7 300	7 950

Bergbau, Steinbrüche, Gruben**Männer**

Kalender- jahr	Mutmassliche Beitragsdauer in Monaten											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	bei einem IK-Eintrag (Einkommen) von ... Franken											
1956	625	1 250	1 875	2 500	3 100	3 725	4 350	4 975	5 600	6 225	6 850	7 475
1957	650	1 300	1 950	2 600	3 250	3 900	4 575	5 225	5 875	6 525	7 175	7 825
1958	675	1 375	2 050	2 725	3 425	4 100	4 800	5 475	6 150	6 850	7 525	8 200
1959	700	1 400	2 100	2 800	3 500	4 200	4 900	5 600	6 300	7 000	7 700	8 400
1960	725	1 475	2 200	2 950	3 675	4 425	5 150	5 900	6 625	7 350	8 100	8 825
1961	775	1 550	2 325	3 100	3 875	4 650	5 425	6 200	6 975	7 750	8 525	9 300
1962	850	1 675	2 525	3 350	4 200	5 025	5 875	6 700	7 550	8 375	9 225	10 050
1963	900	1 825	2 725	3 650	4 550	5 450	6 375	7 275	8 200	9 100	10 000	10 925
1964	975	1 975	2 950	3 925	4 900	5 900	6 875	7 850	8 850	9 825	10 800	11 775
1965	1 050	2 100	3 150	4 225	5 275	6 325	7 375	8 425	9 475	10 550	11 600	12 650
1966	1 100	2 225	3 325	4 450	5 550	6 675	7 775	8 900	10 000	11 125	12 225	13 350
1967	1 150	2 325	3 475	4 625	5 800	6 950	8 100	9 250	10 425	11 575	12 725	13 900
1968	1 200	2 375	3 575	4 775	5 950	7 150	8 325	9 525	10 725	11 900	13 100	14 300

Frauen

1958	450	875	1 325	1 775	2 200	2 650	3 100	3 525	3 975	4 425	4 850	5 300
1959	450	925	1 375	1 850	2 300	2 750	3 225	3 675	4 150	4 600	5 050	5 525
1960	475	975	1 450	1 925	2 400	2 900	3 375	3 850	4 350	4 825	5 300	5 775
1961	500	1 025	1 525	2 050	2 550	3 075	3 575	4 100	4 600	5 125	5 625	6 150
1962	550	1 100	1 650	2 200	2 750	3 300	3 825	4 375	4 925	5 475	6 025	6 575
1963	600	1 175	1 775	2 375	2 950	3 550	4 150	4 725	5 325	5 925	6 500	7 100
1964	650	1 275	1 925	2 550	3 200	3 825	4 475	5 100	5 750	6 375	7 025	7 650
1965	675	1 375	2 050	2 750	3 425	4 125	4 800	5 500	6 175	6 850	7 550	8 225
1966	725	1 450	2 175	2 900	3 625	4 350	5 075	5 800	6 550	7 275	8 000	8 725
1967	750	1 525	2 275	3 025	3 800	4 550	5 325	6 075	6 825	7 600	8 350	9 100
1968	775	1 550	2 325	3 100	3 875	4 650	5 425	6 200	6 975	7 750	8 525	9 300

Nahrungsmittelindustrie und Gewerbe**Männer**

Kalender- jahr	Mutmassliche Beitragsdauer in Monaten											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	bei einem IK-Eintrag (Einkommen) von ... Franken											
1956	600	1 225	1 825	2 450	3 050	3 650	4 275	4 875	5 500	6 100	6 700	7 325
1957	625	1 275	1 900	2 525	3 150	3 800	4 425	5 050	5 700	6 325	6 950	7 575
1958	650	1 300	1 950	2 625	3 275	3 925	4 575	5 225	5 875	6 550	7 200	7 850
1959	675	1 350	2 050	2 725	3 400	4 075	4 750	5 450	6 125	6 800	7 475	8 150
1960	700	1 425	2 125	2 850	3 550	4 275	4 975	5 700	6 400	7 125	7 825	8 550
1961	750	1 500	2 250	2 975	3 725	4 475	5 225	5 975	6 725	7 450	8 200	8 950
1962	825	1 625	2 450	3 275	4 075	4 900	5 700	6 525	7 350	8 150	8 975	9 800
1963	875	1 750	2 625	3 500	4 375	5 250	6 125	7 000	7 875	8 750	9 625	10 500
1964	925	1 875	2 800	3 750	4 675	5 625	6 550	7 500	8 425	9 350	10 300	11 225
1965	1 000	2 025	3 025	4 025	5 050	6 050	7 050	8 075	9 075	10 075	11 100	12 100
1966	1 075	2 125	3 200	4 250	5 325	6 400	7 450	8 525	9 575	10 650	11 725	12 775
1967	1 100	2 225	3 325	4 425	5 550	6 650	7 750	8 875	9 975	11 075	12 200	13 300
1968	1 150	2 300	3 450	4 600	5 750	6 875	8 025	9 175	10 325	11 475	12 625	13 775

Frauen

1958	400	775	1 175	1 550	1 950	2 350	2 725	3 125	3 500	3 900	4 300	4 675
1959	400	800	1 200	1 600	2 000	2 400	2 800	3 200	3 600	4 000	4 400	4 800
1960	425	850	1 275	1 700	2 125	2 550	2 975	3 400	3 825	4 250	4 675	5 100
1961	450	900	1 350	1 800	2 250	2 700	3 150	3 600	4 050	4 500	4 950	5 400
1962	500	975	1 475	1 975	2 450	2 950	3 450	3 925	4 425	4 925	5 400	5 900
1963	525	1 050	1 575	2 100	2 625	3 150	3 675	4 200	4 725	5 250	5 775	6 300
1964	575	1 150	1 725	2 300	2 850	3 425	4 000	4 575	5 150	5 725	6 300	6 875
1965	600	1 225	1 825	2 450	3 050	3 675	4 275	4 900	5 500	6 125	6 725	7 350
1966	650	1 300	1 950	2 575	3 225	3 875	4 525	5 175	5 825	6 475	7 100	7 750
1967	675	1 350	2 000	2 675	3 350	4 025	4 675	5 350	6 025	6 700	7 350	8 025
1968	675	1 375	2 050	2 750	3 425	4 125	4 800	5 500	6 175	6 850	7 550	8 225

Getränkeindustrie, Spritfabrikation**Männer**

Kalender- jahr	Mutmassliche Beitragsdauer in Monaten											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	bei einem IK-Eintrag (Einkommen) von ... Franken											
1956	600	1 175	1 775	2 375	2 950	3 550	4 150	4 725	5 325	5 925	6 500	7 100
1957	625	1 250	1 875	2 500	3 100	3 725	4 350	4 975	5 600	6 225	6 850	7 475
1958	650	1 300	1 950	2 600	3 250	3 900	4 575	5 225	5 875	6 525	7 175	7 825
1959	675	1 325	2 000	2 675	3 325	4 000	4 650	5 325	6 000	6 650	7 325	8 000
1960	700	1 400	2 100	2 800	3 500	4 200	4 900	5 600	6 300	7 000	7 700	8 400
1961	750	1 475	2 225	2 950	3 700	4 450	5 175	5 925	6 650	7 400	8 150	8 875
1962	800	1 600	2 400	3 200	4 000	4 800	5 575	6 375	7 175	7 975	8 775	9 575
1963	875	1 725	2 600	3 475	4 350	5 200	6 075	6 950	7 800	8 675	9 550	10 425
1964	925	1 875	2 800	3 750	4 675	5 625	6 550	7 500	8 425	9 350	10 300	11 225
1965	1 000	2 000	3 000	4 025	5 025	6 025	7 025	8 025	9 025	10 050	11 050	12 050
1966	1 050	2 125	3 175	4 250	5 300	6 350	7 425	8 475	9 525	10 600	11 650	12 725
1967	1 100	2 200	3 300	4 425	5 525	6 625	7 725	8 825	9 925	11 050	12 150	13 250
1968	1 125	2 275	3 400	4 550	5 675	6 800	7 950	9 075	10 200	11 350	12 475	13 625

Frauen

1958	425	825	1 250	1 650	2 075	2 475	2 900	3 300	3 725	4 150	4 550	4 975
1959	425	875	1 300	1 725	2 150	2 600	3 025	3 450	3 900	4 325	4 750	5 175
1960	450	900	1 350	1 800	2 250	2 700	3 150	3 600	4 050	4 500	4 950	5 400
1961	475	950	1 450	1 925	2 400	2 875	3 350	3 850	4 325	4 800	5 275	5 750
1962	500	1 025	1 525	2 050	2 550	3 075	3 575	4 100	4 600	5 125	5 625	6 150
1963	550	1 100	1 675	2 225	2 775	3 325	3 900	4 450	5 000	5 550	6 125	6 675
1964	600	1 200	1 800	2 400	3 000	3 600	4 175	4 775	5 375	5 975	6 575	7 175
1965	650	1 300	1 925	2 575	3 225	3 875	4 500	5 150	5 800	6 450	7 075	7 725
1966	675	1 375	2 050	2 725	3 400	4 100	4 775	5 450	6 125	6 825	7 500	8 175
1967	700	1 425	2 125	2 850	3 550	4 275	4 975	5 700	6 400	7 100	7 825	8 525
1968	725	1 450	2 175	2 900	3 625	4 350	5 075	5 800	6 525	7 250	7 975	8 700

Tabakindustrie**Männer**

Kalender- jahr	Mutmassliche Beitragsdauer in Monaten											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	bei einem IK-Eintrag (Einkommen) von ... Franken											
1956	625	1 250	1 900	2 525	3 150	3 775	4 400	5 050	5 675	6 300	6 925	7 550
1957	650	1 325	1 975	2 650	3 300	3 975	4 625	5 300	5 950	6 625	7 275	7 950
1958	700	1 400	2 075	2 775	3 475	4 175	4 850	5 550	6 250	6 950	7 625	8 325
1959	700	1 425	2 125	2 850	3 550	4 250	4 975	5 675	6 400	7 100	7 800	8 525
1960	750	1 500	2 250	2 975	3 725	4 475	5 225	5 975	6 725	7 450	8 200	8 950
1961	800	1 575	2 375	3 150	3 950	4 725	5 525	6 300	7 100	7 875	8 675	9 450
1962	850	1 700	2 550	3 400	4 250	5 100	5 950	6 800	7 650	8 500	9 350	10 200
1963	925	1 850	2 775	3 700	4 600	5 525	6 450	7 375	8 300	9 225	10 150	11 075
1964	1 000	2 000	3 000	3 975	4 975	5 975	6 975	7 975	8 975	9 950	10 950	11 950
1965	1 075	2 125	3 200	4 275	5 350	6 400	7 475	8 550	9 600	10 675	11 750	12 825
1966	1 125	2 250	3 375	4 500	5 650	6 775	7 900	9 025	10 150	11 275	12 400	13 525
1967	1 175	2 350	3 525	4 700	5 875	7 050	8 225	9 400	10 575	11 750	12 925	14 100
1968	1 200	2 425	3 625	4 825	6 050	7 250	8 450	9 650	10 875	12 075	13 275	14 500

Frauen

1958	400	800	1 175	1 575	1 975	2 375	2 750	3 150	3 550	3 950	4 325	4 725
1959	400	825	1 225	1 625	2 050	2 450	2 850	3 275	3 675	4 075	4 500	4 900
1960	425	850	1 275	1 700	2 150	2 575	3 000	3 425	3 850	4 275	4 700	5 125
1961	450	900	1 375	1 825	2 275	2 725	3 200	3 650	4 100	4 550	5 025	5 475
1962	475	975	1 450	1 950	2 425	2 925	3 400	3 900	4 375	4 850	5 350	5 825
1963	525	1 050	1 575	2 100	2 625	3 150	3 675	4 200	4 725	5 250	5 775	6 300
1964	575	1 125	1 700	2 275	2 825	3 400	3 950	4 525	5 100	5 650	6 225	6 800
1965	600	1 225	1 825	2 450	3 050	3 650	4 275	4 875	5 500	6 100	6 700	7 325
1966	650	1 300	1 950	2 575	3 225	3 875	4 525	5 175	5 825	6 450	7 100	7 750
1967	675	1 350	2 025	2 700	3 375	4 050	4 725	5 400	6 075	6 750	7 425	8 100
1968	700	1 375	2 075	2 750	3 450	4 125	4 825	5 500	6 200	6 875	7 575	8 250

Bekleidungsgewerbe (ohne Schuhe)**Männer**

Kalen- der- jahr	Mutmassliche Beitragsdauer in Monaten											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	bei einem IK-Eintrag (Einkommen) von ... Franken											
1956	600	1 200	1 825	2 425	3 025	3 625	4 250	4 850	5 450	6 050	6 675	7 275
1957	625	1 275	1 900	2 525	3 175	3 800	4 450	5 075	5 700	6 350	6 975	7 600
1958	650	1 300	1 975	2 625	3 275	3 925	4 600	5 250	5 900	6 550	7 225	7 875
1959	675	1 350	2 025	2 700	3 375	4 050	4 725	5 400	6 075	6 750	7 425	8 100
1960	700	1 400	2 100	2 825	3 525	4 225	4 925	5 625	6 325	7 050	7 750	8 450
1961	725	1 475	2 200	2 925	3 675	4 400	5 150	5 875	6 600	7 350	8 075	8 800
1962	775	1 550	2 325	3 100	3 850	4 625	5 400	6 175	6 950	7 725	8 500	9 275
1963	825	1 650	2 475	3 300	4 150	4 975	5 800	6 625	7 450	8 275	9 100	9 925
1964	900	1 800	2 725	3 625	4 525	5 425	6 350	7 250	8 150	9 050	9 975	10 875
1965	950	1 925	2 875	3 825	4 800	5 750	6 700	7 675	8 625	9 575	10 550	11 500
1966	1 025	2 025	3 050	4 050	5 075	6 075	7 100	8 125	9 125	10 150	11 150	12 175
1967	1 050	2 100	3 175	4 225	5 275	6 325	7 375	8 425	9 500	10 550	11 600	12 650
1968	1 100	2 175	3 250	4 350	5 450	6 525	7 600	8 700	9 800	10 875	11 950	13 050

Frauen

1958	400	800	1 225	1 625	2 025	2 425	2 850	3 250	3 650	4 050	4 475	4 875
1959	425	850	1 275	1 700	2 125	2 550	2 975	3 400	3 825	4 250	4 675	5 100
1960	450	900	1 325	1 775	2 225	2 675	3 100	3 550	4 000	4 450	4 875	5 325
1961	475	950	1 425	1 900	2 350	2 825	3 300	3 775	4 250	4 725	5 200	5 675
1962	500	1 000	1 500	2 000	2 500	3 000	3 525	4 025	4 525	5 025	5 525	6 025
1963	550	1 075	1 625	2 150	2 700	3 225	3 775	4 300	4 850	5 375	5 925	6 450
1964	600	1 175	1 775	2 350	2 950	3 550	4 125	4 725	5 300	5 900	6 500	7 075
1965	625	1 250	1 900	2 525	3 150	3 775	4 400	5 050	5 675	6 300	6 925	7 550
1966	675	1 325	2 000	2 675	3 325	4 000	4 650	5 325	6 000	6 650	7 325	8 000
1967	700	1 375	2 075	2 750	3 450	4 125	4 825	5 500	6 200	6 875	7 575	8 250
1968	700	1 425	2 125	2 825	3 525	4 250	4 950	5 650	6 375	7 075	7 775	8 475

Schuhindustrie, Schuhmacherei**Männer**

Kalen- der- jahr	Mutmassliche Beitragsdauer in Monaten											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	bei einem IK-Eintrag (Einkommen) von ... Franken											
1956	550	1 075	1 625	2 150	2 700	3 225	3 775	4 300	4 850	5 375	5 925	6 450
1957	575	1 125	1 700	2 250	2 825	3 375	3 950	4 500	5 075	5 650	6 200	6 775
1958	600	1 175	1 775	2 375	2 950	3 550	4 150	4 725	5 325	5 925	6 500	7 100
1959	600	1 200	1 800	2 425	3 025	3 625	4 225	4 825	5 425	6 050	6 650	7 250
1960	625	1 275	1 900	2 550	3 175	3 825	4 450	5 100	5 725	6 350	7 000	7 625
1961	675	1 350	2 025	2 700	3 350	4 025	4 700	5 375	6 050	6 725	7 400	8 075
1962	725	1 450	2 175	2 900	3 625	4 350	5 075	5 800	6 525	7 250	7 975	8 700
1963	775	1 575	2 350	3 150	3 925	4 725	5 500	6 300	7 075	7 850	8 650	9 425
1964	850	1 700	2 550	3 400	4 250	5 100	5 950	6 800	7 650	8 500	9 350	10 200
1965	900	1 825	2 725	3 650	4 550	5 475	6 375	7 300	8 200	9 125	10 025	10 950
1966	950	1 925	2 875	3 850	4 800	5 775	6 725	7 700	8 650	9 625	10 575	11 550
1967	1 000	2 000	3 000	4 000	5 000	6 000	7 000	8 000	9 000	10 000	11 000	12 000
1968	1 025	2 050	3 100	4 125	5 150	6 175	7 200	8 225	9 275	10 300	11 325	12 350

Frauen

1958	400	800	1 200	1 575	1 975	2 375	2 775	3 175	3 575	3 950	4 350	4 750
1959	400	825	1 225	1 650	2 050	2 475	2 875	3 300	3 700	4 125	4 525	4 950
1960	425	850	1 300	1 725	2 150	2 575	3 000	3 450	3 875	4 300	4 725	5 150
1961	450	925	1 375	1 825	2 300	2 750	3 200	3 675	4 125	4 575	5 050	5 500
1962	500	975	1 475	1 950	2 450	2 925	3 425	3 900	4 400	4 875	5 375	5 850
1963	525	1 050	1 600	2 125	2 650	3 175	3 700	4 250	4 775	5 300	5 825	6 350
1964	575	1 150	1 700	2 275	2 850	3 425	4 000	4 550	5 125	5 700	6 275	6 850
1965	625	1 225	1 850	2 450	3 075	3 675	4 300	4 900	5 525	6 150	6 750	7 375
1966	650	1 300	1 950	2 600	3 250	3 900	4 550	5 200	5 850	6 500	7 150	7 800
1967	675	1 350	2 025	2 700	3 375	4 050	4 725	5 400	6 100	6 775	7 450	8 125
1968	700	1 375	2 075	2 775	3 450	4 150	4 850	5 525	6 225	6 925	7 600	8 300

Reinigungsgewerbe**Männer**

Kalen- der- jahr	Mutmassliche Beitragsdauer in Monaten											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	bei einem IK-Eintrag (Einkommen) von ... Franken											
1956	575	1 150	1 725	2 300	2 875	3 450	4 025	4 600	5 175	5 750	6 325	6 900
1957	600	1 200	1 800	2 425	3 025	3 625	4 225	4 825	5 425	6 050	6 650	7 250
1958	625	1 275	1 900	2 525	3 175	3 800	4 450	5 075	5 700	6 350	6 975	7 600
1959	650	1 300	1 950	2 600	3 250	3 900	4 525	5 175	5 825	6 475	7 125	7 775
1960	675	1 350	2 050	2 725	3 400	4 075	4 750	5 450	6 125	6 800	7 475	8 150
1961	725	1 425	2 150	2 875	3 600	4 300	5 025	5 750	6 450	7 175	7 900	8 625
1962	775	1 550	2 325	3 100	3 875	4 650	5 425	6 200	6 975	7 750	8 525	9 300
1963	850	1 675	2 525	3 375	4 200	5 050	5 900	6 725	7 575	8 425	9 250	10 100
1964	900	1 825	2 725	3 650	4 550	5 450	6 375	7 275	8 200	9 100	10 000	10 925
1965	975	1 950	2 925	3 900	4 875	5 850	6 825	7 800	8 775	9 750	10 725	11 700
1966	1 025	2 050	3 100	4 125	5 150	6 175	7 200	8 250	9 275	10 300	11 325	12 350
1967	1 075	2 150	3 225	4 275	5 350	6 425	7 500	8 575	9 650	10 725	11 775	12 850
1968	1 100	2 200	3 300	4 400	5 525	6 625	7 725	8 825	9 925	11 025	12 125	13 225

Frauen

1958	400	800	1 200	1 600	2 000	2 400	2 800	3 200	3 600	4 000	4 400	4 800
1959	425	825	1 250	1 675	2 075	2 500	2 900	3 325	3 750	4 150	4 575	5 000
1960	425	875	1 300	1 750	2 175	2 625	3 050	3 500	3 925	4 350	4 800	5 225
1961	475	925	1 400	1 850	2 325	2 775	3 250	3 700	4 175	4 650	5 100	5 575
1962	500	1 000	1 500	1 975	2 475	2 975	3 475	3 975	4 475	4 950	5 450	5 950
1963	525	1 075	1 600	2 150	2 675	3 225	3 750	4 300	4 825	5 350	5 900	6 425
1964	575	1 150	1 725	2 300	2 900	3 475	4 050	4 625	5 200	5 775	6 350	6 925
1965	625	1 250	1 875	2 500	3 100	3 725	4 350	4 975	5 600	6 225	6 850	7 475
1966	650	1 325	1 975	2 625	3 300	3 950	4 600	5 275	5 925	6 575	7 250	7 900
1967	675	1 375	2 050	2 750	3 425	4 125	4 800	5 500	6 175	6 850	7 550	8 225
1968	700	1 400	2 100	2 800	3 500	4 200	4 900	5 600	6 300	7 025	7 725	8 425

Textilindustrie**Männer**

Kalen- der- jahr	Mutmassliche Beitragsdauer in Monaten											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	bei einem IK-Eintrag (Einkommen) von ... Franken											
1956	575	1 175	1 750	2 325	2 900	3 500	4 075	4 650	5 250	5 825	6 400	6 975
1957	600	1 200	1 800	2 400	3 000	3 600	4 200	4 800	5 400	6 000	6 600	7 200
1958	625	1 250	1 850	2 475	3 100	3 725	4 350	4 950	5 575	6 200	6 825	7 450
1959	650	1 275	1 925	2 575	3 200	3 850	4 500	5 125	5 775	6 425	7 050	7 700
1960	675	1 350	2 000	2 675	3 350	4 025	4 700	5 350	6 025	6 700	7 375	8 050
1961	700	1 425	2 125	2 825	3 550	4 250	4 950	5 675	6 375	7 075	7 800	8 500
1962	775	1 550	2 325	3 100	3 900	4 675	5 450	6 225	7 000	7 775	8 550	9 325
1963	825	1 675	2 500	3 325	4 175	5 000	5 850	6 675	7 500	8 350	9 175	10 000
1964	900	1 800	2 700	3 600	4 500	5 400	6 325	7 225	8 125	9 025	9 925	10 825
1965	975	1 925	2 900	3 875	4 850	5 800	6 775	7 750	8 700	9 675	10 650	11 625
1966	1 050	2 075	3 125	4 175	5 200	6 250	7 300	8 325	9 375	10 425	11 450	12 500
1967	1 075	2 125	3 200	4 275	5 325	6 400	7 450	8 525	9 600	10 650	11 725	12 800
1968	1 100	2 200	3 300	4 400	5 475	6 575	7 675	8 775	9 875	10 975	12 075	13 175

Frauen

1958	400	800	1 200	1 625	2 025	2 425	2 825	3 225	3 625	4 050	4 450	4 850
1959	425	825	1 250	1 650	2 075	2 475	2 900	3 300	3 725	4 150	4 550	4 975
1960	425	875	1 300	1 725	2 175	2 600	3 050	3 475	3 900	4 350	4 775	5 200
1961	450	925	1 375	1 825	2 300	2 750	3 200	3 675	4 125	4 575	5 050	5 500
1962	500	975	1 475	1 975	2 450	2 950	3 450	3 925	4 425	4 925	5 400	5 900
1963	525	1 050	1 575	2 100	2 625	3 150	3 675	4 200	4 725	5 250	5 775	6 300
1964	575	1 125	1 700	2 275	2 850	3 400	3 975	4 550	5 100	5 675	6 250	6 825
1965	600	1 225	1 825	2 425	3 050	3 650	4 250	4 875	5 475	6 075	6 700	7 300
1966	650	1 275	1 925	2 550	3 200	3 850	4 475	5 125	5 750	6 400	7 050	7 675
1967	675	1 325	2 000	2 675	3 325	4 000	4 675	5 325	6 000	6 675	7 325	8 000
1968	675	1 375	2 050	2 725	3 400	4 100	4 775	5 450	6 150	6 825	7 500	8 200

Papierindustrie**Männer**

Kalender- jahr	Mutmassliche Beitragsdauer in Monaten											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	bei einem IK-Eintrag (Einkommen) von ... Franken											
1956	625	1 275	1 900	2 525	3 175	3 800	4 450	5 075	5 700	6 350	6 975	7 600
1957	675	1 325	2 000	2 675	3 325	4 000	4 650	5 325	6 000	6 650	7 325	8 000
1958	700	1 400	2 100	2 775	3 475	4 175	4 875	5 575	6 275	6 950	7 650	8 350
1959	700	1 425	2 125	2 850	3 550	4 275	4 975	5 700	6 400	7 125	7 825	8 550
1960	750	1 500	2 250	3 000	3 750	4 500	5 250	6 000	6 750	7 500	8 250	9 000
1961	800	1 575	2 375	3 175	3 950	4 750	5 550	6 325	7 125	7 925	8 700	9 500
1962	850	1 700	2 550	3 425	4 275	5 125	5 975	6 825	7 675	8 550	9 400	10 250
1963	925	1 850	2 775	3 700	4 650	5 575	6 500	7 425	8 350	9 275	10 200	11 125
1964	1 000	2 000	3 000	4 000	5 000	6 000	7 000	8 000	9 000	10 000	11 000	12 000
1965	1 075	2 150	3 225	4 300	5 375	6 450	7 525	8 600	9 675	10 750	11 825	12 900
1966	1 125	2 275	3 400	4 525	5 675	6 800	7 925	9 075	10 200	11 350	12 475	13 600
1967	1 175	2 350	3 550	4 725	5 900	7 075	8 275	9 450	10 625	11 800	13 000	14 175
1968	1 225	2 425	3 650	4 850	6 075	7 275	8 500	9 700	10 925	12 125	13 350	14 550

Frauen

1958	400	825	1 225	1 650	2 050	2 475	2 875	3 300	3 700	4 125	4 525	4 950
1959	425	850	1 275	1 700	2 150	2 575	3 000	3 425	3 850	4 275	4 700	5 125
1960	450	900	1 350	1 800	2 250	2 700	3 125	3 575	4 025	4 475	4 925	5 375
1961	475	950	1 425	1 900	2 375	2 850	3 325	3 800	4 275	4 750	5 225	5 700
1962	500	1 025	1 525	2 025	2 550	3 050	3 550	4 075	4 575	5 075	5 600	6 100
1963	550	1 100	1 650	2 200	2 750	3 300	3 850	4 400	4 950	5 500	6 050	6 600
1964	600	1 200	1 775	2 375	2 975	3 575	4 150	4 750	5 350	5 950	6 525	7 125
1965	650	1 275	1 925	2 550	3 200	3 825	4 475	5 100	5 750	6 375	7 025	7 650
1966	675	1 350	2 025	2 700	3 375	4 050	4 725	5 400	6 075	6 750	7 425	8 100
1967	700	1 400	2 125	2 825	3 525	4 225	4 925	5 650	6 350	7 050	7 750	8 475
1968	725	1 450	2 150	2 875	3 600	4 325	5 050	5 750	6 475	7 200	7 925	8 650

Kautschukindustrie (ohne Kleider und Schuhe)

Männer

Kalender- jahr	Mutmassliche Beitragsdauer in Monaten											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	bei einem IK-Eintrag (Einkommen) von ... Franken											
1956	625	1 275	1 900	2 550	3 175	3 825	4 450	5 100	5 725	6 350	7 000	7 625
1957	675	1 325	2 000	2 675	3 350	4 000	4 675	5 350	6 000	6 675	7 350	8 025
1958	700	1 400	2 100	2 800	3 500	4 200	4 875	5 575	6 275	6 975	7 675	8 375
1959	725	1 425	2 150	2 850	3 575	4 275	5 000	5 700	6 425	7 150	7 850	8 575
1960	750	1 500	2 250	3 000	3 750	4 500	5 275	6 025	6 775	7 525	8 275	9 025
1961	800	1 600	2 375	3 175	3 975	4 775	5 550	6 350	7 150	7 950	8 725	9 525
1962	850	1 700	2 575	3 425	4 275	5 125	6 000	6 850	7 700	8 550	9 425	10 275
1963	925	1 850	2 800	3 725	4 650	5 575	6 500	7 450	8 375	9 300	10 225	11 150
1964	1 000	2 000	3 000	4 025	5 025	6 025	7 025	8 025	9 025	10 050	11 050	12 050
1965	1 075	2 150	3 225	4 300	5 400	6 475	7 550	8 625	9 700	10 775	11 850	12 925
1966	1 150	2 275	3 425	4 550	5 700	6 825	7 975	9 100	10 250	11 375	12 525	13 650
1967	1 175	2 375	3 550	4 725	5 925	7 100	8 275	9 450	10 650	11 825	13 000	14 200
1968	1 225	2 425	3 650	4 875	6 075	7 300	8 525	9 725	10 950	12 175	13 375	14 600

Frauen

1958	400	800	1 200	1 600	2 000	2 400	2 800	3 200	3 600	4 000	4 400	4 800
1959	425	825	1 250	1 675	2 075	2 500	2 900	3 325	3 750	4 150	4 575	5 000
1960	425	875	1 300	1 750	2 175	2 625	3 050	3 500	3 925	4 350	4 800	5 225
1961	475	925	1 400	1 850	2 325	2 775	3 250	3 700	4 175	4 650	5 100	5 575
1962	500	1 000	1 500	1 975	2 475	2 975	3 475	3 975	4 475	4 950	5 450	5 950
1963	525	1 075	1 600	2 150	2 675	3 225	3 750	4 300	4 825	5 350	5 900	6 425
1964	575	1 150	1 725	2 300	2 900	3 475	4 050	4 625	5 200	5 775	6 350	6 925
1965	625	1 250	1 875	2 500	3 100	3 725	4 350	4 975	5 600	6 225	6 850	7 475
1966	650	1 325	1 975	2 625	3 300	3 950	4 600	5 275	5 925	6 575	7 250	7 900
1967	675	1 375	2 050	2 750	3 425	4 125	4 800	5 500	6 175	6 850	7 550	8 225
1968	700	1 400	2 100	2 800	3 500	4 200	4 900	5 600	6 300	7 000	7 725	8 425

Lederindustrie (ohne Schuhe)**Männer**

Kalender- jahr	Mutmassliche Beitragsdauer in Monaten											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	bei einem IK-Eintrag (Einkommen) von ... Franken											
1956	600	1 175	1 775	2 350	2 950	3 525	4 125	4 700	5 300	5 875	6 475	7 050
1957	625	1 225	1 850	2 475	3 100	3 700	4 325	4 950	5 550	6 175	6 800	7 425
1958	650	1 300	1 950	2 575	3 225	3 875	4 525	5 175	5 825	6 450	7 100	7 750
1959	650	1 325	1 975	2 650	3 300	3 950	4 625	5 275	5 950	6 600	7 250	7 925
1960	700	1 400	2 075	2 775	3 475	4 175	4 850	5 550	6 250	6 950	7 625	8 325
1961	725	1 475	2 200	2 925	3 675	4 400	5 150	5 875	6 600	7 350	8 075	8 800
1962	800	1 575	2 375	3 175	3 950	4 750	5 550	6 325	7 125	7 925	8 700	9 500
1963	850	1 725	2 575	3 450	4 300	5 150	6 025	6 875	7 750	8 600	9 450	10 325
1964	925	1 850	2 775	3 700	4 650	5 575	6 500	7 425	8 350	9 275	10 200	11 125
1965	1 000	2 000	3 000	3 975	4 975	5 975	6 975	7 975	8 975	9 950	10 950	11 950
1966	1 050	2 100	3 150	4 200	5 250	6 300	7 350	8 400	9 475	10 525	11 575	12 625
1967	1 100	2 200	3 275	4 375	5 475	6 575	7 650	8 750	9 850	10 950	12 050	13 125
1968	1 125	2 250	3 375	4 500	5 625	6 750	7 875	9 000	10 125	11 250	12 375	13 500

Frauen

1958	400	800	1 200	1 600	2 000	2 400	2 775	3 175	3 575	3 975	4 375	4 775
1959	425	825	1 250	1 650	2 075	2 475	2 900	3 300	3 725	4 150	4 550	4 975
1960	425	875	1 300	1 725	2 150	2 600	3 025	3 450	3 900	4 325	4 750	5 175
1961	450	925	1 375	1 850	2 300	2 750	3 225	3 675	4 150	4 600	5 050	5 525
1962	500	975	1 475	1 975	2 450	2 950	3 450	3 925	4 425	4 925	5 400	5 900
1963	525	1 075	1 600	2 125	2 650	3 200	3 725	4 250	4 800	5 325	5 850	6 375
1964	575	1 150	1 725	2 300	2 850	3 425	4 000	4 575	5 150	5 725	6 300	6 875
1965	625	1 225	1 850	2 475	3 075	3 700	4 300	4 925	5 550	6 150	6 775	7 400
1966	650	1 300	1 950	2 600	3 250	3 900	4 575	5 225	5 875	6 525	7 175	7 825
1967	675	1 350	2 050	2 725	3 400	4 075	4 775	5 450	6 125	6 800	7 475	8 175
1968	700	1 400	2 075	2 775	3 475	4 175	4 875	5 575	6 250	6 950	7 650	8 350

Graphisches Gewerbe**Männer**

Kalender- jahr	Mutmassliche Beitragsdauer in Monaten											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	bei einem IK-Eintrag (Einkommen) von ... Franken											
1956	675	1 350	2 025	2 700	3 375	4 050	4 725	5 400	6 075	6 750	7 425	8 100
1957	700	1 400	2 100	2 825	3 525	4 225	4 925	5 625	6 325	7 050	7 750	8 450
1958	750	1 500	2 250	3 000	3 750	4 500	5 250	6 000	6 750	7 500	8 250	9 000
1959	775	1 550	2 325	3 100	3 875	4 650	5 425	6 200	6 975	7 750	8 525	9 300
1960	800	1 600	2 425	3 225	4 025	4 825	5 650	6 450	7 250	8 050	8 875	9 675
1961	825	1 625	2 450	3 250	4 075	4 875	5 700	6 500	7 325	8 150	8 950	9 775
1962	875	1 775	2 650	3 525	4 425	5 300	6 200	7 075	7 950	8 850	9 725	10 600
1963	950	1 875	2 825	3 750	4 700	5 625	6 575	7 500	8 450	9 375	10 325	11 250
1964	1 025	2 025	3 050	4 050	5 075	6 075	7 100	8 100	9 125	10 150	11 150	12 175
1965	1 100	2 200	3 325	4 425	5 525	6 625	7 750	8 850	9 950	11 050	12 175	13 275
1966	1 150	2 275	3 425	4 550	5 700	6 850	7 975	9 125	10 250	11 400	12 525	13 675
1967	1 200	2 400	3 600	4 800	6 000	7 200	8 375	9 575	10 775	11 975	13 175	14 375
1968	1 250	2 500	3 725	4 975	6 225	7 475	8 725	9 950	11 200	12 450	13 700	14 950

Frauen

1958	400	825	1 225	1 650	2 050	2 475	2 875	3 300	3 700	4 125	4 525	4 950
1959	425	850	1 300	1 725	2 150	2 575	3 000	3 450	3 875	4 300	4 725	5 150
1960	450	900	1 375	1 825	2 275	2 725	3 200	3 650	4 100	4 550	5 025	5 475
1961	475	950	1 400	1 875	2 350	2 825	3 300	3 750	4 225	4 700	5 175	5 650
1962	500	1 000	1 525	2 025	2 525	3 025	3 550	4 050	4 550	5 050	5 575	6 075
1963	550	1 075	1 625	2 175	2 700	3 250	3 800	4 325	4 875	5 425	5 950	6 500
1964	600	1 175	1 775	2 350	2 950	3 525	4 125	4 700	5 300	5 875	6 475	7 050
1965	650	1 300	1 925	2 575	3 225	3 875	4 500	5 150	5 800	6 450	7 075	7 725
1966	675	1 350	2 025	2 675	3 350	4 025	4 700	5 375	6 050	6 725	7 400	8 050
1967	725	1 450	2 150	2 875	3 600	4 325	5 025	5 750	6 475	7 200	7 900	8 625
1968	750	1 475	2 225	2 950	3 700	4 425	5 175	5 900	6 650	7 400	8 125	8 875

Chemische Industrie**Männer**

Kalender-jahr	Mutmassliche Beitragsdauer in Monaten											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	bei einem IK-Eintrag (Einkommen) von ... Franken											
1956	675	1 375	2 050	2 750	3 425	4 125	4 800	5 500	6 175	6 850	7 550	8 225
1957	725	1 450	2 150	2 875	3 600	4 325	5 050	5 750	6 475	7 200	7 925	8 650
1958	750	1 500	2 250	3 000	3 750	4 500	5 275	6 025	6 775	7 525	8 275	9 025
1959	750	1 525	2 275	3 050	3 800	4 575	5 325	6 100	6 850	7 625	8 375	9 150
1960	800	1 600	2 425	3 225	4 025	4 825	5 650	6 450	7 250	8 050	8 875	9 675
1961	850	1 700	2 550	3 375	4 225	5 075	5 925	6 775	7 625	8 450	9 300	10 150
1962	900	1 775	2 675	3 550	4 450	5 350	6 225	7 125	8 000	8 900	9 800	10 675
1963	1 000	2 000	3 000	4 000	5 000	6 000	7 025	8 025	9 025	10 025	11 025	12 025
1964	1 100	2 175	3 275	4 375	5 450	6 550	7 650	8 725	9 825	10 925	12 000	13 100
1965	1 175	2 350	3 525	4 700	5 875	7 050	8 225	9 400	10 575	11 750	12 925	14 100
1966	1 250	2 525	3 775	5 025	6 300	7 550	8 825	10 075	11 325	12 600	13 850	15 100
1967	1 325	2 650	3 950	5 275	6 600	7 925	9 250	10 575	11 875	13 200	14 525	15 850
1968	1 325	2 675	4 000	5 325	6 650	8 000	9 325	10 650	11 975	13 325	14 650	15 975

Frauen

1958	450	875	1 325	1 750	2 200	2 625	3 075	3 500	3 950	4 375	4 825	5 250
1959	450	900	1 350	1 775	2 225	2 675	3 125	3 575	4 025	4 450	4 900	5 350
1960	475	950	1 425	1 900	2 350	2 825	3 300	3 775	4 250	4 725	5 200	5 675
1961	500	1 000	1 475	1 975	2 475	2 975	3 450	3 950	4 450	4 950	5 425	5 925
1962	525	1 050	1 550	2 075	2 600	3 125	3 650	4 150	4 675	5 200	5 725	6 250
1963	600	1 200	1 800	2 400	3 000	3 600	4 200	4 800	5 400	6 000	6 600	7 200
1964	650	1 300	1 950	2 575	3 225	3 875	4 525	5 175	5 825	6 450	7 100	7 750
1965	700	1 375	2 075	2 775	3 450	4 150	4 850	5 525	6 225	6 925	7 600	8 300
1966	750	1 500	2 250	3 000	3 750	4 500	5 275	6 025	6 775	7 525	8 275	9 025
1967	800	1 600	2 400	3 200	4 025	4 825	5 625	6 425	7 225	8 025	8 825	9 625
1968	825	1 625	2 450	3 275	4 100	4 900	5 725	6 550	7 350	8 175	9 000	9 800

**Metall-, Maschinenindustrie, Apparatebau,
Musikinstrumentenbau**

Männer

Kalen- der- jahr	Mutmassliche Beitragsdauer in Monaten											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	bei einem IK-Eintrag (Einkommen) von ... Franken											
1956	625	1 225	1 850	2 475	3 100	3 700	4 325	4 950	5 550	6 175	6 800	7 425
1957	650	1 300	1 950	2 575	3 225	3 875	4 525	5 175	5 825	6 450	7 100	7 750
1958	675	1 375	2 050	2 725	3 400	4 100	4 775	5 450	6 150	6 825	7 500	8 175
1959	700	1 400	2 100	2 775	3 475	4 175	4 875	5 575	6 275	6 950	7 650	8 350
1960	725	1 450	2 200	2 925	3 650	4 375	5 100	5 850	6 575	7 300	8 025	8 750
1961	775	1 550	2 350	3 125	3 900	4 675	5 450	6 250	7 025	7 800	8 575	9 350
1962	850	1 700	2 550	3 375	4 225	5 075	5 925	6 775	7 625	8 450	9 300	10 150
1963	900	1 825	2 725	3 650	4 550	5 475	6 375	7 300	8 200	9 125	10 025	10 950
1964	975	1 950	2 950	3 925	4 900	5 875	6 850	7 850	8 825	9 800	10 775	11 750
1965	1 050	2 100	3 125	4 175	5 225	6 275	7 300	8 350	9 400	10 450	11 475	12 525
1966	1 100	2 200	3 300	4 375	5 475	6 575	7 675	8 775	9 875	10 975	12 050	13 150
1967	1 150	2 275	3 425	4 550	5 700	6 825	7 975	9 100	10 250	11 375	12 525	13 650
1968	1 175	2 350	3 525	4 700	5 900	7 075	8 250	9 425	10 600	11 775	12 950	14 125

Frauen

1958	425	875	1 300	1 750	2 175	2 625	3 050	3 500	3 925	4 350	4 800	5 225
1959	450	900	1 350	1 775	2 225	2 675	3 125	3 575	4 025	4 450	4 900	5 350
1960	475	925	1 400	1 875	2 325	2 800	3 250	3 725	4 200	4 650	5 125	5 600
1961	500	1 025	1 525	2 050	2 550	3 050	3 575	4 075	4 600	5 100	5 600	6 125
1962	550	1 100	1 650	2 175	2 725	3 275	3 825	4 375	4 925	5 450	6 000	6 550
1963	600	1 175	1 775	2 350	2 950	3 525	4 125	4 700	5 300	5 875	6 475	7 050
1964	625	1 275	1 900	2 525	3 150	3 800	4 425	5 050	5 700	6 325	6 950	7 575
1965	675	1 350	2 025	2 700	3 400	4 075	4 750	5 425	6 100	6 775	7 450	8 125
1966	725	1 425	2 150	2 850	3 575	4 275	5 000	5 700	6 425	7 125	7 850	8 550
1967	750	1 475	2 225	2 975	3 700	4 450	5 200	5 925	6 675	7 425	8 150	8 900
1968	775	1 525	2 300	3 050	3 825	4 575	5 350	6 100	6 875	7 625	8 400	9 150

Uhrenindustrie, Bijouterie**Männer**

Kalen- der- jahr	Mutmassliche Beitragsdauer in Monaten											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	bei einem IK-Eintrag (Einkommen) von ... Franken											
1956	725	1 425	2 150	2 850	3 575	4 275	5 000	5 700	6 425	7 150	7 850	8 575
1957	750	1 500	2 250	2 975	3 725	4 475	5 225	5 975	6 725	7 450	8 200	8 950
1958	775	1 550	2 325	3 100	3 875	4 650	5 425	6 200	6 975	7 750	8 525	9 300
1959	775	1 550	2 350	3 125	3 900	4 675	5 450	6 250	7 025	7 800	8 575	9 350
1960	800	1 625	2 425	3 250	4 050	4 875	5 675	6 500	7 300	8 125	8 925	9 750
1961	850	1 700	2 575	3 425	4 275	5 125	6 000	6 850	7 700	8 550	9 425	10 275
1962	900	1 775	2 675	3 550	4 450	5 325	6 225	7 100	8 000	8 875	9 775	10 650
1963	950	1 925	2 875	3 850	4 800	5 775	6 725	7 700	8 650	9 625	10 575	11 550
1964	1 000	2 000	2 975	3 975	4 975	5 975	6 950	7 950	8 950	9 950	10 925	11 925
1965	1 075	2 150	3 225	4 300	5 400	6 475	7 550	8 625	9 700	10 775	11 850	12 925
1966	1 125	2 250	3 375	4 500	5 625	6 750	7 875	9 000	10 125	11 250	12 375	13 500
1967	1 175	2 350	3 550	4 725	5 900	7 075	8 275	9 450	10 625	11 800	13 000	14 175
1968	1 175	2 350	3 550	4 725	5 900	7 075	8 250	9 425	10 625	11 800	12 975	14 150

Frauen

1958	525	1 050	1 575	2 100	2 600	3 125	3 650	4 175	4 700	5 225	5 750	6 275
1959	525	1 050	1 575	2 100	2 625	3 150	3 675	4 200	4 725	5 250	5 775	6 300
1960	550	1 100	1 650	2 200	2 750	3 300	3 850	4 400	4 950	5 500	6 050	6 600
1961	575	1 150	1 750	2 325	2 900	3 475	4 050	4 650	5 225	5 800	6 375	6 950
1962	600	1 200	1 800	2 425	3 025	3 625	4 225	4 825	5 425	6 050	6 650	7 250
1963	675	1 325	2 000	2 675	3 325	4 000	4 650	5 325	6 000	6 650	7 325	8 000
1964	675	1 375	2 050	2 750	3 425	4 125	4 800	5 500	6 175	6 850	7 550	8 225
1965	750	1 475	2 225	2 950	3 700	4 450	5 175	5 925	6 650	7 400	8 150	8 875
1966	775	1 575	2 350	3 125	3 925	4 700	5 475	6 275	7 050	7 825	8 625	9 400
1967	825	1 650	2 475	3 300	4 125	4 950	5 775	6 600	7 425	8 250	9 075	9 900
1968	825	1 650	2 475	3 300	4 125	4 950	5 800	6 625	7 450	8 275	9 100	9 925

Industrie der Steine und Erden**Männer**

Kalen- der- jahr	Mutmassliche Beitragsdauer in Monaten											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	bei einem IK-Eintrag (Einkommen) von ... Franken											
1956	600	1 175	1 775	2 350	2 950	3 525	4 125	4 700	5 300	5 875	6 475	7 050
1957	600	1 225	1 825	2 425	3 050	3 650	4 250	4 875	5 475	6 075	6 700	7 300
1958	625	1 275	1 900	2 550	3 175	3 825	4 450	5 100	5 725	6 350	7 000	7 625
1959	650	1 325	1 975	2 650	3 300	3 950	4 625	5 275	5 950	6 600	7 250	7 925
1960	700	1 400	2 100	2 800	3 500	4 200	4 875	5 575	6 275	6 975	7 675	8 375
1961	750	1 500	2 250	3 000	3 750	4 500	5 225	5 975	6 725	7 475	8 225	8 975
1962	800	1 625	2 425	3 225	4 050	4 850	5 650	6 475	7 275	8 075	8 900	9 700
1963	875	1 750	2 650	3 525	4 400	5 275	6 150	7 050	7 925	8 800	9 675	10 550
1964	950	1 925	2 875	3 850	4 800	5 775	6 725	7 700	8 650	9 625	10 575	11 550
1965	1 025	2 075	3 100	4 125	5 175	6 200	7 250	8 275	9 300	10 350	11 375	12 400
1966	1 075	2 175	3 250	4 350	5 425	6 500	7 600	8 675	9 775	10 850	11 925	13 025
1967	1 150	2 275	3 425	4 550	5 700	6 850	7 975	9 125	10 275	11 400	12 550	13 675
1968	1 175	2 350	3 525	4 700	5 875	7 050	8 225	9 400	10 575	11 750	12 925	14 100

Frauen

1958	400	800	1 200	1 575	1 975	2 375	2 775	3 175	3 575	3 950	4 350	4 750
1959	425	825	1 250	1 650	2 075	2 475	2 900	3 300	3 725	4 150	4 550	4 975
1960	450	875	1 325	1 750	2 200	2 625	3 075	3 500	3 950	4 375	4 825	5 250
1961	475	950	1 425	1 900	2 375	2 850	3 325	3 800	4 275	4 750	5 225	5 700
1962	525	1 025	1 550	2 075	2 600	3 100	3 625	4 150	4 650	5 175	5 700	6 225
1963	575	1 125	1 700	2 275	2 825	3 400	3 950	4 525	5 100	5 650	6 225	6 800
1964	625	1 225	1 850	2 475	3 075	3 700	4 300	4 925	5 550	6 150	6 775	7 400
1965	675	1 325	2 000	2 650	3 325	3 975	4 650	5 300	5 975	6 650	7 300	7 975
1966	700	1 400	2 100	2 800	3 475	4 175	4 875	5 575	6 275	6 975	7 675	8 375
1967	725	1 475	2 200	2 925	3 675	4 400	5 150	5 875	6 600	7 350	8 075	8 800
1968	775	1 550	2 300	3 075	3 850	4 600	5 375	6 150	6 925	7 700	8 450	9 225

Holz-, Korkindustrie**Männer**

Kalen- der- jahr	Mutmassliche Beitragsdauer in Monaten											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	bei einem IK-Eintrag (Einkommen) von ... Franken											
1956	525	1 075	1 600	2 125	2 675	3 200	3 750	4 275	4 800	5 350	5 875	6 400
1957	550	1 100	1 675	2 225	2 775	3 325	3 900	4 450	5 000	5 550	6 125	6 675
1958	575	1 150	1 750	2 325	2 900	3 475	4 050	4 650	5 225	5 800	6 375	6 950
1959	600	1 200	1 800	2 400	3 000	3 600	4 225	4 825	5 425	6 025	6 625	7 225
1960	625	1 275	1 900	2 525	3 175	3 800	4 450	5 075	5 700	6 350	6 975	7 600
1961	675	1 350	2 025	2 700	3 400	4 075	4 750	5 425	6 100	6 775	7 450	8 125
1962	750	1 500	2 275	3 025	3 775	4 525	5 300	6 050	6 800	7 550	8 325	9 075
1963	825	1 650	2 475	3 300	4 150	4 975	5 800	6 625	7 450	8 275	9 100	9 925
1964	900	1 800	2 700	3 625	4 525	5 425	6 325	7 225	8 125	9 050	9 950	10 850
1965	975	1 950	2 925	3 900	4 900	5 875	6 850	7 825	8 800	9 775	10 750	11 725
1966	1 025	2 050	3 075	4 100	5 125	6 150	7 175	8 200	9 225	10 250	11 275	12 300
1967	1 075	2 125	3 200	4 275	5 325	6 400	7 450	8 525	9 600	10 650	11 725	12 800
1968	1 100	2 225	3 325	4 450	5 550	6 675	7 775	8 900	10 000	11 125	12 225	13 350

Frauen

1958	375	775	1 150	1 525	1 925	2 300	2 700	3 075	3 450	3 850	4 225	4 600
1959	400	800	1 200	1 575	1 975	2 375	2 775	3 175	3 575	3 950	4 350	4 750
1960	425	850	1 275	1 700	2 100	2 525	2 950	3 375	3 800	4 225	4 650	5 075
1961	450	900	1 350	1 800	2 250	2 700	3 150	3 600	4 050	4 500	4 950	5 400
1962	500	1 000	1 500	2 000	2 500	3 000	3 475	3 975	4 475	4 975	5 475	5 975
1963	550	1 100	1 650	2 175	2 725	3 275	3 825	4 375	4 925	5 450	6 000	6 550
1964	600	1 175	1 775	2 375	2 950	3 550	4 150	4 725	5 325	5 925	6 500	7 100
1965	650	1 300	1 950	2 600	3 250	3 900	4 550	5 200	5 850	6 500	7 150	7 800
1966	700	1 375	2 075	2 775	3 450	4 150	4 850	5 525	6 225	6 925	7 600	8 300
1967	725	1 450	2 175	2 900	3 625	4 325	5 050	5 775	6 500	7 225	7 950	8 675
1968	750	1 475	2 225	2 975	3 725	4 450	5 200	5 950	6 675	7 425	8 175	8 900

Spielwaren, Sportgeräte, Schnitzereien**Männer**

Kalender-jahr	Mutmassliche Beitragsdauer in Monaten											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	bei einem IK-Eintrag (Einkommen) von ... Franken											
1956	550	1 100	1 675	2 225	2 775	3 325	3 900	4 450	5 000	5 550	6 125	6 675
1957	575	1 175	1 750	2 325	2 925	3 500	4 100	4 675	5 250	5 850	6 425	7 000
1958	600	1 225	1 825	2 450	3 050	3 650	4 275	4 875	5 500	6 100	6 700	7 325
1959	625	1 250	1 875	2 500	3 125	3 750	4 375	5 000	5 625	6 250	6 875	7 500
1960	650	1 300	1 975	2 625	3 275	3 925	4 600	5 250	5 900	6 550	7 225	7 875
1961	700	1 400	2 075	2 775	3 475	4 175	4 850	5 550	6 250	6 950	7 625	8 325
1962	750	1 500	2 250	3 000	3 750	4 500	5 225	5 975	6 725	7 475	8 225	8 975
1963	800	1 625	2 425	3 250	4 050	4 875	5 675	6 500	7 300	8 125	8 925	9 750
1964	875	1 750	2 625	3 500	4 375	5 250	6 125	7 000	7 875	8 750	9 625	10 500
1965	950	1 875	2 825	3 775	4 700	5 650	6 600	7 525	8 475	9 425	10 350	11 300
1966	1 000	1 975	2 975	3 975	4 975	5 950	6 950	7 950	8 925	9 925	10 925	11 925
1967	1 025	2 075	3 100	4 125	5 175	6 200	7 225	8 275	9 300	10 325	11 375	12 400
1968	1 075	2 125	3 200	4 250	5 325	6 375	7 450	8 500	9 575	10 625	11 700	12 750

Frauen

1958	375	775	1 150	1 550	1 925	2 325	2 700	3 100	3 475	3 850	4 250	4 625
1959	400	800	1 200	1 600	2 000	2 400	2 825	3 225	3 625	4 025	4 425	4 825
1960	425	850	1 250	1 675	2 100	2 525	2 950	3 350	3 775	4 200	4 625	5 050
1961	450	900	1 350	1 800	2 250	2 700	3 125	3 575	4 025	4 475	4 925	5 375
1962	475	950	1 425	1 900	2 400	2 875	3 350	3 825	4 300	4 775	5 250	5 725
1963	525	1 025	1 550	2 075	2 600	3 100	3 625	4 150	4 650	5 175	5 700	6 225
1964	550	1 125	1 675	2 225	2 800	3 350	3 900	4 475	5 025	5 575	6 150	6 700
1965	600	1 200	1 800	2 400	3 000	3 600	4 200	4 800	5 400	6 000	6 600	7 200
1966	625	1 275	1 900	2 550	3 175	3 800	4 450	5 075	5 700	6 350	6 975	7 625
1967	650	1 325	2 000	2 650	3 325	3 975	4 650	5 300	5 975	6 625	7 300	7 950
1968	675	1 350	2 025	2 700	3 375	4 050	4 750	5 425	6 100	6 775	7 450	8 125

Baugewerbe**Männer**

Kalender- jahr	Mutmassliche Beitragsdauer in Monaten											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	bei einem IK-Eintrag (Einkommen) von ... Franken											
1956	625	1 250	1 875	2 500	3 125	3 750	4 375	5 000	5 625	6 250	6 875	7 500
1957	650	1 300	1 950	2 625	3 275	3 925	4 575	5 225	5 875	6 550	7 200	7 850
1958	675	1 375	2 050	2 725	3 425	4 100	4 800	5 475	6 150	6 850	7 525	8 200
1959	700	1 400	2 100	2 800	3 500	4 200	4 900	5 600	6 300	7 000	7 700	8 400
1960	725	1 475	2 200	2 950	3 675	4 425	5 150	5 900	6 625	7 350	8 100	8 825
1961	775	1 550	2 325	3 100	3 900	4 675	5 450	6 225	7 000	7 775	8 550	9 325
1962	850	1 675	2 525	3 350	4 200	5 050	5 875	6 725	7 550	8 400	9 250	10 075
1963	900	1 825	2 725	3 650	4 550	5 475	6 375	7 300	8 200	9 125	10 025	10 950
1964	975	1 975	2 950	3 925	4 925	5 900	6 900	7 875	8 850	9 850	10 825	11 800
1965	1 050	2 100	3 175	4 225	5 275	6 325	7 400	8 450	9 500	10 550	11 625	12 675
1966	1 125	2 225	3 350	4 450	5 575	6 675	7 800	8 925	10 025	11 150	12 250	13 375
1967	1 150	2 325	3 475	4 650	5 800	6 950	8 125	9 275	10 450	11 600	12 750	13 925
1968	1 200	2 375	3 575	4 775	5 975	7 150	8 350	9 550	10 725	11 925	13 125	14 300

Frauen

1958	450	875	1 325	1 775	2 200	2 650	3 100	3 525	3 975	4 425	4 850	5 300
1959	450	925	1 375	1 850	2 300	2 750	3 225	3 675	4 150	4 600	5 050	5 525
1960	475	975	1 450	1 925	2 400	2 900	3 375	3 850	4 350	4 825	5 300	5 775
1961	500	1 025	1 525	2 050	2 550	3 075	3 575	4 100	4 600	5 125	5 625	6 150
1962	550	1 100	1 650	2 200	2 750	3 300	3 825	4 375	4 925	5 475	6 025	6 575
1963	600	1 175	1 775	2 375	2 950	3 550	4 150	4 725	5 325	5 925	6 500	7 100
1964	650	1 275	1 925	2 550	3 200	3 825	4 475	5 100	5 750	6 375	7 025	7 650
1965	675	1 375	2 050	2 750	3 425	4 125	4 800	5 500	6 175	6 850	7 550	8 225
1966	725	1 450	2 175	2 900	3 625	4 350	5 075	5 800	6 550	7 275	8 000	8 725
1967	750	1 525	2 275	3 025	3 800	4 550	5 325	6 075	6 825	7 600	8 350	9 100
1968	775	1 550	2 325	3 100	3 875	4 650	5 425	6 200	6 975	7 750	8 525	9 300

Elektrizitäts-, Gas-, Wasserversorgung**Männer**

Kalen- der- jahr	Mutmassliche Beitragsdauer in Monaten											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	bei einem IK-Eintrag (Einkommen) von ... Franken											
1956	725	1 450	2 175	2 900	3 625	4 350	5 075	5 800	6 525	7 250	7 975	8 700
1957	750	1 525	2 275	3 050	3 800	4 550	5 325	6 075	6 850	7 600	8 350	9 125
1958	800	1 600	2 400	3 175	3 975	4 775	5 575	6 375	7 175	7 950	8 750	9 550
1959	825	1 625	2 450	3 250	4 075	4 875	5 700	6 500	7 325	8 150	8 950	9 775
1960	850	1 700	2 575	3 425	4 275	5 125	6 000	6 850	7 700	8 550	9 425	10 275
1961	900	1 800	2 700	3 625	4 525	5 425	6 325	7 225	8 125	9 050	9 950	10 850
1962	975	1 950	2 925	3 900	4 875	5 850	6 825	7 800	8 775	9 750	10 725	11 700
1963	1 050	2 125	3 175	4 250	5 300	6 350	7 425	8 475	9 550	10 600	11 650	12 725
1964	1 150	2 300	3 425	4 575	5 725	6 875	8 000	9 150	10 300	11 450	12 575	13 725
1965	1 225	2 450	3 675	4 900	6 150	7 375	8 600	9 825	11 050	12 275	13 500	14 725
1966	1 300	2 600	3 900	5 175	6 475	7 775	9 075	10 375	11 675	12 975	14 250	15 550
1967	1 350	2 700	4 050	5 400	6 750	8 100	9 450	10 800	12 150	13 500	14 850	16 200
1968	1 400	2 775	4 175	5 550	6 950	8 325	9 725	11 100	12 500	13 875	15 275	16 650

Frauen

1958	525	1 025	1 550	2 075	2 575	3 100	3 600	4 125	4 650	5 150	5 675	6 200
1959	525	1 075	1 600	2 150	2 675	3 225	3 750	4 300	4 825	5 350	5 900	6 425
1960	550	1 125	1 675	2 250	2 800	3 350	3 925	4 475	5 050	5 600	6 150	6 725
1961	600	1 200	1 800	2 375	2 975	3 575	4 175	4 775	5 375	5 950	6 550	7 150
1962	650	1 275	1 925	2 550	3 200	3 825	4 475	5 100	5 750	6 375	7 025	7 650
1963	700	1 375	2 075	2 750	3 450	4 150	4 825	5 525	6 200	6 900	7 600	8 275
1964	750	1 475	2 225	2 975	3 700	4 450	5 200	5 925	6 675	7 425	8 150	8 900
1965	800	1 600	2 400	3 200	4 000	4 800	5 600	6 400	7 200	8 000	8 800	9 600
1966	850	1 700	2 550	3 375	4 225	5 075	5 925	6 775	7 625	8 450	9 300	10 150
1967	875	1 775	2 650	3 525	4 425	5 300	6 175	7 075	7 950	8 825	9 725	10 600
1968	900	1 800	2 700	3 600	4 500	5 400	6 325	7 225	8 125	9 025	9 925	10 825

Grosshandel

Männer

Kalen- der- jahr	Mutmassliche Beitragsdauer in Monaten											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	bei einem IK-Eintrag (Einkommen) von ... Franken											
1956	600	1 200	1 800	2 400	3 000	3 600	4 200	4 800	5 400	6 000	6 600	7 200
1957	625	1 250	1 900	2 525	3 150	3 775	4 400	5 050	5 675	6 300	6 925	7 550
1958	650	1 325	1 975	2 650	3 300	3 950	4 625	5 275	5 950	6 600	7 250	7 925
1959	675	1 350	2 025	2 700	3 375	4 050	4 725	5 400	6 075	6 750	7 425	8 100
1960	700	1 425	2 125	2 825	3 550	4 250	4 950	5 675	6 375	7 075	7 800	8 500
1961	750	1 500	2 250	3 000	3 750	4 500	5 225	5 975	6 725	7 475	8 225	8 975
1962	800	1 625	2 425	3 225	4 050	4 850	5 650	6 475	7 275	8 075	8 900	9 700
1963	875	1 750	2 625	3 500	4 400	5 275	6 150	7 025	7 900	8 775	9 650	10 525
1964	950	1 900	2 850	3 775	4 725	5 675	6 625	7 575	8 525	9 450	10 400	11 350
1965	1 025	2 025	3 050	4 075	5 075	6 100	7 100	8 125	9 150	10 150	11 175	12 200
1966	1 075	2 150	3 225	4 300	5 375	6 450	7 500	8 575	9 650	10 725	11 800	12 875
1967	1 125	2 225	3 350	4 450	5 575	6 700	7 800	8 925	10 050	11 150	12 275	13 375
1968	1 150	2 300	3 450	4 600	5 750	6 875	8 025	9 175	10 325	11 475	12 625	13 775

Frauen

1958	425	825	1 250	1 650	2 075	2 475	2 900	3 300	3 725	4 150	4 550	4 975
1959	425	850	1 300	1 725	2 150	2 575	3 000	3 450	3 875	4 300	4 725	5 150
1960	450	900	1 350	1 800	2 250	2 700	3 150	3 600	4 050	4 500	4 950	5 400
1961	475	950	1 425	1 900	2 400	2 875	3 350	3 825	4 300	4 775	5 250	5 725
1962	500	1 025	1 525	2 050	2 550	3 075	3 575	4 100	4 600	5 125	5 625	6 150
1963	550	1 100	1 650	2 225	2 775	3 325	3 875	4 425	4 975	5 550	6 100	6 650
1964	600	1 200	1 800	2 375	2 975	3 575	4 175	4 775	5 375	5 950	6 550	7 150
1965	650	1 275	1 925	2 575	3 200	3 850	4 500	5 125	5 775	6 425	7 050	7 700
1966	675	1 350	2 050	2 725	3 400	4 075	4 750	5 425	6 125	6 800	7 475	8 150
1967	700	1 425	2 125	2 825	3 550	4 250	4 975	5 675	6 375	7 100	7 800	8 500
1968	725	1 450	2 175	2 900	3 625	4 350	5 075	5 800	6 525	7 250	7 950	8 675

Detailhandel

Männer

Kalender- jahr	Mutmassliche Beitragsdauer in Monaten											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	bei einem IK-Eintrag (Einkommen) von ... Franken											
1956	600	1 225	1 825	2 450	3 050	3 650	4 275	4 875	5 500	6 100	6 700	7 325
1957	650	1 300	1 950	2 600	3 250	3 900	4 550	5 200	5 850	6 500	7 150	7 800
1958	675	1 350	2 000	2 675	3 350	4 025	4 700	5 350	6 025	6 700	7 375	8 050
1959	675	1 375	2 050	2 750	3 425	4 125	4 800	5 500	6 175	6 850	7 550	8 225
1960	725	1 450	2 175	2 900	3 600	4 325	5 050	5 775	6 500	7 225	7 950	8 675
1961	750	1 525	2 275	3 050	3 800	4 575	5 325	6 100	6 850	7 625	8 375	9 150
1962	825	1 650	2 475	3 300	4 100	4 925	5 750	6 575	7 400	8 225	9 050	9 875
1963	900	1 775	2 675	3 575	4 450	5 350	6 250	7 125	8 025	8 925	9 800	10 700
1964	975	1 925	2 900	3 850	4 825	5 775	6 750	7 700	8 675	9 650	10 600	11 575
1965	1 025	2 075	3 100	4 125	5 175	6 200	7 250	8 275	9 300	10 350	11 375	12 400
1966	1 100	2 175	3 275	4 375	5 450	6 550	7 625	8 725	9 825	10 900	12 000	13 100
1967	1 125	2 275	3 400	4 550	5 675	6 825	7 950	9 100	10 225	11 375	12 500	13 650
1968	1 175	2 325	3 500	4 675	5 850	7 000	8 175	9 350	10 500	11 675	12 850	14 025

Frauen

1958	450	875	1 325	1 750	2 200	2 625	3 075	3 500	3 950	4 375	4 825	5 250
1959	450	900	1 350	1 825	2 275	2 725	3 175	3 625	4 075	4 550	5 000	5 450
1960	475	950	1 425	1 900	2 375	2 850	3 325	3 800	4 275	4 750	5 225	5 700
1961	500	1 000	1 525	2 025	2 525	3 025	3 550	4 050	4 550	5 050	5 575	6 075
1962	550	1 075	1 625	2 150	2 700	3 250	3 775	4 325	4 850	5 400	5 950	6 475
1963	575	1 175	1 750	2 350	2 925	3 525	4 100	4 700	5 275	5 850	6 450	7 025
1964	625	1 250	1 900	2 525	3 150	3 775	4 400	5 050	5 675	6 300	6 925	7 550
1965	675	1 350	2 025	2 700	3 400	4 075	4 750	5 425	6 100	6 775	7 450	8 125
1966	725	1 450	2 150	2 875	3 600	4 300	5 025	5 750	6 475	7 200	7 900	8 625
1967	750	1 500	2 250	3 000	3 750	4 500	5 250	6 000	6 750	7 500	8 250	9 000
1968	775	1 525	2 300	3 050	3 825	4 600	5 350	6 125	6 875	7 650	8 425	9 175

Hilfsdienste des Handels

Männer

Kalender-jahr	Mutmassliche Beitragsdauer in Monaten											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	bei einem IK-Eintrag (Einkommen) von ... Franken											
1956	600	1 175	1 775	2 375	2 950	3 550	4 150	4 725	5 325	5 925	6 500	7 100
1957	625	1 250	1 875	2 500	3 100	3 725	4 350	4 975	5 600	6 225	6 850	7 475
1958	650	1 300	1 950	2 600	3 250	3 900	4 550	5 200	5 850	6 500	7 150	7 800
1959	675	1 325	2 000	2 675	3 325	4 000	4 650	5 325	6 000	6 650	7 325	8 000
1960	700	1 400	2 100	2 800	3 500	4 200	4 900	5 600	6 300	7 000	7 700	8 400
1961	750	1 475	2 225	2 950	3 700	4 425	5 175	5 900	6 650	7 375	8 125	8 850
1962	800	1 600	2 400	3 200	4 000	4 800	5 575	6 375	7 175	7 975	8 775	9 575
1963	875	1 725	2 600	3 475	4 325	5 200	6 050	6 925	7 800	8 650	9 525	10 400
1964	925	1 875	2 800	3 725	4 675	5 600	6 550	7 475	8 400	9 350	10 275	11 200
1965	1 000	2 000	3 000	4 000	5 000	6 000	7 025	8 025	9 025	10 025	11 025	12 025
1966	1 050	2 125	3 175	4 225	5 300	6 350	7 400	8 450	9 525	10 575	11 625	12 700
1967	1 100	2 200	3 300	4 400	5 500	6 625	7 725	8 825	9 925	11 025	12 125	13 225
1968	1 125	2 275	3 400	4 525	5 675	6 800	7 925	9 050	10 200	11 325	12 450	13 600

Frauen

1958	425	825	1 250	1 650	2 075	2 475	2 900	3 300	3 725	4 150	4 550	4 975
1959	425	875	1 300	1 725	2 150	2 600	3 025	3 450	3 900	4 325	4 750	5 175
1960	450	900	1 350	1 800	2 250	2 700	3 150	3 600	4 050	4 500	4 950	5 400
1961	475	950	1 450	1 925	2 400	2 875	3 350	3 850	4 325	4 800	5 275	5 750
1962	500	1 025	1 525	2 050	2 550	3 075	3 575	4 100	4 600	5 125	5 625	6 150
1963	550	1 100	1 675	2 225	2 775	3 325	3 900	4 450	5 000	5 550	6 125	6 675
1964	600	1 200	1 800	2 400	3 000	3 600	4 175	4 775	5 375	5 975	6 575	7 175
1965	650	1 300	1 925	2 575	3 225	3 875	4 500	5 150	5 800	6 450	7 075	7 725
1966	675	1 375	2 050	2 725	3 400	4 100	4 775	5 450	6 125	6 825	7 500	8 175
1967	700	1 425	2 125	2 850	3 550	4 275	4 975	5 700	6 400	7 100	7 825	8 525
1968	725	1 450	2 175	2 900	3 625	4 350	5 075	5 800	6 525	7 250	7 975	8 700

Banken, Börsen**Männer**

Kalender- jahr	Mutmassliche Beitragsdauer in Monaten											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	bei einem IK-Eintrag (Einkommen) von ... Franken											
1956	675	1 325	1 975	2 650	3 300	3 975	4 625	5 300	5 950	6 625	7 275	7 950
1957	700	1 400	2 075	2 775	3 475	4 175	4 850	5 550	6 250	6 950	7 625	8 325
1958	725	1 450	2 175	2 900	3 625	4 350	5 075	5 800	6 525	7 250	7 975	8 700
1959	750	1 500	2 225	2 975	3 725	4 475	5 200	5 950	6 700	7 450	8 175	8 925
1960	775	1 575	2 350	3 125	3 900	4 700	5 475	6 250	7 050	7 825	8 600	9 375
1961	825	1 650	2 475	3 300	4 125	4 950	5 775	6 600	7 425	8 250	9 075	9 900
1962	900	1 775	2 675	3 550	4 450	5 350	6 225	7 125	8 000	8 900	9 800	10 675
1963	975	1 925	2 900	3 875	4 850	5 800	6 775	7 750	8 700	9 675	10 650	11 625
1964	1 050	2 100	3 125	4 175	5 225	6 275	7 300	8 350	9 400	10 450	11 475	12 525
1965	1 125	2 250	3 350	4 475	5 600	6 725	7 850	8 950	10 075	11 200	12 325	13 450
1966	1 175	2 375	3 550	4 725	5 925	7 100	8 275	9 450	10 650	11 825	13 000	14 200
1967	1 225	2 450	3 700	4 925	6 150	7 375	8 625	9 850	11 075	12 300	13 525	14 775
1968	1 275	2 525	3 800	5 050	6 325	7 600	8 850	10 125	11 400	12 650	13 925	15 175

Frauen

1958	475	925	1 400	1 850	2 325	2 775	3 250	3 700	4 175	4 650	5 100	5 575
1959	475	975	1 450	1 925	2 400	2 900	3 375	3 850	4 350	4 825	5 300	5 775
1960	500	1 000	1 500	2 025	2 525	3 025	3 525	4 025	4 525	5 050	5 550	6 050
1961	525	1 075	1 600	2 150	2 675	3 225	3 750	4 300	4 825	5 350	5 900	6 425
1962	575	1 150	1 725	2 300	2 850	3 425	4 000	4 575	5 150	5 725	6 300	6 875
1963	625	1 250	1 850	2 475	3 100	3 725	4 350	4 950	5 575	6 200	6 825	7 450
1964	675	1 325	2 000	2 675	3 350	4 000	4 675	5 350	6 000	6 675	7 350	8 025
1965	725	1 425	2 150	2 875	3 600	4 300	5 025	5 750	6 450	7 175	7 900	8 625
1966	750	1 525	2 275	3 050	3 800	4 550	5 325	6 075	6 850	7 600	8 350	9 125
1967	800	1 575	2 375	3 175	3 975	4 750	5 550	6 350	7 150	7 925	8 725	9 525
1968	800	1 625	2 425	3 250	4 050	4 850	5 675	6 475	7 300	8 100	8 900	9 725

Versicherungswesen

Männer

Kalender-jahr	Mutmassliche Beitragsdauer in Monaten											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	bei einem IK-Eintrag (Einkommen) von ... Franken											
1956	650	1 300	1 950	2 600	3 250	3 900	4 575	5 225	5 875	6 525	7 175	7 825
1957	675	1 375	2 050	2 725	3 425	4 100	4 800	5 475	6 150	6 850	7 525	8 200
1958	725	1 425	2 150	2 875	3 575	4 300	5 000	5 725	6 450	7 150	7 875	8 600
1959	725	1 475	2 200	2 925	3 650	4 400	5 125	5 850	6 600	7 325	8 050	8 775
1960	775	1 550	2 300	3 075	3 850	4 625	5 400	6 150	6 925	7 700	8 475	9 250
1961	825	1 625	2 450	3 250	4 075	4 875	5 700	6 500	7 325	8 150	8 950	9 775
1962	875	1 750	2 625	3 500	4 400	5 275	6 150	7 025	7 900	8 775	9 650	10 525
1963	950	1 900	2 850	3 825	4 775	5 725	6 675	7 625	8 575	9 550	10 500	11 450
1964	1 025	2 050	3 075	4 100	5 150	6 175	7 200	8 225	9 250	10 275	11 300	12 325
1965	1 100	2 200	3 300	4 425	5 525	6 625	7 725	8 825	9 925	11 050	12 150	13 250
1966	1 175	2 325	3 500	4 650	5 825	7 000	8 150	9 325	10 475	11 650	12 825	13 975
1967	1 225	2 425	3 650	4 850	6 075	7 275	8 500	9 700	10 925	12 125	13 350	14 550
1968	1 250	2 500	3 750	5 000	6 225	7 475	8 725	9 975	11 225	12 475	13 725	14 975

Frauen

1958	450	900	1 375	1 825	2 275	2 725	3 200	3 650	4 100	4 550	5 025	5 475
1959	475	950	1 425	1 900	2 375	2 850	3 325	3 800	4 275	4 750	5 225	5 700
1960	500	1 000	1 475	1 975	2 475	2 975	3 450	3 950	4 450	4 950	5 425	5 925
1961	525	1 050	1 575	2 100	2 650	3 175	3 700	4 225	4 750	5 275	5 800	6 325
1962	575	1 125	1 700	2 250	2 825	3 375	3 950	4 500	5 075	5 650	6 200	6 775
1963	600	1 225	1 825	2 450	3 050	3 650	4 275	4 875	5 500	6 100	6 700	7 325
1964	650	1 300	1 975	2 625	3 275	3 925	4 600	5 250	5 900	6 550	7 225	7 875
1965	700	1 400	2 125	2 825	3 525	4 225	4 950	5 650	6 350	7 050	7 775	8 475
1966	750	1 500	2 250	3 000	3 750	4 500	5 225	5 975	6 725	7 475	8 225	8 975
1967	775	1 550	2 350	3 125	3 900	4 675	5 450	6 250	7 025	7 800	8 575	9 350
1968	800	1 600	2 400	3 200	3 975	4 775	5 575	6 375	7 175	7 975	8 775	9 575

Gastgewerbe**Männer**

Kalender-jahr	Mutmassliche Beitragsdauer in Monaten											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	bei einem IK-Eintrag (Einkommen) von ... Franken											
1956	525	1 075	1 600	2 125	2 675	3 200	3 750	4 275	4 800	5 350	5 875	6 400
1957	550	1 125	1 675	2 250	2 800	3 350	3 925	4 475	5 050	5 600	6 150	6 725
1958	575	1 175	1 750	2 350	2 925	3 525	4 100	4 700	5 275	5 850	6 450	7 025
1959	600	1 200	1 800	2 400	3 000	3 600	4 200	4 800	5 400	6 000	6 600	7 200
1960	625	1 250	1 900	2 525	3 150	3 775	4 400	5 050	5 675	6 300	6 925	7 550
1961	675	1 325	2 000	2 675	3 325	4 000	4 650	5 325	6 000	6 650	7 325	8 000
1962	725	1 450	2 150	2 875	3 600	4 325	5 050	5 750	6 475	7 200	7 925	8 650
1963	775	1 550	2 350	3 125	3 900	4 675	5 450	6 250	7 025	7 800	8 575	9 350
1964	850	1 675	2 525	3 375	4 200	5 050	5 900	6 725	7 575	8 425	9 250	10 100
1965	900	1 800	2 700	3 625	4 525	5 425	6 325	7 225	8 125	9 050	9 950	10 850
1966	950	1 900	2 875	3 825	4 775	5 725	6 700	7 650	8 600	9 550	10 525	11 475
1967	1 000	1 975	2 975	3 975	4 975	5 950	6 950	7 950	8 925	9 925	10 925	11 925
1968	1 025	2 050	3 075	4 100	5 100	6 125	7 150	8 175	9 200	10 225	11 250	12 275

Frauen

1958	500	1 000	1 475	1 975	2 475	2 975	3 450	3 950	4 450	4 950	5 425	5 925
1959	500	1 025	1 525	2 050	2 550	3 075	3 575	4 100	4 600	5 125	5 625	6 150
1960	525	1 075	1 600	2 150	2 675	3 225	3 750	4 300	4 825	5 350	5 900	6 425
1961	575	1 150	1 700	2 275	2 850	3 425	4 000	4 550	5 125	5 700	6 275	6 850
1962	600	1 225	1 825	2 450	3 050	3 650	4 275	4 875	5 500	6 100	6 700	7 325
1963	650	1 325	1 975	2 650	3 300	3 950	4 625	5 275	5 950	6 600	7 250	7 925
1964	700	1 425	2 125	2 850	3 550	4 250	4 975	5 675	6 400	7 100	7 800	8 525
1965	775	1 525	2 300	3 050	3 825	4 575	5 350	6 100	6 875	7 650	8 400	9 175
1966	800	1 625	2 425	3 225	4 050	4 850	5 650	6 475	7 275	8 100	8 900	9 700
1967	850	1 700	2 525	3 375	4 225	5 075	5 925	6 750	7 600	8 450	9 300	10 150
1968	875	1 725	2 600	3 450	4 325	5 175	6 050	6 900	7 775	8 625	9 500	10 350

Verkehr

Männer

Kalen- der- jahr	Mutmassliche Beitragsdauer in Monaten											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	bei einem IK-Eintrag (Einkommen) von ... Franken											
1956	650	1 300	1 950	2 600	3 250	3 900	4 550	5 200	5 850	6 500	7 150	7 800
1957	675	1 375	2 050	2 725	3 400	4 100	4 775	5 450	6 150	6 825	7 500	8 175
1958	725	1 425	2 150	2 875	3 575	4 300	5 000	5 725	6 450	7 150	7 875	8 600
1959	725	1 475	2 200	2 925	3 650	4 400	5 125	5 850	6 600	7 325	8 050	8 775
1960	775	1 525	2 300	3 075	3 850	4 600	5 375	6 150	6 900	7 675	8 450	9 225
1961	800	1 625	2 425	3 250	4 050	4 875	5 675	6 500	7 300	8 125	8 925	9 750
1962	875	1 750	2 625	3 500	4 375	5 250	6 125	7 000	7 875	8 750	9 625	10 500
1963	950	1 900	2 850	3 800	4 750	5 700	6 675	7 625	8 575	9 525	10 475	11 425
1964	1 025	2 050	3 075	4 100	5 125	6 150	7 175	8 200	9 225	10 250	11 275	12 300
1965	1 100	2 200	3 300	4 400	5 500	6 600	7 725	8 825	9 925	11 025	12 125	13 225
1966	1 175	2 325	3 500	4 650	5 825	6 975	8 150	9 300	10 475	11 625	12 800	13 950
1967	1 200	2 425	3 625	4 850	6 050	7 275	8 475	9 700	10 900	12 125	13 325	14 550
1968	1 250	2 500	3 725	4 975	6 225	7 475	8 725	9 950	11 200	12 450	13 700	14 950

Frauen

1958	625	1 250	1 850	2 475	3 100	3 725	4 350	4 950	5 575	6 200	6 825	7 450
1959	650	1 300	1 925	2 575	3 225	3 875	4 500	5 150	5 800	6 450	7 075	7 725
1960	675	1 350	2 025	2 700	3 375	4 050	4 725	5 400	6 075	6 750	7 425	8 100
1961	725	1 425	2 150	2 875	3 600	4 300	5 025	5 750	6 450	7 175	7 900	8 625
1962	775	1 525	2 300	3 075	3 825	4 600	5 350	6 125	6 900	7 650	8 425	9 200
1963	825	1 650	2 500	3 325	4 150	4 975	5 800	6 650	7 475	8 300	9 125	9 950
1964	900	1 775	2 675	3 575	4 450	5 350	6 250	7 125	8 025	8 925	9 800	10 700
1965	950	1 925	2 875	3 850	4 800	5 750	6 725	7 675	8 650	9 600	10 550	11 525
1966	1 025	2 025	3 050	4 075	5 075	6 100	7 125	8 125	9 150	10 150	11 175	12 200
1967	1 050	2 125	3 175	4 250	5 300	6 375	7 425	8 500	9 550	10 625	11 675	12 750
1968	1 075	2 175	3 250	4 325	5 425	6 500	7 575	8 675	9 750	10 850	11 925	13 000

**Öffentliche Verwaltungen (ohne Betriebe),
öffentliche Rechtspflege und Militärverwaltung**

Männer

Kalen- der- jahr	Mutmassliche Beitragsdauer in Monaten											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	bei einem IK-Eintrag (Einkommen) von ... Franken											
1956	675	1 350	2 025	2 700	3 375	4 050	4 725	5 400	6 075	6 750	7 425	8 100
1957	700	1 425	2 125	2 850	3 550	4 250	4 975	5 675	6 400	7 100	7 800	8 525
1958	750	1 500	2 225	2 975	3 725	4 475	5 200	5 950	6 700	7 450	8 175	8 925
1959	750	1 525	2 275	3 050	3 800	4 550	5 325	6 075	6 850	7 600	8 350	9 125
1960	800	1 600	2 400	3 200	4 000	4 800	5 600	6 400	7 200	8 000	8 800	9 600
1961	850	1 700	2 525	3 375	4 225	5 075	5 900	6 750	7 600	8 450	9 275	10 125
1962	900	1 825	2 725	3 650	4 550	5 450	6 375	7 275	8 200	9 100	10 000	10 925
1963	1 000	1 975	2 975	3 950	4 950	5 950	6 925	7 925	8 900	9 900	10 900	11 875
1964	1 075	2 125	3 200	4 275	5 350	6 400	7 475	8 550	9 600	10 675	11 750	12 825
1965	1 150	2 300	3 450	4 575	5 725	6 875	8 025	9 175	10 325	11 450	12 600	13 750
1966	1 200	2 425	3 625	4 825	6 050	7 250	8 450	9 675	10 875	12 075	13 300	14 500
1967	1 250	2 525	3 775	5 025	6 300	7 550	8 825	10 075	11 325	12 600	13 850	15 100
1968	1 300	2 600	3 875	5 175	6 475	7 775	9 050	10 350	11 650	12 950	14 225	15 525

Frauen

1958	525	1 025	1 550	2 075	2 600	3 100	3 625	4 150	4 650	5 175	5 700	6 225
1959	550	1 075	1 625	2 150	2 700	3 225	3 775	4 300	4 850	5 375	5 925	6 450
1960	550	1 125	1 675	2 250	2 800	3 375	3 925	4 500	5 050	5 625	6 175	6 750
1961	600	1 200	1 800	2 400	3 000	3 600	4 200	4 800	5 400	6 000	6 600	7 200
1962	650	1 275	1 925	2 550	3 200	3 850	4 475	5 125	5 750	6 400	7 050	7 675
1963	700	1 375	2 075	2 775	3 450	4 150	4 850	5 525	6 225	6 925	7 600	8 300
1964	750	1 500	2 250	2 975	3 725	4 475	5 225	5 975	6 725	7 450	8 200	8 950
1965	800	1 600	2 400	3 200	4 000	4 800	5 625	6 425	7 225	8 025	8 825	9 625
1966	850	1 700	2 550	3 400	4 250	5 100	5 950	6 800	7 650	8 500	9 350	10 200
1967	875	1 775	2 675	3 550	4 450	5 325	6 225	7 100	8 000	8 875	9 775	10 650
1968	900	1 800	2 725	3 625	4 525	5 425	6 350	7 250	8 150	9 050	9 975	10 875

Rechtsbeistand, Interessenvertretung

Männer

Kalender-jahr	Mutmassliche Beitragsdauer in Monaten											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	bei einem IK-Eintrag (Einkommen) von ... Franken											
1956	650	1 325	1 975	2 650	3 300	3 975	4 625	5 300	5 950	6 625	7 275	7 950
1957	700	1 400	2 100	2 775	3 475	4 175	4 875	5 575	6 275	6 950	7 650	8 350
1958	725	1 450	2 175	2 900	3 650	4 375	5 100	5 825	6 550	7 275	8 000	8 725
1959	750	1 500	2 225	2 975	3 725	4 475	5 200	5 950	6 700	7 450	8 175	8 925
1960	775	1 575	2 350	3 125	3 900	4 700	5 475	6 250	7 050	7 825	8 600	9 375
1961	825	1 650	2 475	3 300	4 125	4 950	5 775	6 600	7 425	8 250	9 075	9 900
1962	900	1 775	2 675	3 575	4 450	5 350	6 250	7 125	8 025	8 925	9 800	10 700
1963	975	1 925	2 900	3 875	4 850	5 800	6 775	7 750	8 700	9 675	10 650	11 625
1964	1 050	2 100	3 150	4 175	5 225	6 275	7 325	8 375	9 425	10 450	11 500	12 550
1965	1 125	2 250	3 375	4 500	5 600	6 725	7 850	8 975	10 100	11 225	12 350	13 475
1966	1 175	2 375	3 550	4 750	5 925	7 100	8 300	9 475	10 675	11 850	13 025	14 225
1967	1 225	2 475	3 700	4 925	6 175	7 400	8 625	9 850	11 100	12 325	13 550	14 800
1968	1 275	2 525	3 800	5 075	6 350	7 600	8 875	10 150	11 400	12 675	13 950	15 200

Frauen

1958	500	1 000	1 525	2 025	2 525	3 025	3 550	4 050	4 550	5 050	5 575	6 075
1959	525	1 050	1 575	2 100	2 625	3 150	3 675	4 200	4 725	5 250	5 775	6 300
1960	550	1 100	1 650	2 200	2 750	3 300	3 850	4 400	4 950	5 500	6 050	6 600
1961	575	1 175	1 750	2 350	2 925	3 525	4 100	4 700	5 275	5 850	6 450	7 025
1962	625	1 250	1 875	2 500	3 125	3 750	4 375	5 000	5 625	6 250	6 875	7 500
1963	675	1 350	2 025	2 700	3 400	4 075	4 750	5 425	6 100	6 775	7 450	8 125
1964	725	1 450	2 200	2 925	3 650	4 375	5 100	5 850	6 575	7 300	8 025	8 750
1965	775	1 575	2 350	3 150	3 925	4 725	5 500	6 300	7 075	7 850	8 650	9 425
1966	825	1 675	2 500	3 325	4 150	5 000	5 825	6 650	7 500	8 325	9 150	9 975
1967	875	1 725	2 600	3 475	4 350	5 200	6 075	6 950	7 825	8 675	9 550	10 425
1968	900	1 775	2 675	3 550	4 450	5 325	6 225	7 125	8 000	8 900	9 775	10 675

Gesundheits-, Körperpflege (ohne Krankenanstalten)

Männer

Kalender- jahr	Mutmassliche Beitragsdauer in Monaten											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	bei einem IK-Eintrag (Einkommen) von ... Franken											
1956	625	1 275	1 900	2 550	3 175	3 825	4 450	5 100	5 725	6 350	7 000	7 625
1957	675	1 325	2 000	2 675	3 350	4 000	4 675	5 350	6 000	6 675	7 350	8 025
1958	700	1 400	2 100	2 800	3 500	4 200	4 900	5 600	6 300	7 000	7 700	8 400
1959	725	1 425	2 150	2 875	3 575	4 300	5 000	5 725	6 450	7 150	7 875	8 600
1960	750	1 500	2 250	3 000	3 750	4 500	5 275	6 025	6 775	7 525	8 275	9 025
1961	800	1 600	2 375	3 175	3 975	4 775	5 550	6 350	7 150	7 950	8 725	9 525
1962	850	1 725	2 575	3 425	4 300	5 150	6 000	6 875	7 725	8 575	9 450	10 300
1963	925	1 875	2 800	3 725	4 650	5 600	6 525	7 450	8 400	9 325	10 250	11 175
1964	1 000	2 000	3 025	4 025	5 025	6 025	7 050	8 050	9 050	10 050	11 075	12 075
1965	1 075	2 150	3 225	4 300	5 400	6 475	7 550	8 625	9 700	10 775	11 850	12 925
1966	1 150	2 275	3 425	4 550	5 700	6 850	7 975	9 125	10 250	11 400	12 525	13 675
1967	1 175	2 375	3 550	4 750	5 925	7 100	8 300	9 475	10 650	11 850	13 025	14 225
1968	1 225	2 450	3 650	4 875	6 100	7 325	8 525	9 750	10 975	12 200	13 400	14 625

Frauen

1958	500	975	1 475	1 950	2 450	2 925	3 425	3 900	4 400	4 875	5 375	5 850
1959	500	1 000	1 525	2 025	2 525	3 025	3 550	4 050	4 550	5 050	5 575	6 075
1960	525	1 050	1 600	2 125	2 650	3 175	3 700	4 250	4 775	5 300	5 825	6 350
1961	575	1 125	1 700	2 250	2 825	3 375	3 950	4 500	5 075	5 650	6 200	6 775
1962	600	1 200	1 800	2 400	3 000	3 600	4 225	4 825	5 425	6 025	6 625	7 225
1963	650	1 300	1 950	2 600	3 250	3 900	4 575	5 225	5 875	6 525	7 175	7 825
1964	700	1 400	2 100	2 800	3 500	4 200	4 925	5 625	6 325	7 025	7 725	8 425
1965	750	1 500	2 275	3 025	3 775	4 525	5 300	6 050	6 800	7 550	8 325	9 075
1966	800	1 600	2 400	3 200	4 000	4 800	5 600	6 400	7 200	8 000	8 800	9 600
1967	825	1 675	2 500	3 350	4 175	5 025	5 850	6 675	7 525	8 350	9 200	10 025
1968	850	1 700	2 550	3 400	4 275	5 125	5 975	6 825	7 675	8 525	9 375	10 225

Öffentliches und privates Schulwesen, Wissenschaft**Männer**

Kalen- der- jahr	Mutmassliche Beitragsdauer in Monaten											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	bei einem IK-Eintrag (Einkommen) von ... Franken											
1956	675	1 325	2 000	2 675	3 325	4 000	4 650	5 325	6 000	6 650	7 325	8 000
1957	700	1 400	2 100	2 800	3 500	4 200	4 900	5 600	6 300	7 000	7 700	8 400
1958	725	1 475	2 200	2 925	3 650	4 400	5 125	5 850	6 600	7 325	8 050	8 775
1959	750	1 500	2 250	3 000	3 750	4 500	5 225	5 975	6 725	7 475	8 225	8 975
1960	800	1 575	2 375	3 150	3 950	4 725	5 525	6 300	7 100	7 875	8 675	9 450
1961	825	1 675	2 500	3 325	4 150	5 000	5 825	6 650	7 500	8 325	9 150	9 975
1962	900	1 800	2 700	3 600	4 500	5 400	6 275	7 175	8 075	8 975	9 875	10 775
1963	975	1 950	2 925	3 900	4 875	5 850	6 825	7 800	8 775	9 750	10 725	11 700
1964	1 050	2 100	3 150	4 200	5 250	6 300	7 350	8 400	9 450	10 500	11 550	12 600
1965	1 125	2 250	3 375	4 500	5 650	6 775	7 900	9 025	10 150	11 275	12 400	13 525
1966	1 200	2 375	3 575	4 750	5 950	7 150	8 325	9 525	10 725	11 900	13 100	14 275
1967	1 250	2 475	3 725	4 950	6 200	7 450	8 675	9 925	11 150	12 400	13 650	14 875
1968	1 275	2 550	3 825	5 100	6 375	7 650	8 925	10 200	11 475	12 750	14 025	15 300

Frauen

1958	500	1 025	1 525	2 050	2 550	3 050	3 575	4 075	4 600	5 100	5 600	6 125
1959	525	1 050	1 600	2 125	2 650	3 175	3 700	4 250	4 775	5 300	5 825	6 350
1960	550	1 100	1 650	2 225	2 775	3 325	3 875	4 425	4 975	5 550	6 100	6 650
1961	600	1 175	1 775	2 350	2 950	3 550	4 125	4 725	5 300	5 900	6 500	7 075
1962	625	1 250	1 900	2 525	3 150	3 775	4 400	5 050	5 675	6 300	6 925	7 550
1963	675	1 375	2 050	2 725	3 400	4 100	4 775	5 450	6 150	6 825	7 500	8 175
1964	725	1 475	2 200	2 925	3 675	4 400	5 150	5 875	6 600	7 350	8 075	8 800
1965	800	1 575	2 375	3 175	3 950	4 750	5 550	6 325	7 125	7 925	8 700	9 500
1966	850	1 675	2 525	3 350	4 200	5 025	5 875	6 700	7 550	8 375	9 225	10 050
1967	875	1 750	2 625	3 500	4 375	5 250	6 125	7 000	7 875	8 750	9 625	10 500
1968	900	1 775	2 675	3 575	4 475	5 350	6 250	7 150	8 025	8 925	9 825	10 700

Seelsorge, Kirchendienst**Männer**

Kalender-jahr	Mutmassliche Beitragsdauer in Monaten											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	bei einem IK-Eintrag (Einkommen) von ... Franken											
1956	600	1 225	1 825	2 425	3 050	3 650	4 250	4 875	5 475	6 075	6 700	7 300
1957	650	1 275	1 925	2 550	3 200	3 825	4 475	5 100	5 750	6 375	7 025	7 650
1958	675	1 325	2 000	2 675	3 350	4 000	4 675	5 350	6 000	6 675	7 350	8 025
1959	675	1 375	2 050	2 725	3 400	4 100	4 775	5 450	6 150	6 825	7 500	8 175
1960	725	1 425	2 150	2 875	3 600	4 300	5 025	5 750	6 450	7 175	7 900	8 625
1961	750	1 525	2 275	3 025	3 800	4 550	5 300	6 075	6 825	7 575	8 350	9 100
1962	825	1 625	2 450	3 275	4 100	4 900	5 725	6 550	7 350	8 175	9 000	9 825
1963	900	1 775	2 675	3 550	4 450	5 325	6 225	7 100	8 000	8 875	9 775	10 650
1964	950	1 925	2 875	3 825	4 800	5 750	6 700	7 675	8 625	9 575	10 550	11 500
1965	1 025	2 050	3 100	4 125	5 150	6 175	7 200	8 250	9 275	10 300	11 325	12 350
1966	1 075	2 175	3 250	4 350	5 425	6 525	7 600	8 700	9 775	10 875	11 950	13 050
1967	1 125	2 250	3 400	4 525	5 650	6 775	7 925	9 050	10 175	11 300	12 450	13 575
1968	1 175	2 325	3 500	4 650	5 825	6 975	8 150	9 300	10 475	11 625	12 800	13 950

Frauen

1958	475	925	1 400	1 875	2 325	2 800	3 250	3 725	4 200	4 650	5 125	5 600
1959	475	975	1 450	1 925	2 425	2 900	3 400	3 875	4 350	4 850	5 325	5 800
1960	500	1 000	1 525	2 025	2 525	3 025	3 550	4 050	4 550	5 050	5 575	6 075
1961	550	1 075	1 625	2 150	2 700	3 225	3 775	4 300	4 850	5 375	5 925	6 450
1962	575	1 150	1 725	2 300	2 875	3 450	4 025	4 600	5 175	5 750	6 325	6 900
1963	625	1 250	1 875	2 500	3 100	3 725	4 350	4 975	5 600	6 225	6 850	7 475
1964	675	1 350	2 000	2 675	3 350	4 025	4 700	5 350	6 025	6 700	7 375	8 050
1965	725	1 450	2 175	2 900	3 600	4 325	5 050	5 775	6 500	7 225	7 950	8 675
1966	775	1 525	2 300	3 050	3 825	4 575	5 350	6 100	6 875	7 650	8 400	9 175
1967	800	1 600	2 400	3 200	3 975	4 775	5 575	6 375	7 175	7 975	8 775	9 575
1968	825	1 625	2 450	3 250	4 075	4 875	5 700	6 500	7 325	8 150	8 950	9 775

Private Wohlfahrtspflege

Männer

Kalender-jahr	Mutmassliche Beitragsdauer in Monaten											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	bei einem IK-Eintrag (Einkommen) von ... Franken											
1956	575	1 125	1 700	2 275	2 850	3 400	3 975	4 550	5 100	5 675	6 250	6 825
1957	600	1 200	1 800	2 375	2 975	3 575	4 175	4 775	5 375	5 950	6 550	7 150
1958	625	1 250	1 875	2 500	3 125	3 750	4 375	5 000	5 625	6 250	6 875	7 500
1959	650	1 275	1 925	2 550	3 200	3 825	4 475	5 100	5 750	6 375	7 025	7 650
1960	675	1 350	2 025	2 700	3 350	4 025	4 700	5 375	6 050	6 725	7 400	8 075
1961	700	1 425	2 125	2 850	3 550	4 250	4 975	5 675	6 400	7 100	7 800	8 525
1962	775	1 525	2 300	3 075	3 825	4 600	5 350	6 125	6 900	7 650	8 425	9 200
1963	825	1 675	2 500	3 325	4 150	5 000	5 825	6 650	7 500	8 325	9 150	10 000
1964	900	1 800	2 700	3 575	4 475	5 375	6 275	7 175	8 075	8 950	9 850	10 750
1965	950	1 925	2 875	3 850	4 800	5 775	6 725	7 700	8 650	9 625	10 575	11 550
1966	1 025	2 025	3 050	4 075	5 075	6 100	7 125	8 125	9 150	10 175	11 175	12 200
1967	1 050	2 125	3 175	4 225	5 300	6 350	7 400	8 475	9 525	10 575	11 650	12 700
1968	1 100	2 175	3 275	4 350	5 450	6 525	7 625	8 700	9 800	10 875	11 975	13 050

Frauen

1958	425	875	1 300	1 750	2 175	2 625	3 050	3 500	3 925	4 350	4 800	5 225
1959	450	900	1 350	1 800	2 250	2 700	3 175	3 625	4 075	4 525	4 975	5 425
1960	475	950	1 425	1 900	2 350	2 825	3 300	3 775	4 250	4 725	5 200	5 675
1961	500	1 000	1 500	2 025	2 525	3 025	3 525	4 025	4 525	5 050	5 550	6 050
1962	550	1 075	1 625	2 150	2 700	3 225	3 775	4 300	4 850	5 375	5 925	6 450
1963	575	1 175	1 750	2 325	2 900	3 500	4 075	4 650	5 250	5 825	6 400	6 975
1964	625	1 250	1 875	2 500	3 125	3 750	4 375	5 000	5 625	6 250	6 875	7 500
1965	675	1 350	2 025	2 700	3 375	4 050	4 725	5 400	6 075	6 750	7 425	8 100
1966	725	1 425	2 150	2 850	3 575	4 300	5 000	5 725	6 425	7 150	7 850	8 575
1967	750	1 500	2 225	2 975	3 725	4 475	5 225	5 975	6 700	7 450	8 200	8 950
1968	775	1 525	2 300	3 050	3 825	4 575	5 350	6 100	6 875	7 650	8 400	9 175

Künste, Schaustellungen**Männer**

Kalender-jahr	Mutmassliche Beitragsdauer in Monaten											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	bei einem IK-Eintrag (Einkommen) von ... Franken											
1956	500	1 025	1 525	2 050	2 550	3 050	3 575	4 075	4 600	5 100	5 600	6 125
1957	525	1 075	1 600	2 125	2 675	3 200	3 750	4 275	4 800	5 350	5 875	6 400
1958	550	1 125	1 675	2 250	2 800	3 350	3 925	4 475	5 050	5 600	6 150	6 725
1959	575	1 150	1 725	2 300	2 850	3 425	4 000	4 575	5 150	5 725	6 300	6 875
1960	600	1 200	1 800	2 400	3 000	3 600	4 225	4 825	5 425	6 025	6 625	7 225
1961	625	1 275	1 900	2 550	3 175	3 825	4 450	5 100	5 725	6 350	7 000	7 625
1962	675	1 375	2 050	2 750	3 425	4 125	4 800	5 500	6 175	6 850	7 550	8 225
1963	750	1 500	2 250	2 975	3 725	4 475	5 225	5 975	6 725	7 450	8 200	8 950
1964	800	1 600	2 400	3 225	4 025	4 825	5 625	6 425	7 225	8 050	8 850	9 650
1965	875	1 725	2 600	3 450	4 325	5 175	6 050	6 900	7 775	8 650	9 500	10 375
1966	900	1 825	2 725	3 650	4 550	5 475	6 375	7 275	8 200	9 100	10 025	10 925
1967	950	1 900	2 850	3 800	4 750	5 700	6 650	7 600	8 550	9 500	10 425	11 375
1968	975	1 950	2 925	3 900	4 875	5 850	6 825	7 800	8 775	9 750	10 725	11 700

Frauen

1958	400	775	1 175	1 550	1 950	2 350	2 725	3 125	3 500	3 900	4 300	4 675
1959	400	800	1 225	1 625	2 025	2 425	2 850	3 250	3 650	4 050	4 475	4 875
1960	425	850	1 275	1 700	2 125	2 550	2 975	3 400	3 825	4 250	4 675	5 100
1961	450	900	1 350	1 800	2 250	2 700	3 175	3 625	4 075	4 525	4 975	5 425
1962	475	975	1 450	1 925	2 400	2 900	3 375	3 850	4 350	4 825	5 300	5 775
1963	525	1 050	1 575	2 100	2 600	3 125	3 650	4 175	4 700	5 225	5 750	6 275
1964	550	1 125	1 675	2 250	2 800	3 375	3 925	4 500	5 050	5 625	6 175	6 750
1965	600	1 200	1 825	2 425	3 025	3 625	4 250	4 850	5 450	6 050	6 675	7 275
1966	650	1 275	1 925	2 550	3 200	3 850	4 475	5 125	5 750	6 400	7 050	7 675
1967	675	1 350	2 000	2 675	3 350	4 025	4 675	5 350	6 025	6 700	7 350	8 025
1968	700	1 375	2 075	2 750	3 450	4 125	4 825	5 500	6 200	6 900	7 600	8 275

Hausangestellte

Männer

Kalen- der- jahr	Mutmassliche Beitragsdauer in Monaten											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	bei einem IK-Eintrag (Einkommen) von ... Franken											
1956	375	750	1 125	1 500	1 850	2 225	2 600	2 975	3 350	3 725	4 100	4 475
1957	400	775	1 175	1 550	1 950	2 350	2 725	3 125	3 500	3 900	4 300	4 675
1958	400	825	1 225	1 650	2 050	2 450	2 875	3 275	3 700	4 100	4 500	4 925
1959	425	825	1 250	1 675	2 100	2 500	2 925	3 350	3 750	4 175	4 600	5 025
1960	450	875	1 325	1 750	2 200	2 650	3 075	3 525	3 950	4 400	4 850	5 275
1961	475	925	1 400	1 850	2 325	2 775	3 250	3 700	4 175	4 650	5 100	5 575
1962	500	1 000	1 500	2 000	2 500	3 000	3 525	4 025	4 525	5 025	5 525	6 025
1963	550	1 100	1 625	2 175	2 725	3 275	3 800	4 350	4 900	5 450	5 975	6 525
1964	600	1 175	1 775	2 350	2 950	3 525	4 125	4 700	5 300	5 875	6 475	7 050
1965	625	1 250	1 900	2 525	3 150	3 775	4 400	5 050	5 675	6 300	6 925	7 550
1966	675	1 325	2 000	2 675	3 325	4 000	4 650	5 325	6 000	6 650	7 325	8 000
1967	700	1 375	2 075	2 775	3 450	4 150	4 850	5 525	6 225	6 925	7 600	8 300
1968	725	1 425	2 150	2 850	3 575	4 275	5 000	5 700	6 425	7 125	7 850	8 550

Frauen

1958	275	575	850	1 125	1 425	1 700	2 000	2 275	2 550	2 850	3 125	3 400
1959	300	600	900	1 175	1 475	1 775	2 075	2 375	2 675	2 950	3 250	3 550
1960	300	625	925	1 250	1 550	1 850	2 175	2 475	2 800	3 100	3 400	3 725
1961	325	650	1 000	1 325	1 650	1 975	2 300	2 650	2 975	3 300	3 625	3 950
1962	350	675	1 025	1 375	1 700	2 050	2 400	2 725	3 075	3 425	3 750	4 100
1963	375	775	1 150	1 525	1 900	2 300	2 675	3 050	3 450	3 825	4 200	4 575
1964	400	825	1 225	1 650	2 050	2 450	2 875	3 275	3 700	4 100	4 500	4 925
1965	450	875	1 325	1 775	2 200	2 650	3 100	3 525	3 975	4 425	4 850	5 300
1966	475	975	1 425	1 900	2 400	2 875	3 350	3 825	4 300	4 775	5 250	5 725
1967	500	1 025	1 525	2 050	2 550	3 050	3 575	4 075	4 600	5 100	5 600	6 125
1968	525	1 075	1 600	2 125	2 650	3 200	3 725	4 250	4 800	5 325	5 850	6 375

Persönliche Dienste (ohne Hauswirtschaft)**Männer**

Kalender-jahr	Mutmassliche Beitragsdauer in Monaten											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	bei einem IK-Eintrag (Einkommen) von ... Franken											
1956	400	800	1 200	1 600	2 000	2 400	2 825	3 225	3 625	4 025	4 425	4 825
1957	425	850	1 275	1 700	2 100	2 525	2 950	3 375	3 800	4 225	4 650	5 075
1958	450	875	1 325	1 775	2 200	2 650	3 100	3 525	3 975	4 425	4 850	5 300
1959	450	900	1 350	1 800	2 250	2 700	3 175	3 625	4 075	4 525	4 975	5 425
1960	475	950	1 425	1 900	2 375	2 850	3 325	3 800	4 275	4 750	5 225	5 700
1961	500	1 000	1 500	2 000	2 500	3 000	3 525	4 025	4 525	5 025	5 525	6 025
1962	550	1 075	1 625	2 175	2 700	3 250	3 800	4 325	4 875	5 425	5 950	6 500
1963	600	1 175	1 775	2 350	2 950	3 525	4 125	4 700	5 300	5 875	6 475	7 050
1964	625	1 275	1 900	2 525	3 175	3 800	4 450	5 075	5 700	6 350	6 975	7 600
1965	675	1 350	2 050	2 725	3 400	4 075	4 750	5 450	6 125	6 800	7 475	8 150
1966	725	1 450	2 150	2 875	3 600	4 325	5 025	5 750	6 475	7 200	7 900	8 625
1967	750	1 500	2 250	3 000	3 750	4 475	5 225	5 975	6 725	7 475	8 225	8 975
1968	775	1 550	2 300	3 075	3 850	4 625	5 375	6 150	6 925	7 700	8 450	9 225

Frauen

1958	300	625	925	1 225	1 550	1 850	2 150	2 475	2 775	3 075	3 400	3 700
1959	325	650	950	1 275	1 600	1 925	2 250	2 550	2 875	3 200	3 525	3 850
1960	325	675	1 000	1 325	1 675	2 000	2 350	2 675	3 000	3 350	3 675	4 000
1961	350	700	1 075	1 425	1 775	2 125	2 500	2 850	3 200	3 550	3 925	4 275
1962	375	750	1 150	1 525	1 900	2 275	2 650	3 050	3 425	3 800	4 175	4 550
1963	400	825	1 225	1 650	2 050	2 475	2 875	3 300	3 700	4 125	4 525	4 950
1964	450	900	1 325	1 775	2 225	2 675	3 100	3 550	4 000	4 450	4 875	5 325
1965	475	950	1 425	1 900	2 400	2 875	3 350	3 825	4 300	4 775	5 250	5 725
1966	525	1 025	1 550	2 075	2 575	3 100	3 600	4 125	4 650	5 150	5 675	6 200
1967	550	1 100	1 650	2 200	2 750	3 300	3 850	4 400	4 950	5 500	6 050	6 600
1968	575	1 150	1 725	2 300	2 875	3 450	4 025	4 600	5 175	5 750	6 325	6 900

Taglöhneri wechselnder Art (ohne Land- und Forstwirtschaft)

Männer

Kalen- der- jahr	Mutmassliche Beitragsdauer in Monaten											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	bei einem IK-Eintrag (Einkommen) von ... Franken											
1956	350	675	1 025	1 350	1 700	2 025	2 375	2 700	3 050	3 375	3 725	4 050
1957	350	700	1 050	1 425	1 775	2 125	2 475	2 825	3 175	3 550	3 900	4 250
1958	375	750	1 125	1 500	1 850	2 225	2 600	2 975	3 350	3 725	4 100	4 475
1959	375	750	1 150	1 525	1 900	2 275	2 650	3 050	3 425	3 800	4 175	4 550
1960	400	800	1 200	1 600	2 000	2 400	2 800	3 200	3 600	4 000	4 400	4 800
1961	425	850	1 275	1 700	2 100	2 525	2 950	3 375	3 800	4 225	4 650	5 075
1962	450	900	1 375	1 825	2 275	2 725	3 200	3 650	4 100	4 550	5 025	5 475
1963	500	1 000	1 475	1 975	2 475	2 975	3 450	3 950	4 450	4 950	5 425	5 925
1964	525	1 075	1 600	2 125	2 675	3 200	3 750	4 275	4 800	5 350	5 875	6 400
1965	575	1 150	1 725	2 300	2 850	3 425	4 000	4 575	5 150	5 725	6 300	6 875
1966	600	1 200	1 825	2 425	3 025	3 625	4 225	4 850	5 450	6 050	6 650	7 250
1967	625	1 250	1 875	2 525	3 150	3 775	4 400	5 025	5 650	6 300	6 925	7 550
1968	650	1 300	1 950	2 600	3 225	3 875	4 525	5 175	5 825	6 475	7 125	7 775

Frauen

1958	250	525	775	1 050	1 300	1 550	1 825	2 075	2 350	2 600	2 850	3 125
1959	275	550	800	1 075	1 350	1 625	1 900	2 150	2 425	2 700	2 975	3 250
1960	275	575	850	1 125	1 400	1 700	1 975	2 250	2 550	2 825	3 100	3 375
1961	300	600	900	1 200	1 500	1 800	2 100	2 400	2 700	3 000	3 300	3 600
1962	325	650	950	1 275	1 600	1 925	2 250	2 550	2 875	3 200	3 525	3 850
1963	350	700	1 050	1 400	1 750	2 100	2 425	2 775	3 125	3 475	3 825	4 175
1964	375	750	1 125	1 500	1 875	2 250	2 625	3 000	3 375	3 750	4 125	4 500
1965	400	800	1 200	1 600	2 000	2 400	2 825	3 225	3 625	4 025	4 425	4 825
1966	425	875	1 300	1 725	2 175	2 600	3 050	3 475	3 900	4 350	4 775	5 200
1967	475	925	1 400	1 850	2 325	2 775	3 250	3 700	4 175	4 650	5 100	5 575
1968	475	975	1 450	1 925	2 425	2 900	3 400	3 875	4 350	4 850	5 325	5 800

Anstaltsbetriebspersonal**Männer**

Kalen- der- jahr	Mutmassliche Beitragsdauer in Monaten											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	bei einem IK-Eintrag (Einkommen) von ... Franken											
1956	500	1 000	1 500	2 000	2 500	3 000	3 500	4 000	4 500	5 000	5 500	6 000
1957	525	1 050	1 575	2 100	2 625	3 150	3 675	4 200	4 725	5 250	5 775	6 300
1958	550	1 100	1 650	2 200	2 750	3 300	3 850	4 400	4 950	5 500	6 050	6 600
1959	550	1 125	1 675	2 250	2 800	3 375	3 925	4 500	5 050	5 625	6 175	6 750
1960	600	1 175	1 775	2 350	2 950	3 550	4 125	4 725	5 300	5 900	6 500	7 075
1961	625	1 250	1 875	2 500	3 125	3 750	4 375	5 000	5 625	6 250	6 875	7 500
1962	675	1 350	2 025	2 700	3 375	4 050	4 725	5 400	6 075	6 750	7 425	8 100
1963	725	1 475	2 200	2 925	3 650	4 400	5 125	5 850	6 600	7 325	8 050	8 775
1964	800	1 575	2 375	3 150	3 950	4 725	5 525	6 300	7 100	7 875	8 675	9 450
1965	850	1 700	2 550	3 375	4 225	5 075	5 925	6 775	7 625	8 450	9 300	10 150
1966	900	1 775	2 675	3 575	4 475	5 350	6 250	7 150	8 025	8 925	9 825	10 725
1967	925	1 850	2 800	3 725	4 650	5 575	6 500	7 425	8 375	9 300	10 225	11 150
1968	950	1 925	2 875	3 825	4 775	5 750	6 700	7 650	8 600	9 575	10 525	11 475

Frauen

1958	375	775	1 150	1 525	1 900	2 300	2 675	3 050	3 450	3 825	4 200	4 575
1959	400	800	1 200	1 600	2 000	2 400	2 775	3 175	3 575	3 975	4 375	4 775
1960	425	825	1 250	1 675	2 075	2 500	2 900	3 325	3 750	4 150	4 575	5 000
1961	450	875	1 325	1 775	2 200	2 650	3 100	3 525	3 975	4 425	4 850	5 300
1962	475	950	1 425	1 900	2 350	2 825	3 300	3 775	4 250	4 750	5 200	5 675
1963	500	1 025	1 525	2 050	2 550	3 075	3 575	4 100	4 600	5 125	5 625	6 150
1964	550	1 100	1 650	2 200	2 750	3 300	3 875	4 425	4 975	5 525	6 075	6 625
1965	600	1 200	1 775	2 375	2 975	3 575	4 150	4 750	5 350	5 950	6 525	7 125
1966	650	1 275	1 925	2 575	3 200	3 850	4 500	5 125	5 775	6 425	7 050	7 700
1967	675	1 375	2 050	2 725	3 425	4 100	4 800	5 475	6 150	6 850	7 525	8 200
1968	725	1 425	2 150	2 850	3 575	4 275	5 000	5 700	6 425	7 150	7 850	8 575

Anstaltsinsassen mit Erwerbstätigkeit**Männer**

Kalen- der- jahr	Mutmassliche Beitragsdauer in Monaten											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	bei einem IK-Eintrag (Einkommen) von ... Franken											
1956	300	600	900	1 225	1 525	1 825	2 125	2 425	2 725	3 050	3 350	3 650
1957	325	625	950	1 275	1 600	1 900	2 225	2 550	2 850	3 175	3 500	3 825
1958	325	675	1 000	1 325	1 675	2 000	2 350	2 675	3 000	3 350	3 675	4 000
1959	350	675	1 025	1 375	1 700	2 050	2 400	2 725	3 075	3 425	3 750	4 100
1960	350	725	1 075	1 425	1 800	2 150	2 500	2 875	3 225	3 575	3 950	4 300
1961	375	750	1 150	1 525	1 900	2 275	2 650	3 050	3 425	3 800	4 175	4 550
1962	400	825	1 225	1 650	2 050	2 450	2 875	3 275	3 700	4 100	4 500	4 925
1963	450	900	1 325	1 775	2 225	2 675	3 100	3 550	4 000	4 450	4 875	5 325
1964	475	950	1 450	1 925	2 400	2 875	3 350	3 850	4 325	4 800	5 275	5 750
1965	525	1 025	1 550	2 050	2 575	3 075	3 600	4 100	4 625	5 150	5 650	6 175
1966	550	1 075	1 625	2 175	2 725	3 250	3 800	4 350	4 875	5 425	5 975	6 500
1967	575	1 125	1 700	2 250	2 825	3 400	3 950	4 525	5 100	5 650	6 225	6 775
1968	600	1 175	1 775	2 350	2 950	3 525	4 125	4 700	5 300	5 900	6 475	7 075

Frauen

1958	225	475	700	925	1 150	1 400	1 625	1 850	2 100	2 325	2 550	2 775
1959	250	475	725	975	1 200	1 450	1 700	1 925	2 175	2 425	2 650	2 900
1960	250	500	750	1 000	1 250	1 500	1 775	2 025	2 275	2 525	2 775	3 025
1961	275	550	800	1 075	1 350	1 625	1 900	2 150	2 425	2 700	2 975	3 250
1962	300	575	875	1 150	1 450	1 725	2 025	2 300	2 600	2 875	3 175	3 450
1963	300	625	925	1 250	1 550	1 875	2 175	2 500	2 800	3 125	3 425	3 750
1964	325	675	1 000	1 350	1 675	2 025	2 350	2 700	3 025	3 350	3 700	4 025
1965	350	725	1 075	1 450	1 800	2 150	2 525	2 875	3 250	3 600	3 950	4 325
1966	400	775	1 175	1 550	1 950	2 350	2 725	3 125	3 500	3 900	4 300	4 675
1967	425	825	1 250	1 675	2 075	2 500	2 900	3 325	3 750	4 150	4 575	5 000
1968	425	875	1 300	1 725	2 175	2 600	3 050	3 475	3 900	4 350	4 775	5 200

Rentner

Männer

Kalen- der- jahr	Mutmassliche Beitragsdauer in Monaten											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	bei einem IK-Eintrag (Einkommen) von ... Franken											
1956	100	200	275	375	475	575	650	750	850	950	1 025	1 125
1957	100	200	300	400	500	575	675	775	875	975	1 075	1 175
1958	100	200	300	400	500	600	700	800	925	1 025	1 125	1 225
1959	100	200	325	425	525	625	725	850	950	1 050	1 150	1 275
1960	100	225	325	425	550	650	775	875	975	1 100	1 200	1 300
1961	125	225	350	450	575	675	800	900	1 025	1 125	1 250	1 350
1962	125	225	350	475	575	700	825	925	1 050	1 175	1 275	1 400
1963	125	250	350	475	600	725	850	975	1 075	1 200	1 325	1 450
1964	125	250	375	500	625	750	875	1 000	1 125	1 250	1 375	1 500
1965	125	250	375	500	650	775	900	1 025	1 150	1 275	1 400	1 525
1966	125	275	400	525	650	800	925	1 050	1 200	1 325	1 450	1 575
1967	125	275	400	550	675	825	950	1 075	1 225	1 350	1 500	1 625
1968	150	275	425	550	700	825	975	1 125	1 250	1 400	1 525	1 675

Frauen

1958	75	125	200	275	350	400	475	550	600	675	750	800
1959	75	150	200	275	350	425	500	550	625	700	775	850
1960	75	150	225	300	350	425	500	575	650	725	800	875
1961	75	150	225	300	375	450	525	600	675	750	825	900
1962	75	150	225	300	375	450	550	625	700	775	850	925
1963	75	150	250	325	400	475	550	625	725	800	875	950
1964	75	175	250	325	400	500	575	650	725	825	900	975
1965	75	175	250	325	425	500	600	675	750	850	925	1 000
1966	75	175	250	350	425	525	600	700	775	875	950	1 050
1967	100	175	275	350	450	525	625	700	800	900	975	1 075
1968	100	175	275	375	450	550	625	725	825	900	1 000	1 100

Pensionierte

Männer

Kalender- jahr	Mutmassliche Beitragsdauer in Monaten											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	bei einem IK-Eintrag (Einkommen) von ... Franken											
1956	100	200	275	375	475	575	650	750	850	950	1 025	1 125
1957	100	200	300	400	500	575	675	775	875	975	1 075	1 175
1958	100	200	300	400	500	600	700	800	925	1 025	1 125	1 225
1959	100	200	325	425	525	625	725	850	950	1 050	1 150	1 275
1960	100	225	325	425	550	650	775	875	975	1 100	1 200	1 300
1961	125	225	350	450	575	675	800	900	1 025	1 125	1 250	1 350
1962	125	225	350	475	575	700	825	925	1 050	1 175	1 275	1 400
1963	125	250	350	475	600	725	850	975	1 075	1 200	1 325	1 450
1964	125	250	375	500	625	750	875	1 000	1 125	1 250	1 375	1 500
1965	125	250	375	500	650	775	900	1 025	1 150	1 275	1 400	1 525
1966	125	275	400	525	650	800	925	1 050	1 200	1 325	1 450	1 575
1967	125	275	400	550	675	825	950	1 075	1 225	1 350	1 500	1 625
1968	150	275	425	550	700	825	975	1 125	1 250	1 400	1 525	1 675

Frauen

1958	75	125	200	275	350	400	475	550	600	675	750	800
1959	75	150	200	275	350	425	500	550	625	700	775	850
1960	75	150	225	300	350	425	500	575	650	725	800	875
1961	75	150	225	300	375	450	525	600	675	750	825	900
1962	75	150	225	300	375	450	550	625	700	775	850	925
1963	75	150	250	325	400	475	550	625	725	800	875	950
1964	75	175	250	325	400	500	575	650	725	825	900	975
1965	75	175	250	325	425	500	600	675	750	850	925	1 000
1966	75	175	250	350	425	525	600	700	775	875	950	1 050
1967	100	175	275	350	450	525	625	700	800	900	975	1 075
1968	100	175	275	375	450	550	625	725	825	900	1 000	1 100

Übrige Nichterwerbstätige**Männer**

Kalen- der- jahr	Mutmassliche Beitragsdauer in Monaten											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	bei einem IK-Eintrag (Einkommen) von ... Franken											
1956	100	200	275	375	475	575	650	750	850	950	1 025	1 125
1957	100	200	300	400	500	575	675	775	875	975	1 075	1 175
1958	100	200	300	400	500	600	700	800	925	1 025	1 125	1 225
1959	100	200	325	425	525	625	725	850	950	1 050	1 150	1 275
1960	100	225	325	425	550	650	775	875	975	1 100	1 200	1 300
1961	125	225	350	450	575	675	800	900	1 025	1 125	1 250	1 350
1962	125	225	350	475	575	700	825	925	1 050	1 175	1 275	1 400
1963	125	250	350	475	600	725	850	975	1 075	1 200	1 325	1 450
1964	125	250	375	500	625	750	875	1 000	1 125	1 250	1 375	1 500
1965	125	250	375	500	650	775	900	1 025	1 150	1 275	1 400	1 525
1966	125	275	400	525	650	800	925	1 050	1 200	1 325	1 450	1 575
1967	125	275	400	550	675	825	950	1 075	1 225	1 350	1 500	1 625
1968	150	275	425	550	700	825	975	1 125	1 250	1 400	1 525	1 675

Frauen

1958	75	125	200	275	350	400	475	550	600	675	750	800
1959	75	150	200	275	350	425	500	550	625	700	775	850
1960	75	150	225	300	350	425	500	575	650	725	800	875
1961	75	150	225	300	375	450	525	600	675	750	825	900
1962	75	150	225	300	375	450	550	625	700	775	850	925
1963	75	150	250	325	400	475	550	625	725	800	875	950
1964	75	175	250	325	400	500	575	650	725	825	900	975
1965	75	175	250	325	425	500	600	675	750	850	925	1 000
1966	75	175	250	350	425	525	600	700	775	875	950	1 050
1967	100	175	275	350	450	525	625	700	800	900	975	1 075
1968	100	175	275	375	450	550	625	725	825	900	1 000	1 100